



AIB

2V 7426 E

3,50 DM

Juli-August

Nr. 7-8/1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Carters Angriff

Afghanistan, Iran, Türkei, Irak u. Saudi Arabien



Nikaragua • El Salvador
Korea • Ost-Timor
Südafrika

Inhalt:

AIB 7-8/80 Inhalt:

AIB-Aktuell: Explosives Südafrika	3
USA – Dritte Welt	
Wolfram Bröner: J. Carters Gratwanderung	4– 8
US-Ölkriegsplanung konkret	7
Aussagen des ägyptischen Söldners Kiaodin Mahmud	8
Gerüchteküche um Afghanistan	9
Konrad Ege: CIA-Interventionismus in Afghanistan	10–14
Afghanistan	
Revolutionserneuerung unter der Regierung Karmal	16
A. Ghaffar Lakanwal: Die Agrarreform in der zweiten Phase	17
Anahita Ratebzad: Die Schlacht gegen die Unwissenheit	18
Iran	
Unklarheiten auch nach den Wahlen	19
Programm des Volksmujahedin-Kandidaten Masud Rajawi	20
Stellungnahme der Volksmujahedin: Die Islamabad-Konferenz und Afghanistan	22–23
Tudeh-Partei: Anzeichen zur Lahmlegung der Revolution	24
Irak	
Wolfram Bröner: Rechtsdrift unter Saddam Hussein	25–28
Saudi-Arabien	
Paul Maaskola: Volksbewegung gegen die Sauds	29–32
Palästina/Israel	
Mohammed H. Milhelm: Wir werden zurückkehren	33–34
Interview mit George Toubi: Israelis für die Sache der Palästinenser	34–39
Türkei	
Paul Maaskola: Krisenmanagement für den NATO-Vorposten	40–41
Korea	
Wolfgang Ritter: Der Volksaufstand von Kwangju	42–43
Ost-Timor	
Gespräch mit Rogerio Lebató: Der vergessene Völkermord	44–46
Mittäterschaft der USA in Ost-Timor	45
Vietnam – USA	
Le Duc Tho über Henry Kissinger: Ein Bündel von Fabeln	47–49
Nikaragua	
Jutta Weber: Trotz A. Robelo – die Revolution konsolidiert sich	50–51
Interview mit Humberto Ortega: Die Strategie des Sieges (3. Teil)	52–54
El Salvador	
Aufbruch der Revolutionären Koordination der Massen: Es lebe die demokratisch-revolutionäre Front!	55–56
Südafrika	
Brief Nelson Mandelas aus dem Gefängnis: ... die sollen auch durch das Gewehr verschwinden	58–59
ANC-Freiheitsschule für Morogoro	60
Ghana	
Ludger Schmitz: Zurück zur Zivilherrschaft	61–63
Ghana-Daten	63
BRD-Neokolonialismus	
Martin Meyer-Renschhausen: Rohstoff- und Energiepolitik der Bundesregierung	64–67
Rückblick: 60 Jahre Thesen zur nationalen und kolonialen Frage	68
Rezensionen/Filme: Traditionslinien der US-Außenpolitik	69
Kurzinformationen: Uganda, Indien, Libanon, Westsahara, OPEC, Guatemala, Peru, Argentinien – BRD, Jamaika, Guyana	70–71
Kommentar: Und Olympia lebt doch!	72



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnemnt 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (064 21) 246 72

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechthild

Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 18.6.1980

Es arbeiteten weiter mit: N. Biver, G. Bröner, R. Degenhardt, H. Denk, H. Dybowski, I. Flach, M. Hellmann, R. Jüngermann, W. Kindermann, V. Klose, H. Mayer, M. Opperskalski, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, B. Skaliks, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Das Argument, rote blätter, Verlag Marxistische Blätter, Weltkreis Verlag, Iran-Solidaritätskomitee, Die Neue

AIB-Aktuell: Explosives Südafrika

Bemerkenswerte Bilder flimmerten am Abend des 2. Juni 1980 über die TV-Bildschirme in der BRD: Himmelhohe Flammen schossen aus von Sprengladungen vernichteten Tanks des Kohleverflüssigungswerks SASOL 1 in Sasolburg sowie der benachbarten NATREF-Raffinerie; an den Anlagen des Komplexes SASOL 2 bei Secunda wurden gleichzeitig Sprengsätze gezündet.

Widerwillig gestanden Vertreter der rassistischen Polizeibehörden ein, daß die Aktion des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) und seines bewaffneten Arms, des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), präzise und gut vorbereitet durchgeführt worden sei. Landesweite Fahndungen erbrachten keine Erfolge.

Rassisten-Hoffnungen in Flammen

Die spektakulärsten Aktionen von ANC und MK (Abkürzung im Afrikanischen für Umkhonto we Sizwe) bislang sind ein Fanal im wörtlichen Sinne. „Bestürzung“ in den Reihen der weißen „Opposition“ im rassistischen Parlament war denn auch nur ein gelinder Ausdruck für das, was die Aktion bedeutet.

Wird der Sachschaden schon auf etwa 13 Mio DM beziffert, so werden die psychologischen Auswirkungen auf die weißen Bewohner als möglicherweise verheerend eingeschätzt; schon jetzt verlassen mehr Weiße jährlich Südafrika als zuwandern. Die Furcht vor jederzeit möglichen neuen Anschlägen auf wichtige Einrichtungen der Apartheid-Ökonomie und ihre strategischen Elemente wie Kraftwerke wird auch durch verschärfte Bewachung kaum zu mindern sein. Südafrikas langfristig geplante weitgehende Selbstversorgungsstrategie durch die SASOL-Kette (an der u.a. die BRD-Firma Lurgi mitbaut) erlitt einen Rückschlag. Südafrikas internationale Position bei der Beschaffung z.B. von Krediten und Anleihen für derartige Projekte könnte sich verschlechtern.

Vor allem aber bereitet dem Botha-Regime Sorge der moralische Auftrieb, den solche Aktionen von ANC/MK dem Widerstandswillen der unterdrückten Völker Südafrikas geben, der sich seit langem bereits in vielfältigen, immer offeneren Formen ausdrückt (vgl. AIB, Nr. 6/1980). Auch in den bundesdeutschen Medien dürfte man beginnen, sich an die Namen ANC und Umkhonto we Sizwe zu gewöhnen. Eine erste Quasi-Anerkennung durch wichtige Gremien und Personen der Bonner Regierung erhielt der ANC durch die Vielzahl von Gesprächen, die ANC-Generalsekretär Alfred Nzo führen konnte, der anlässlich des vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) veranstalteten Solidaritätskonzerts vom 13. Juni 1980 in die BRD gekommen war. Neben der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Hamm-Brücher, wurde A. Nzo von Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, darunter Gerhard Schröder, von SPD-Vorstandsmitglied Roth sowie Parlamentariergruppen empfangen. Dies stellt einen ersten, nicht zu unterschätzenden Erfolg dar.

Seine Ursachen liegen freilich nicht darin, daß diese Personen und Gruppen auf einmal ihr Herz für den ANC entdeckt hätten. Es ist der ungebrochene und anwachsende Kampf der unterdrückten Völker Südafrikas, und vor allem die Aktionen des ANC, die das Gespür selbst konservativer Politiker schärfte, daß sich in Südafrika das Kräfteverhältnis zu ändern begonnen hat, daß die Initiative auf die vom ANC angeführte Befreiungsbewegung überzugehen beginnt.

Vor der Symbolkraft und dem Sensationseffekt des ANC-Angriffs auf die Tanklager bzw. Anlagen in Sasolburg und Secunda darf nicht vergessen werden, daß sie stattfinden vor dem Hintergrund eines breiten Widerstandskampfes, den vor allem drei Merkmale auszeichnen: Die seit Monaten andauernden Streikaktionen der „farbigen“ und anderer Schüler stehen in einer Tradition, welche der ANC bereits 1953 mit seinen Kampagnen gegen die neu eingeführte „Bantu-Erziehung“ begründete. Daß sie diszipliniert und gut vorbereitet ablaufen, deutet zusätzlich auf den organisatorischen Einfluß der Untergrundkämpfer des ANC hin. Es verweist darauf, daß Lehren aus den weitgehend spontanen, aber auch opferreichen Kämpfen von Soweto 1976 gezogen wurden.

Das zweite wesentliche Element ist der „klassenübergreifende“ Charakter der breiten Widerstandsbewegung. Nicht nur, daß parallel zu den Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden auch Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter stattfinden. Gegenseitige Solidarisierungen sind an der Tagesordnung, Unterstützung durch Konsumboykottaktionen, Sympathiekundgebungen für Streikende an den nach „Rassen“ getrennten Universitäten, allgemein politische Manifestationen kommen hinzu.

Große Teile des gesamten Volkes von Südafrika sind in Bewegung – und dies bezeichnet vor allem das dritte Element: „Das wichtige Kennzeichen dieser Bewegung“, formulierte Alfred Nzo, „ist die Be-

sonderheit, daß sie die Farbschranke überwunden hat.“ Die Solidarisierung von Schwarzen, „Farbigen“, Indern und zunehmend auch Weißen – sie demonstriert unübersehbar den Systemcharakter der Auseinandersetzung in Südafrika und das Debakel der rassistischen Spaltungspolitik mit dem schönfärbischen Titel „getrennte Entwicklung“.

Südafrikas Rassenregime wird freiwillig keinen Millimeterbreit Boden preisgeben. Allein der verstärkte bewaffnete und Massenkampf, gestützt auf die internationale Solidarität wird es niederzwingen können. Aussprüche wie der des südafrikanischen Polizeiministers: „Wir werden mit diesen Leuten nicht mehr herumspielen“, lassen über den Kurs der Apartheid-Fanatiker keinen Zweifel zu. Friedlich demonstrierende Schulkinder werden erschossen; selbst vor der Verhaftung hoher geistlicher Würdenträger machte die Polizei nicht halt; das Leben von James Mange, dem die Todesstrafe droht, ist in noch größerer Gefahr!

Gegen die Volksrepublik Angola unternahmen südafrikanische Truppen Mitte Juni d.J. eine der bisher massivsten Aggressionen, angeblich, um die namibische Befreiungsbewegung SWAPO zu treffen. Derselbe Akt sprechen den von den westlichen Regierungen keineswegs zurückgewiesenen Versuchen des Regimes Hohn, seine internationale Reputation wieder aufzubessern. Sie demonstrieren, welch ein Regime im Süden Afrikas herrscht – das zu boykottieren den NATO-Länderregierungen noch nie in den Sinn kam –, und welche Gefahr für den Frieden in dieser Region und für die Unabhängigkeit und das Leben der Nachbarvölker von ihm ausgeht.

Die Erfolge des Befreiungskampfes sind für die demokratischen Kräfte in aller Welt aber auch neuer Ansporn, die Bemühungen zu verstärken für die Rettung des Lebens von James Mange, für die Freilassung aller politischen Gefangenen, an der Spitze des ANC-Präsidenten Nelson Mandela. Sie geben Ansporn, einzutreten für den Totalboykott und die internationale Isolierung des Rassenregimes, für die materielle Unterstützung des ANC, für seine Anerkennung und die des Gewerkschaftskongresses SACTU!

Zur neuen Kampfetappe des ANC erklärte sein amtierender Präsident, Oliver Tambo: „Wir vom Afrikanischen Nationalkongreß stellen uns nicht vor, daß die Niederwerfung des Imperialismus im Südlichen Afrika schnell oder einfach gelingen wird. Wir wissen, daß sie langwierig und blutig sein wird. Aber wir sind des Ausgangs gewiß. Nun, da unsere Kämpfer tiefer in den Süden vorstoßen, haben wir keinen Zweifel daran, daß sich ihnen nicht nur Teile, sondern die gesamte afrikanische Nation anschließen werden; die unterdrückten Minderheiten, die Inder und die Farbigen; und eine wachsende Zahl weißer Demokraten. Für diesen Sieg werden wir bis zum bitteren Ende kämpfen.“



Wolfram Bröner

J. Carters Gratwanderung



Auch zum Gipfeltreffen der sieben Westmächte (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada), das am 22. Juni 1980 in Venedig eröffnet wurde, war Washington ganz auf Konfrontationskurs eingestellt. Jimmy Carter hatte bereits im Vorfeld des Gipfels darauf insistiert, daß die sowjetische Afghanistanpräsenz zur „Kernfrage“ des Treffens von Venedig zu machen sei, daß es ihm namentlich darum ginge, die westlichen Verbündeten in Richtung schärferer „Strafaktionen“ gegen Moskau und einer einheitlichen Position in Sachen Afghanistan-Krise zu drängen.

Zur Begründung führte er an, die Hinnahme der sowjetischen Truppen in Afghanistan könne die UdSSR zu weiteren „Aggressionen“ in der Ölregion um den Persischen Golf ermutigen und nur die Gefahren für den Weltfrieden erhöhen.¹ J. Carter steuert trotz zunehmender Differenz mit den anderen Nato-Mächten und Japan, ungerührt weiter jenen Kurs, den er am 23. Januar 1980 mit der Carter-Doktrin offiziell gemacht hatte.

„Afghanistan“ – Vorwand für alles

Die in der Carter-Doktrin fixierte Absage an die Ost-West-Entspannung und die Androhung militärischer Gewalt war, wie an anderer Stelle bereits gezeigt (siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4-9), zum einen schon vor dem 27./28. Dezember 1979 von den USA und ihren NATO-Verbündeten in die Tat umgesetzt worden; so u.a. mit dem Brüsseler NATO-Ratsbeschluß vom 12.12.1979 zur Stationierung von nahezu 600 Atomraketen in Westeuropa und der Aufmarsch der US-Kriegsflotte vor der iranischen Küste.

Das sowjetische Eingreifen in Afghanistan war von der Carter-Administration zum Anlaß genommen worden, um ihre Untergrabung der Entspannungspolitik im Nachhinein zu rechtfertigen, um von ihren Ölkriegsplänen (siehe Kasten) gegen Staaten der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC), von ihrem eigenen flagranten Interventionismus gerade im Nahen und Mittleren Osten wie in Asien (siehe Beiträge zur US-Verwicklung in Südkorea, Ost-Timor und Vietnam) abzulenken. Andere gewichtige Motive für J. Carters Umschalten auf Angriff:

Die Ölkrise des Jahres 1979 hat die Krisenmomente der kapitalistischen Weltwirtschaft verschärft und voran die USA gerieten 1980 in eine Rezession (das Wirtschaftswachstum sank im ersten Halbjahr 1980 unter 0%, die Arbeitslosenrate stieg auf 7,8%, die Inflation auf über 15%), während das sozialistische Lager durch eine stabile Wirtschaftsentwicklung weiter Boden gutmacht (sein Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg im Zeitraum 1950-78 von 10% auf rund 40%, der der kapitalistischen Hauptländer ging von 69,6% auf 41,7% zurück);² in der Ära der Entspannung und des militärischen Ost-West-Gleichgewichts handelten sich die NATO-Mächte empfindliche Niederlagen

u.a. in Vietnam, Angola, Äthiopien, Nicaragua, dem Iran und Afghanistan ein; gerade die Revolutionsereignisse 1978/79 in Afghanistan und dem Iran trafen den strategischen Nerv der Westmächte, da durch sie der militärpolitische Einkreisungsring um die sozialistische Weltmacht Sowjetunion erstmals seit den 40er Jahren aufgebrochen und mit dem Schah-Regime die – neben Saudi Arabien – wichtigste Stütze des „Ölimperialismus“ innerhalb der OPEC entfallen war, ja selbst das saudische Regime von heftigen Erschütterungen nicht mehr verschont blieb (siehe Beitrag zu Saudi Arabien); schließlich scheint auch die von den USA, Israel und Ägypten 1978 in Camp David vereinbarte Separatpolitik im Nahostkonflikt – angesichts der gesamtarabisch-palästinensischen Gegenaktion und des vorläufigen Scheiterns des Scheinautonomie-Projekts für das okkupierte Westjordan- und Gazagebiet – festgefahren.

Dies zusammengenommen bewog allen voran die konservativen Kreise der USA zum Rückgriff auf eine konzertierte westliche Konfrontationspolitik.

Die US-Regierungen versuchten 1974 auf der Washingtoner Energiekonferenz wie 1979 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio ihre westlichen Verbündeten – im Zeichen einer Ölkriegspsychose – auf einen Konfrontationskurs gegen die OPEC einzuschwören;³ und damit auch die Führungsrolle der USA in der imperialistischen Allianz zu festigen. Dasselbe Spiel suchte die Carter-Administration mit der einseitigen Zuspitzung der weltpolitischen Situation über die Iran-, Afghanistan- und Karibik-Krise,⁴ mit ihren sog. „Strafmaßnahmen“ gegenüber der Sowjetunion und dem Iran durchzuzwingen.

Das größte Maß an **Gemeinsamkeit** legten die westlichen Zentren USA, Westeuropa und Japan dabei offensichtlich auf militärstrategischem Feld an den Tag. Wie die Ost-West-Studie und das Langzeitprogramm der NATO aus dem Jahr 1978 oder der Brüsseler Atomraketenbeschluß vom Dezember 1979 signalisierten, votieren die Westmächte durchgängig für verstärkte Anstrengungen zur Erlangung des militärischen Übergewichts (Kernwaffen!) der NATO gegenüber dem Warschauer Vertrag, zur erweiterten Kooperation mit der VR China im Sinne einer Zweifrontenstellung gegen die Sowjetunion und zu gegenrevolutionären Maßnahmen außerhalb des NATO-Operationsbereiches. Dort wo gegenwärtig das gemeinsame Interesse der Systemsicherung zusammenfällt mit dem regionalen Knotenpunkt der neokolonialistischen Energie- bzw. Rohstoffsicherung, nämlich im Mittleren Osten/Westasien, verläuft die innerimperialistische Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung am relativ reibungslosesten. So erklärt sich der weitgehende westliche Konsens über die Notwendigkeit einer hierauf zugeschnittenen US-Eingreiftruppe (teils wird auch eine konzertierte westeuropäische oder NATO-Eingreiftruppe favorisiert), das gemeinsame Beharren auf einem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan als Vorbedingung für eine politische Verhand-

lungslösung, der im April 1980 von der Europäischen Gemeinschaft (EG) beschlossene konzertierte Wirtschaftsboykott gegen den Iran und die allgemeine Rechtfertigung der antiiranischen Kommandoaktion der USA am 24./25. April d.J.

Das zeigt schließlich die konzertierte militärisch-wirtschaftliche Stabilisierung solcher NATO-Vorposten wie der Türkei (siehe Türkei-Beitrag) und Pakistans vornehmlich durch die USA, die Bundesrepublik und Japan, sowie die Aufrüstung der VR China nunmehr auch seitens der USA, welche Ende Mai d. J. in Washington vereinbart wurde.

Andererseits gibt es, verstärkt durch die Krisensymptome der kapitalistischen Weltwirtschaft, die Energie- und Ölkrise sowie durch den Druck der Entwicklungsländer (neue Internationale Wirtschaftsordnung), innerimperialistische Differenzierungsprozesse und – teils vehemente – **Widersprüche** auf politisch-wirtschaftlichem Feld. Frankreich, andere Regierungen Westeuropas bzw. Japan sind nicht bereit, den derzeitigen Kurs der Carter'schen Demontage des Entspannungsprozesses unbesehen mitzutragen. Insbesondere wirken zwei von den USA verschiedene Interessenlagen in diese Richtung:

Zum einen ist die Ölimportabhängigkeit Westeuropas (Ausnahme Großbritannien) und Japans vom Rohölzufluß aus der arabisch-iranischen Region mit einem Anteil von rund 70% ungleich größer als die der USA mit nur etwa 16%. Die Wirtschaft der USA und Großbritanniens wäre im Unterschied zu der der anderen Westmächte im Falle einer Blockade des Persischen Golfes oder einer Wiederanwendung der Ölwanne (beim möglichen Ausbruch eines Nahost- oder Mittelostkrieges) weniger getroffen bzw. anfällig. Zudem könnten sie sich manipulierend auf die angloamerikanischen Ölmultis, die in Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten noch über Kapitalanteile von 41% bzw. 39% an der Ölförderung sowie nach wie vor generell über eine beherrschende Position hinsichtlich der Verarbeitung und Vermarktung des Rohöls verfügen, stützen. Die wirklichen Nutznießer eines Ölkriegszuges oder der von J. Carter angedrohten Blockade des Persischen Golfes säßen also in Washington, New York und London. Hingegen liegt es im elementaren Energiesicherungsinteresse der anderen EG-Mitglieder und Japans kooperative, langfristig gesicherte Beziehungen zu den OPEC-Staaten dieser Region zu unterhalten.

Zum zweiten ist das materielle Interesse der an das sozialistische Lager angrenzenden westeuropäischen Staaten und Japans an der Aufrechterhaltung (bzw. Ausweitung) der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) weit aus größer als das der USA und Kanadas.

J. Carters „Verbot“ einer EG-Nahost-Initiative

Hinzu tritt ein drittes Moment von innerimperialistischen Interessenswidersprüchen, nämlich die seit dem Ölboom 1973/74, d.h. dem Anstieg der Öleinkünfte der OPEC-Staaten von 28 Mrd Dollar auf über 170 Mrd Dollar (1977), verschärfte Konkurrenz um die Anteile am Recycling (Zurückströmen) der Ölmilliarden, an gewaltigen Liefergeschäften einschließlich Rüstungsgeschäften in Milliarden Dimensionen, und an den privaten Direktinvestitionen in den Ölländern. In der Phase 1973-78 stiegen die Export-Anteile des Handels mit den Ländern des arabisch-iranischen Raumes am Gesamtaußenhandel der westlichen Hauptländer dramatisch an: bei den USA von 5,5 auf 10,7%, bei Frankreich von 8,0 auf 11,2%, bei der BRD von 4,4 auf 9,1%, bei Großbritannien von 7,8 auf 11,7%, bei Japan von 5,3 auf 12,1%, bei Italien 8,0 auf 14,8%. Im März 1979 wurden die arabischen

Kapitalanlagen in US-Banken bzw. Unternehmen auf 30 Mrd Dollar geschätzt, womit sie als Anlageland vor Großbritannien und der BRD in Front lagen. Umgekehrt stellen die USA, Großbritannien, die BRD und Japan das Gros der fremden Kapitalinvestitionen im arabisch-iranischen Raum. Unter den Hauptexporteuren nach den kapitalistischen Ölmächten Saudi Arabien und Iran waren analog die USA, Japan, die BRD, Frankreich und Großbritannien führend.⁶

J. Carters Olympiaboykott fand nur Unterstützung bei Japan und der BRD, seine Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR aber keinen Nachahmer. In Sachen der US-Sanktionspolitik gegenüber dem Iran suchten sich die anderen Westmächte bis April 1980 erst einmal Positionsvorteile zu verschaffen, bevor sie einer Annullierung von Wirtschaftsabschlüssen mit dem Iran, die nach dem 4.11.1979 datieren (Tag der Geiselnahme des US-Botschaftspersonals in Teheran) zustimmten; dies betraf jedoch faktisch nicht die Erdölimporte aus dem Iran, da die Hauptverträge für das Jahr 1980 zuvor abgeschlossen worden waren. Wie das Zögern der EG und Japans in Sachen Handelssanktionen gegenüber dem Iran so rührt auch ihr vorsichtiges Abrücken von J. Carters Camp-David-Separatpolitik, mit der EG-Nahosterklärung vom 13. Juni 1980, vornehmlich aus Eigennutz her. Dem im wahrscheinlicher gewordenen Falle iranisch-arabischer Gegenaktionen möchte man nicht vom Einsatz der Ölwanne betroffen und in den neokolonialistischen Expansionsmöglichkeiten in der Ölregion nicht zurückgeworfen werden.

Iran – Operation „Blaulicht“

Die Nahost-Initiative der EG war von der Regierung Frankreichs als Reaktion auf die festgefahrene Situation der Camp-David-Separatverhandlungen zwischen den USA, Israel und Ägypten vorangetrieben worden. Wie Außenminister J. Francois-Poncet erläuterte, sehe man über die Linie von Camp David keine Chancen auf Fortschritte mehr, sei eine „umfassende“ Verhandlungsebene unter Einbeziehung auch der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vonnöten. Ansonsten erhöhe sich die Gefahr, daß „Radikalismus und Unsicherheit in diesem gesamten Bereich uns alle bedrohen“.⁷

In der 11-Punkte-Erklärung der EG fanden sich schließlich solche Konzessionen an die arabischen Forderungen wie die Feststellung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, der Notwendigkeit einer „umfassenden Friedensregelung“, der Verhandlungsbeteiligung der PLO, der israelischen Räumung der 1967 okkupierten Gebiete (einschließlich Ostjerusalems) sowie der Ungesetzlichkeit der israelischen Siedlungsexpansion.⁸ Verglichen mit den Separatverträgen von Camp David und Washington (März 1979)⁹ waren dies positive Ansätze in Richtung einer politischen Lösung des Nahostkonflikts, wenngleich auch die Erklärung von Venedig wichtige Auslassungen beibehielt: die Nichtfixierung des palästinensischen Rechtes auf einen eigenen Staat und Rückkehr, auf Anerkennung der PLO als einzig legitimer Repräsentantin des palästinensischen Volkes, die nicht ausdrückliche Ablehnung von Camp David und des sog. „Autonomie“-Projekts für das Westjordan- und Gaza-Gebiet, das laut Plan bereits am 26. Mai 1980 hätte in Kraft treten sollen.

Die Carter-Administration hatte dennoch den westeuropäischen Verbündeten in rüdem Ton gedroht, man werde keine eigenständige EG-Initiative für umfassende Nahostverhandlungen „dulden“. Am 1. Juni d.J. ließ der neue US-Außenminister E. Muskie seinen französischen Amtskollegen wissen, daß Washington die Nahostposition Frankreichs

als direkte Gefährdung von J. Carters weiterhin aussichtsreichen Anstrengungen betrachte. Tatsächlich blieb auch der Versuch Washingtons, durch eine nachträgliche Einbeziehung des jordanischen Königs Hussein bei dessen US-Visite am 17./ 18. Juni d.J. die Camp-David-Verhandlungen aus der Sackgasse herauszuführen, ohne Erfolg.¹⁰

Daß Camp David keinen Schritt hin zum Frieden, sondern zum Krieg und zum verstärkten Besatzerterror gegen die Palästinenser brachte, zeigen die aktuelle Eskalation im Westjordangebiet (siehe Beiträge zu Palästina/Israel), Israels tagtäglicher Zermübungskrieg gegen den Libanon und die defacto-Besatzung des Südlibanon (gesonderte Einschätzung in AIB 9/1980).

Wie hier so geriet auch die Carter'sche „Straf“politik gegen den Iran und die Sowjetunion/Afghanistan zusehends abenteuerlicher.

Während im März d.J. der Aufmarsch der US-Kriegsflotte und -Luftarmada vor dem Persischen Golf um weitere vier Kriegsschiffe und 1800 Marineinfanteristen ergänzt wurde, ließ US-Verteidigungsminister H. Brown hören, die USA hielten sich die Möglichkeit für den Einsatz taktischer Atomwaffen in dieser Region offen. Am 2. Juli 1980 schockte Washington die Welt mit einem angeblich versehentlichen Atomalarm – dem dritten immerhin seit dem 9. November 1979.¹¹

Genauso hatte J. Carter mit seinem antiiranischen Militärabenteuer am 24./ 25. April d.J. seine westlichen Verbündeten übertölpelt, die noch tags davor – etwa im Bonner Bundestag die Regierung Schmidt/Genscher – für „Solidarität“ mit den USA gegenüber dem Iran damit geworben hatten, nur durch Wirtschaftssanktionen könne ein militärischer Gewalteinsatz der USA auf Dauer vermieden werden. J. Carter und sein Sicherheitsberater Z. Brzezinski hatten bereits im November 1979 auf einer Klausurtagung zur Iran-Krise Konsens darüber erzielt, daß alles getan werden mußte, um über eine Beseitigung des „Khomeini-Regimes“ die neokolonialistische Bastion Iran zurückzuerobern. J. Carter selbst betonte, man müsse „Khomeini loswerden, ganz gleich ob die Geiseln befreit“ würden oder nicht, notfalls über eine direkte militärische Intervention von US-Truppen. Vorbereitend schleusten die USA rund 1.500 Agenten, iranische Zivilisten und Militärs in verschiedene Landesteile des Iran ein, organisierten im Verein mit dem Shah-General G.A. Oveissi Kommandoüberfälle von irakischem Boden aus. Das irakische Hussein-Regime assistierte obendrein durch die Entfachung eines regelrechten Grenzkrieges seit Anfang April 1980 (siehe Beitrag zum Irak), der den Iran zur Verlagerung von rund 20.000 Mann an die iranisch-irakische Grenze zwang. Hinzu kamen die Destabilisierungsaktivitäten in Iranisch-Kurdistan und Khuzistan, wo die Autonomiebewegungen zu Sabotageakten usw. ermuntert wurden. In der iranischen Armee verbliebene gegenrevolutionäre Offiziere sorgten zusätzlich für Hilfestellung für die „Umsturz-Expedition“.

„Geheimer Krieg“ gegen Afghanistan

Nach neuesten Erkenntnissen sollten insgesamt 7000 bewaffnete Kräfte bei der sog. Operation „Blaulicht“ in Aktion treten, teils von US-Transportern eingeflogen, teils als „5. Kolonne“ im Lande verteilt. Sie sollte die Festnahme und Exekution von Ayatollah Khomeini (in Qhom) wie anderer progressiver Führungspersönlichkeiten, die Machtergreifung alter Offiziere und im Fall massiven Volkswiderstandes auch Bombenangriffe auf Teheran einschließen. Nach dem kläglichen Scheitern der Operation „Blaulicht“ kündigte H. Brown ungeniert „weitere Aktionen“ gegen den Iran an.

Analog zum US-Interventionismus im Iran wurden die Destabilisierungsaktivitäten gegen die afghanische Revolution fortgesetzt. Wie Ende Mai 1980, erstmalig ein hoher Regierungsbeamter in Washington – bezeichnenderweise anonym – eingestand, sucht die Carter-Administration den afghanischen „Rebellen“ auf „jede nur mögliche Art zu helfen“.¹³ In den letzten Monaten enthüllte Einzelheiten (siehe u.a. die nachstehende CounterSpy-Analyse zur CIA-Aktivität in Afghanistan) zum äußeren Interventionismus gegen die afghanische Revolution machen deutlich, daß es sich dabei tatsächlich um einen nichterklärten Krieg handelt. Und dieser setzte ein am 15. April 1979, nach einem gemeinsamen Interventionsplan von pakistanischen Offizieren, amerikanischen und chinesischen Militärberatern wie der – auf pakistanischem Boden ausgebildeten und ausgerüsteten – „Rebellen“führer.

Von den pakistanischen Behörden gefördert, rollten Waffen und Munitionsmengen über den Hafen Karatschi oder die 1978 fertiggestellte chinesische Karakorum-Gebirgsstraße in Richtung afghanische Grenze. Diese Waffentransporte nahmen unmittelbar nach dem iranischen US-Debakel im Frühjahr 1979 sprunghaft zu. Die Rebellenvertreter Zia Nezri, Zia Nassery und Baschir Zikria fungierten als Mittelsmänner für Waffenlieferungen und als Gesprächspartner der Vertreter der Carter-Regierung, darunter der Afghanistan-Experte im Washingtoner Außenministerium Ronald Lorton und der CIA-Offizier Oberstleutnant Robert Brown.¹⁴

Das Regime Zia ul-Haq stellte in Kooperation mit dem CIA den Rebellen nicht nur Ausbilder, Rundfunkstationen (bei Quetta und Peschawar), Druckkapazitäten und Transportmittel für den Waffennachschub zur Verfügung. Wie Afrique-Asie-Korrespondent Hani Baloch enthüllte, nahmen pakistanische Offiziere, Milizionäre und westliche Militärberater auch direkt an der „Rebellen“Offensive teil, die am 15. April 1979 einsetzte. Dieser direkte pakistanische Militärinterventionismus erfolgte auf eine Regierungsinstruktion hin, die das Einschleusen von pakistanischen Militärs und Waffen über die Nomadenstämme bis zu 37 km ins Innere Afghanistans vorsah. Zias Operationsleiter für diese getarnten Aggressionsakte pakistanischer Truppenkontingente war Kanzada Kahn, vormals Generalinspektor der Polizei in der pakistanischen Ostprovinz Paschtunistan.¹⁵

Größte CIA-Operation seit Angola

Wie heute bekannt ist, kamen die eigentlichen Planer aus Washington, aus derselben Zentrale, welche schon die indirekte Aggression 1975/76 in Angola und 1973 in Chile angeleitet hatte. 1977, kurz nach dem Debakel im Angolakrieg (der dortige CIA-Operationschef John Stockwell hatte hernach ausgepackt) und nach dem Auffliegen der „schmutzigen CIA-Geschäfte“ in der Watergate-Affäre, hatte der neue moralisierende US-Präsident Carter versprochen, dem Mißbrauch und den „Geheimkriegen“ des amerikanischen Geheimdienstes ein Ende zu machen. Der CIA wurde damals einer größeren Kontrolle durch den US-Kongreß unterstellt. Jetzt, nach Afghanistan und der Proklamation der Carter-Doktrin, also der offiziellen Rückkehr zum massiven Interventionismus, wurde dies offiziell rückgängig gemacht.

Die Carter-Administration geriet außer sich, daß Verantwortliche der Kongreß-Kontrollkommission für den CIA wie Les Aspin und Birch Bayh von der Realität „einer Reihe“ verdeckter Übersee-Operationen gesprochen hatten, noch bevor sie abgeschlossen waren. Von „Verrat“ war vor allem deshalb die Rede, weil Senator B. Bayh am 9.1.1980 die von Washington beharrlich geleugnete aktive CIA-Unterstützung für die afghanische Konterrevolution öffentlich bestätigt hatte. Kurz darauf enthüllten US-Quellen Ausmaß und Hintermänner dieser Intervention. Ein Sonderkoordinationsrat

US-Ölkriegsplanung konkret

Ölkriegsdrohungen und -pläne gibt es nicht erst seit der Ölkrise 1979. Sie datieren schon aus der Zeit der ersten Ölkrise 1973/74 und waren die Antwort der Nixon/Ford-Administration auf die Anwendung der arabischen Ölwanne im 4. Nahostkrieg (Oktober 1973).

Mit einer Einschüchterungskampagne suchte damals Washington die arabische Ölwanne (Öllieferstopp an die westlichen Unterstützer Israels) zu entschärfen. Die ersten Wüstenmanöver von US-Marines setzten ein, in denen die Besetzung der Erdölfelder um den Persischen Golf durch eine amerikanische Invasionstruppe geprobt wurde. Am 6. Januar 1974 – und aufs Neue im März 1975 – drohte US-Verteidigungsminister J. Schlesinger, mit „Gewaltanwendung gegen arabische Nationen“ sei zu „rechnen“. Entsprechende Invasionsdrohungen gegen die arabischen Ölländer stießen US-Präsident G. Ford auf der Weltenergie-Konferenz am 23. September 1974 und sein Außenminister H. Kissinger am 2. Januar 1975 aus (nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.1.1974; US News & World Report, 20.1.1975; Arab World Report Weekly, 11.1.1975).

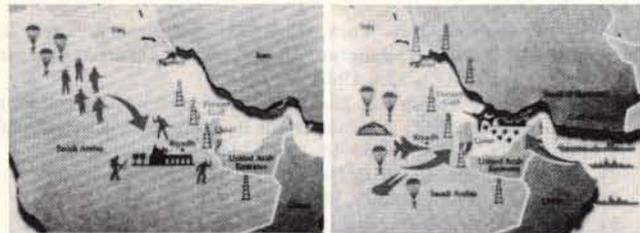
Die Vision vom „Krieg ums Öl“ erhärtete man schon damals durch eine demonstrative Ausweitung der eigenen Militärpräsenz. So drang erstmals seit den 40er Jahren im November 1974 ein amerikanischer Flugzeugträger, die Constellation, in den Persischen Golf ein. Die Kampfkraft der VI. US-Flotte im Mittelmeer wurde erhöht, das US-Militärstützpunktnetz verdichtet (Bahrein, Masirah, Diego, Garcia), die Aufrüstung der Stellvertretermächte Iran, Israel und Saudi Arabien forciert.

5 Ölkriegs-Varianten für die Eingreiftruppe

Als im Februar 1979 US-Verteidigungsminister H. Brown laut über eigene Invasionspläne zur Sicherung „vitaler Interessen“ der Westmächte in der Ölregion nachdachte, fiel mit dem Sturz des Schah-Regimes ein zentraler Alliiertes in der Ölkriegsplanung aus. Nunmehr drohte der Einsatz der arabisch-iranischen Ölwanne. In Washington ging man unmittelbar an den Aufbau einer US-Eingreiftruppe von 100.000 - 110.000 Mann, entwarf man eiligst neue Ölkriegs-Varianten – unter Einschluß der iranischen Ölfelder.

In ihrer Mai-Ausgabe 1979 brachte die amerikanische Zeitschrift Fortune diverse Varianten eines Einsatzes der US-Eingreiftruppe. Der Autor Juan Cameron skizzierte sie als fünf „Situationen“, in welchen das Pentagon (US-Verteidigungsministerium) seine „Stoßkräfte“ im Mittleren Osten einzusetzen gedenke:

„Situation“ Nr. 1: Sie soll gegeben sein bei Unruhen in Saudi Arabien, die die ununterbrochenen Öllieferungen gefährden könnten. Was tun da die USA? Auf Befehl des Präsidenten alarmiert das Pentagon die 82. Fallschirmjäger- und die 101. Luftlandedivision mit dem Auftrag, „die Unruhen niederzuschlagen“. Zu der Operation werde das Pentagon auch die Flugzeuge heranziehen, die auf den nahen Stützpunkten stationiert sind; ferner die Green Berets, die sich in Vietnam „mit Ruhm bedeckt haben“. J. Cameron



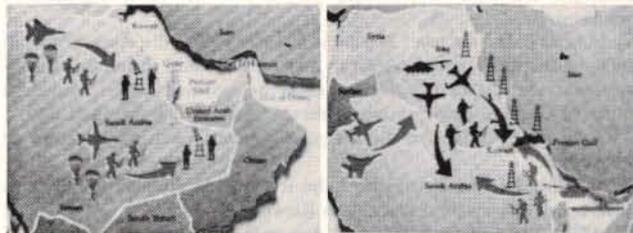
schätzt, alle diese Interventionskräfte würden in höchstens drei Tagen „reagieren“ können.

„Situation“ Nr. 2: Sie träte ein bei einem „Sperrern der Straße von Hormuz durch Versenken eines Supertankers in seiner Fahrinne und durch Verminen; ferner bei Aktionen von Aufständischen in Oman“.

In solchen Fällen werde das Pentagon außer der genannten 82. Division die im Indischen Ozean stationierte Kriegsflotte, die Luftwaffe und Fliegerabwehrtruppen von Stützpunkten in dieser Region aus zum Einsatz bringen. Sie würden die „Rebellen“ aufreiben und an der Küste der Straße von Hormuz Häfen und Stützpunkte besetzen, während Minenräumboote und Hubschrauber die Straße von Hormuz säubern und den Supertanker heben würden.

„Situation“ Nr. 3: Sie gälte für den Fall einer Weigerung Saudi Arabiens, den USA Öl zu liefern.

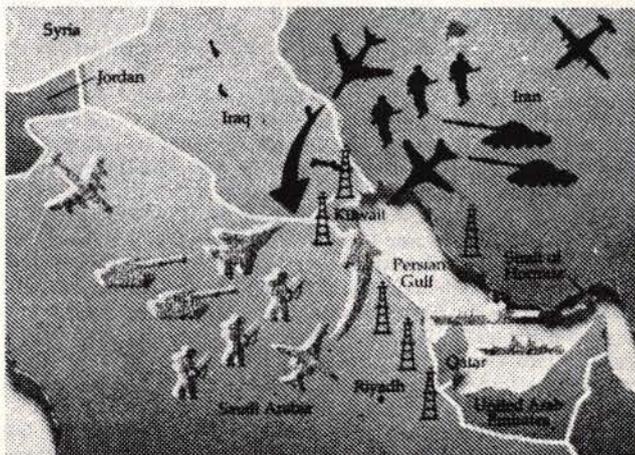
Die USA würden dann jede Hilfe an Riad einstellen, vor allem die militärische. Da die Armee der Saudis größtenteils amerikanische Waffen habe, solle die Lieferung von Munition, Ersatzteilen und anderen Heeresgut eingestellt werden, was sie, nach J. Camerons Ansicht, sehr bald schwächen und „ihre Luftwaffe schon in ein paar Wochen einsatzunfähig machen“ werde. Dann beginne die



zweite Phase des „Reagierens“: Die 82. und die 101. Division schlagen mit Unterstützung der Luftwaffe die saudischen Streitkräfte, besetzen sämtliche Ölquellen und gewährleisten eine Wiederaufnahme der Öllieferungen an die USA.

„Situation“ Nr. 4: betrifft einen vorausgesetzten Einfall des Irak in Saudi Arabien oder Kuwait.

Das „Reagieren“ des Pentagons beginnt mit „Schlägen der US-Luftwaffe gegen Truppen des Irak sowie gegen Objekte auf dessen Boden, vor allem Ölreviere“. Dann sollen die genannten beiden Divisionen Truppen und die VI. und VII. Flotte Marineinfanterie absetzen.



„Situation“ Nr. 5: Mit diesem Fall malt J. Cameron den „schrecklichsten der Schrecken“ aus: „Die UdSSR besetzt den Irak und den Iran und führt von dort aus Schläge gegen Saudi Arabien“, wobei sie die Ölreviere an sich reiße. In diesem Fall bringen die USA außer der Eingreiftruppe auch „Panzerdivisionen und andere Streitkräfte zum Einsatz“. Übrigens müßten sie nicht erst eine „sowjetische Offensive“ abwarten, sie könnten die Länder am Golf schon beizeiten okkupieren. Dazu werde das Pentagon – s J. Cameron – nur Klarheit über eine „sowjetische Bedrohung“ zu gewinnen haben.

Alle diese Varianten geben einen Begriff von den militärischen und politischen Zielen Washingtons in diesem Raum und von den Aufgaben der US-Eingreiftruppe.

Ebenso wie die offiziellen Vertreter der US-Regierung läßt sich auch J. Cameron über „Details“ des Einsatzes der US-Streitkräfte aus. Nur „vergißt“ er, die Frage nach der Legitimierbarkeit solcher Ölkriegszüge aufzuwerfen: Wie kann sich Washington das „Recht“ anmaßen, über fremde Boden- und Naturschätze zu verfügen? Ist das Öl in diesem Raum amerikanisch oder iranisch und arabisch? Wer hat die USA ermächtigt, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen, nämlich „Unruhen niederzuschlagen“, Regierungen und Streitkräfte von Staaten zu stützen oder zu beseitigen.

Aussagen des ägyptischen Söldners Kiaodin Mahmud

Ziaodin Mahmud, 27 Jahre alt und ägyptischer Staatsangehöriger, hat in der ägyptischen Universität Asbarra im Fachbereich Architektur studiert. Nach seinem Diplom ist er nach Kuwait gereist und hat dort vier Jahre gearbeitet. Z. Mahmud gehörte zu jener Gilde ausländischer Söldner, die vom CIA und reaktionären Ölstaaten angeheuert, instruiert und entlobt werden, um den „geheimen Krieg“ gegen die afghanische Revolution zu effektivieren. Auch die Bundesrepublik mischt mit.

FRAGE: Wie und zu welchem Zweck sind Sie nach Afghanistan gekommen?

Z. MAHMUD: Vor zwei Wochen; mit dem Ziel, die Aschrar (Konterrevolutionäre) in Afghanistan auszubilden und ihnen beizubringen, wie sie mit den Waffen, die sie bekommen haben, umgehen müssen. Und um Informationen über Afghanistan zu sammeln.

FRAGE: Wer hat Ihnen die Aufgabe gegeben, nach Afghanistan zu kommen?

Z. MAHMUD: Diese Aufgabe habe ich von Abdullah Al Akil, dem Führer der Islamischen Partei von Kuwait erhalten.

FRAGE: Sie sind von Pakistan aus nach Afghanistan gekommen. Mit wem haben Sie sich in Pakistan getroffen?

Z. MAHMUD: Ich bin von Kuwait nach Karatschi geflogen und von dort aus bis nach Peshawar mit der Eisenbahn gefahren. In Peshawar habe ich die Lager der Aschrar gesehen. In Pakistan habe ich mich mit den sog. Führern der Islamischen Partei Afghanistans (Vorsitzender ist Gulbudin Hekmatjar; d. Red.) getroffen, die mir dann geholfen haben, nach Afghanistan zu kommen.

FRAGE: Haben diejenigen, die Sie nach Afghanistan geschickt haben, Ihnen auch Geld gegeben?

Z. MAHMUD: Als ich in Kuwait gearbeitet habe, wurde mir gesagt, daß ich nach Beendigung meiner Aufgabe in Afghanistan bezahlt werde. Ungefähr 1200 Rial (1 Rial = ca. 5-7 DM) habe ich als Vorschuß bekommen.

FRAGE: Waren Sie allein oder waren noch andere an dieser Aufgabe beteiligt?

Z. MAHMUD: Nein, ich war nicht allein. Wir waren fünf Leute. Zwei Engländer, zwei Chinesen und ich.

FRAGE: Wo haben Sie gelernt mit Waffen umzugehen?

Z. MAHMUD: Ungefähr vor sechs Monaten bin ich von Kuwait in die BRD geschickt worden. Den Namen der Stadt kenne ich nicht, weil ich mit einer undurchsichtigen Brille zum Ausbildungsort gebracht worden bin. (...)

Ich bin mit der Hilfe Abdullah Al Akils von Kuwait in die BRD geflogen. Finanziell wurde ich vom CIA unterstützt und dann wurde ich zu Gulbudin Hekmatjar, dem Führer der afghanischen Islamischen Partei nach Pakistan geschickt, um für ihn zu arbeiten. Daraus wird die Zusammenarbeit ersichtlich.

Gulbudin Hekmatjar und die anderen Führer der Islamischen Partei Afghanistans können ein angenehmes Leben führen, weil sie direkt von den westlichen Ländern für den Kampf gegen Afghanistan bezahlt werden. Aber ich bin ein Opfer dieser Ereignisse geworden.

FRAGE: Nachdem Sie jetzt alles erzählt haben, möchte ich Sie fragen, mit was für einer Strafe Sie von den afghanischen Gerichten rechnen und wie Sie sich selbst bestrafen würden?

Z. MAHMUD: Tod durch Erhängen.

FRAGE: Sie haben erzählt, daß der CIA, die BRD, Ägypten und die reaktionären arabischen Länder die afghanischen Flüchtlinge für den Kampf gegen Afghanistan ausbilden. Ist das nicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, in die Angelegenheiten eines islamischen Landes?

Z. MAHMUD: Doch, das ist eine Einmischung in Afghanistans innere Angelegenheiten. Ich bin jetzt davon überzeugt.

Aber ich bin hierhergekommen, um die Konterrevolutionäre auszubilden. Damals bin ich durch die falschen Informationen darauf hereingefallen. (...)

FRAGE: Nach Ihrer Aussage organisieren die USA und andere imperialistische Länder, sowie ägyptische reaktionäre Kräfte die Hetzkampagne gegen Afghanistan. Ist das nicht gegen Ihren islamischen Glauben?

Z. MAHMUD: Das stimmt. Ich bin jetzt auch davon überzeugt, seitdem ich gesehen habe, daß das afghanische Volk ein normales Leben führt und in Afghanistan kein Angriff stattgefunden hat, sondern daß die westlichen Länder sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmischen. Diese Aktivitäten sind gegen den Islam gerichtet. Aber früher habe ich das nicht so sehen können.

(Quelle: Ziaodin Mahmud, ägyptischer Spion in einem Interview mit afghanischen und ausländischen Journalisten, o.O. (Bonn), o.J., S. 2-8)

der US-Regierung unter Vorsitz Z. Brzezinskis leitete eine verdeckte CIA-Mission in Afghanistan an, welche „in ihrer Art die erste seit dem 1976 beendeten Angolakrieg sei“.¹⁶

Der damalige „geheime Krieg“ wiederholte sich also aufs Neue. Die stellvertretende Rolle, die im Angolakrieg Zaire und Südafrika wie auch den konterrevolutionären Banden FNLA und UNITA zugewiesen wurde, spielten jetzt Pakistan und die afghanischen Rebellen. Als Großfinanzier im Hintergrund wirkte Saudi Arabien; US-Aufrüstungstransporte wurden mittels sog. Waffen-Pipelines über Pakistan abgewickelt; zusätzlich kamen Waffen aus China und Ägypten; Ägypten hatte sich zudem verpflichtet, die Rebellen auf ägyptischem Boden zu trainieren.

In diesem Kontext bemerkenswert ist der Tatbestand, daß das Gros der von den USA an die „Rebellen“ gelieferten Waffen sowjetischen Fabrikats war – aus Gründen der Verschleierung ihrer amerikanischen Spender wie zur Abstützung der US-Lüge, die afghanischen „Rebellen“ litten Mangel an Waffen, würden indessen große Waffenkontingente bei Sowjets- und Armeesoldaten in Afghanistan erbeuten. Überdies wollte die Carter-Administration damit dem afghanischen Volk und aller Welt einen weitestgehenden Zerfall bzw. die völlige Unzuverlässigkeit der afghanischen Armee vorgaukeln. Besorgt wurden diese sowjetischen Gewehre, Maschinenpistolen, Panzerabwehrwaffen usw. teils aus ägyptischen und chinesischen Beständen, teils als Beutewaffen (Nahost-, Äthiopien-, Angolakrieg), teils auf dem internationalen Waffenmarkt. Und schließlich: Während der Pakistanreise Z. Brzezinskis Anfang Februar 1980 wurde insgeheim „eine zunehmende Kooperation mit China und Pakistan beim Anheizen einer Rebellion in Afghanistan erwogen.“¹⁷

Dieses „Anheizen“ durch die Carter-Administration gegen Afghanistan bleibt auch das Haupthindernis für die von afghanisch-sowjetischer Seite mehrfach offerierte politische Verhandlungslösung der Afghanistan-Krise. Die westeuropäischen Staaten und Japan aber verharren in Venedig wie die Carter-Administration auf ihrer maximalistischen Afghanistan-Position, welche politische Verhandlungsschritte weiterhin an die Vorbedingung „vollständiger Rückzug der sowjetischen Truppen“ knüpft. Die Westmächte, voran die Bundesrepublik, folgen somit J. Carter auf seiner abenteuerlichen Gratwanderung zwischen Interventionismus und Kriegseskalation nach. Der Carter'sche Konfrontationskurs gegen den Iran, Afghanistan und andere aber droht, je mehr „Solidarität“ ihm zuteil wird, desto eher vom „geheimen Krieg“ in den offenen Angriff einzumünden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Newsweek, New York, 23.6.1980; US News & World Report (US NWR), Washington, 23.6.1980; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.6.1980
- 2) Daten nach: Newsweek, 23.6.1980; K. Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1980, S. 34-48, hier S. 36
- 3) Ausführlicher siehe: AIB, Nr. 5/1980, S. 32-34
- 4) Siehe AIB, Nr. 6/1980, S. 28-29
- 5) Vgl. Time, New York, 9.6.1980 und Der Spiegel, 2.6.1980
- 6) The Middle East, London, März 1980; Middle East Yearbook 1980, London 1980, S. 59
- 7) FAZ, 2.6.1980; Newsweek, 16.6.1980
- 8) Wortlaut in: Bulletin, Nr. 71/17.6.1980, S. 598/599
- 9) Siehe AIB, Nr. 5/1980, S. 28 ff.
- 10) FAZ, 2.6.1980 und US NWR, 23.6.1980
- 11) Vgl. Unsere Zeit, 8.3.1980; FAZ, 10.6.1980; Der Spiegel, 23.6.1980
- 12) Daten nach: Afrique Asie, Paris, 10.12.1979, 12.5. und 9.6.1980; L'Humanite, Paris, 16.6.1980
- 13) AP, Washington, 1.6.1980
- 14) Afrique Asie, 3.3.1980
- 15) Ebenda und Stern, 31.1.1980
- 16) Newsweek 25.2.1980; The Middle East, April 1980; International Herald Tribune, Zürich, 16./17.2.1980
- 17) Newsweek, 25.2.1980 und The Middle East, April 1980

Gerüchteküche um Afghanistan



Die Medienkampagne gegen Afghanistan treibt seit dem 27./28. Dezember 1979 stetig neue Blüten. Mitte Juni d.J. hieß es unter obskurer Berufung auf Stimmen in Neu Delhi, Afghanistans Präsident Babrak Karmal habe einen Selbstmordversuch unternommen – der Retter, natürlich ein „sowjetischer Koch“.

Anfang Juni d.J. machte das Gerücht vom „großen Sturm“ der afghanischen „Rebellen“ auf Kabul, die angeblich mit ca. 30.000 Mann unter Waffen die Hauptstadt eingekesselt hätten, die Runde. Davor ging die Kunde vom vermeintlichen „sowjetischen Einsatz“ von Napalm, Giftgas und chemischen Waffen in Afghanistan um.

Sowjetische Phantome

Die Propagierung dieser Anschuldigung durch die Carter-Administration selbst – so im März/April 1980 von Vizeaußenminister W. Christopher und Verteidigungsminister H. Brown (Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ, 31.1.1980 und International Herald Tribune, 8.4.1980) – verweist auf eigenen Dreck am Stecken.

Giftgas- und Napalm-Einsätze waren „bewährte“ Mittel der US-Kriegsmaschinerie im Vietnamkrieg (siehe Beitrag zur genetisch-ökologischen Zeitbombe in Vietnam in diesem Heft) und chemische Waffen aus den USA werden heute im Kampf gegen die afghanische Revolution eingesetzt: Sie wurden erbeutet bei einem Gefecht einer afghanisch-sowjetischer Armeestreife mit einem „Rebellen“-Trupp, der von Pakistan her ausgerüstet mit chemischen Granaten (der Kampfstoff C-S kann bei höherer Konzentration tödlich wirken) der Stempelmarkierung „C-S 517 made in Carlsberg, Pennsylvania, 15681, USA“ auf afghanisches Territorium vorgedrungen war. Nun, in der ersten Junihälfte wurden im Raum Kabul zahlreiche Jugendliche mit Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert...

Augenzeugen verschiedenster Couleur, darunter der kanadische Reporter Vistor Malarak, Spiegel-Redakteur Erich Wiedemann, der Redakteur der Frankfurter Rundschau Karl Grobe und Norman Paech, Delegationsmitglied einer internationalen Juristenkommission (siehe Interview in AIB, Nr. 6/1980, S. 20-25), gelangten bei Visiten in Afghanistan und Pakistan zu dem übereinstimmenden Resultat, daß es für einen solchen Napalm- oder Gifteinsatz seitens der UdSSR keinerlei reale Beweise gäbe. Stattdessen florieren eine Art Börse von „Geschichtenerfindern“ und Aktionssimulanten in der „Rebellen“-Zentrale von Peschawar.

Die u.a. am 12. Juni 1980 von der Nachrichtenagentur Reuter verbreitete Meldung, die „islamischen Rebellen“ hielten ihren Ansturm auf Kabul aufrecht, sollte sich ebenso als Erfindung erweisen. Der Sonderkorrespondent der Pariser L'Humanité Jacques Coubard berichtete in der Ausgabe vom 18.6.1980 aus Kabul, die

Hauptstadt sei „nicht umstellt“, weder von der Roten Armee noch von den Rebellen. Ich habe nichts gesehen, das auf einen Zustand der Belagerung der Stadt schließen ließe. Das soll nicht heißen, daß die Aktivitäten der reaktionären Gruppen kein Problem darstellen würden und dort alles zum besten stünde wie anderswo in der Welt. Doch all das, was in Paris publiziert wird, ist um Jahre vom Licht der Wahrheit entfernt.“

So seien die bürgerlichen Meldungen (Le Figaro, 10.6.1980) vom angeblichen „Völkermord an den Hazaras“, die immerhin 1/3 der Bevölkerung Kabuls stellen, der vom „Versorgungsleck“ bzw. „Hunger“ in der Hauptstadt ebensolche Erfindungen wie der dafür verantwortlich gemachte sowjetische „General Tabelev“; letzterer ist weder Afghanen noch der Sowjetregierung bekannt, ein Phantom...

So erfindet man Truppenaufmärsche

Ähnliche Erfahrungen brachte auch der ARD-Korrespondent Rainer Wolfgramm von einer Reise nach Afghanistan und Pakistan mit. In seinem Bericht vom 12.6.1980 resümierte er:

„Seit zwei Wochen gibt es in Kabul keine Studenten- oder Schülerdemonstrationen und die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit afghanischen Soldaten und Polizisten mehr. In der Stadt wird nicht geschossen, mit Ausnahme zweier Truppenübungsplätze. Die Artillerie übt neben dem Flugplatz, die Infanterie westlich der Innenstadt. Die von Reisenden gehörten Schüsse gibt es also wirklich. Und auch das sei bei allem Widerspruch gegen die falschen Meldungen über Kabul festgehalten: In Afghanistan herrscht durchwegs Krieg. Nur eben außerhalb der Hauptstadt, in den Tälern und in den Provinzhauptstädten. Dort gibt es sicherlich viele Tote und Verletzte. Nur: Dort gibt es keine Beobachter, deren Zahlenangaben man auch nur annähernd trauen könnte.“

Was bleibt ist die Frage, wie derlei Desinformationen nach Paris, Bonn oder Washington gelangen. R. Wolfgramm kennzeichnet dies als einen Prozeß, „der eigentlich typisch für die Meldungen über Afghanistan ist: Ein Aufschaukeln, Gerüchte werden so oft hin und her kolportiert, daß aus ihnen handfeste „news“ (Neuigkeiten; d. Red.) werden. Der englische Ausdruck für diese Art der Nachrichtenerfindung steht dabei bewußt. Denn allzu häufig sind es die Meldungen der BBC, die in den Sprachen Farsi (neben Paschtu afghanische Amtssprache; d. Red.) oder Englisch gesendet werden, die hierbei eine wesentliche Rolle spielen. Der Ablauf ist fast immer derselbe. Am Flughafen Delhi stehen 4 oder 5 Reporter, die sich unverzüglich auf Reisende aus Kabul stürzen. Nach Eindrücken wird gefragt, nach Schießereien, Unruhen, sowjetischer Stärke, Auseinandersetzungen. Der Reisende, der nun wahrheitsgemäß erzählt, er habe an seinem Hotelfenster auf einem Hügel am Stadtrand Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gehört und in der Nähe des Flugplatzes habe die Artillerie geschossen, wird dann in den ersten Meldungen noch vorsichtig zitiert. Es wird durchaus noch darauf hingewiesen, daß es nur eine Aussage gewesen sei und daß die Meldungen über Schießereien in Kabul nicht bestätigt worden seien. Am Abend wird diese Meldung genau so vorsichtig ausgestrahlt, doch die Afghanen, ob regierungsfeindlich oder nicht, hören die Einschränkung schon nicht mehr. Am nächsten Tag wird das dann in Kabul als Tatsache erzählt, wobei mögliche Zahlen über Soldaten oder Panzer aufgerundet werden, der nächste Reisende bringt diese Tatsachenbehauptung wieder nach Delhi und so weiter. In kürzester Zeit entstehen so Truppenaufmärsche und Massenschießereien. Ohne große Mühe kann man dann von interessierter Seite diese Anfangsgerüchte noch ein bißchen in der gewünschten Richtung streuen...“

Die Gerüchtezentrale ist unzweifelhaft Peschawar, der nahe dem Khaiberpaß gelegene pakistanische Sitz der afghanischen „Rebellen“-führer. Wie ARD-Korrespondent R. Wolfgramm weiter berichtet, „verfaßte zum Beispiel, während ich ein Interview mit einem Flüchtling führte, ein Sprecher einer der Rebellengruppen neben mir seelenruhig eine Pressemitteilung über die Situation in Kabul, über 200 km davon entfernt, nach eigenem Eingeständnis ohne Verbindung mit der Hauptstadt. So wurden in pakistanischen Zeitungen in der vergangenen Woche immer wieder Nachrichten über eine sowjetische Offensive in Richtung Grenze abgedruckt. Gewissermaßen als Antwort ist zu werten, daß sich nun hartnäckig Vermutungen über Rebellenaufmärsche bis zu 30.000 Mann rings um die Hauptstadt halten.“

CIA-Interventionismus in Afghanistan

Am 4. Januar 1980 sprach Präsident Jimmy Carter anklagend von der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan als einer „nackten Aggression“ und als „eines vorsätzlichen Versuchs einer mächtigen atheistischen Regierung, ein unabhängiges islamisches Volk zu unterwerfen“.¹

Diese Rede setzte eine breit angelegte Kampagne in den Massenmedien in Gang. Die Medien werden jetzt dafür eingesetzt, die gegenwärtigen Ereignisse in Afghanistan dergestalt darzustellen, daß die dortige „Krise“ als ein Vorwand für eine wachsende US-amerikanische Militärpräsenz im Gebiet des Mittleren Ostens und Südasiens nutzbar gemacht werden kann, und daß in der amerikanischen Öffentlichkeit eine „Eingreifstimmung“ erzeugt wird.

Angesichts der Manipulation der Medien durch die Regierung ist es notwendig, die Berichte über die Ereignisse in Afghanistan sehr sorgfältig zu untersuchen.

Der Sturz Hafizullah Amins

Obwohl es noch offene Fragen bezüglich der Umstände gibt, unter denen Präsident Amin am 27. Dezember 1979 gestürzt und durch Babrak Karmal abgelöst wurde, scheint eine Tatsache gesichert zu sein: Die Hauptstoßrichtung in der Darstellung der Ereignisse durch die US-Regierung, daß die sowjetischen Truppen in Afghanistan eingedrungen seien und Karmal als ihre Marionette eingesetzt hätten, ist reine Propaganda.

Zum ersten stellt die sowjetische Truppenbewegung nach Afghanistan keine „Invasion“ dar (die dadurch definiert ist, daß ein Land Truppen gegen den Willen eines anderen Landes in jenes Land entsendet). Sowjetische Truppen trafen in Kabul bereits am 8. Dezember 1979 ein.² Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß am 8. Dezember, fast drei Wochen vor seiner Entmachtung, noch immer Hafizullah Amin für Afghanistan sprach.

Zum zweiten bat man um die Hilfe sowjetischer Truppen, um vom Volk unterstützte Reformen zu verteidigen, die von einem vom Ausland her unterstützten reaktionären Sektor der Gesellschaft angegriffen wurden. Obwohl es selten in den US-Medien erwähnt wird, hat niemand jemals dementiert, daß Amin bereits am 8. Dezember Truppen angefordert hat. Auch hat niemand bestritten, daß die (angegriffenen) Reformen zum Nutzen der überwältigenden Mehrheit der Afghanen waren. Tatsächlich wurde letzteres sogar von Abdul Rahim Ghafoorzai bestätigt, der von der afghanischen Regierung abgefallen war.³

Am 15. Dezember forderte Amin sogar noch mehr sowjetische Truppen an.⁴ Am 25. und 26. Dezember trafen diese zusätzlichen Truppen in Kabul ein. Nach einer Meldung des Washington Star (vom 27.12.1979) sollten sie „Amin ... helfen, ... eine hartnäckige Rebellion zu zertreten“, die von bewaffneten Gruppen gegen seine Regierung und die vom Volk unterstützten Reformen geführt wurde...

Die Regierung Karmal geht sogar noch weiter in ihren Beschuldigungen gegenüber Amin. Sie klagt ihn an, er habe versucht, die VDPA (Volksdemokratische Partei Afghanistans; d. Red.) und die Revolution zu zerstören, um sich selbst als einen niemand verantwortlichen Herrscher einzusetzen. Zu diesem Zweck, so klagte ihn die Kabul New

Times (vom 22.1.1980) an, nahm er im Oktober 1979 Verbindung zu einem der Rebellenführer, Gulbuddin Hekmatyar, auf.⁵ (..)

CounterSpy sieht sich weder in der Lage, diese Anschuldigungen zu entkräften noch sie zu bestätigen. (...)

Bis Ende 1978 war der Konflikt in Afghanistan eine innere Auseinandersetzung zwischen den früheren Herrschern Afghanistans und ihren Anhängern, sowie der Regierung und dem Volk, das ihr revolutionäres Programm unterstützte. Jedoch wurde zu jenem Zeitpunkt dieser innere Konflikt internationalisiert – eine Veränderung, die nicht nur die Kämpfe eskalierte, sondern die es auch jemandem wie Amin möglich machte, an die Macht zu kommen. Wäre die innere Opposition nicht von anderen Ländern massiv unterstützt worden, und hätte man die Reformen in Afghanistan sich unter friedlichen Bedingungen entwickeln lassen, dann hätten die VDPA und die afghanische Armee ihre Kraft auf die innere Entwicklung richten können.

Am 2. Februar 1979 berichtete die Washington Post, daß „afghanische Dissidenten in einem Stützpunkt 12 Meilen nördlich von Peshawar“, einer Stadt in Pakistan in der Nähe des Khaiberpasses, welcher Afghanistan mit Pakistan verbindet, „eine Ausbildung in der Guerillar-Kriegsführung erhalten“. Dieses Lager, „ein ehemaliger Militärstützpunkt ...“, dient immer noch zur Stationierung einiger pakistanischer Armeefahrzeuge und wird von pakistanischen Soldaten bewacht“. Nach offiziellen Angaben von pakistanischer Seite sind die Menschen in diesem Lager „Flüchtlingsfamilien“. Journalisten, die das Lager besuchten, sahen dort jedoch keine Frauen und „die 270 im ... Lager einquartierten Männer waren fast alle jung“.⁶ Die Schweizer Neue Zürcher Zeitung machte eine ähnliche Beobachtung: „Es ist sehr auffällig ..., daß fast alle Menschen, die nach Pakistan flüchten, männliche Erwachsene sind.“ Der gleiche Artikel berichtete, daß die „Flüchtlinge aus Afghanistan alles, was sie haben, dazu verwenden, um Waffen zu kaufen“, und daß die Militärregierung des Generals Zia-ul-Haq ihnen 20 Mio Rupien (rund 2 Mio Dollar; d. Red.) habe zukommen lassen.⁷

Heute ist es eine unbestreitbare Tatsache, die selbst in den konservativen westlichen Medien zugegeben wird, daß Zia-ul-Haq die Ausbildung von Rebellen in Pakistan zuläßt und



Pakistan-Besuch Z. Brzezinskis im Februar 1980

daß chinesische Berater die Rebellen ausbilden.⁸(...)

Über die US-Hilfe für die „Rebellen“ gab es heiße Debatten, bis die US-Medien im Januar 1980 bestätigten, daß die US-Regierung tatsächlich die Rebellen unterstützte. Sprecher der Carter-Regierung dementierten Vorwürfe, daß die USA den „Rebellen“ helfen (diese Vorwürfe wurden in der afghanischen und osteuropäischen Presse wiederholt), mit der Bemerkung, diese seien „aus der Luft gegriffen und verleumderisch“.⁹ Tom Reston, der Sprecher des Außenministeriums, sagte im Juni 1979: „Ich verneine: Keine Personen oder Waffen aus den USA wurden für die Ausbildung und die Ausrüstung afghanischer Rebellen in Pakistan oder sonstwo eingesetzt.“¹⁰

Entweder hatte man es Reston nicht gesagt oder er log. Schon am 13. Januar 1979 enthüllte eine indische Tageszeitung, The Patriot, daß „eine CIA-Spezialeinheit in der amerikanischen Botschaft in Islamabad und beim amerikanischen Generalkonsulat in Karatschi unter dem Oberkommando von R. Lessard eingerichtet worden ist... Die Lessard-Einsatzgruppe ist nach unseren Informationen mit der Aufgabe betraut worden, äußerst geheime und empfindliche Operationen sowohl im Iran als auch in Afghanistan zu organisieren. Das jüngste Ansteigen konterrevolutionärer Aktivitäten an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan trägt offensichtlich die Handschrift dieser Einsatzgruppe.“¹¹ Nachforschungen von CounterSpy haben bestätigt, daß Robert P. Lessard, der als „stellvertretender Botschaftssekretär“ bei der US-Botschaft in Islamabad geführt wird, tatsächlich ein CIA-Offizier ist. Er ist zuvor in Afghanistan eingesetzt gewesen und – über eine außergewöhnlich lange Zeitspanne von zehn Jahren – im Iran unter dem Schah. Unter den CIA-Offizieren in Islamabad befinden sich u.a. John J. Reagan (er war in Indonesien, Hongkong und Malaya im Einsatz) und David E. Thurmann (der in Karatschi in Pakistan drei Jahre gearbeitet hatte, ehe er nach Islamabad versetzt wurde). Ein CIA-Offizier in Karatschi ist Richard B. Jackman, der zuvor in Jordanien, Saudi Arabien und Abu Dhabi im Einsatz war.

Nach den offiziellen Dementis bestätigte jemand, der es wissen mußte, daß die USA den Rebellen geholfen haben: Paul Nitze, Präsident Carters Afghanistan-Berater. Nitze ist Mitglied des äußerst rechts stehenden Committee on the Present Danger (Komitee gegen die gegenwärtige Gefahr) und nach Aussage des Magazins Harper's „an fast jedem größeren Versuch, den Verteidigungshaushalt in die Höhe zu treiben, seit 1949 beteiligt gewesen“.¹²

Im Oktober 1979 sagte Paul Nitze, daß die „Unruhen“ in Afghanistan „auf die Hilfe der Rotchinesen, der Pakistani und der USA zurückzuführen“ seien. Er sagte weiterhin, daß Zbigniew Brzezinski Anfang 1979 den „Rebellen“ offene

Hilfe zukommen lassen wollte. Nach den Worten Nitzes kostete es einige Anstrengungen, Brzezinski davon zu überzeugen, daß ein solch offenes Vorgehen nicht angebracht wäre.¹³

Die Frage der Hilfeleistung an die afghanischen Aufständischen ist ein weiterer Gradmesser für das Ausmaß der US-Propagandaanstrengungen bezüglich Afghanistan. Wie die Tatsachen und die Aussage Nitzes beweisen, informiert die Carter-Regierung bewußt das Volk in den USA falsch, und was einen der wichtigsten Faktoren im gegenwärtigen Konflikt in Afghanistan betrifft, so greift sie zur Lüge.

Das Eingeständnis des Birch Bayh

Am 9. Januar 1980 bestätigte Birch Bayh, der Vorsitzende des Senatsunterausschusses zu Geheimdienstfragen, Nitzes Aussage indirekt in der NBC-Fernsehsendung Today (Heute) mit seiner Antwort auf die Frage, ob die US-Regierung in irgendeiner Weise versucht habe, den Rebellen zu helfen: „... Als eine bedeutende Anzahl von Menschen in Afghanistan entschlossen war, zu versuchen, Anstrengungen zu unternehmen, und zu versuchen, ein Wort mitzureden bei der Frage, welche Regierung Afghanistan haben sollte, und daß diese ihnen nicht von den Sowjets aufoktroziert werden sollte, ergriffen wir bestimmte Schritte, um ihnen bei dem zu helfen, was jede Gruppe von Bürgern in einem Lande zu tun in der Lage sein sollte.“¹⁴ Bayh weigerte sich, auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Am 15. Februar 1980 bestätigte die Washington Post, daß die Carter-Regierung den Beschluß gefaßt habe, die „Rebellen“ dadurch zu unterstützen, daß man ihnen die Waffen schickte, vermutlich über den CIA. Die Post berichtete, daß „geheime US-Hilfe vor dem Einmarsch im Dezember... darauf begrenzt war, daß man kleine Mengen medizinischer Lieferungen und Nachrichtenausrüstung an die über das Land verstreute Rebellenstämme einschleuste, und daß man den Rebellen gab, was man mit 'technischer Beratung' umschreibt, die darin bestand, daß man sie darüber informierte, wo sie sich selbständig Waffen beschaffen konnten“.¹⁵

Offizielle Vertreter der US-Regierung sind auch ständig mit einigen der „Rebellenführer“ in Kontakt. Einer von diesen ist Ziya Nezri, ein Anhänger der Monarchie, der mit offiziellen Vertretern des Außenministeriums Anfang März 1979 Gespräche führte.

Ein weiterer „Rebellenführer“ ist Zia Khan Nassery, der wie Nezri eingebürgerter US-Staatsangehöriger ist. Er stammt aus einer reichen afghanischen Familie. Sein Vater war Gouverneur der nordöstlichen Provinz Paktia, und sein Schwiegervater, Abdul Rezag Khan, war 20 Jahre lang, bis 1973, oberster Befehlshaber der afghanischen Luftwaffe unter dem König. Nassery selbst behauptet, daß er Anfang dieses Jahres dabei geholfen habe, eine „Gruppe“ ins Leben zu rufen „mit dem Namen Gazi, eine Koalition afghanischer Flüchtlinge, die sich der Durchführung von Störmanövern gegen die Sowjets widmet“. Ein Artikel im Londoner Daily Telegraph vom 4. Februar 1980 berichtete, daß „Gazi für die Beschädigung der sowjetischen Gebäude in Paris und Brüssel verantwortlich war“.¹⁶

Nassery, der den Islamischen Nationalistischen Revolutionsrat Afghanistans repräsentiert, hat von der Asien-Gesellschaft Unterstützung erhalten, die ihrerseits ihre Mittel von der Rockefeller-Stiftung bezieht. (Eines der jüngsten neuen Mitglieder der Asien-Gesellschaft ist der ehemalige CIA-Direktor William Colby.) David Chaffetz von der Asien-Gesellschaft schreibt, daß er an der Vorbereitung von Nasserys Reiseplänen beteiligt war und eine Informationsbrochure vorbereitet hat, die den Titel trägt: „Afghanistan: Rußlands Vietnam?“, welche Nassery in seiner Propaganda-



US-„Rebellen“führer Zia Nassery

arbeit verwenden sollte.¹⁷ Ein Interview mit Nassery war auch in der Aprilnummer 1980 von *Soldier of Fortune* (Glücksritter), einem US-Magazin für Söldner, abgedruckt. In diesem Interview sagt Nassery gegenüber *Soldier of Fortune*, daß seine „Rebellenbewegung“ bereit sei, Söldner über eine Kontaktadresse in Washington/D.C. anzuwerben.¹⁸

Ein weiterer in den USA lebender Vertreter der „Rebellen“ ist Bashir Zikria von der Afghanischen Nationalen Front, der Professor an der Columbia Universität ist. Nach seiner Rückkehr von einem zweimonatigen Besuch in den Rebellenlagern trat Zikria als Gast in dem MacNeil/Lehrer-Report auf, den die Fernsehstation WNET/WETA im August 1979 ausstrahlte. Zikria versicherte den Zuschauern, daß die „Rebellen“ daran glaubten, „daß ihr Sieg unvermeidlich ist“, und daß mehr als 16.000 „Rebellen“ „auf dem Marsch auf Kabul unterwegs“ seien.¹⁹

Die „Vertreter der Rebellen“ in den USA führen eine recht wirksame Propagandakampagne. Die meisten Waffen werden den Rebellen jedoch offensichtlich in Pakistan übergeben und nicht über diese Vertreter in den USA eingeschleust. Wie der *Boston Globe* berichtet, „hat der US-Botschafter in Pakistan, Arthur Hummel, tagelang die Regierung gedrängt, die Augen zu schließen, während die USA Waffen an die Aufständischen einschmuggeln“.²⁰

Die afghanischen Flüchtlinge

Ein Weg, auf dem die ausländische Unterstützung die afghanischen Rebellen erreicht, verläuft über den „Flüchtlingskanal“. Obwohl kein Zweifel daran besteht, daß es Flüchtlinge gibt, die vor den bewaffneten Auseinandersetzungen in Afghanistan fliehen, ist ihre Not ausgenutzt und ihre Zahl übertrieben worden. Zum Beispiel berichtete die *Washington Post* am 24. Januar 1980, daß es in Pakistan 600.000 Flüchtlinge gebe. Zur gleichen Zeit bezifferte der „Rebellenführer“ Nassery ihre Zahl mit 300.000.

Eine beträchtliche Anzahl der Flüchtlinge – sie mag bei 50% liegen – sind tatsächlich Nomaden, die normalerweise in jedem Winter nach Pakistan ziehen. Die US-Medien haben es für angebracht gehalten, diese Tatsache zu verzerren.²¹ (. .)

Einige der „Flüchtlingslager“, wie in der *Neuen Zürcher Zeitung* steht (siehe oben), sind in Wirklichkeit militärische Ausbildungszentren. Andere beherbergen fast ausschließlich Frauen und Kinder, die man aus Afghanistan herausgebracht hat, um ihre Männer für die Teilnahme an den Kämpfen zu entlasten. „Flüchtlinge“, die von William Branigan, Reporter der *Washington Post*, befragt wurden, „sagten, daß sie ihre Frauen und Kinder außer Landes bringen und Waffen und Munition suchen“.²²

Es wird auch fast kaum in den Berichten erwähnt, daß einige „Flüchtlinge“ von ihren Großgrundbesitzern zum Verlassen Afghanistans gezwungen wurden, welche sich die tief verwurzelte feudale Mentalität zunutze machten und auf diese Weise in der Lage waren, die Bauern zu überzeugen, daß es ihre Pflicht sei, ihren Grundbesitzern zu folgen, die nach Pakistan gingen, nachdem ihre Lebensgüter im Zuge der Landreform enteignet worden waren.

Es ist auch erwähnenswert, daß eine Delegation aus Vertretern des Internationalen Rettungskomitees (IRC) und des CARE²³ einige der „Flüchtlingslager“ im Februar 1980 besucht haben. Sowohl das IRC als auch CARE haben während des US-Krieges in Vietnam mit dem CIA zusammengearbeitet. Als die Würdenträger unter den afghanischen Flüchtlingen der IRC/CARE-Delegation erzählten, daß sie entschlossen seien, „ihre Heimat von der fremdländischen Besatzung zu befreien“, versicherte ihnen die Delegation, daß „das Volk der USA ... ihre Not verstehe, und daß sie ihnen mit Hilfslieferungen zur Seite stehen würden“²⁴ (. . .)

Obwohl es berechnete menschliche Anteilnahme für diese Afghanen gibt, die gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, ist es offensichtlich, daß der größte Teil der Hilfe, die an die Flüchtlinge geht, entweder direkt oder indirekt in Wirklichkeit als Unterstützung der reaktionären „Rebellenbewegung“ eingesetzt wird.

Die Fortsetzung der Unterstützung für die Rebellen auf dem Wege über die Flüchtlinge wurde in der Tat von Zbigniew Brzezinski anläßlich seines Besuchs in einem Flüchtlingslager in Pakistan Anfang Februar 1980 angedeutet. Brzezinski gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die Flüchtlinge „eines Tages in der Lage sein würden, an ihre Heimatorte zurückzukehren“ und versicherte ihnen, sie „seien nicht allein“.²⁵ (. . .) Mit seiner Zurückweisung des vorgeschlagenen Hilfsprogramms (was jedoch nicht gleichbedeutend ist mit einer grundsätzlichen Zurückweisung der US-Hilfe) will Zia-ul-Haq Vorkehrungen „auf der Basis geringerer Sichtbarkeit“ der US-Hilfe.²⁶ Zur gleichen Zeit sucht Zia Hilfe aus den moslemischen Ländern, China, Westeuropa und Japan, das bereits 130 Mio Dollar versprochen hat.

Konservative moslemische Länder verstärken nicht nur ihre Unterstützung für die pakistanische Diktatur, sie stocken auch ihre Hilfeleistungen an die afghanischen „Rebellen“ auf. Eine islamische Konferenz der Außenminister (10. Konferenz in Islamabad vom Januar 1980; d. Red.) – die von einigen Ländern boykottiert wurde – verurteilte eine sowjetische „militärische Aggression“ gegenüber Afghanistan.

Obwohl es auf der Konferenz keine Resolution bezüglich direkter Hilfe an die Rebellen gab, gibt es doch starke Anzeichen, daß einige Länder – Saudi Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman – diesen Hilfslieferungen zustimmen lassen. Die westdeutsche Nachrichtenagentur dpa berichtete, daß „fünf arabische Staaten ... sich verpflichtet haben, die afghanischen Rebellen mit Geld und Waffen zu unterstützen... Unter anderem werden die zwei Fischereihäfen Gwadar und Pasny an Pakistans Belutschistan-Küste erweitert (werden, ebenso wie) vorhandene Flughäfen in Belutschistan... Häfen und Flughäfen sollen als Sammelpunkte verwandt werden für Hilfsgüterlieferungen nicht nur für afghanische Flüchtlinge, sondern auch für afghanische Freiheitskämpfer“.²⁷

Ägypten war in seiner direkten Hilfe für die „Freiheitskämpfer“ am offensten, obwohl ihm die Teilnahme an der Islamischen Konferenz aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Begin-Regime beim Abkommen von Camp David nicht gestattet wurde. (Die Konferenz forderte sogar alle mosle-



April 1980: „Rebellen“ ermorden afghanische Arbeiter

mischen Länder auf, „einen Beitritt zum Boykott des ägyptischen Regimes zu erwägen“.)²⁸

Am 24. Januar 1980 kündigte der ägyptische Verteidigungsminister General Kamal Hasan Ali an, daß „Armeelager für die Ausbildung afghanischer Rebellen geöffnet worden sind“ und daß die „Rebellen“ mit Waffen aus Ägypten versorgt werden.²⁹

Ägypten hat große Vorräte an sowjetischen Waffen, wie z.B. die wärmegeleiteten SA7, eine von der Schulter aus abzufeuende Luftabwehrrakete, und RPG-Panzerabwehrraketenwerfer. „Es verlautet“, schreibt der Boston Globe, daß Anwar Sadat „überredet werden könnte, diese Waffen im Austausch für modernen amerikanischen Waffenersatz den USA zu überlassen.“³⁰

Die Rolle Ägyptens und Chinas

Diese Waffen kämen gerade zur rechten Gelegenheit – sie könnten an die Rebellen geliefert werden, die ihrerseits behaupten könnten, sie hätten sie von desertierenden afghanischen Soldaten oder sie erbeutet. Das Sadat-Regime, dem ehemaligen Schah des Iran freundschaftlich verbunden, verrichtet ganz offensichtlich einiges von der Dreckarbeit für die USA, indem sie die Ausbildung für die afghanischen „Rebellen“ übernimmt. Die Carter-Doktrin hat in Sadat eine gute neue Marionette gefunden.

Die „Rebellen“ und die Regierung der USA haben einen weiteren engen Freund entdeckt: die chinesische Regierung. Chinas Unterstützung für die Rebellen ist eine wohlbekannt Tatsache. Auf seiner Besuchsreise in Pakistan im Januar 1980 versprach der chinesische Außenminister Huang Hua Stammesführern, daß sein Land dazu beitragen werde, „den sowjetischen Expansionismus einzudämmen“.³¹ Es hat auch Berichte gegeben, daß „chinesische Freischärler“ und „pakistanische Soldaten...“, die typische afghanische Kleidung trugen, an der Seite der Rebellen gekämpft haben.³²

Die Zusammenarbeit Chinas und der USA in Afghanistan ist kein Zufall. Eine Studie des Pentagon mit dem Titel „Sicherheit in Asien in den 80er Jahren“, die von der Rand Corporation als ein „Ergebnis einer Konferenz von Fachleuten aus Asien und der US-Regierung“, die im Januar 1979 stattgefunden hatte, veröffentlicht wurde, empfiehlt, das angesichts des „ständigen Anwachsens der sowjetischen Bedrohung“ die „lose Koalition“ der NATO und Chinas zu einer „Sicherheitsbeziehung“ entwickelt werden solle.³³

Afghanistan könnte ein guter Testfall für eine solche „Sicherheitsbeziehung“ sein. Noch ehe Verteidigungsminister Harold Brown im Januar d.J. nach China reiste, wurde bekannt, daß er „mit dem Auftrag reiste, mit den chinesischen Führern darüber zu sprechen..., welche Waffen sie an die Rebellen liefern können“. Es wurde angedeutet, China „könne leichte Mörser, panzerbrechende Landminen und Maschinengewehre mit Brandgeschossen liefern“.³⁴

Browns Besuch in China war sehr erfolgreich. Auch wenn eine formelle „Sicherheitsbeziehung“ zwischen China und den USA noch viele Jahre auf sich warten lassen mag, so wurden doch wichtige erste Schritte vollzogen. Darunter fällt eine Koordinierung der Hilfe an die afghanischen „Rebellen“ und die pakistanische Diktatur, und eine Aufstockung der an China verkauften US-Militärausrüstungen (unter Ausschluß von Waffen). Einflußreiche Mitglieder des Kongresses wie der Führer der Mehrheitsfraktion im Senat, Robert Byrd, haben auf den Verkauf von Waffen an China gedrungen.

Bei einem Treffen Mitte März 1980 kamen die Regierungen der USA und Chinas überein, „getrennte, aber ‚sich gegenseitig verstärkende‘ Anstrengungen zu unternehmen, um der sowjetischen Invasion in Afghanistan entgegenzuwirken. ...

CIA-Offiziere in Kabul

Die folgenden Beamten, die gegenwärtig in der US-Botschaft in Kabul arbeiten, sind CIA-Offiziere:

ALEXANDER, Joseph N.

(Attache)

Geburtsdatum: 26.07.1930

Er hat zuvor im Sudan, in England, Bolivien, Taiwan und Indonesien gearbeitet.

LONG, Arnold C.

(stellvertretender Botschaftssekretär)

Geburtsdatum: 30.12.1943

Long hat in Kalkutta und Neu Dehli in Indien gearbeitet, ehe er nach Afghanistan kam.

MARIK, Warren J.

(Vizekonsul)

Geburtsdatum: 30.06.1945

Marik hat zuvor in der Türkei gearbeitet.

TURCO, Frederick A.

(Erster Botschaftssekretär)

Geburtsdatum: 10.07.1938

Turco war in Bangladesh, Rawalpindi in Pakistan und in Kalkutta in Indien tätig.

Nach chinesischen Quellen“, berichtet die Washington Post, „mündete eine Diskussion über breitangelegte Hilfe für die Rebellen in eine Übereinkunft dahingehend, daß sowohl Washington als auch Peking alles in ihrer Macht stehende tun werden, um Unterstützung zu leisten“.³⁵

Auf Einladung von Harold Brown wird Chinas Verteidigungsminister Xu Xiangqian die USA im späten Frühjahr besuchen und Reginald Bartholomew, im Außenministerium Leiter für militärpolitische Angelegenheiten, wird im April oder Mai (1980; d. Red.) nach China reisen.

Auf seiner Chinareise wurde Harold Brown vom stellvertretenden Verteidigungsminister Robert Komer begleitet. Komer hat im Pentagon eine immer wichtigere Rolle gespielt. Während der 14 Jahre, die er für den CIA gearbeitet hat, wurde er 1967 zum Leiter des Pazifizierungsprogrammes in Vietnam ernannt und gründete die CIA-Operation „Phoenix“. Er arbeitete mit Hilfe von 5.000 US-Beratern, davon 75% militärische und 25% zivile, darunter auch CIA-Personal.³⁶ Über „Phoenix“ war Komer für zahllose Ermordungen und Folterungen verantwortlich. Nach einigen Jahren bei der Rand Corporation wurde er von Präsident Carter 1977 in das Pentagon zurückberufen. (...)

Wer die „Rebellen“ wirklich sind

Im allgemeinen haben US-Regierung und US-Medien versucht, alle Afghanen so darzustellen, als hätten sie die Sowjets, und als seien die „Rebellen“ „grimmige Moslemskämpfer“. Wenn man sich genauer ansieht, wer die „Rebellenführer“ wirklich sind, erhält man ein ziemlich verschiedenes Bild.

Einer der wichtigsten „Rebellenführer“ ist Sayed Ahmed Gailani, der Führer der Nationalen Befreiungsfront der Islamischen Revolution von Afghanistan. Gailani, der enge Verbindungen zu König Zahir Schah hat, war Besitzer eines großen Peugeot-Autohauses in Kabul. Seit Dezember 1978 lebt er in einer geräumigen Villa in Peshawar. Gailani ist ein „weltgewandter Aristokrat, dessen ererbte Ländereien in Jalalabad beschlagnahmt ... worden sind“, und er erhält einen großen Teil seiner Unterstützung von wohlhabenden Bürgern Saudi Arabiens.³⁷

Die Mehrheit der Anhänger Gailanis gehört zu den verschiedenen Paschtunen-Stämmen, die im nordwestlichen Teil Afghanistans leben. Sie sind die größte Völkerschaft in Afgha-

nistan. Die Paschtunen sind schon immer Opiumproduzenten gewesen. 1979 wurden in Afghanistan ca. 300 t Opium hergestellt (im Vergleich zu 15 t in Mexiko), das meiste davon im Paschtunen-Gebiet. Paschtunen-Führer sind durch den Verkauf und Schmuggel mit Opium reich geworden. Diese Praxis wurde unter den Regierungen Taraki und Amin scharf unterbunden, und dies führte zu beträchtlichem bewaffneten Widerstand. Es ist immerhin interessant, daß große Mengen afghanischen Opiums jetzt an der Ostküste der USA auftauchen.

Ein weiterer „Rebellenführer“ ist Gulbuddin Hekmatyar, der Führer der Islamischen Partei Afghanistans, der am extremsten fundamentalistischen Gruppe. Hekmatyar, der sagte, seine Partei habe ihre Basis in der Intelligenz, lehnt selbst König Zahir Schah als zu „links“ ab. Bis jetzt hat sich Hekmatyar allen Aufrufen zur Einheit der „Rebellen“ widersetzt, darunter auch denen des abgesetzten Königs, der seit 1973 in Italien lebt und kürzlich die „Rebellenführer“ dringend dazu aufrief, sich „unverzüglich zu vereinigen“, um „Einheit in Ziel und Aktion zu erreichen“.³⁸

Hekmatyar behauptet, daß „sich unter den Flüchtlingen mehr als 250.000 Menschen befinden, die mit (der Islamischen Partei) verbunden sind“.³⁹ Die Washington Post schreibt, daß von den sechs wichtigsten „Rebellen“-Gruppen Hekmatyars Gruppe „die größte und bestorganisierte“ sei.⁴⁰ Jedoch behauptet der „Rebellenführer“ Gailani, daß 70% der Kämpfer unter seinem Kommando ständen.⁴¹

Nach Le Monde Diplomatique kommt begrenzter Widerstand gegen die afghanische Regierung auch von einigen Stämmen im Süden und von zwei maoistischen Parteien im Nordwesten, die etwa zehn Jahre alt sind und von einem kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt werden.⁴²

Angesichts der Vielfalt der „Rebellen“-organisationen (darunter Räubergruppen, die sich als „Rebellen“ ausgeben), dem Fehlen einer disziplinierten Strategie und ihrer Desorganisation, erweist es sich für den CIA und andere Hilfspender als schwierig, zu entscheiden, wen man unterstützen will. Waffen sind die wichtigste Einkommensquelle für einige „Rebellen“... (...)

Nick Downey von der British Broadcasting Company (BBC), der vier Monate bei „Rebellen“-Gruppen in Afghanistan ver-

brachte, berichtete, daß „sie tief gespalten waren ..., den Ereignissen außerhalb ihrer Provinz wenig Beachtung schenken, und kämpfen, um ihr Feudalsystem zu erhalten und die linken Reformen der Regierung in Kabul zu stoppen, die für antiislamisch gehalten werden“.⁴³

Das US-Außenministerium – wie auch brav in den Medien gemeldet wurde – behauptet, daß die „Rebellen“ den sowjetischen und afghanischen Truppen schwere Verluste zufügten. Nach mehr als dreimonatiger Kampfdauer ist jedoch wenig von dem Erfolg der „Rebellen“ zu sehen. In Wirklichkeit scheint es, daß die afghanische Regierung mit der Unterstützung der sowjetischen Truppen in der Lage war, die Kontrolle über den größten Teil des Landes aufrechtzuerhalten.⁴⁴ Entgegen vielen Berichten in der US-Presse scheint es, daß die Rolle der sowjetischen Armee sich im ganzen darauf beschränkt, die afghanische Armee zu unterstützen, die die meisten Aufgaben durchführt. (...)

Die schwere Verantwortung der USA

Auf jeden Fall erscheint es sehr unwahrscheinlich, daß die afghanische „Rebellenbewegung“ in der Lage sein wird, die Kontrolle über das Land zu erlangen. Die Rebellen haben dem afghanischen Volk außer einer eigenartigen Spielart des Islam, der Gegnerschaft gegenüber Reformen und Kommunistenhaß wenig anzubieten.

Was in Afghanistan in den kommenden Monaten und Jahren passieren wird, hängt in nicht geringem Maße von der US-Regierung, China und Pakistan ab. Die US-Aktivität, die den Verlauf der Ereignisse am meisten beeinflussen kann, ist die Fortsetzung oder Verstärkung der Unterstützung der „Rebellen“ mit Waffen und Logistik. Würden die USA und andere Länder ihre Intervention beenden, dann würde das Programm der afghanischen Revolution, obwohl ihm unter Amin großer Schaden zugefügt worden ist, seinen Fortgang nehmen. (...)

Wie die Dinge jetzt aussehen, wird die afghanische Revolution eine lange Zeit mit ausländischer Aggression zu tun haben.

(Quelle: CounterSpy, Washington, Nr. 2/1980, S. 22-38)

Anmerkungen:

- 1) Washington Post (WP), 5.1.1980, S. A-7
- 2) The Sunday Times, London, 20.1.1980, S. 1
- 3) WP, 23.2.1980, S. A-10
- 4) Indian Express, Neu Delhi, 13.2.1980, S. 6; zit. nach: Foreign Broadcast Information Service, Middle East & North Africa (FBIS, ME & NA), 21.2.1980, S. S-1
- 5) Kabul New Times (KNT), Kabul, 22.1.1980, S. 1/2
- 6) WP, 2.2.1979, S. A-23
- 7) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 7.2.1979, S. 4
- 8) Siehe Washington Star (WS), 30.4.1979, S. A-3; New York Times (NYT), 16.4.1979, S. A-1, WP, 23.4.1979, S. A-16
- 9) WP, 3.4.1979, S. A-12
- 10) NYT, 12.6.1979, S. A-5
- 11) The Patriot, Neu Delhi, 13.1.1979, S. 2
- 12) Harper's, New York, Juni 1977, S. 64
- 13) Zit. nach einer in Kürzer von den Radioprogrammherstellern WHUR (Howar Universität, Washington/D.C.) fertiggestellten Sendung, die über das Unabhängige Programm des Nationalen Öffentlichen Radiosenders (NPRICH) ausgestrahlt werden wird.
- 14) Zit. nach: WP, 15.2.1980, S. A-28
- 15) WP, 15.2.1980, S. A-28
- 16) Zit. nach: Call-Chronicle, Allentown/Pennsylvania, 24.2.1980, S. A-4
- 17) D. Chaffetz, Afghanistan – Russia's Vietnam? The Afghanistan Council of the Asia Society, Sondernummer 4/Sommer 1979
- 18) Soldier of Fortune, April 1980, S. 45
- 19) Mac Neil/Lehrer-Bericht, Nr. 5032 (Abschrift), S. 2
- 20) Boston Globe, 5.1.1980, S. 2
- 21) WP, 28.1.1980, S. A-22
- 22) WP, 26.1.1980, S. A-20
- 23) „Cooperative for American Remittances to Everywhere“ (Ge-

meinschaft für Amerikanische (Hilfs-)Sendungen überallhin), 1946 gegründet („CARE-Pakete“) für US-Lieferungen an Europa, 1950 im Korea-Krieg, sowie seit 1960, unter Kennedy in Vietnam, immer mehr als Instrument der US-„Auslandshilfe“ in Asien und anderen Kontinenten eingesetzt; d. Red.

- 24) Zit. nach: FBIS, ME & NA, 20.2.1980, S. S-9
- 25) Zit. nach: FBIS, ME & NA, 4.2.1980, S. S-20
- 26) WP, 8.3.1980, S. A-21
- 27) dpa (Deutsche Presse-Agentur), 1.2.1980, zit. nach: FBIS, ME & NA, 5.2.1980, S. A-1
- 28) Zit. nach: FBIS, ME & NA, 12.2.1980, S. S-19
- 29) MENA (Ägyptische Nachrichtenagentur), Kairo, zit. nach: FBIS, ME & NA, 25.1.1980, S. D-5
- 30) Vgl. oben, Anm. 20
- 31) WS, 21.1.1980, S. A-1
- 32) Indian Express, zit. nach: FBIS, ME & NA, 12.2.1980, S. S-7
- 33) WS, 28.12.1979, S. A-3
- 34) Vgl. oben, Anm. 20
- 35) WP, 21.3.1980, S. A-29
- 36) The Sunday Oklahoman, 25.3.1973, S. 1
- 37) Afzal Khan, With the Afghan Rebels, NYT Magazine, 13.1.1980, S. 32/33
- 38) AFP (Agence France Presse, französ. Nachrichtenagentur), 4.1.1980, zit. nach: FBIS, ME & NA, 4.1.1980, S. S-6
- 39) FBIS, ME & NA, 6.2.1980, S. S-8
- 40) WP, 26.1.1980, S. A-16
- 41) Der Spiegel, Hamburg, 21.1.1980, S. 112
- 42) Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 2/Februar 1980
- 43) Zit. nach: FBIS, ME & NA, 31.12.1979, S. S-13
- 44) In dem täglichen Nachrichtenüberblick des Außenministeriums vom 5.3.1980

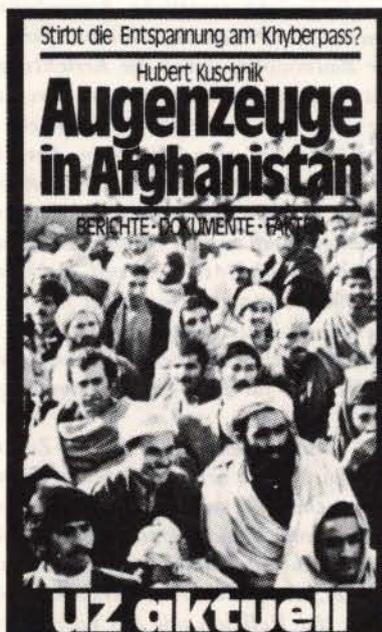
Aber sie ist doch einseitig, kommunistisch dazu, sagen manche. Stimmt, sagen wir. Tatsächlich gibt es die sogenannte Überparteilichkeit nicht. Die Zeitungen, die vorgeben, für die da oben und zugleich für die da unten zu schreiben, ergreifen letztendlich immer Partei für die Großen. Wir ergreifen Partei für die arbeitenden Menschen. Treten offen an ihre Seite. Unterstützen sie im Lohnkampf. Entlarven die Preistreiberei. Machen frisierte Bilanzen durchschaubar. Weisen nach, wo die Gewinne stecken und wer die Profiteure sind.

**Politiker
werden am Alltag gemessen**

Die Sonntagsreden der Politiker werden von uns nicht einfach hingegenommen oder gegenübergestellt, sondern an der Praxis des Alltages gemessen. So erfährt der Bürger, wie scheinbar kleine Hintertürchen im Gesetzesdickicht so groß wie Scheunentore werden, wenn Unternehmer, Miethaie oder Börsenspekulanten daranklopfen.

**Frieden, keine Sache
von Pro & Contra**

Frieden und Entspannung sind für uns unantastbar. Keine Sache von Pro & Contra. Kompromißlos treten wir für die Abrüstung ein.



144 Seiten Berichte, Dokumente, Fakten. Aktuell aus erster Hand. Das Buch ist in allen collectiv-Buchhandlungen erhältlich und kostet 5,80 DM.



**Seite für Seite –
Arbeiter-Zeitung**

Unser Grundsatz: Verhandeln ist besser als schießen. Friedlicher Handel erleichtert das Zusammenleben der Völker. Die Rüstungskonzerne sollen am Frieden ersticken.

**Auslandskorrespondenten
in aller Welt**

Auslandsinformationen kommen bei uns nicht zu kurz, obwohl wir keine kostspieligen Auslandsbüros unterhalten. Dafür haben wir Freunde in der Welt, die der UZ berichten. Von Havanna bis Tel Aviv – von Moskau bis Paris. Diese Korrespondenten sind Sachkenner ihrer Länder. Insbesondere, was die Sorgen und Nöte der arbeitenden Menschen betrifft.

Sozialismus aus erster Hand

Wer über den Sozialismus etwas wissen will, wird bei uns aus erster Hand informiert. Schließlich geht, wer Bier holen will, auch nicht zum Schuster. Wir verkaufen keinen Zweite-Hand-Sozialismus wie die bürgerlichen Blätter. Quellen wie mutmaßlich, nahestehend oder halbamtlich, sind uns zu trüb. Wir dringen bis zum Ursprung der Quelle vor, ob beim VEB Halbleiterwerk oder der Produktionsgenossenschaft Morgenröte. Wir informieren Sie direkt.

Das alles ist nicht Langweilig. Im Gegenteil. Interessant, weil mitten aus dem Leben der arbeitenden Menschen gegriffen. Prüfen Sie es. Lesen Sie die UZ.



Bitte ausschneiden und einsenden an Plambeck & Co · Xantener Straße 7 · 4040 Neuss 13

Bestellschein

Ich bestelle die UZ-
UNSERE ZEIT-
Zeitung der DKP
als Tageszeitung
für mindestens 3 Monate
Abonnementspreis
8,- DM monatlich.

Tageszeitung



Ich bestelle die UZ-
UNSERE ZEIT-
Zeitung der DKP
als Wochenendausgabe
für mindestens 1 Jahr
Abonnementspreis
7,50 DM vierteljährlich.

Wochenendausgabe

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein

Revolutionserneuerung unter der Regierung Karmal

Anfang Juni d.J. meldeten westliche Medien einmal mehr, die afghanischen „Rebellen“ stünden vor den Toren Kabuls bzw. seien zum „Marsch auf Kabul“ angetreten. Doch diese Hiobsbotschaften sind nach Aussagen u.a. des bundesdeutschen Augenzeugen Rainer Wolfgramm (Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk) der am 12.6.1980 im Westdeutschen Rundfunk einen Situationsbericht gab, einmal mehr Zwecküberreibungen.

Richtig ist sicherlich, daß in verschiedenen Landesteilen kriegerische Auseinandersetzungen fort dauern und in den städtischen Zentren wie Kabul, Herat oder Farah eine weiterhin relativ gespannte Atmosphäre herrscht, daß neue Rebellionsversuche wie der am 22./23. Februar 1980 nicht auszuschließen sind. Richtig ist auch, daß es die Regierung Karmal schwer hat, die vom Amin-Regime hinterlassenen Hypothesen – den Vertrauensschwund in die Volksdemokratische Partei (VDPA), die Schwächung der revolutionären Machtorgane oder Konsequenzen der fehlerhaften, d.h. überstürzt-gewaltsamen Durchführung von Reformvorhaben – sukzessive abzutragen.

Rekonsolidierung der Volksmacht

Die Situation der Regierung Karmal zur Jahresmitte 1980 steht naturgemäß unter den Vorzeichen eines intensivierten äußeren Interventionismus (siehe Beiträge von W. Brönnner und K. Ege in diesem Heft), der Fortdauer bewaffneter Auseinandersetzungen in verschiedenen Landesteilen, so daß die Umsetzung der sozialen Reformen wie der Demokratisierungsvorhaben nur mit bestimmten Einschränkungen, d.h. erst einmal nur in den um die von der Regierung weitestgehend kontrollierten städtischen Zentren herum, voll wirksam werden kann. Solange wegen der äußeren Bedrohung fremde Truppen im Lande belassen werden müssen, werden sich seitens der „Rebellen“ natürlich auch leichter nationalistisch-antisowjetische Emotionen gegen die Regierung mobilisieren lassen.

Doch aufgrund der vorausgegangenen internen Schwächung der VDPA und der Armee und aufgrund der Fortsetzung des äußeren Militärinterventionismus muß der Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Revolution und der Konsolidierung der Volksmachtorgane Priorität eingeräumt werden. Anfang März 1980 formierte man im ganzen Land Volksmilizen, d.h. Kampfeinheiten der Bauern und Arbeiter, welchen die Funktion der Selbstverteidigung und der Verbreitung des revolutionären Geistes in der Bevölkerung zugeacht wurde.

Die von der neuen Regierung beim Machtantritt proklamierte Linie zur Überwindung der inneren Krise, der Fehler und Irrtümer der VDPA beinhaltete ein Bündel von Erstmaßnahmen, deren konsequente praktische Einhaltung Augenzeugen verschiedenster Couleur bescheinigten (siehe u.a. N. Paech, in: AIB, Nr. 6/1980, S. 20 und 25). Sie bezeugen, daß die von B. Karmal proklamierte Generalamnestie in der Tat eingelöst wurde. Dazu gehörte die Freilassung von rund 15.000 politischen Gefangenen, das Recht auf straffreie Rückkehr für abertausende Exilierte (einschließlich der Rückerstattung konfiszierten Eigentums), die Einstellung der unter H. Amin berüchtigten willkürlichen Verhaftungen,

Verfolgungen und Hausdurchsuchungen, die volle Respektierung der Religionsausübung und demokratischen Freiheiten wie des Versammlungsrechts, der Bewegungsfreiheit im ganzen Land usw. Die von der Regierung Karmal zugesicherte Respektierung der religiösen wie „nationalen Traditionen und Bräuche“ wurde untermauert durch die Zusicherung, alle Verstöße gegen die islamische Religion gerichtlich zu verfolgen, sowie mit der Ersetzung der roten Staatsflagge durch eine rot-grün-schwarze Flagge, die mit der Farbe grün den Respekt vor dem Islam ausdrückt, bestärkt.

Ihr ernsthaftes Bestreben nach einer breiten Bündnispolitik, nach Einbeziehung aller nationalprogressiven Kräfte in die Regierungs- und Staatsgeschäfte stellte die VDPA-Führung mit der Aufnahme parteiloser Persönlichkeiten in den Revolutionsrat und in die Regierung unter Beweis – sie bekleiden das Handels-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium und sind als Ministerialberater tätig. Gespräche und Kontakte zwecks einer Verbreiterung der Nationalen Front sind im Gange.

Die Regierung Karmal ergriff darüber hinaus Sofortmaßnahmen, um trotz der landwirtschaftlichen Produktionsausfälle im Jahre 1979 (gegenüber dem Vorjahr sank die Agrarproduktion um 9%) die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Stabile Preise für Grundnahrungsmittel und Massenbedarfsgüter (so für Weizen, Tee, Butter, Brennstoffe) wurden garantiert, die Fleischpreise festgesetzt. Ungeachtet anhaltender verschiedentlich Schwierigkeiten gelang eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage von Städten und Dörfern verglichen mit der Schlußphase des Amin-Regimes. Mehr noch scheint mit sowjetischer Hilfe eine allgemeine Reaktivierung des Wirtschaftslebens in Gang zu kommen, u.a. durch die umfangreiche staatliche Bereitstellung von Saatgut, Düngemitteln, Preissubventionen für Weizen, Zuckerrüben oder Baumwolle, durch die Errichtung großer Reparaturwerkstätten in den Provinzen und durch die Wiederinstandsetzung wichtiger Verkehrsverbindungen.

Diese Maßnahmen bedeuten allerdings kein Abrücken von den sozialrevolutionären Vorhaben der April-Revolution, wie der Übergang zur zweiten Phase der afghanischen Agrarreform (siehe Stellungnahme von A. Ghaffar Lakanwal) und der Bildungskampagne (siehe Interview mit Anakita Ratebad) im Frühjahr 1980 bezeugt. Zweifellos kommt gerade dem Gelingen der demokratischen Bodenreform und der Konstituierung einer wirklichen (bewaffneten!) Bauernbewegung eine Schlüsselrolle für die Verteidigungsfähigkeit der Revolution zu.

Die im April 1980 vom 2. Plenum des VDPA-Zentralkomitees und dem Revolutionsrat verabschiedeten Grundprinzipien der Demokratischen Republik Afghanistan, eine Art provisorischer Verfassung, haben gerade auch die staatliche Verpflichtung zum Schutz der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, der gesicherten Perspektive der etwa 1 Mio Kleinhändler, der Religion wie der nationalen Traditionen und Bräuche hervorgehoben. Davon, ob die gleichzeitig gebilligten Beschlüsse zur vollen Einheit und Geschlossenheit der Volksdemokratischen Partei von unten bis oben (auf der Grundlage eines neuen Statuts) real eingelöst werden kann, aber dürfte die Perspektive der afghanischen Revolution in entscheidendem Maße abhängen.

Die Agrarreform in der zweiten Phase

Im Zuge der April-Revolution erhielt eine große Anzahl von Bauern mit Durchführung des Dekrets Nr. 8 vom 2.12.1978 kostenlos Land. Im Juli 1979 wurde bekanntgegeben, daß die erste Phase der Bodenreform abgeschlossen sei. Für das AIB sprach Barbara Skaliks in Kabul mit A. Ghaffar Lakanwal, dem stellvertretenden Minister für Landwirtschaft und Bodenreform der Demokratischen Republik Afghanistan. Er bilanzierte die bisherigen Errungenschaften und Fehler und umriß die nächsten Aufgaben zur erfolgreichen Durchsetzung der zweiten Phase der Agrarreform.

Es ist eine Tatsache, daß, als die politische Macht als Ergebnis der Saur-Revolution von den unterdrückenden, despolitischen und reaktionären herrschenden Klassen in die Hände der unterdrückten, getretenen und ausgebeuteten Klassen überging, die revolutionäre Regierung des Landes eine Reihe von wichtigen Maßnahmen als objektive Notwendigkeiten der nationaldemokratischen Revolution ergriff. Die Arbeit begann mit einigen sozialökonomischen Projekten, von denen eines die Bodenreform war, die im Dezember 1978 einsetzte.

Gemäß unserer wissenschaftlichen Weltanschauung und aufgrund der gewonnenen Erfahrungen bei der Durchführung der Bodenreform in fortschrittlichen Ländern muß folgendes mit Nachdruck gesagt werden: Eine gerechte Lösung der die Bodenreform betreffenden Fragen verlangt die Beendigung vorfeudaler und feudaler Verhältnisse. Die Bodenreform muß wissenschaftlich angegangen werden und schrittweise durchgeführt werden unter Berücksichtigung der Interessen der Bauern. Breite Massen müssen an ihr beteiligt sein und sie mit Bewußtheit unterstützen. Der erste Schritt in Richtung auf eine demokratische Bodenreform ist die kostenlose Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer an die landlosen und landarmen Bauern.

Bei der Beendigung dieser Phase sind die Ungerechtigkeiten in den sozialökonomischen Beziehungen in den ländlichen Gegenden nicht beseitigt. Daher ist es notwendig, nach der



Verteilung des Landes folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Um die technische und finanzielle Hilfe für Bauern und Landbesitzer zu erhöhen, ist es notwendig, sie auf freiwilliger Basis in einem System von landwirtschaftlichen Kooperativen zu organisieren. Deshalb muß sich die Bewegung zur Bildung landwirtschaftlicher Kooperativen ausweiten und muß großer Wert auf den Bewußtseinsprozeß der Mitglieder gelegt werden.

Bisher gibt es in der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) 1100 Genossenschaften, die aber nicht demokratisch organisiert sind. In diesem Jahr sollen demokratische Wahlen durchgeführt und weitere 3000 Genossenschaften gegründet werden.

2. Die Düngemittel- und Saatgutveredelungsgesellschaft, die Landwirtschaftsbank und die Abteilung für landwirtschaftlichen Fortschritt müssen ihre Hilfen weiter ausdehnen und die Kooperativen mit dem notwendigen Material, Maschinen und technischen Dienstleistungen versorgen.

In der Vergangenheit gab es diese Unterstützung nur sehr vereinzelt. Das war auch ein Grund dafür, daß die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1979 einen Tiefpunkt erreicht hatte.

3. Da die Bodenreform neben sozialökonomischen Aspekten auch gesetzliche und verwaltungsmäßige Seiten hat, ist es notwendig, diese Dinge auch von gesetzlicher Seite festzulegen:

a) Das Recht auf Eigentum wird allen Bauern und Bodenbesitzern garantiert. In unserem Land gibt es eine Vielzahl von Besitzurkunden, deren Verwaltung und Sicherung zu einem übermäßigen Zeitaufwand für die Verwaltungsbehörden und zu vielen Schwierigkeiten für die Bauern führen würden. Außerdem wissen wir, daß eine Menge dieser Dokumente zur Durchführung der Bodenreform wertlos sind. Daher werden sie alle durch einheitliche, offizielle Urkunden ersetzt (in den nächsten 6 Monaten).

b) Die Bauern und Bodenbesitzer sind berechtigt, jederzeit innerhalb einer gesetzlichen Höchstgrenze mit ihrem Land zu handeln. Unter Handel verstehen wir An- und Verkauf, Schenkung, Verteilung, Tausch usw. des betreffenden Landes. Der Handel soll in einer effektiven und nützlichen Weise stattfinden. Jeder Besitzwechsel macht die Berücksichtigung der Güteklasse, Größe, Lage und Wasserrechte notwendig und muß deshalb offiziell bestätigt werden.

c) Bauern und Bodenbesitzer sind berechtigt, als Einzelne oder in Verbindung mit gegenseitiger Bürgschaft Darlehen von der Landwirtschaftsbank in Anspruch zu nehmen.

Aufgrund der gemachten Fehler der Amin-Regierung bei der Durchführung der Landreform (zu wenig Aufklärung, kaum Einbeziehung der Bauern und auch Großgrundbesitzer in den Prozeß, Zwang – teilweise mit Waffengewalt –, Mißachtung der Traditionen und Religionen, viel zu schnelles Vorgehen usw. wird unsere Hauptarbeit jetzt bestehen in:

- der gut organisierten Verteilung des Landes; jeder Bauer soll nicht mehr als 6 ha Land besitzen;
- der Organisation von Bauernversammlungen und Gesprächen zwecks Einbeziehung und Aufklärung der Bauern und Abbau von Antikommunismus;
- der Organisation der Bauern in Kooperativen; als Anreiz kauft der Staat die Produkte der Kooperativen 30% über ihrem Wert an.

Anahita Ratebzad

Die Schlacht gegen die Unwissenheit



Dr. Anahita Ratebzad, afghanische Ministerin für Bildung, war schon vor der Gründung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA) im Jahre 1964 Parlamentsabgeordnete geworden. Heute gehört das Gründungsmitglied der Partei dem VDPA-Zentralkomitee an. Das folgende Interview führte der australische Journalist Wilfred Burchett.

FRAGE: Können Sie mir die Probleme beschreiben, denen Sie sich im Erziehungssektor stellen müssen?

A. RATEBZAD: Wegen der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in unserem Land konnte das Volk kein Bewußtsein von der Notwendigkeit der Erziehung erlangen. Es verfügte nicht über die materiellen Bedingungen, um die Kinder in die Schule zu schicken. So sind 98% der Frauen und 90% der Männer Analphabeten. Dies ist ein wichtiges nationales Problem, nicht nur für die Regierung und die Partei, sondern für die gesamte Nation. (...)

Anstatt Überzeugungsarbeit zu leisten, hat die Regierung Amin dem Volk gegenüber eine autoritäre Politik betrieben. Es wurden behördliche Dekrete erlassen, die die Menschen verpflichteten, mit dem Lernen von Lesen und Schreiben zu beginnen. Das war unmöglich. (...)

Der Versuch, 1 Mio Menschen im ersten Jahr der Alphabetisierungskampagne einzubeziehen war unrealistisch. Tatsächlich wurden 500.000 Menschen angesprochen, darunter nur 3% Frauen...

FRAGE: Worin unterscheiden sich Ihre Methoden von denen, die während des Amin-Regimes angewandt wurden?

A. RATEBZAD: Wir glauben an ein schrittweises Vorgehen unter Achtung der religiösen Traditionen unseres Volkes. Wir haben alle mobilisiert, die schon über gewisse Grundlagen verfügen: Intellektuelle, Mullahs in den Moscheen, Lehrer. Wir arbeiten in der Armee, den Gewerkschaften, den Frauen- und Jugendorganisationen, um die Kampagne voranzubringen. Dort, wo wir die Bürger zum gemeinsamen Lernen anregen können, tun wir das.

Den Koran als Trumpf nutzen!

Der Koran ist eine wertvolle Quelle der Lehre und ein Trumpf in unserem Kampf gegen die Vorurteile gegenüber dem Unterricht für Mädchen und gegen alle obskurantistischen Ideen, die die Feudalherrscher im Volk verbreitet haben. Wir haben weibliche Kader in die Dörfer geschickt und im ganzen Land Kindergärten eröffnet – eine Sache, die selbst die Männer für nützlich halten, weil sie der Meinung sind, daß dies die Frauen zugunsten längerer Stunden auf dem Feld entlastet!

Die Kindergärten sind ein fruchtbarer Boden, um Frauen für das Erziehungswesen zu gewinnen. Sie sind „für die Frauen“, „von den Frauen“. Wir beginnen damit, sie zu überzeugen, damit auch sie Lesen und Schreiben lernen; wir gehen

gleichfalls in die Häuser, auf die Bauernhöfe und auf die Felder, wo sie arbeiten. Aber die Dinge in Bewegung zu bringen, kostet uns sehr viel Geld, soviel sie auch selbst dazu beitragen mögen.

FRAGE: Das Amin-Regime hatte sich gerühmt, den Analphabetismus in fünf Jahren zu beseitigen. Haben auch Sie einen Zeitplan?

A. RATEBZAD: Wir suchen keine Prestigeergebnisse. Wir wollen ein solides Fundament für die Erziehung unseres Volkes legen. Der Fortschritt wird gleichzeitig mit dem Aufbau des Landes vorankommen. Vielleicht braucht es noch 15 Jahre, um die Alphabetisierungskampagne erfolgreich zu beenden, geht man von unserem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand aus. Wir werden die Methoden untersuchen, die in Vietnam, in Angola, auf Kuba und in Äthiopien angewandt wurden, und wir werden aus ihren Erfahrungen unsere Lehren ziehen.

FRAGE: Was geschieht neben dieser Kampagne im Erziehungswesen?

A. RATEBZAD: Das ist ein extrem schwieriges Problem. Nur 12-15% der Kinder im schulpflichtigen Alter erhalten eine geregelte normale Ausbildung. Weil es uns an allem fehlt, finden die Schulstunden meist im Sommer statt – draußen. Die Kinder sitzen am Boden und für den Lehrer gibt es einen Schreibtisch und einen Stuhl. Es gibt in den meisten Ortschaften keine Schuleinrichtung für den Winter. Es gibt vier Hauptfächer je nach den Regionen: Paschtu, eine lokale Sprache (persisch, usbekisch o.a.), den Koran und Mathematik. Bis jetzt organisieren wir Spezialschulen nur für die Jungen von 10-14 Jahren, in denen sie Intensivkurse erhalten, um eine normale Grundschulausbildung von vier Jahren in zwei Jahren abzuschließen.

FRAGE: Gibt es ein Lehrerproblem?

A. RATEBZAD: Nur 0,1% sind Lehrer, die das Niveau des 12. Grades haben (Abschlußklasse der Sekundarschule). Wir schicken sie als Lehrer los, wenn sie den 6. Grad haben (6. Klasse Sekundarstufe), in der Hoffnung, daß sie später mit Aufbaukursen ihr Niveau erhöhen. Das ergibt sich aus unserem furchtbaren Fehlbestand an Lehrern und Schulen.

1979 haben wir 1.100 Schulen verloren, die von den reaktionären Kräften verbrannt wurden. Das ist das Ergebnis der brutalen Methoden, die vom vorangegangenen Regime angewandt wurden, das statistische Erfolge anstrebte, die zu nichts führten! Viele Lehrer und Studenten wurden im Verlauf dieser Zwangsaktionen getötet. Jetzt führen wir Seminare von zwei bis vier Wochen Dauer durch, um Ersatzmänner für all jene, die tot sind, auszubilden. Auf diesem Gebiet leisten die sowjetischen Berater eine große Hilfe, da sie ähnliche Probleme nach dem Weltkrieg hatten.

(...)

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 212/28.4.1980, S. 42-43)

Unklarheiten auch nach den Wahlen



Kontrahenten Ayatollah Beheshti (l.) und A. Bani-Sadr (r.)

Auch mehrere Wochen nach dem 2. Wahlgang für das iranische Parlament vom 9. Mai d.J. hat dieses wichtige Gremium seine eigentlichen politischen Aufgaben noch nicht in Angriff nehmen können. Dabei hatte Ayatollah Khomeini eindringlich auf die besondere Bedeutung der ersten Volksvertretung nach dem Sturz der Schah-Diktatur hingewiesen: Sie werde für die Zukunft des Landes entscheidende Probleme zu lösen haben.

Zunächst einmal geht es insbesondere darum, den bislang vernachlässigten Bedürfnissen der Massen Rechnung zu tragen und ihre Lage zu verbessern. Zuvor muß jedoch jeder einzelne Abgeordnete bestätigt und der sog. Wächterrat gewählt werden, der die Tätigkeit des Parlaments auf seine Übereinstimmung mit islamischen Prinzipien hin überprüfen soll.

Schon jetzt sind einige Abgeordnete ins Zwielicht geraten. Ihnen werden u.a. aufgrund von Veröffentlichung jener Studenten, die das amerikanische Botschaftspersonal in Iran gefangen halten, eine undurchsichtige Rolle unter dem Schah und Kontakte zu US-Bürgern vorgeworfen, so daß ihre Bestätigung in Frage steht. Darüber hinaus blieben von den 270 Sitzen 28 unbesetzt, weil in Iranisch-Kurdistan sowie einigen Städten Khuzistans und Belutschistans wegen der dortigen Auseinandersetzungen nicht gewählt werden durfte.

Stärkste Gruppe im Parlament: die Beheshti-Partei

Insgesamt blieb die Wahlbeteiligung mit weit unter 60% enttäuschend gering. Gewählt wurde ähnlich dem französischen System, demzufolge jeder Wahlkreis einen Repräsentanten ins Parlament entsendet, der zuvor 50% der Stimmen auf sich vereinigte oder eine Stichwahl gewann. Etwa 130 Parlamentarier werden der Islamisch-Republikanischen Partei des Ayatollah M. Beheshti zugerechnet, 41 hauptsächlich Intellektuelle gelten als Sympathisanten des Präsidenten A. Bani-Sadr, die restlichen 71 Sitze verteilen sich auf unabhängige Geistliche, liberal-bürgerliche Kräfte, Nationalisten, Stammesführer.

Angesichts des bislang wenig gefestigten Parteiensystem und den z.T. unklaren programmatischen Vorstellungen kann man allerdings davon ausgehen, daß damit noch keine exakte fraktionsmäßige Festlegung unter den einzelnen Gruppen gegeben ist. Vermutlich wird es bei unterschiedlichen Themen jeweils neue Mehrheiten geben.

Eine weitere Gruppierung, die gesellschaftlich über relevanten Einfluß verfügt, das in den meisten Wahlkreisen von der Tudeh-Partei unterstützten Plattform der Volksmohajedin,

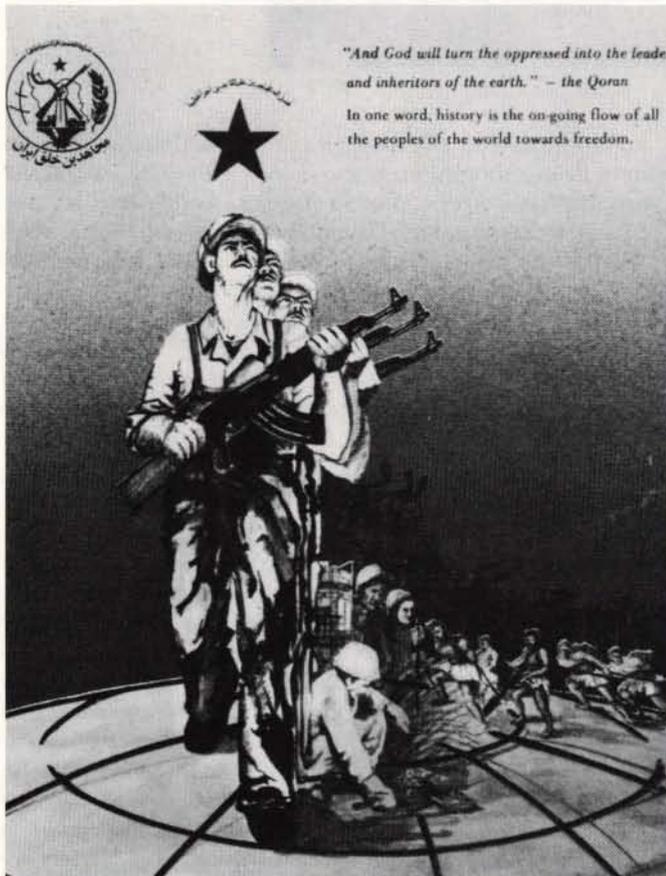
konnte sich nicht zuletzt aufgrund des Wahlmodus und massiver Behinderungen nicht durchsetzen. Der Generalsekretär der Volksmohajedin, Massud Rajawi, kandidierte bei den Parlamentswahlen mit einem Programm, das notwendige Schritte zur Fortführung der Revolution und der Stabilisierung eines antiimperialistischen Entwicklungsweges formuliert. Die breite Unterstützung für dieses Programm vom 5. Januar 1980 dokumentierte sich in über 500.000 Stimmen für M. Rajawi in Teheran. Zugleich deutet sich hier ein wachsender Einheitstrend konsequent antiimperialistischer Kräfte an.

Neben diesem Programm und der Vorstellung der Grundkonzeption der Volksmohajedin veröffentlichen wir eine Stellungnahme der Volksmohajedin zu Aspekten der Iran- und Afghanistankrise. Sie illustriert einerseits den konsequenten Antiimperialismus und den revolutionärdemokratischen Charakter dieser Organisation. Andererseits spiegelt sie eine grundsätzliche Kontroverse im Iran wider, die gerade durch das unrühmliche Auftreten des iranischen Außenministers Gotbzadeh auf der 11. Konferenz der islamischen Staaten im Mai d.J. in Islamabad neu entflammt ist. Kernpunkt ist hierbei die Frage, ob man – wie von Präsident Bani-Sadr propagiert – eine Politik, welche auf eine Umpolung des Antiamerikanismus gegen die Sowjetunion hinausläuft. Faktisch zog diese Theorie eine Annäherung der iranischen Regierung Bani-Sadr an die imperialistischen Großmächte Westeuropas und Japan nach sich. Zugleich unterstützt man unter der Parole der „Rettung des Islam“ feudalreaktionäre, proimperialistische Kräfte in Afghanistan.

Auf den Zusammenhang zwischen der Afghanistan-Kampagne und zunehmenden Rechtstendenzen der iranischen Regierung geht auch eine hier auszugsweise dokumentierte Einschätzung der Tudeh-Partei vom 17. Mai 1980 ein. Sie spricht sogar von einer „ernsten und besorgniserregenden Wende in der Gesamtheit der Innen- und Außenpolitik der Islamischen Republik Iran. Die Grundhaltung in dieser Wende bestand in einer Tendenz der Annäherung den den US-Imperialismus, wobei der europäische und chinesische Imperialismus dabei eine Vermittlerrolle spielten.“ Die Aktivitäten der Sozialistischen Internationale und der westdeutschen Sozialdemokratie – u.a. durch die persönliche Einflußnahme Willi Brandts anlässlich eines Treffens mit Außenminister Gotbzadeh im Juni d.J. – dürften zur Verfestigung dieses Annäherungsprozesses beitragen.

Die Dokumente sind mit einer Ausnahme entnommen dem im Weltkreis Verlag neuerscheinenden Iran-Buch von Michael Opperskalski, „Gott ändert nichts...“ – Hintergründe der Entwicklung im Iran.

Programm des Volksmojahedin- Kandidaten Masud Rajawi



- 1) Bildung von Volksräten in jedem Bereich der Gesellschaft: in der Produktion, im Dienstleistungssektor, in öffentlichen und privaten Institutionen, um eine wirklich demokratische Macht aufzubauen, die es dem Volk erlaubt, in allen nationalen, politischen und ökonomischen Fragen zu bestimmen.
- 2) Gewährleistung der Einheit des Volkes gegen den Imperialismus durch die Verwirklichung folgender Punkte:
 - a) Nationalisierung aller ausländischen ausbeuterischen Investitionen;
 - b) Auflösung aller imperialistischen Verträge und Abmachungen auf politischem, militärischem, ökonomischen und kulturellem Gebiet;
 - c) Entwicklung und Unterstützung der nationalen Produkte im Bereich der Industrie und Landwirtschaft, um die ökonomische Abhängigkeit zu brechen;
 - d) Weiterführung des Kampfes für die Auflösung aller Abhängigkeit vom Weltimperialismus, insbesondere dem US-Imperialismus.
- 3) Sicherstellung von nationaler Unabhängigkeit, territorialer Integrität und Volksherrschaft durch eine Außenpolitik, die an diesen Essentials orientiert ist.

- 4) Gewährleistung der vollkommenen Freiheit des Wortes, der politischen und religiösen Überzeugung, der politischen Meinung von Parteien und der Presse und Medien.
- 5) Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten, wobei dem Recht des kurdischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu bestimmen, besondere Bedeutung zukommt. Dies ist auch so festgelegt in der historischen Direktive von Imam Khomeini am 16. November 1979 an die Kurden, mit der er den Grundstein für das 26 Artikel umfassende Abkommen mit den Kurden – geschlossen mit deren Vertretern – legte, das die Einsetzung einer kurdischen Regionalregierung zur Regelung der regionalen Fragen beinhaltet. Dieses Abkommen wird mit Ausnahme einiger Details von den Volksmojahedin unterstützt. Die Volksmojahedin unterstützen diese Vereinbarung, um die nationale Souveränität und territoriale Integrität des Landes zu wahren, fordern jedoch gleichzeitig die Bildung eines „Nationalen Friedensrates für Kurdistan“, der das Abkommen überprüfen soll mit dem Ziel, die nationalen Rechte der Kurden zu gewährleisten.
- 6) Aufbau einer 20 Mio Mann starken Volksmiliz, um das Land gegen imperialistische Angriffe zu verteidigen.
- 7) Garantierung der politischen, sozialen und ökonomischen Gleichheit von Mann und Frau in allen Bereichen des Lebens.
- 8) Gewährleistung völliger Gleichheit und Abschaffung jeglicher Diskriminierung zwischen Sunniten und Schiiten im Islam und allen Bürgern, die monotheistischer Religionsaufassung sind.
- 9) Das Land denen, die es bebauen, die Kontrolle der Produktion den Arbeitern, das ist ein politisches Konzept, das in der gegenwärtigen historischen Phase durch folgende Schritte entwickelt wird:
 - a) Abschaffung aller Schulden, die Bauern gegenüber öffentlichen Institutionen haben und Beseitigung aller Hindernisse und Probleme für die Bauern, die noch Erbe des gestürzten Regimes sind.
 - b) Technische und finanzielle Unterstützung der Bauern, um die landwirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Organisiert wird dies durch Bauernräte.
 - c) Aufhebung aller Gesetze, die den Arbeiter unterdrücken und Einführung eines Arbeitsgesetzbuches, das von den Verantwortlichen der Arbeiter zusammengestellt wird.
- 10) Für das Recht auf Arbeit, Wohnung, Lebensunterhalt, Ausbildung und medizinische Versorgung als natürliche Menschenrechte für jeden, besonders jedoch für die Arbeiter, Bauern, kleinen Kaufleute und unterprivilegierten Bürger.
- 11) Bekämpfung von Unruhe in der Gesellschaft und Sicherung von Frieden und Harmonie.
- 12) Unterstützung aller revolutionären, antidiktatorischen, antikolonialistischen und antiausbeuterischen Bewegungen in der Welt.

Grundkonzeption der Volksmojahedin

Die Organisation der Volksmojahedin (Sazman-e-mojahedin-e-khalgh) wurde 1966 gegründet und begann 1971, nach 5-jähriger Vorbereitungszeit, den Guerillakampf gegen das Schah-Regime, den sie allerdings mit dem Aufbau einer politischen Oppositionsbewegung zu verbinden suchte. Der bewaffnete Kampf gegen den Pfauenthron, der neben den Mojahedin auch von anderen Gruppen (wie den Volksfedayin) geführt wurde, nahm nach 1971 einen Aufschwung. Hunderte von Mojahed-Kämpfern wurden während dieses Kampfes – vom Regime und seinen Medien als „Terrorismus“ denunziert – getötet oder verschwanden in den Folterkellern des Geheimdienstes SAVAK.

Die militärischen Aktionen der Volksmojahedin richteten sich in der Regel gegen hochgestellte Persönlichkeiten des Schah-Regimes sowie ausländische Agenten. Sie liquidierten z.B. im August 1972 General Taheri, einen hohen SAVAK-Folterer und eine Anzahl von CIA-Agenten, die im Iran arbeiteten: im Juni 1973 Oberst Lewis Hawkins, der in der US-Botschaft in Teheran agierte, von der aus der Putsch 1953 dirigiert worden war, im Mai 1975 zwei Oberste der US-Luftwaffe und im August 1976 drei Amerikaner, die an dem geheimen Spionagesystem Ibx arbeiteten.

Sozialrevolutionäre Ausdeutung des Islam

Die Ideologie der Volksmojahedin ist die monotheistische Weltauffassung des Islam, dem die Mojahedin sozialrevolutionäre und anti-imperialistische Züge verliehen.

Der „wahre Islam“ ist ihrer Meinung nach von folgender Leitvorstellung geprägt: „Es ist unser Wille, daß die unterdrückten Klassen und die Mostastafin – die Klassen, die von den Unterdrückern schwach gehalten werden (nach Auffassung der Mojahedin sind das in dieser geschichtlichen Periode die Arbeiter und Bauern) – die Führung übernehmen und das Erbe der Welt antreten.“ (Koran, Vers 5) Es versteht sich, daß diese Zielsetzung diametral der Konzeption der herrschenden Kreise etwa in Saudi Arabien oder Pakistan zuwiderläuft, die den Islam zur Verschleierung ihrer Diktatur ausnutzen.

Deutlich werden die Gedanken, Vorstellungen und Ziele der Mojahedin durch die Verteidigungsreden der Märtyrer und Gründungsmitglieder Said Mohsen und Ali Mihandust, die sie vor den Militärgerichten des Schah-Regimes vor ihrer Verurteilung zum Tode hielten.

Auszüge aus der Rede von Said Mohsen (1972 zum Tode verurteilt und hingerichtet):

„Was die Wirtschaft betrifft, so glauben wir, daß die Ausweitung der Produktion ohne die Mobilisierung der Massen unmöglich ist. Das bedeutet: Wenn die Menschen ihre wirkliche Kraft nicht für die Produktion verwerten, kann sogar die Mechanisierung des Produktionssystems den Bedarf der Gesellschaft nicht decken. Außerdem wird die Erfüllung der Produktionsbedürfnisse der Gesellschaft nicht ihren eigentlichen Verlauf nehmen – d.h. die korrekte Nutz-

barmachung der menschlichen Kraft und die vollkommene Förderung der menschlichen Talente –, bis eine ideale Atmosphäre geschaffen wird, in der sowohl materiell als auch ideell für menschliche Gerechtigkeit gesorgt wird; und der Mensch schafft durch seine richtige Kenntnis und seine realistische Interpretation des Universums eine neue Welt, die allen seinen höheren inneren Bedürfnissen gerecht wird. Diesen Weg der Vervollkommnung zu gehen, erfordert eine Gesamtbewegung der Massen, eine Bewegung, die durch menschliche Gedanken aufgebaut wird. (...)

Die Massenmobilisierung und -bewegung sollte um der Interessen der Massen willen geführt werden und nicht zugunsten einer bestimmten Klasse oder einer Gruppe von Kapitalisten und Räufern. Andernfalls würden die mobilisierten Massen sogar noch mehr ausgebeutet werden. (...)

Bei der Analyse unseres Universums glauben wir an Gott. Andere revolutionäre Gruppen glauben an den Materialismus. Im Moment ist das kein Widerspruch, weil wir und die revolutionären Marxisten alle ein gemeinsames Ziel haben, nämlich das System zu zerstören, das Ausbeutung erzeugt. Aus diesem Grunde wenden wir alle eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung unserer gemeinsamen Feinde an. Wegen dieser Einigkeit im Kampf werden unsere Feinde von panischem Schrecken erfaßt und versuchen, unsere Kräfte zu spalten und zu schwächen. Revolutionäre sind jedoch viel intelligenter und werden es nie zulassen, daß sie ihr Ziel erreichen.

Lang lebe die Einigkeit der antiimperialistischen Kräfte auf dem Schlachtfeld!“

Auszüge aus der Verteidigungsrede von Ali Mihandust:

„Im Koran steht: Es ist das Recht derjenigen, die leiden, aufzusteigen und zu kämpfen, und Gott ist ihr mächtiger Verbündeter. (Sure 22/39).

Wir betonen in unserer Ideologie, daß durch revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und mit Geduld am Ende die Massen triumphieren werden (Sure 17/81). Im Koran steht: Die Sonne wird aufgehen, und sie verspricht den Sieg für die Gerechtigkeit (Sure 89/1-14). Die Zeit wird kommen, in der der Mensch frei sein und seine Umwelt mit seinen Mitmenschen ohne Furcht vor Ausbeutung teilen wird. Dann wird der Mensch in der Lage sein, seine Intelligenz für die Besserung und den Fortschritt seiner selbst und seiner Welt zu gebrauchen.

Dieses Ziel nennen wir in unserer Ideologie Gott. Wir glauben fest daran, daß die Geschichte und der Prozeß der Evolution bestimmten Richtlinien unterworfen sind, und daß die Schöpfung ihre Ziele hat. Wir akzeptieren den Willen Gottes und glauben, daß die Menschheit als Teil seiner Schöpfung ihren eigenen Zweck hat. Der Charakter eines jeden Menschen bezieht sich auf seine eigene Natur, und er muß selbst offen dem Ruf seines Schöpfers antworten und seinen eigenen Weg wählen.

In der Tat folgen diejenigen, die aufstehen und gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit kämpfen, dem Weg der Propheten. Sie kämpften ebenso, um die Menschheit von den Ausbeutern, Ungerechtigkeiten, Sklavereien und Diktaturen ihrer Zeit zu befreien.“



Meeting der Mojahedin in Täbris

Stellungnahme der Volksmujahedin

Die Islamabad-Konferenz und Afghanistan

In einer dreiteiligen Artikel-Reihe ihres Organs Mojahed vom Februar bis April d.J. setzten sich die iranischen Volksmujahedin eingehend mit der Afghanistan-Krise, ihren Ursachen und Berührungspunkten mit der Iran-Krise auseinander. Wir bringen Ausschnitte aus Teil 2 und 3, die sich mit der Haltung der Regierung Bani-Sadr in der Afghanistanfrage und der iranischen Linkskräfte gegenüber der afghanischen Revolution befassen.

Es ist unbestreitbar, daß die Amerikaner und die Reaktionsäre in diesem Gebiet auf die Gelegenheit gewartet haben, um die Lage in Afghanistan auszunutzen, um damit die iranische Revolution von ihrem eigentlichen Kurs abzubringen. Ein Anzeichen dafür findet sich in der Art, in der die International Herald Tribune in ihrer Ausgabe vom 4. Januar 1980 das Thema behandelt. Im Leitartikel der Tribune wird vorgeschlagen, die sowjetische Intervention zum Vorteil der USA in der Geiselfrage (iranische Aktion zur Besetzung der US-Botschaft in Teheran; d. Red.) zu nutzen, da Imam Khomeini ihrer Ansicht nach fürchten könne, daß die Intervention eine kommunistische Bedrohung der islamischen Welt darstelle.

So kamen mit dem Einmarsch russischer Soldaten in Afghanistan die Imperialisten und Reaktionsäre der Region überein, einen Plan zu entwerfen, der Pakistanische Islam-Konferenz (11. Konferenz der islamischen Staaten im Januar d.J.) genannt wird, und nutzten die Situation zu ihrem Vorteil, um „ohne Verzögerung“ zu handeln. Berichten zufolge, die sogar von den Russen bzw. ihren Nachrichtenkommentaren als zuverlässig angesehen werden, haben die USA, China und Pakistan die völlige Mobilmachung angeordnet mit der Absicht, Afghanistan zu besetzen und die Kontrolle zu übernehmen.

Paradoxe Haltung der Regierung Bani-Sadr

Inzwischen stimmte der regierende (iranische; d. Red.) Revolutionsrat trotz heftiger Proteste schließlich einer iranischen Teilnahme an der Konferenz zu, obwohl die Unzufriedenheit mit diesem Schritt im Iran so weit verbreitet war, daß vollständige Nachrichten über die Vorgänge bei diesem Ereignis in der örtlichen Presse nicht wiedergegeben werden konnten aus Furcht vor der Antwort des antiimperialistischen Ärgers des heldenhaften iranischen Volkes, der einer Anzahl der Leuchten an der Macht ernsthafte Schwierigkeiten bereitet hätte.

In dieser Hinsicht ist die Tatsache interessant, daß der saudische 10-Punkte-Vorschlag in vollem Umfang in der Veröffentlichung der Schlußakte der auf der Konferenz angenommenen Resolutionen erschien. (...)

Die Haltung der iranischen Regierung wurde besonders zweideutig durch die Tatsache, daß auf der einen Seite nach der Konferenz eine offizielle Erklärung abgegeben wurde, die die Bestätigung der Resolutionen durch die iranische Revolution anzeigte, während auf der anderen Seite die iranische Politik im Hinblick auf die Geiseln in der US-Botschaft in Teheran indirekt in einem Text verurteilt wurde, der besagte, daß die Probleme zwischen dem Iran und den USA in freundschaftlicher Weise beigelegt werden sollten.

Das Paradoxe an der offiziellen Haltung der iranischen Re-



Islamische Konferenz: der Sitz Afghanistans blieb unbesetzt

gierung wird darüber hinaus durch solche sich widersprechenden Anzeichen deutlich wie die beiläufige Verurteilung der USA mit einigen symbolischen Floskeln durch den stellvertretenden Außenminister Kamal Kharrazi, als er die iranische Bestätigung der imperialistischen und reaktionären Saudi-Resolution unterzeichnete. Und dies zu einer Zeit, als Imam Khomeini die iranischen Beziehungen zu den USA als solche zwischen Unterdrückten und Unterdrückern definiert hatte, einen Gegensatz, den der Imam so drastisch betont hat, daß er sogar nach einer 20 Mio Mann starken Volksarmee als Antwort darauf gerufen hat.

Auf diese Weise bringen es die, die das Erbe der Revolution an sich rissen, indem sie den Namen des Imam und die mit dem Blut der Märtyrer erkämpften Errungenschaften benutzen, fertig, die internationale Diplomatie in dunkle Handelsgeschäfte zu verwandeln. Natürlich mit dem Unterschied: Die Angebote, die die USA unterbreiten, werden an der Theke stimmigewaltig zurückgewiesen, während im Hinterzimmer Bestellungen unterzeichnet werden.

Das erinnert an die frommen Gebete des saudischen Kronprinzen Fahd für US-Präsident Carter, da jene Art des Islam, die den Interessen Fahds dient, nur aufrecht erhalten werden kann mit Hilfe von Leuten wie Carter. Wir beziehen uns auf die Ausgabe der iranischen Tageszeitung Kayhan vom 8. Bahman (28. Januar 1980), in der festgestellt wird, daß Fahd im Kielwasser der Scheinkonferenz für den Sieg von Carters Politik gebetet hat, da – wie Fahd es ausdrückt – „Mr. Carter die arabische Nation und das palästinensische Volk versteht.“

Im Anschluß an das pakistanische Stelldichein stattete Zbigniew Brzezinski, Carters Sicherheitsberater, begleitet vom amerikanischen Vizeaußenminister Warren Christopher, Pakistan einen Besuch ab, um dem Armeegeneral (Diktator Zia-ul-Haq; d. Red.), der zum Banner des Islam Zuflucht genommen hat, persönliche Glückwünsche zu übermitteln und gleichzeitig genaue Anweisungen zu geben, wie vorzugehen sei, um dann „völlig zufrieden“ Abschied zu nehmen. Das Ereignis wird in einem Agenturbericht von Reuter wiedergegeben, der in der Ausgabe der iranischen Tageszeitung

Islamische Republik vom 17. Bahman (6. Februar 1980) zitiert wird in der Weise, daß die beiden US-Offiziellen nach zwei Tagen intensiver Beratung mit pakistanischen Regierungsvertretern abgefahren seien. Die Beratungen hätten in einer Atmosphäre stattgefunden, die den Weg zu einem Wandel in den amerikanisch-pakistanischen Beziehungen ebnet hätte. (...)

Es wurde verdeutlicht, daß eine Zusammenarbeit des Iran mit jedweden reaktionären Elementen in der Region, auf welcher Ebene und unter welchem Vorwand auch immer, der Logik der Revolution und des Islam völlig entgegensteht. Den amerikanischen Imperialisten und ihren reaktionären Helfershelfern ist es gelungen, jedwede Opposition gegen ihre Machenschaften zu zerschlagen, indem sie zunächst vor allem jede ihnen entgegenstehende Kraft als „kommunistisch“ etikettierten; dies war die Taktik, die vom Aryamehr-Regime (Schah-Regime; d. Red.) angewandt wurde, das die mutigsten Söhne und Töchter des Iran als „islamische Marxisten“ brandmarkte. Aufgrund dieser Erfahrung ist es nicht verwunderlich, daß wir gelernt haben, nicht auf solche Mätzchen hereinzufallen – nirgendwo auf der Welt. Tatsache bleibt, daß eine Bande von Reaktionären und Stammesführern sich in Afghanistan im Namen des Islam zusammengeschlossen hat. Dem Hörensagen nach haben sie sogar finanzielle Unterstützung aus iranischen Quellen erhalten. Ansichten, die in reaktionären Zeitungen im Iran vertreten werden, scheinen auch solche Hinweise zu bekräftigen, da dort die vorherrschende Ansicht ist, daß jeder, der reaktionärer Überzeugung ist, hinausgehen und die Flagge des Islam tragen kann bloß, um eine Kampagne gegen den Marxismus zu starten. Es wird sogar berichtet, daß Leute aus Afghanistan, die vom SAVAK (der Geheimpolizei des Schah-Regimes) bezahlt wurden, heute von iranischen Reaktionären unterstützt werden.

Die „Rebellen“ – eine Bande von Reaktionären

Im Hinblick auf das sich an der Macht befindliche Regime in Afghanistan und die Sowjetunion ist es unsere Ansicht, daß die Wurzel des jetzigen Konflikts im Zusammenhang mit einer Realität gesucht werden muß, die den fundamentalen Widerspruch einbezieht zwischen der Expansion des Kapitalismus und der unbeirrbareren Bewegung, die menschliche Ausbeutung zu bekämpfen und die Gesellschaft in einen klassenlosen Zustand der Towhid (göttliche Vereinigung) zu führen. (...)

Der vereinte Angriff der USA, Pakistans und Chinas, der die Übernahme Afghanistans mit Hilfe der feudalen und tribalistischen Teile seiner Gesellschaft zum Ziel hatte, war sehr wahrscheinlich. Und damit kommt man bei einer statischen Analyse der Situation unausweichlich zu dem Schluß, daß die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf afghanischem Gebiet als legitime Maßnahme zu befürworten ist.

Eine langfristige dynamische Analyse ergibt jedoch eine ganz andere Perspektive, aufgrund deren wir uns nicht mit einer Wertung zufrieden geben können, die der Besetzung uneingeschränkte Legitimität verleiht – sie nur als präventive Maßnahme gegen eine Intervention des Dreierbündnisses USA-Pakistan-China und die Einsetzung eines dieser Koalition willfähigen Regimes rechtfertigt.

Der springende Punkt ist, daß die Angelegenheit sich so leicht nicht hätte lösen lassen. Das afghanische Volk würde im Rahmen seiner Gegebenheiten so etwas keinesfalls hingenommen haben, sondern – bei genauer Unterscheidung zwischen Freunden und Feinden im Inland und im Ausland – einen allmählich sich ausweitenden Guerillakrieg gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Komplizen eröffnet

haben. (...)

Es geht uns wohlgerne nicht darum, Patentrezepte für den Aufbau der afghanischen Revolution zu entwickeln, in einer Gesellschaft mit besonders niedrigem wirtschaftlichen und kulturellen Niveau, die durch die Herrschaft örtlicher Khane und Stammesführer niedergehalten wird. Die wahren Revolutionäre Afghanistans müssen das ermessen und analysieren, dabei ihre eigenen sozialen Bedingungen realistisch beurteilen und die geeignetsten Formen wählen, um zu einem methodischen, prinzipienfesten Kampf auf dem Wege zur Entwicklung zu kommen, von hohen Idealen geleitet. (...)

Wir weisen noch einmal dringend auf die Notwendigkeit einer detaillierten – nicht nur groben – Analyse hin, aus der sich präzise und brauchbare Anweisungen für politisches Handeln ableiten lassen, die den Bedingungen, die zur gegebenen Zeit im Land herrschen, genau angepaßt sein müssen. Dies ist die Hauptaufgabe für einen bewußten afghanischen Revolutionär – sie ist schwierig und kompliziert, und sie erfordert energische und breitangelegte Anstrengungen bei der Verbreitung bewußtseinsbildender Information und Mobilisierung der Massen.

(Quelle: Mojahid, Teheran, März und April 1980)

Aufruf des Iran-Solidaritätskomitees

Etwas mehr als ein Jahr nach dem Sieg der iranischen Revolution sieht der Iran ernsten Schwierigkeiten entgegen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben sich unter dem Druck der Carter-Administration dem im Pentagon beschlossenen Wirtschaftsboykott angeschlossen.

Die iranische Revolution stürzte mit dem Schah-Regime eine der grausamsten Diktaturen der Neuzeit. Allein im Jahr 1978 ermordeten Schah Reza Pahlawi uns seine Truppen über 60.000 Menschen, verkrüppelten über 100.000 Männer, Frauen und Kinder, die gegen den Pfauenthron für Freiheit, Unabhängigkeit und demokratische Rechte demonstriert hatten. Gerade jene Staaten, die heute so eifrig Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen den Iran unterstützen, hielten dem mörderischen Schah-Regime buchstäblich bis zu seinen letzten Atemzügen die Stange.

In den vergangenen Wochen wurde die Besetzung der „US-Botschaft“ in Teheran immer wieder zum Vorwand genommen, neue Sanktionen gegen den Iran zu beschließen. Die USA gingen sogar soweit, ein militärisches Aggressionsunternehmen zu riskieren und damit nicht nur den Iran, sondern auch die ganze Welt, an den Rand eines Krieges zu treiben. Ziel all dieser Maßnahmen ist es, die iranische Revolution und ihre bisherigen Errungenschaften zurückzudrehen. Bisher vom iranischen Volk erkämpfte politische, soziale und ökonomische Rechte und Freiheiten richten sich gegen die Interessen jener Staaten und multinationalen Konzerne, die den Iran jahrelang als billigen Öllieferanten ausplünderten und als strategisch wichtige und hochgerüstete „stabile Insel“ betrachteten. Dieser immer stärker werdende Druck auf die iranische Revolution stützt sich auch auf zum Teil noch einflußreiche Kräfte im Iran, die diesem Druck nicht entschieden genug Widerstand leisten und Kompromisse schließen wollen oder ihn sogar offen unterstützen. Wir meinen deshalb, daß die demokratischen Kräfte unseres Landes der iranischen Revolution bei dem schwierigen und problemreichen Prozeß des Aufbaus des Landes unterstützen müssen. Zur Zeit fehlen besonders auf dem Land und in den Dörfern wichtige Medikamente zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Das Iran-Solidaritätskomitee führt daher eine Kampagne durch mit dem Ziel, Medikamente, Sach- und Geldspenden für das Iranische Anti-imperialistische Solidaritätskomitee zu sammeln. Die Spenden werden im Iran Projekten zugeleitet, die den Mostastafin (Arbeitern und Bauern, Unterprivilegierten, Opfern der Revolution) zugute kommen.

*Schluß mit allen Boykott- und Sanktionsmaßnahmen gegen die iranische Revolution!

Solidarität mit der iranischen Revolution!

Iran-Solidaritätskomitee, Niehlerstr. 101, 5000 Köln 60

Spendenkonto: KKB Kundenkreditbank-Deutsche Haushaltsbank HV, Düsseldorf, (BLZ: 300 209 00), M. Opperskalski, Stichwort Iran-Solidarität, Konto Nr. 2311571186

Tudeh-Partei

Anzeichen zur Lahmlegung der Revolution

(...) Der Staatspräsident der islamischen Republik (A. Bani-Sadr; d. Red.) erklärte, daß das Problem der Geiseln schnell beseitigt werden könnte. Es genügt, wenn die USA zugeben, daß sie für die Verbrechen des Schah verantwortlich zeichnen, sich von nun an nicht in die Angelegenheiten Irans einmischen und bei der Auslieferung des Schah und der geraubten Gelder keine Hindernisse in den Weg legen. Diese Bedingungen stellten im Gegensatz zu den bisherigen Positionen eine entscheidende Konzession dar. Imam Khomeini hatte ständig die Forderungen der „Studenten der Imam-Linie“ unterstützt, die ganz klar die Freilassung der amerikanischen Agenten im Austausch mit der Auslieferung des Verräters Schah und der von ihm und seiner Familie geraubten Schätze durch Amerika beinhalteten.

Regierungs-Konzessionen an die Imperialisten

Der zweite Schritt wurde von Seiten der iranischen Regierung unternommen und bestand in der offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans durch die Unterstützung der unruhestiftenden Gruppen, die vom amerikanischen Imperialismus, von China und Pakistan abhängig sind.

Dieser Schritt wurde in Form der direkten Beteiligung des Iran an der Konferenz der islamischen Staaten in Pakistan vollzogen, wobei der Iran sich auf die Seite der Vertreter der reaktionärsten Staaten, die vom US-Imperialismus abhängig sind, wie Ägypten, Saudi Arabien, Marokko, Oman, Pakistan, Indonesien usw. stellte. Dieser Schritt versetzte dem Ansehen der antiimperialistischen und volksnahen Revolution des Iran einen nicht wiedergutzumachenden Schlag und wurde deswegen auch heftig von Seiten großer Teile der Gesellschaft und der revolutionären Kräfte Irans, wie z.B. den wichtigsten Teilen der antiimperialistischen Bewegung, von der geistlichen Gesellschaft in Ghom und den „Studenten der Imam-Linie“ angefangen, bis zu den Volksmojahedin, den Volksfedayin und der Tudeh Partei des Iran heftig angegriffen.

Der dritte Schritt bestand in der Verschlechterung der politischen Beziehungen zur Sowjetunion, die ganz offensichtlich seitens der iranischen Regierung betrieben wurde.

Der amerikanische Imperialismus als teuflische Macht, als Feind Nr. 1 aller Völker, Initiator allen Elends in unserem Land, geriet langsam in Vergessenheit und die angebliche Gefahr einer sowjetischen Invasion wurde als die Gefahr des Tages hingestellt.

Der vierte Schritt betrifft die Äußerungen und Positionen des Staatspräsidenten der islamischen Republik über die Aussichten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Iran und den Imperialisten Westeuropas und Japans unter der Parole des Kampfes gegen die Supermächte. Auch dieser Schritt befriedigt den amerikanischen Imperialismus vollkommen, da bei dem gewaltigen Einfluß der multinationalen Konzerne, in denen die US-Monopole die entscheidenden Hebel betätigen, eine Zusammenarbeit mit Japan, der BRD oder England keinen grundlegenden Unterschied zu

der Zusammenarbeit mit den USA selbst darstellt.

Entscheidend ist die Abhängigkeit des Iran von der imperialistischen Welt, sei es nun direkt zu Amerika oder über England, die BRD oder Japan und Frankreich. (...)

Die Unterbringung des Schah in Ägypten auf Beschluß des US-Imperialismus, organisiert durch seinen neuen Gendarmen Sadat, leitete eine neue, sehr ernste Phase in der Ausbreitung und Organisierung konterrevolutionärer Aktionen gegen die iranische Revolution ein.

Gleichzeitig mit der Ankunft des gestürzten Schah berichten die Nachrichten, daß der Henker Oveisi und der Verräter Bakhtiar ihre Meinungsverschiedenheiten beiseite gelegt und eine Einheitsfront gebildet haben. Man erfährt, daß diese beiden Knechte das Zentrum ihrer konterrevolutionären Aktionen nach Bagdad verlegt haben und von dort aus über Kurdistan und Khuzistan direkt die Aktivitäten ihrer Gruppen im Iran anleiten und organisieren.

Gleichzeitig mit dieser gefährlichen Verschwörung verstärkt sich in bisher unbekanntem Ausmaß die Rolle der konterrevolutionären Elemente im Staatsapparat, im Befehlsstab der Ordnungskräfte und ihre spalterischen und hinterhältigen Aktivitäten in den Reihen der Revolution.

Der amerikanische Imperialismus hat alle Hebel in sämtlichen Bereichen der iranischen Gesellschaft in Gang gesetzt, um die junge Struktur der islamischen Republik Iran lahmzulegen und entsprechende Grundlagen zur endgültigen Beseitigung dieser Ordnung vorzubereiten.

Einer der wichtigsten Bestandteile dieses Planes ist das Herinbringen von Unzufriedenheit in größte Teile der Bevölkerung. Die Tatsache, daß bei dem Referendum zur Unterstützung der islamischen Republik sich mehr als 20 Mio Menschen beteiligten, aber bei den ersten Parlamentswahlen der islamischen Republik nurmehr die Hälfte zu den Urnen ging, ist ein Zeichen für die große Enttäuschung von Millionen in der Gesellschaft, die sich mit Hoffnung und Enthusiasmus an der Revolution beteiligt haben und ihr mit ihrer beispiellosen Opferbereitschaft zum Sieg verholfen haben, jedoch von den Früchten der Revolution nicht nur nichts mitbekommen haben, sondern einer sich täglich verschlechternen Situation ihrer Lebensbedingungen gegenüberstehen.

Die imperialistischen Elemente, die Konterrevolution im Inland und die liberale Bourgeoisie, die an den wichtigen Schalthebeln in den Ministerien und in der Wirtschaft sitzen und sich in allen Bereichen der Revolution ausgebreitet haben, einerseits, und eine andere Gruppe, die vom Imperialismus Abhängigen und Zwietracht Säenden unter der Maske des „Linksseins“ oder unter der heuchlerischen Maske der „Verteidigung des Islam“ andererseits, legen das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben von allen Seiten her lahm. Wir warnen und warnen abermals: Nehmt diese steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht zu leicht. Dies ist eine gefährliche Falle, in die die Imperialisten und Reaktionsäre die unerfahrenen und inkonsequenten Volksbewegungen und neuen Staaten immer wieder locken konnten.

Die bittere Erfahrung des Putsches im Jahre 1953 und die bittere Erfahrung des chilenischen Putsches drängen sich auf.



Wolfram Bröner

Rechtsdrift unter Saddam Hussein

Just in der ersten Aprilhälfte 1980 als die Carter-Administration mit der Verhängung eines Wirtschaftsboykotts, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Invasionsdrohungen gegen den Iran das Kesseltreiben gegen die iranische Revolution auf die Spitze trieb, eskalierte das irakische Regime Saddams den Konflikt mit dem benachbarten Iran. Wie die erneuten mehrstündigen Artilleriegefechte vom 1. Juni d.J. im Bereich der rund 900 km langen irakisch-iranischen Grenze signalisierten, schwelt dieser Konflikt weiter, ist die Möglichkeit eines offenen Kriegsausbruchs nicht auszuschließen.

Konflikt Irak-Iran: ein Fressen für Z. Brzezinski

Wie sehr Washington mit diesem Gedanken liebäugelt, zeigt eine im April d.J. von US-Strategen aus westlichen Geheimdienstquellen aufgemachte Rechnung: Ihr zufolge wäre im Kriegsfall die disziplinierte irakische Armee (Bodentruppen 200.000, 2.100 Panzer, 725 Kampfflugzeuge) der nach dem Sturz des Schah-Regimes stark dezimierten, desorganisierten Armee des Iran (100.000 Mann, schätzungsweise 1.500 Panzer, 425 Flugzeuge) „weitaus überlegen“. Da der Irak folgerichtig aus einem Waffengang als Sieger hervorzugehen und in die Rolle des Schah als „Wächter am Golf“ zu schlüpfen verspreche, sei eine „Ermütigung jeglicher irakischer Absichten, die nicht die US-Interessen gefährden“, vonnöten.¹

Zbigniew Brzezinski, Präsident J. Carters nationaler Sicherheitsberater, hielt nunmehr enge irakisch-amerikanische Beziehungen für angebracht: „Wir fühlen, daß der Irak einen sicheren Golf wünscht. Und wir meinen nicht, daß die Beziehungen USA-Irak als antagonistische eingefroren bleiben sollten.“² Der Interessengleichklang liegt in der gemeinsamen Feindseligkeit gegenüber der iranischen Revolution, der sowjetischen Afghanistanpräsenz und im engen Zusammenspiel beider Seiten mit den arabischen Scheichtümern am Persischen Golf begründet.

Das Hussein-Regime strebt offenbar die nach dem Sturz des US-Gendarmen im Iran vakant gewordene Rolle der Führungsmacht im Persischen Golf an, und zwar unter dem Deckmantel des arabischen Nationalismus, über ein stilles Arrangement mit der saudischen Feudalaristokratie und auf Kosten der revolutionären Regierungen bzw. Bewegungen der Region. So nimmt es nicht Wunder, daß der US-hörige ägyptische Präsident Anwar al Sadat in einer kürzlichen Ansprache, in der er alle arabischen Führer rüde kritisierte, zwei Staatsmänner ausnahm: den saudischen König Khaled und den irakischen Präsidenten Saddam Hussein.³

Um was geht es weiter im Konflikt Irak-Iran?

Aufschlußreich ist einmal die Tatsache, daß die Baath-Regie-

rung bis Anfang Mai d.J. rund 17.000 irakische Schiiten in den Iran deportiert hat und in der Armee Säuberungen gegen schiitische Offiziere im Gange sind. In der Tat muß von starken Sympathien unter den irakischen Schiiten, die immerhin über 50% der Bevölkerung ausmachen, für die islamische Revolution und Ayatollah Khomeini ausgegangen werden. Und sie sind in den irakischen Machtorganen unterrepräsentiert.

Eine weitere Konfliktursache ist darin zu suchen, daß der Irak die iranisch-kurdischen Aufständischen wie die arabische Autonomiebewegung in der ölreichen iranischen Südwestprovinz Khuzestan, die u.a. mehrfach Sabotageakte gegen Ölraffinerien und -pipelines durchführten, mit Geld und Waffen unterstützt. Mehr noch, das Hussein-Regime beansprucht diese von ihm sog. Provinz „Arabistan“.

Ein letzter Konfliktaufhänger ist die ultimative Forderung Bagdads, die iranischen Truppen müßten sich unverzüglich von den drei 1971 besetzten Inseln nahe der Ölstraße von Hormuz, nämlich der Kleinen und Großen Tumb-Insel und Abu Musa, zurückziehen und diese an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) übergeben. Die Inseln waren in der Tat nach dem Abzug der britischen Kolonialtruppen 1971 auch von den VAE beansprucht worden, doch damals hielt



Irakischer Präsident Hussein (l.), Vorgänger al-Bakr

man sich vornehm gegenüber dem Schah-Regime zurück. Im April d.J. hatte der irakische Präsident Saddam Hussein seine Bereitschaft zum Krieg mit dem Iran erklärt sowie die Revolutionsregierung „schlimmer als das Schah-Regime“ genannt. Der iranische Außenminister Gotbzadeh und Ayatollah Khomeini riefen umgekehrt die irakische Bevölkerung zum Sturz des Hussein-Regimes bzw. zum „heiligen Krieg“ gegen es auf. Mitte April d.J. gab die iranische Armeeführung bekannt, daß sie zu diesem Zweck eine Revolutionäre Islamische Armee zur Befreiung des Irak gegründet habe.⁴ Eine abenteuerliche Konflikteskalation ist demnach heute beiderseits möglich. Dennoch liegt die eigentliche Verantwortung bei den chauvinistischen Konfliktauslösern in Bagdad.

Wir haben es hierbei – wie gezeigt werden soll – nicht mit einem „Ausrutscher“, sondern mit einem generellen Rechtstrend in der irakischen Regierungspolitik nach innen wie nach außen zu tun, der sich seit Mitte der 70er Jahre ausprägte und die sukzessive Demontage revolutionärer Errungenschaften mit sich brachte. Mit der Machtübernahme der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei (ASBP) im Juli 1968 war jener revolutionäre Prozeß, der im Juli 1958 mit dem Sturz der Monarchie durch die „Freien Offiziere“ eröffnet worden war, wiederbelebt worden.⁵ Einer dieser 1958 führenden Militärs, Ahmed Hassan al-Bakr, wurde neuer Staatspräsident und Premierminister. Zudem fungierte er als Präsident des Revolutionären Kommandorates, dem höchsten Staatsorgan, und als Generalsekretär der irakischen ASBP-Leitung.

Die Baath-Regierung setzte in den ersten Jahren eine Reihe radikaler sozialer Veränderungen durch, mit denen die proklamierte sozialistische Orientierung untermauert wurde. Hervorhebenswert sind hier u.a. das Kudenmanifest vom März 1970 (Beendigung des seit 1961 schwelenden Kurdenkrieges), ein 2. Agrarreformgesetz im Mai 1970, ein Arbeitsgesetz im Oktober 1970, ein Pensions- und Sozialversicherungsgesetz für Arbeiter im März 1971, die Nationalisierung des Ölmultis IPC im Juni 1972, die Konstituierung der Patriotischen und Fortschrittlichen Nationalen Front im Juli 1973.

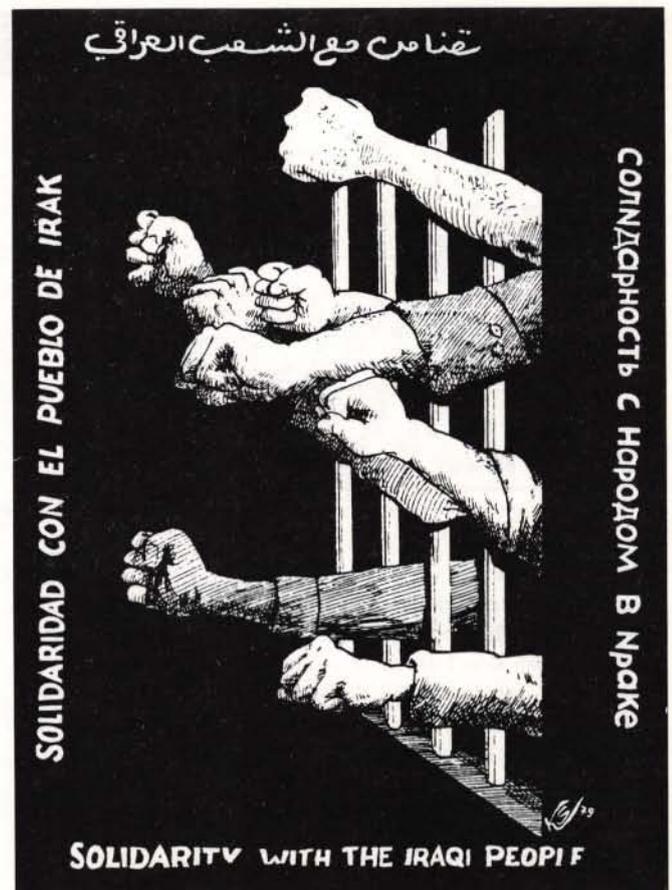
Errungenschaften unter der Regierung Bakr 1968-75

Die Charta der Nationalen Aktion, deren Entwurf Präsident Bakr im November 1971 als Diskussionsgrundlage für eine Nationale Front vorlegte, betonte die „Ablehnung des kapitalistischen Entwicklungsweges“.⁶ In dem im Juli 1973 von den Generalsekretären der ASBP und der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP), A.H. al-Bakr und Aziz Mohammed, unterzeichneten Abkommen der Patriotischen und Fortschrittlichen Nationalen Front, wurde die „Realisierung der nationalen und demokratischen Ziele wie sie die Charta der Nationalen Aktion festschrieb“, zur Grundlage der Zusammenarbeit der nationaldemokratischen und progressiven Kräfte erklärt.

Mit der Beendigung des Kurdenkrieges und der Erweiterung der Nationalen Front wurde 1975 die stärkere Konzentration auf die anderen Kernaufgaben des revolutionären Prozesses möglich:

die Vertiefung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit speziell durch die volle Nationalisierung des Erdölsektors, den Aufbau einer effektiven industriellen Basis, das Vortreiben der Agrarreform und die vorrangige Stärkung des staatlich-genossenschaftlichen Sektors; die weitere Demokratisierung über die Einbeziehung der Massen sowie die Durchführung allgemeiner Wahlen für die Nationalversammlung und die Volksräte.

Die weitgehende Enteignung des feudalen Großgrundbesitzes brachte der Erlaß des 2. Agrarreformgesetzes im Mai



1970. Hatte die obere Besitzgröße im Agrarreformgesetz von 1958 noch bei 500 ha unbewässerten und 250 ha bewässerten Bodens gelegen, so senkte man nun die Höchstgrenze des privaten Landbesitzes auf 100 ha bzw. 15 ha.

Das klein- und mittelbäuerliche Eigentum dominiert heute die Agrarstruktur, während die Produktionsgenossenschaften noch in den Anfängen stecken. Eine starke Agrarbourgeoisie, in deren Reihen sich auch die Reste alter Feudalkreise wiederfinden, hat sich formiert. Andererseits wächst die Zahl der als Landarbeiter Tätigen (1971 bereits 13% aller Arbeitskräfte im Agrarbereich) und die Landfluchtbewegung. Die erstrebte Produktionssteigerung der irakischen Landwirtschaft aber ist im Zeitraum 1970-77 ausgeblieben: die Produktion sank vielmehr um 1,5% wohingegen das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 10,8% betrug.⁷ Am 1. Juni 1972 verkündete der Revolutionäre Kommandorat den Gesetzerlaß Nr. 69 zur Nationalisierung der multinationalen Ölgesellschaft IPC. Ihm zufolge gingen „alle Vermögenswerte und Rechte“ an den irakischen Staat über.⁸

Der Ausbruch des 4. Nahostkrieges im Oktober 1973 veranlaßte dann die Regierung Bakr, den Verstaatlichungsprozeß zu beschleunigen.

Der letzte Rest der BPC-Fremdanteile wurde schließlich 1975 enteignet, nämlich British Petroleum (23,75%), Shell (9,5%) und Compagnie Francaise des Petroles (23,75%). Der Irak errang damit als erstes Land des arabisch-iranischen Raumes die vollständige Verfügungsgewalt über die heimische Ölwirtschaft.

Heute, angesichts der Separatvereinbarungen der USA, Israels und Ägyptens von Camp David/Washington gehört die Baath-Regierung wie im Oktoberkrieg 1973 zu den Verfechtern einer Wiedereinsetzung der arabischen Ölwanne im Nahostkonflikt.⁹

Die Baath-Regierung lehnt bis heute Gemischtunternehmen mit den angloamerikanischen Ölmultis bzw. imperialistische Direktinvestitionen im Irak ab. Sie plädierte ferner 1978/79 für radikalere Ölpreiserhöhungen und für die prinzipielle Koppelung der Rohöl-Preise an die aus den imperialistischen

Hauptländern exportierten Inflationsraten und Währungsschwankungen, d.h. für eine automatische OPEC-Preisangleichung.

Mit der sprunghaften Erhöhung der OPEC-Rohölpreise 1973/74 und der vollständigen Verstaatlichung der nationalen Ölwirtschaft erfolgte eine gewaltige Ausweitung der irakischen Öleinkünfte, auf 1978 15 Mrd Dollar.

Der Ölsektor erwirtschaftet heute nahezu 2/3 des irakischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und trägt – seit dem Ölboom 1973/74 – nunmehr mit 80-90% zur Finanzierung des Staatshaushaltes bei (1970/71 noch 54,4%). Die plötzliche Aufblähung der Öleinnahmen machte eine Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung möglich. Das jährliche Wirtschaftswachstum steigerte man von 6,2% im Zeitraum 1960-70 auf 10,8% im Zeitraum 1970-77.

Der Industrialisierungsschub spiegelt sich wider in einem radikalen Wandel der irakischen Sozialstruktur. Zwischen 1960 und 1970 sank der Anteil des Landwirtschaftssektors an der erwerbstätigen Bevölkerung von 53% auf 43%, der des Industriebereichs stieg von 18% auf 25%, der des Dienstleistungssektors von 29% auf 32%. In der Phase 1969-74 setzte ein stürmischer Zuwachs der Lohnabhängigen in der Produktions- und Dienstleistungssphäre und zwar um rund 20% ein, so daß sich die Zahl der Arbeiterklasse von 2,4 Mio auf 2,87 Mio erhöhte und Ende der 70er Jahre die 3-Mio-Grenze überschritt.¹⁰

In den Entwicklungsplänen der Regierung Bakr von 1971-75 und 1976-80 wurde die Förderung von Industrie und Landwirtschaft betont. Auf sie entfielen im Schnitt 1/3 der staatlichen Entwicklungsinvestitionen.

Da rund 90% der projektierten Entwicklungsinvestitionen in den staatlichen Sektor flossen, konnte seine Rolle bedeutend gestärkt werden. Im Zeitraum 1968-78 erhöhte sich sein Anteil am Industrieprodukt von 11% auf etwa 70%, am Außenhandel von 40% auf über 90%.

Der mit der Konstituierung der Patriotischen und Fortschrittlichen Nationalen Front von der Baath verheißenen Demokratisierungsprozeß fand indessen nicht statt.

Die demokratische Wahl einer Nationalversammlung und örtlicher Volksräte unterblieb ebenso wie die Erarbeitung einer Permanenten Verfassung. Die den anderen national-progressiven Parteien offerierten Freiheiten wurden in Wirklichkeit beschnitten, die demokratischen Bestimmungen des Autonomiegesetzes für die kurdische Region nicht eingelöst. Und schließlich wurde im März bzw. Mai 1979 das Bündnis der Nationalen Front sowie die Koalitionsregierung de facto eliminiert.

„Baathisierung“ statt Demokratisierung

Im März 1978 hatte eine Zentralkomitee-Tagung der Irakischen Kommunistischen Partei die Forderungen nach einer generellen Demokratisierung der politischen Machtorgane sowie nach einer echten Selbstverwaltung für Irakisch-Kurdistan (Wahl statt Ernennung der kurdischen Vertreter, Einstellung der Deportationen, Respektierung der kurdischen Sprache und Kultur anstelle der forcierten Arabisierung u.a.m.) in Erinnerung gerufen. Kritisiert hatte sie die Baath-Partei ferner wegen ihrer Nichtrespektierung der Prinzipien der Nationalen Front und der den anderen Parteien zugesicherten Rechte auf Eigenständigkeit und Bewegungsfreiheit. Schließlich hatte der IKP-Bericht die Gefahren einer zu einseitigen Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den kapitalistischen Hauptländern (1974-78 realer Anstieg ihres Handelsanteils von 41,3% auf 78,1%) und der Reaktivierung bourgeoisereaktionärer Kräfte betont.

Im Mai 1978 gab die Exekution von 31 Mitglieder und Sympathisanten der IKP (Militärs und Zivilisten) das Start-

zeichen für den Versuch der Baath-Führung, die IKP zu liquidieren. Offenbar war ihr die Massenverankerung der IKP, der wohl stärksten Kommunistischen Partei des arabischen Raumes, zu weit fortgeschritten.

Die Baath eröffnete eine Kampagne gegen die IKP und ihre marxistisch-leninistische Ideologie, für die Durchsetzung einer „einheitlichen Ideologie“, d.h. der baathistischen, für alle Kräfte der Nationalen Front. Die rigide „Baathisierung“ schloß den Ausschluß (Berufsverbote) für Abertausende Nichtbaathisten aus dem Staatsdienst (Erziehung, Verwaltung, Armee), aus dem Pressewesen, den Universitäten, Landwirtschaftskooperativen, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen ein. 10.000 bis 15.000 Kommunisten und revolutionäre Demokraten wurden inhaftiert, gefoltert, über 1.000 hingerichtet, mehr als 1.900 – darunter zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees und ehemalige Offiziere – wurden verschleppt.

Im April/Mai 1979 wurde mit der Entlassung der beiden kommunistischen Minister, M.J. Talabani und A. Abdullah, auch das IKP-Zentralorgan Tariq al-Shaab verboten, alle Parteibüros geschlossen, die Parteiführung ins Exil oder in den Untergrund gezwungen.¹¹

Annäherung an Saudi Arabien und die Westmächte

Dieser antidemokratische Kurs korrespondierte mit einem zunehmenden Abrücken von den außenpolitischen Prämissen Antiimperialismus, Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager und Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Die sprunghafte Ausweitung der wirtschaftlich-militärischen Beziehungen zu den imperialistischen Hauptländern, voran die militärpolitische Hinwendung zur Frankreich, unter Reduzierung der Kooperation mit der Sowjetunion, ist die eine Seite. Die andere Seite spiegelt sich wider in der offenen irakischen Gegenposition zu dem antiimperialistischen Bündnis der Arabischen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation (Ende 1977 in Tripolis gegründet von der PLO, Syrien, Libyen, Algerien und dem Südjemen), in einer feindseligen Haltung gegenüber den revolutionären Prozessen im Iran, Afghanistan, Südjemen und Äthiopien.

Die Rechtslastigkeit kommt weiter zum Ausdruck in der weitgehenden Annäherung der Baath-Regierung an Saudi-Arabien, mit dem 1978/79 ein sog. Sicherheitsabkommen, gewandt gegen die innere „Subversion“ und gegen den sozialistisch orientierten Südjemen, vereinbart wurde. In der von Saddam Hussein 1979 ausgegebenen Orientierung (und das in einer Zeit unverhüllter US-Ölkriegsdrohungen!), man könne „der Sowjetunion, die ein Freund des Irak ist, nicht erlauben, das Land der Saudis zu besetzen, weil Saudi Arabien nicht außerhalb der arabischen Landkarte liege“, kommt zugleich das Überhandnehmen nationalistisch-chauvinistischer Züge in der gegenwärtigen irakischen Außenpolitik zum Vorschein. Bei der arabischen Frontbildung gegen die Separatpolitik der USA, Israels und Ägyptens wurden arabische Führungsambitionen der irakischen Baath, begünstigt durch die Veranstaltung zweier Gipfelkonferenzen der Arabischen Liga in Bagdad, sichtbar. Ihr Rolle als „Vereiner der arabischen Reihen“ suchte sie ferner über eine staatliche Vereinigung mit dem Frontstaat Syrien zu untermauern. Allerdings wurde mir der vollen Machtübernahme Saddam Husseins im Juli 1979 das projektierte irakisch-syrische Unionsprojekt erst einmal auf Eis gelegt.

Mit der Ablösung des Generals A.H. Bakr durch den Juristen Saddam Hussein al Takriti und mit dessen anschließender Ausschaltung einer oppositionellen Baath-Gruppierung (Exekution von 21 Personen, darunter 5 Kommandoratsmitglieder und Vizepräsident Adnan Hussein) ist freilich auch die Krisenlage des Regimes zutage getreten.¹²

Erweitert hat sich zugleich der Handlungsspielraum für die staatsbürokratische und parasitäre Bourgeoisie. Mit dem Hereinströmen der Ölmilliarden seit dem Oktoberkrieg 1973 wuchsen die wirtschaftliche Stärke und Zahl der irakischen Bourgeoisie (man spricht von mittlerweile über 150 Multi-millionären gegenüber lediglich 6 im Jahre 1973) steil an. Ihre Domänen, sieht man einmal vom Schmarotzertum am Staatssektor ab, sind der Binnenhandel, der Bau- und Immobiliensektor und die Leichtindustrie. Hinzu kommt das Aufblühen der Agrarbourgeoisie, die auch die Kooperativen zu beherrschen versteht, sofern diese nicht zu Produktionsgenossenschaften weiterentwickelt werden sowie eine Reaktivierung der Überreste alter Großgrundbesitzerkreise.¹³

Saddam Hussein unter Druck

Bei der Flut der Entwicklungsprojekte im Infrastruktur- und Industriebereich konnten sich dank der fehlenden demokratischen Volkskontrolle Teile des Staats- und Baath-Apparats, darunter die Familie Saddam Hussein al Takritis, durch Mittlergeschäfte aus der Staatskasse bereichern. Umgekehrt vermochten es die alten und neuen Schichten der Bourgeoisie Positionsgewinne im Verwaltungsapparat wie in der Baath-, Staats- und Armeeführung zu erzielen. Das in der Ära der Ölmilliarden gleichzeitig rapide Anwachsen der Arbeiterklasse und der beschleunigte soziale Veränderungsprozeß bewirkten eine allgemeine Verschärfung des Klassenkampfes, der Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Perspektive.¹⁴

Infolge der rigiden Repression, der zunehmend proimperialistischen Züge der Außenpolitik des Hussein-Regimes und unter der Einwirkung der iranischen Revolution hat sich das oppositionelle Gegenpotential 1979/80 sichtlich erweitert. Am 26. Dezember 1979 vereinbarten vier nationaldemokratische und patriotische Parteien bzw. Organisationen des Irak die Gründung eines ständigen Koordinationskomitees zur Schaffung einer Nationaldemokratischen Front.

Der Resolution dieser Oppositionskräfte – der Sozialistischen Arabischen Bewegung, der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei (Irakische Leitung), der Patriotischen Union Kurdistans und der Irakischen Kommunistischen Partei – zufolge, besteht ihr gemeinsames Ziel darin, „das Regime der Diktatur, des Terrors und der Unterdrückung zu stürzen und eine nationale und demokratische Regierung zu errichten, die aus Vertretern der Parteien, Kräfte und vertrauenswürdigen Individuen zusammengesetzt ist. Ihr wird künftig die Aufgabe zufallen, die Auswirkungen des antipatriotischen, antinationalen und inhumanen Regiments der regierenden diktatorischen Clique beiseite zu räumen, um das Land vor dem – durch die blutigen Akte der Clique herbeigeführten – politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bankrott zu retten und um einen unabhängigen, demokratischen und freien Irak aufzubauen. Das kurdische Volk würde aus dieser Initiative Nutzen ziehen mit der Erlangung seines nationalen Rechts einer echten Autonomie. Fraglos wird die Front aktiv teilnehmen am Kampf des arabischen Volkes gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, gegen die Manöver, welche gegen die Völker des Mittleren Ostens und besonders gegen die iranische Revolution gerichtet sind.“¹⁵

Stimuliert durch die islamische Revolution im benachbarten Iran bildete sich ein Widerstandspotential auch unter der im irakischen Süden konzentrierten schiitischen Bevölkerung heraus, welches durch S. Husseins Anheizen des irakisch-iranischen Konflikts eher an Breite hinzugewonnen hat. Das Oberhaupt der irakischen Schiiten Ayatollah M. Bakr al-Sadr wurde im Juli 1979 wegen regimekritischer Predigten

unter Hausarrest gestellt, im April 1980 verschleppt und wahrscheinlich hingerichtet. Sympathiedemonstrationen wurden von irakischen Militärkräften in Kerbela, Nedjes, Amara und andernorts mit Massenverhaftungen und -exekutionen beantwortet. Innerhalb der irakischen Streitkräfte und des Geheimdienstes fanden im August 1979 und im April 1980 zweimal Hinaussäuberungen von schiitischen Offizieren statt.

Seit Ende 1978 traten zwei spezifische schiitische Untergrundorganisationen (ihren Mitgliedern droht die Todesstrafe) hervor, die Islamische Heilspartei (Hizb al-Daawa al-Islamiya) und die irakischen Mojahedin. Beide erfahren Unterstützung aus dem Iran. Die Islamische Heilspartei könnte nach Einschätzungen westlicher Beobachter, gestützt auf die schiitische Geistlichkeit, perspektivisch eine antidiktatorische Massenbewegung mobilisieren. Die Mojahedin machten durch verschiedene Guerillaoperationen, darunter Bombenanschläge auf den irakischen Vizepremier und den Informationsminister im Frühjahr 1980 von sich reden.¹⁶

Die irakische Widerstandsbewegung hat demnach nicht nur einen ersten Schritt hin zur antidiktatorischen Einheit getan, sondern auch einen breiteren Nährboden gewonnen. Die sich seit Frühjahr 1980 wieder häufenden Exekutionen und Säuberungen seitens des Hussein-Regimes wie auch der – niedergeschlagene – Putschversuch vom 27. April d.J. zeigen an, daß Präsident Saddam Hussein unter Druck geraten ist.

So gesehen scheint es fraglich, ob seine Konfliktstrategie gegenüber dem Iran oder die am 22. Juni 1980 abgehaltenen Wahlen für eine Nationalversammlung (nach ersten Informationen errangen die Baath-Kandidaten über 60% der Sitze)¹⁷ die beabsichtigte Restabilisierung zu bringen vermögen. Beides wurde von der Gesamtheit der relevanten Oppositionskräfte abgewiesen. Die Parlamentswahl bezeichneten sie als Farce, konnten doch an ihr nur solche Kandidaten teilnehmen, die sich auf den Boden der „baathistischen Ideologie“ zu stellen bereit waren.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 24.4. und 6.5.1980
- 2) Ebenda
- 3) The Middle East, London, Mai 1980, S. 31
- 4) Ebenda Tudeh News, Teheran, 13. und 17.1.1980; Frankfurter Rundschau, 9. und 17.4.1980
- 5) Siehe dazu: W. Brönnner u.a., Die Ölkrise und die arabischen Ölländer, Frankfurt 1980, S. 79-107, hier S. 86-89
- 6) M. Kadduri, Socialist Iraq, Washington 1978, S. 217
- 7) Orientierungspunkte dieser Dokumente siehe: Revolutionary Iraq 1968-1973. The Political Report adopted by the 8th Regional Congress of the Arab Ba'ath Socialist Party – Iraq. January 1974, Bagdad o.J., besonders S. 232 ff.; Documents Relating to the Second National Convention of the Iraqi Communist Party. Sept. 1970, Bagdad 1970, S. 61 ff.; Informationsbulletin, Wien, Nr. 11-12/1973, S. 64-65
- 8) M. Al-Mosawi, Iraq's Oil, Bagdad 1973, S. 173/174 und 166/167
- 9) Daten nach: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1979, Washington 1979, S. 147, 149 und 181; BfA Marktinformation, Irak. Wirtschaftsstruktur, Köln, Juni 1975, S. 27; BfA Marktinformation, Irak. Wirtschaftsdaten und Wirtschaftsdokumentation. Ausgabe 1979, Juli 1979, S. 4; Iraqi Letter, o.O., Special Issue, Nr. 4-5/Mai 1976, S. 81
- 10) Daten nach: The Middle East, April 1979; Arab Report and Record, London, 25.4. und 18.7.1979; Iraqi Letter, Nr. 1/Januar 1979, S. 16-22; Report of the Central Committee of the Iraqi Communist Party, o.O., Ende Juli 1979, S. 1-5
- 11) Fjenda, S. 21-24
- 12) Iraq Today, Bagdad, 1.-15.2.1978, S. 14; Süddeutsche Zeitung, 24.10.1978
- 13) Siehe Anmerkung 9
- 14) Siehe: Revolution Socialiste, Algier, Nr. 18/März 1979, S. 4-16; Iraqi Letter, Nr. 1/Januar 1979, S. 16-18; Anmerkung 10
- 15) Mardo, Teheran, 2.1.1980
- 16) Vgl. The Middle East, Mai 1980, S. 29 und Financial Times, London, 7.5.1980
- 17) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.1980

Paul Maaskola

Volksbewegung gegen die Sauds

„Die Sowjets“, so der saudiarabische Kronprinz Fahd zur Afghanistan-Krise, „werden keine Anstrengungen scheuen, um neue Stützpunkte in den ölreichen Gebieten zu erhalten und diese unter ihre Herrschaft zu bringen. Es liegt in der Verantwortung der gesamten freien Welt endlich der sowjetischen Bedrohung entgegenzutreten. Eine konzentrierte Aktion der internationalen Gemeinschaft ist notwendig.“¹ Gemäß dieser Leitlinie und im Interesse von US-Regierung wie -Konzernen spielt das Königshaus des ölreichsten Landes der Welt die Rolle des regionalen Hauptfinanziers des Afghanistan-Interventionismus. Ganz nach Belieben des US-Imperialismus wird an der imaginären „saudiarabischen Nordostfront“ zur Sowjetunion das NATO-Mitglied Türkei (siehe Beitrag in diesem Heft) ebenso mit saudischem Geld über Wasser gehalten (1979: 250 Mio-Dollar-Kredit, 1980: 1 Mrd Dollar Kreditzusagen²), wie an der „Südostflanke“ Pakistan. Mit Milliardenbeträgen unterstützen die saudiarabischen Ölscheichs die fortdauernden Militäroperationen des pakistanischen Militärregimes und der „Rebellen“ gegen Afghanistan.

Hinterhältiges Taktieren in der Iran- und Palästinafrage

Während das saudische Regime in diesen Fragen unverhüllt proimperialistisch agiert, ist es auf der anderen Seite zum vorsichtigeren Taktieren gegenüber dem Iran wie den Nahostkonfliktparteien gezwungen. Seit dem Sturz des Schah-Regimes hält sich die saudiarabische Monarchie auffallend zurück gegenüber der iranischen Revolutionsführung und täuscht Distanz zu den USA vor: „Wir werden niemals ausländisches Stützpunkte auf unserem Territorium zulassen“,³ so Kronprinz Fahd. Dabei ist die US-Kolonie in Saudi Arabien (ca. 4-6 Mio Einwohner) mit 45.000 US-Bürgern die größte im Nahen und Mittleren Osten und für das Funktionieren des saudiarabischen Militärapparates unerlässlich.

Das saudische Lavieren im Konflikt Iran-USA resultiert zum einen aus innenpolitischer Rücksichtnahme auf die 300.000 Menschen zählende schiitische Minderheit der östlichen Haupterdölregion, die starke Khomeiny-Sympathien und lange Kampftraditionen – auch Ausgangspunkt der Aufstandsbewegungen zum Jahreswechsel 1979/80 – besitzt. Hinzu kommt die zwar nicht direkt übertragbare, jedoch objektiv vorhandene soziale Sprengkraft der Beispielwirkung antifeudaler Revolutionserfolge im Iran wie in Afghanistan. Zum anderen dient die vorgetäuschte Distanz zu den USA der Beschwichtigung der starken antiamerikanischen Kritik, verbreitet nicht nur durch den Nahostkonflikt im arabischen Raum allgemein sondern auch in Saudi Arabien selbst. Im Nahostkonflikt ist das saudische Regime gleichermaßen



Gefangengenommene Aufständische der Moscheebesetzung in Mekka, die exekutiert wurden

gezwungen worden, flexibler zu reagieren. Die als ägyptisch-israelischer Frieden getarnte Militärallianz USA-Israel-Ägypten offenbarte die Unglaubwürdigkeit der saudiarabischen Politik, die an gibt, durch eine enge Anlehnung an die USA eine gerechte Lösung des Palästina-Problems positiv beeinflussen zu können. Um einer Verurteilung und Isolierung im arabischen Raum auszuweichen brach Saudi Arabien im Frühjahr 1979, als Protest gegen den ägyptisch-israelischen Vertrag, die politischen und diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab, behielt aber in geheim seine Wirtschaftshilfe bei. Als Hauptfinanzier des bankrotten Sadat-Regimes ermöglichte das saudische Königshaus damit die

Fortsetzung der Camp-David-Verhandlungen, die von den Mitgliedsländern der Arabischen Front der Standhaftigkeit wie von Saudi Arabien selbst verurteilt worden sind.

Die gleiche Hinterhältigkeit kennzeichnet Saudi Arabiens Position zur Palästinafrage. Das saudische Regime muß sich der Entwicklung im arabischen Raum anpassen, um nicht isoliert zu werden und innenpolitisch muß es auf ein gutes Verhältnis zu den über 100.000 Palästinensern (1979) achten, die in Saudi Arabien zahlreiche Schlüsselpositionen in Verwaltung und Wirtschaft innehaben. Daher zahlt das saudische Regime jährlich 50 Mio Dollar an die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) mit der Absicht, sie damit zu mäßigen.⁴ Andererseits ist es der PLO in Saudi Arabien untersagt, offiziell ein Büro zu unterhalten, aus Angst vor dem revolutionären Einfluß der Organisation.

Aus gleichem Grund schreckt das saudische Königshaus auch nicht davor zurück, die PLO dort zu schwächen, wo es nur möglich ist. So zuletzt in größerem Maßstab im saudisch finanzierten Libanonkrieg 1976 gegen die Palästinenser und die libanesischen Linkskräfte, der 60.000 Tote und 200.000 Verwundete forderte.

Ihre „Überzeugungskraft“ schöpft die saudische Außenpolitik aus den gewaltigen Öleinnahmen (1972: 2,7 Mrd, 1978: 32,2 Mrd Dollar) sowie aus seiner Schlüsselstellung in der Energieversorgung der westlichen Welt: Saudi Arabien besitzt fast 1/4 der Welterdölreserven, ist weltgrößter Öllexporteur und fördert fast 1/3 des gesamten Öls der Organisation Erdöllexportierender Länder (OPEC). Gerade in dieser Branche besorgt das saudische Königshaus das Geschäft für die Ölmultis, die auf billige Einkaufspreise in den Förderländern aus sind sowie für den US-Imperialismus, der seine Politik des „Teile und Herrsche“ gegenüber den OPEC-Ländern durchsetzen möchte.

Den Judaslohn, den die saudiarabische ca. 4.000 männliche Mitglieder zählende Oberschicht für ihre Dienste erhält, zah-

len die Ölkonzerne und die US-Regierung in Form von „Lebenshilfe“ an das anachronistische, feudalabsolutistische Regime. Bisher ist es ihnen auch gelungen, das Überleben des weitgehend auf Stammesbeziehungen und Subsidienzahlungen beruhenden Gesellschaftssystems in Saudi Arabien zu garantieren.

Doch ist die uneingeschränkte Herrschaft des US-Ölkonsortiums Arabian-American Oil Company (ARAMCO) und der Königsfamilie stets auf den Widerstand der Bevölkerung gestoßen. Bedingt durch die äußerst rückständigen sozialökonomischen Bedingungen kam es in Saudi Arabien, im Gegensatz zu vielen anderen arabischen Ländern, aber erst im Laufe der 60er Jahre zu stärkeren Aktivitäten nationalprogressiver Kräfte.

Wurzeln des antimonarchistischen Widerstandes

Hatten sich die saudiarabischen Kommunisten aus der 1954 gegründeten Front für Nationale Reformen bereits 1958 zur **Nationalen Befreiungsfront Saudi Arabiens** organisiert so traten nun, nicht zuletzt unter dem Eindruck des allgemeinen Aufschwungs der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, neue Gruppierungen hervor: 1962 wurde die **Bewegung der Arabischen Nationalisten** gegründet, die, vorwiegend auf die Hauptstadt Riad beschränkt, unter den Angestelltenkreisen Anhänger fand. Sie gingen jedoch im Laufe der 60er Jahre zum Teil in andere Organisationen über, so u.a. in die 1960 gegründete **Arabische Baath-Partei/Saudi Arabien**. Diese panarabische Organisation orientierte sich an ihren Mutterparteien in Irak und in Syrien, wobei sie ebenfalls deren Auseinandersetzungen widerspiegelte, bei einer Dominanz der prosyrischen Fraktion zwischen 1963 und 1969. Irakisch orientierte Baathisten und ehemalige Nasser-Anhänger gründeten 1964 die **Volksdemokratische Front der Arabischen Halbinsel** während innerhalb der Armee hauptsächlich an Nasser orientierte Offiziere in der **Volksunion der Arabischen Halbinsel** zusammengeschlossen waren.

Dem saudischen Regime gelang es während der 60er Jahre die Oppositionskräfte nur in einem geringeren Maße aufzuspüren, ein größerer Schlag wurde erst zwischen 1969 und 1971 durchgeführt. Nach einem gescheiterten Putschversuch wurde durch Provokationen, Ausnutzung von Differenzen unter den Oppositionsgruppen, brutalen Terror und mit einer breiten Verhaftungswelle fast die gesamte Opposition ausgeschaltet, insbesondere die Armee rigide gesäubert. Nur zwei Gruppierungen überlebten: Aus dem Zusammenschluß der Volksdemokratischen Front mit dem linken Flügel der arabischen Nationalisten konstituierte sich 1970 die **Volksdemokratische Partei**. Zum anderen wurde aus der Nationalen Befreiungsfront 1975 die **Kommunistische Partei in Saudi Arabien** gegründet.⁵

Trotz härtester Unterdrückung und tiefster Illegalität jeglicher gewerkschaftlicher und politischer Betätigung sind die Aktionen für die Er kämpfung der Rechte der Werktätigen und gegen das saudische Feudalregime nicht abgerissen. Durch Streiks und andere Kampfaktionen sind ganze Erdölreviere stillgelegt worden. 1978 legten tausende Werktätige die neuen Hüttenbetriebe still. Dabei, so die Einschätzung der Kommunistischen Partei Saudi Arabiens, nehmen die Kämpfe unterschiedliche Formen an: „Sie reichen von Petitionen, der Bildung von Volks- und Arbeiterdelegationen, um Verhandlungen mit den zuständigen offiziellen Verantwortlichen und den Arbeitgebern zu führen, von Streiks und vorübergehenden Arbeitsniederlegungen bis hin zur Konfrontation streikender Arbeiter mit Polizei- und Repressionsorganen (so die Streiks (...) der Reinigungsarbeiter in Rahimah und Al-Quatif, der Fahrer im Hafen von Dammam

Islamische Widerstandsgruppe Assalaf Al Saleh

Die Assalaf Al-Saleh (Gute Nachkommen) ist eine in den 60er Jahren gegründete Gruppe, die sich hauptsächlich aus Studenten der religiösen Hochschulen in der westlichen Provinz Saudi Arabiens rekrutierte. Sie fand darüber hinaus Anhänger innerhalb der Nationalgarde und einiger Stämme, insbesondere unter dem Oteiba-Stamm, eines Hauptträgers der Nationalgarde, aber auch außerhalb des Landes in der Golfregion, z.B. in Kuwait, sowie im Nordjemen. Gesellschaftspolitische Ziele:

- Rückkehr zur frühislamischen Tradition der Assalaf Al-Saleh, Abbau der Nachahmung „ungläubiger“ westlicher Länder;
- Absetzung des heutigen Königs Khaled, da dieser die Lehren des Islam mißachtet;
- Abschaffung der Monarchie und Errichtung einer islamischen Gesellschaft;
- Boykott der Erdöllieferungen an die USA, dem Verursacher der antinationalen Erdölpolitik Saudi Arabiens und dem Beschützer des Königshauses.

Im Jahre 1977 verteilte die Gruppe Flugblätter mit diesen Zielvorstellungen. Trotz der darauf folgenden Verhaftungswelle, der Hunderte insbesondere in der mittleren Provinz zum Opfer fielen, gelang vielen Anhängern der Gruppe die Flucht, darunter dem Verantwortlichen für den militärischen Flügel, der selbst einen hohen Rang in der Nationalgarde besaß. In der Folgezeit wurden mehrere Aktionen bekannt, u.a. das Einschleusen von Waffen während der Pilgerzeit nach Saudi Arabien. Im November 1979 verbreiteten Anhänger der Gruppe erneut Flugblätter mit den oben genannten Zielen. Sie intensivierten ihre Aktivitäten innerhalb der Stämme und in der Nationalgarde und führten, gestärkt durch die Revolutionsergebnisse im Iran, mehrere Aktionen in Riad, Kassim und anderen Städten durch. An den Aufstandsbewegungen in den Westprovinzen sowie an der Moscheebesetzung in Mekka im November/Dezember 1979 war die Gruppe maßgeblich beteiligt.

Kommunistische Partei Saudi Arabiens

Die absolutistische Machtkonzentration

(...) In der letzten Zeit haben die Veränderungen der gesellschaftlichen Basis infolge der relativ raschen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entsprechende Veränderungen im gesellschaftlichen Leben und dem Staatsapparat, dessen administrative und repressive Abteilungen fortwährend vervollkommen werden, hervorgerufen. Dieser Prozeß geht in zwei Richtungen:

Zum einen werden die repressiven Staatsorgane (Armee, Nationalgarde, Geheimpolizei, Geheimdienste, Sicherheitsdienste und die religiöse Sittenpolizei) massiv verstärkt. Ihre Entwicklung wurde geprägt durch die Zunahme des politischen und ökonomischen Gewichts Saudi Arabiens im arabischen Raum, die gewachsene Rolle der arabischen nationalen Befreiungsbewegung, die Ausbreitung der Unzufriedenheit der Volksmassen und das Erstarken der Opposition, die grundlegende ökonomische und soziale Veränderungen fordert. (...)

Zum anderen werden die Verwaltungsorgane (Ministerien, Ausschüsse und andere staatliche Behörden) entwickelt und ausgebaut.

(...) Die neuen ökonomischen und sozialen Verhältnisse und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Aufgaben, deren Bewältigung und Lösung dem Staat zufallen, haben die Entwicklung der genannten Staatsämter und die Schaffung neuer erforderlich gemacht. Die voranschreitende Komplizierung der Aufgaben des Staatsapparates machte die absolutistische Machtkonzentration ineffektiv, was die vom Regime angestellten Experten veranlaßte, Gesetze zur Regulierung staatlicher Aktivitäten zu schaffen. (...)

Trotz der Tatsache, daß diese Gesetzesverordnungen die Befugnisse verschiedener Staatsorgane erweiterten und ihnen eine relative Selbständigkeit bei der Lösung lokaler Aufgaben zugestanden und damit den bürokratischen Machtzentralismus etwas abschwächten, haben sie – ihrem Wesen nach – die uneingeschränkten, absolutistischen Befugnisse des Königs, die in den Statuten des Ministerrates vom Jahre 1958 verankert sind, in keiner Weise angetastet. Die Übertragung der Macht an eine einzige Person, nämlich die des Königs, das Fehlen einer Verfassung und jeglicher Vertretungsor-

gane (Parlament, lokale Vertretungskörperschaften) sowie jeglicher institutionalisierter demokratischer Möglichkeiten zur Bildung von Staatsorganen und zur Verabschiedung von Gesetzen sind die wichtigsten Kennzeichen der absolutistischen Herrschaftsstruktur in Saudi Arabien. (...)

Dieses Herrschaftssystem hat der Bevölkerung die elementarsten demokratischen Rechte vorenthalten: Es verbietet weiterhin nach wie vor die Tätigkeit von Parteien, untersagt die Bildung von Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen, verbietet die Pressefreiheit, verachtet die Würde der Frau, fördert den Konfessionalismus, so daß beispielsweise den Schiiten die Ausübung ihrer religiösen Rituale untersagt und der Militärdienst verwehrt wird, versperrt der Bevölkerung jeglichen Zugang zu den internationalen literarischen, philosophischen und künstlerischen Werken und führt schließlich in ihren Massenmedien niederträchtige und heftige Kampagnen gegen jegliche neue Ideen. Gleichzeitig wird den Geheimdiensten und Repressionsorganen freie Hand gewährt, um die Bewegungen der Bürger zu überwachen, Angst und Furcht in ihren Reihen zu säen und ihre Kampfkraft zu schwächen, wobei das reaktionäre Regime weiterhin die strengsten Unterdrückungsmethoden gegen die einfachen Bürger anwendet.

Obwohl bereits zwei Jahre nach Erlaß der allgemeinen Amnestie (vom Jahre 1975; d. Red.) vergangen sind, bestätigen die Tatsachen, daß das saudische Regime sich von diesem Erlaß losgesagt bzw. ihn als Druckmittel gegen die nationalen Kräfte einsetzt, um ihre Widerstandskraft zu brechen, wobei vielen die in dem Erlaß vorgesehenen Erleichterungen noch nicht einmal zuteil geworden sind. (...)

(Quelle: Auszüge aus dem politischen Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Saudi Arabien (August 1977), in: Auslandsausschuß der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (Hrsg.), Al-Thauri, o.O., 8. Jg., Nr. 16, September 1978, S. 118-129, hier S. 124-126)

und bei der PETROMIN) und der Verschärfung des Kampfes der ARAMCO-Arbeiter (Unterschriftensammlungen, Delegierung von Arbeitervertretern zum Verhandeln mit der Firmenleitung), um die Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu verbessern. In Al-Ahsa forderten die einheimischen Lehrer von den zuständigen Ämtern des Kultusministeriums die notwendige Gleichstellung mit den ausländischen Lehrern bezüglich der Gehaltshöhe und der Wohnzuschüsse.¹⁶

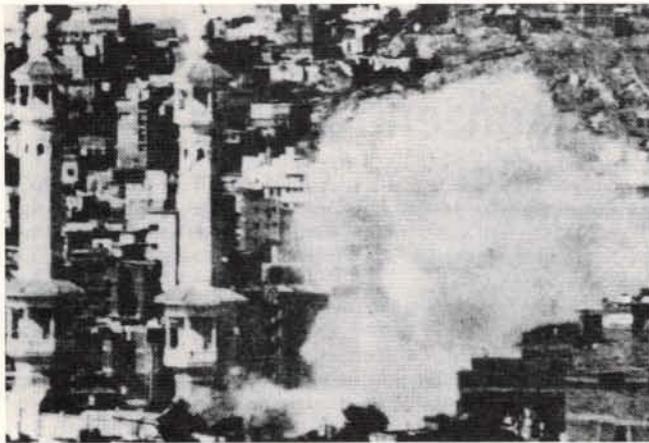
Zur Jahreswende 1979/80 platzte dann mit der Moscheebesetzung zu Mekka endgültig die Legende, Saudi Arabien sei das „stabilste und sicherste Land“ der nah- und mittelöstlichen Ölregion. Trotz Berichten westlicher Medien, die im saudischen Auftrag den Aufruhr in weiten Landesstellen herunterspielen wollten, wurde deutlich: Das saudische Feudalregime steckt tief in der Krise.

Volkserhebungen im Jahr 1979

Der Grund für die 14-tägigen bewaffneten Ausschreitungen saudischer Militäreinheiten (unter Einsatz von Phosphorbomben und Giftgas) Ende November 1979 gegen die heiligste Stätte des Islam, die Moschee von Mekka, war nicht, wie das Regime offiziell behauptete, in einer Geiselnahme religiöser Fanatiker mit Moscheebesetzung und Gotteslästerung zu suchen. Schwere Auseinandersetzungen gab es schon einen Monat zuvor, als saudische Polizei- und Militäreinheiten brutal gegen die Vorbereitungen des Ashura-Festes der größten jährlichen religiösen Feier der Schiiten, vorgingen. Durch die Revolutionsereignisse im Iran ermutigt, regte sich der Volkszorn. Der religiöse Protest schlug in einen politischen um: Die Dorfbewohner in Syhat, einer Ortschaft zwi-

schen Dammam und Al-Quatif, demonstrierten am Abend des 27. Oktober 1979 und forderten vom saudiarabischen König: „Khaled, trete zurück! Das ganze Volk will dich nicht!“¹⁷ Losungen gegen die ARAMCO und den US-Imperialismus wurden erhoben und dem Kampf des iranischen Volkes Solidarität versichert. Der Funke sprang auf andere Orte über. In Sawfa und in Al-Awamiya wurden die Polizeistationen besetzt, die Waffen beschlagnahmt und Barrikaden errichtet. Insbesondere beteiligten sich auch die Frauen – die vom gesellschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen sind wie kaum in einem anderen Land – gleichermaßen an dem Proteststurm, in Sawfa lynchten sie sogar einige Angehörige der Polizei. In Al-Quatif beteiligten sich breite Bevölkerungsschichten an einer großen Demonstration ebenso wie auf der nahegelegenen Insel Tarut sowie in Al-Ahsa, wo die Bevölkerung umliegender Gebiete sich im Stadtzentrum sammelte und von dort in einer Demonstration zum Rathaus zog.

Das Regime reagierte nervös auf die Forderungen nach demokratischen Freiheiten und nationaler Unabhängigkeit. Eine Nachrichtensperre wurde verhängt, die Ortschaften regelte man hermetisch von der Außenwelt ab. 22.000 Soldaten wurden in das Krisengebiet, 12.000 zur Bewachung der Ölfelder, abkommandiert. Während die ARAMCO an ihre amerikanischen Beschäftigten Waffen und Munition verteilte und ihnen ein Ausgehverbot in den belagerten Orten verordnete, gingen Einheiten der Nationalgarde mit aller Härte gegen die Demonstranten vor. Nach tagelangen Kämpfen beklagte man hunderte Tote und Verwundete. Unter der Anschuldigung der Komplottbeteiligung gegen die Sicherheit des Staates wurden im Anschluß tausende Angehörige verschiedener Stämme, des Militärs und der Nationalgarde verhaftet. Allein in den ersten zehn Novembertagen wurden



„Säuberung“ der Moschee von Mekka im Dezember 1979

1.500 Inhaftierungen aus allen Landesteilen bekannt.⁸

Kaum Herr der Lage traf das saudische Regime ein neuer Schlag. Stämme in den Regionen westlich der Hauptstadt Riad erhoben Forderungen nach mehr Selbstverwaltung. Unter maßgeblicher Beteiligung der religiösen Gruppe As-salaf Al-Saleh (siehe Kasten) eskalierten die Auseinandersetzungen schnell und weiteten sich auf die Städte Mekka, Medina und Taif aus. Erst nach zweiwöchigen Kämpfen konnte das Regime im Dezember 1979 mit dem Sturm auf die Moschee von Mekka den Aufstand, der den Sturz des Königshauses zum Ziel hatte, niederschlagen. „Zum ersten Mal“, so das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Saudi Arabien auf seiner Tagung im März 1980, „spielten religiöse Gruppen eine wichtige Rolle im nationalen demokratischen Kampf... Diese Tatsache zeigt die zunehmende Volksopposition gegen das bestehende saudische Regime.“⁹

Die tatsächliche Schwäche des saudischen Regimes zeigte sich nicht nur darin, daß es nur mit ausländischer Militärhilfe die Protestbewegung ersticken konnte: Die Saudis orderten Kommandoeinheiten der Eingreiftruppe der französischen Gendarmerie (GIGN) – dem Gegenstück zur BRD-Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes GSG 9, die seit 1980 Ausbildungshilfe für saudische Truppen gewährt. Die GIGN übernahm die operative Leitung und räumte dann auf: 5.000 Menschenleben kostete die „Säuberung“ der Moschee.¹⁰

Wie weit der Fortbestand des Feudalregimes in Frage gestellt war, offenbart aber vor allem die Breite der antisaudischen Bewegung, die tief in das bürgerliche Lager hineinreicht. Daß der Aufstand in Mekka vom Stadtkommandanten selber, einem aktiven Oberst des Heeres, Mohammed al Maaruf, angeführt wurde, begleitet von einer Reihe von Offizieren der Nationalgarde, ist ein Anzeichen dafür; ebenso die Umbildung in den führenden Positionen der Luftwaffe, bei den Grenztruppen, der Nationalgarde und anderen Repressionsorganen Ende Dezember 1979.¹¹

Ökonomisch zunehmend stärker und damit vom Königshaus unabhängiger, fordert die junge saudiarabische Bourgeoisie nun politische Partizipation, zumindest aber, daß das Regime sie durch personelle Verflechtungen und Bevorzugung ausländischer Konzerne nicht ausbootet, übervorteilt und ruiniert. Zu Zugeständnissen sah sich das Regime nach den Aufstandsbewegungen zum Jahreswechsel nun genötigt und stellte die Bildung eines legislativen „Konsultativrats“ in Aussicht.

Mitentscheiden dürften die saudiarabische Mittelschicht und Bourgeoisie auf jeden Fall darüber, ob die Kalkulationen des Königshauses aufgehen werden. Unter dem Eindruck der „inneren Bedrohung“ demonstrierte die herrschende Feudalschicht Einigkeit und legte die starken internen Rivalitäten zumindest in einer Frage vorerst beiseite: Die bisher umstrittene Thronfolge wurde festgelegt. Dem kränklichen

König Khaled folgt der jetzige Kronprinz Fahd, bekannt einst als Trinker, der in den Spielkasinos der Mittelmeerlande Vermögen verspielte. An seine Stelle als Kronprinz soll dann der mit den „traditionalistischen“ Kräften verbundene Chef der Nationalgarde, Abdullah, nachrücken.¹² Beseitigt sind dadurch die Rivalitäten nicht. Zwei Flügel unterscheiden sich in der Einschätzung der Möglichkeiten zur längerfristigen Machtsicherung. Ein voll proamerikanischer Flügel unter Kronprinz Fahd und dem Verteidigungsminister Sultan, der auf eine Unterordnung unter die Schirmherrschaft des US-Imperialismus samt starker innerer Repression setzt, steht den Vorstellungen des Flügels unter Nationalgardechef Abdullah und dem Außenminister Saud gegenüber, der eine zwar nicht antiamerikanische aber mehr arabisch-nationalistisch gefärbte, äußere Absicherung der Feudalherrschaft anstrebt. Auch deshalb ist fraglich, ob die seit Neuestem vorgespielte Einigkeit im Königshaus die Möglichkeit neuer Volkserhebungen oder eines Putsches auszuschließen vermag: innerhalb der letzten zwei Jahre sind alleine 11 Umsturzversuche aufgedeckt worden.

Anmerkungen:

- 1) Newsweek, New York, 3.3.1980
- 2) The Middle East, London, Mai 1979; Financial Times, Frankfurt/London, 2.5.1980
- 3) Newsweek, a.a.O.
- 4) US News & World Report, Washington, 21.4.1980
- 5) 3. Welt Magazin, Bonn, Nr. 7-8/1977, S. 68-70; A. Fadl, Erdöl fließt nicht von selbst, in: Weltgewerkschaftsbewegung, Berlin, Nr. 6/1978; F. Halliday, Arabia Without Sultans, Harmondsworth 1974; Neues Deutschland, Berlin 28.10.1975
- 6) Auszüge aus dem politischen Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Saudi Arabien (August 1977), in: Auslandsausschuß der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (Hrsg.), Al-Thauri, o.O., 8. Jg., Nr. 16, September 1978, S. 118-129, hier S. 129
- 7) Al-Hourriah, Beirut, 24.12.1979
- 8) Ebenda und 10.12.1979; Kurier, Wien, 4.12.1979; The Middle East, London, Januar 1980; Newsweek, 17.12.1979; Der Spiegel, 10.12.1979
- 9) Israel & Palestine, Paris, Nr. 80/Mai 1980, S. 11
- 10) Le Point, Paris, 28.1.1980; Unsere Zeit, 6.2.1980
- 11) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.1.1980; Newsweek, 3.3.1980
- 12) US News & World Report, 7.4.1980

6 Seiten – VDS-Studentenfestival

rote blätter

DER GROSSE BETRUG

Berühmte Diebstahl Polizei schlägt zu!

Die Juli/August-Ausgabe berichtet unter anderem über:

- Stern-Studenten-Serie: Der große Betrug!
- Gorleben: Polizei schlägt zu
- Herbert Mies über Krieg & Frieden & die Linke & 0,3 Prozent
- Joan Armatrading in concert
- das VDS-Studentenfestival in Mainz
- Erfahrungen eines Alkoholikers
- Kahlschlag der Marburger Sozialismusforschung
- Die Stollwerck-Besetzung in Köln

Bürgermeister, Stadträte und andere Persönlichkeiten des okkupierten Westjordangebietes hatten in einer Erklärung vom 7. Mai 1980 die israelischen Besatzer angeklagt, sie suchten gegenwärtig die palästinensische Bevölkerung im Westjordan- und Gazagebiet ihrer Führung zu berauben, um ihr den „Autonomie“-Betrug entsprechend den Separatverträgen von Camp David und Washington (siehe AIB, Nr. 5/1979) aufzunötigen. In der Tat konnten es sich die Besatzer angesichts der unveränderten Einheit und Ausweitung des palästinensischen Volkswiderstandes gegen die zionistische Siedlungsexpansion nicht leisten, die für Ende April d.J. vorgesehenen Munizipalwahlen abzuhalten.

Am 2. Mai d.J. nahmen sie eine Guerillaaktion der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) nahe Hebron zum Anlaß, um die gewählten Volksvertreter von Hebron und dem nahegelegenen Halhul, die Bürgermeister Fahd Kawasmeh und Mohammed Hassan Milhem (siehe Interview), sowie den religiösen Richter von Hebron, R.B. al-Tamimi, in den Libanon zu deportieren. Ungeachtet der Verurteilung dieser Aktion durch den UN-Sicherheitsrat entthob die israelische Militärverwaltung die Deportierten Ende Mai d.J. ihrer Ämter. „Unkonventionell“ waren schließlich die Mordanschläge vom 2. Juni d.J. auf die palästinensischen Bürgermeister von Nablus, Ramallah und al-Bireh, wobei die beiden ersteren schwer verletzt wurden. Bassam Shakaa, der als Bürgermeister von Nablus bereits im November 1979 inhaftiert und mit Deportation bedroht worden war (siehe AIB, Nr. 1/1980, S.10), verlor bei einem Sprengstoffanschlag beide Beine; Karim Khalaf, Bürgermeister von Ramallah, mußte ein Fuß amputiert werden.

Diese Eskalation des israelischen Besatzerterrorors fällt zusammen mit dem zumindest vorläufigen Scheitern des „Autonomie“-plans von Camp David. Das ägyptische Sadat-Regime brach die Verhandlungen wegen der Unnachgiebigkeit M. Begins besonders in Sachen zionistischer Siedlungsexpansion ab. Der 26. Mai 1980, die letzte Frist zu der das „Autonomie“-projekt in Kraft gesetzt werden sollte, verstrich.

An eben diesem Tage trat Verteidigungsminister Ezer Weizmann zurück. Nach aktuellen Meinungsumfragen zeigen sich heute über 80% der Israelis unzufrieden mit der Politik der großbürgerlichen Likud-Regierung und der wirtschaftlichen Lage kein Wunder bei einer Inflationsrate von 120% im ersten Halbjahr 1980. Neue Ausmaße angenommen hat 1979/80 auch die israelische Streik- und Friedensbewegung, wie zuletzt die Demonstration von 200.000 Menschen am 1. Mai in Tel Aviv anzeigte. Aufsehen erregte in dieser Phase die Bewegung für einen gerechten Frieden unter Anerkennung der Palästinenserrechte, die im Oktober 1979 eine Manifestation mit 100.000 Teilnehmern veranstaltete. Die von oppositionellen Armeeangehörigen initiierte Bewegung Peace Now (Frieden jetzt), die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (CHADASCH) und das Israel-Komitee für einen gerechten Frieden (angeführt von der linksliberalen Schelli um den Parlamentsabgeordneten Uri Avneri). Von ihnen wurden die jüngsten Terrorpraktiken der Besatzer entschieden verurteilt und Unterstützung für den palästinensischen Widerstand in den okkupierten Gebieten organisiert. In einem kürzlichen AIB-Gespräch mit George Toubi, dem Verantwortlichen der internationalen Abteilung der CHADASCH (Bündnis der KP Israels, der Black Panther und Unabhängiger, wurde die Grundposition dieser israelischen Oppositionskräfte deutlich.

Mohammed H. Milhem **Wir werden zurückkehren**



M. H. Milhem (2. v. l.) mit F. Qawasmeh, Y. Arafat und R. B. al-Tamimi (v. l. n. r.) nach der Deportation in den Libanon

FRAGE: Ist Deine Deportation eine direkte Reaktion auf die Guerillaoperation gegen die zionistischen Siedler?

M.H. MILHELM: Es ist unsinnig zu behaupten, eine einzige Operation sei ausreichend, um einen oder zehn Bürger zu deportieren. Der Krieg gegen die Fedayin (PLO-Guerilleros; d. Red.) im Südlibanon, der Tod vieler israelischer Soldaten dort, das wäre alles Grund genug gewesen für eine Deportation. Die Fakten, die der Feind anerkennen mußte, sind der Wandel in der Betrachtung der Befreiungsbewegungen und der um ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung kämpfenden Völker.

Laß mich noch einmal auf die mißlungene, amerikanische Operation in der iranischen Wüste eingehen. Sie ist nicht aus sog. technischen Gründen fehlgeschlagen, sondern wegen Mängeln in der Willens- und Entschlußkraft der Flugzeugführer. Auch der zionistische Militärgouverneur, der meine Deportation beschlossen hat, leidet an demselben Mangel. Sie sind nervös und unruhig trotz der riesigen Militärmaschinerie, die sie besitzen und trotz der Konzessionen, die Sadat laufend macht. Denn er hat ihnen die Freikarte gegeben für die Fortsetzung der Besiedlung und der Unterdrückung des palästinensischen Volkes, politisch, sozial und ökonomisch. Die Deportation ist ebenfalls wie die Häusersprengungen eine hysterische Handlung.

Was heißt es denn eigentlich, ein Haus sprengen, eine Menge stummer Steine? Bedeutet das etwa, daß man damit den Besitzer oder Bewohner dieses Hauses vernichtet hat? Kann nicht dieser Hausbewohner sich ein Zelt bauen und von diesem Zelt aus seinen Kampf fortsetzen? Was heißt es eigentlich, einen Bürgermeister in den Libanon deportieren? Können sie denn nicht begreifen, daß ich nach Palästina zurückkehren werde, auch wenn sie mich zum Nordpol deportieren? Wenn sie uns ins Meer werfen, dann werden wir auf dem Landweg zurückkehren.

Der Palästinenser wird in der Fremde geboren. Noch nie hat er Safed, Akkon oder Haifa gesehen. Aber schnell kehrt er dorthin zurück. Was heißt das? Heißt das nicht, daß seine Sehnsucht nach dem Boden ihn treibt, auch wenn er in diesem Boden begraben wird? (...)

FRAGE: Welche Beziehungen bestehen zwischen den zioni-

stischen Siedlungsbewegungen und dem Militärapparat und wie beeinflusst das das Leben unseres Volkes?

M.H. MILHEM: Die Besiedlung verfolgt nicht nur das Ziel, den Menschen ihren Boden zu rauben, sondern den Siedlern auch die Legitimität für die Besiedlung zu verleihen. Die Siedler in Kiryat Arba (mit 3.000 Siedlern die größte zionistische Siedlung im Westjordangebiet, nahe Hebron gelegen und Ziel der Guerillaaktion vom 2.6.1980; d. Red.) und anderswo rauben das Land unter dem Schutz der zionistischen Bajonette. Jeder Siedler und jede Siedlerin ist ein Soldat in der zionistischen Militärmaschinerie. Sie führen lediglich die Pläne der Regierung aus.

Auch wenn einige dieser Banden, wie z.B. die Gush Emunim, als extremistisch tituliert werden, so könnte man sie in ihre Schranken weisen. Wir haben lange Erfahrungen mit den Siedlern: 1976 schossen sie auf eine Schülerdemonstration in Halhul. Sieben Schüler wurden verwundet. 1979 schossen sie ebenfalls auf eine Demonstration von Schülern und ermordeten einen Schüler und eine Schülerin. 1980 gingen sie in ein Geschäft und zerstörten das gesamte Inventar.

Vor zwei Monaten etwa zerstörten sie 42 Autos in Halhul. Vor zwei Wochen waren es 150 Wagen in Ramallah.

Während dieser Sabotageakte trugen sie Militäruniformen, patrouillierten durch die Stadt und kidnapten Bürger in die Siedlungen zur Zwangsarbeit, wo sie von bissigen Hunden bewacht, bis Mitternacht arbeiten mußten und zu Fuß dann nach Hause geschickt wurden.

Vor acht Monaten haben die zionistischen Siedler Parolen auf den meisten Gebäuden der Stadt angebracht, daß diese Häuser ihnen gehören, daß der Boden, auf dem sie gebaut sind, ihnen gehöre. Sogar das Willkommensschild am Eingang der Stadt haben sie entfernt, schrieben auf Hebräisch den Namen der Stadt und bezeichneten sie als ihr Eigentum. Sie haben die Bäume gefällt und die Ernten zerstört, sie haben Barrikaden aufgebaut und Menschen verhaftet, alles das vor den Augen und Ohren der militärischen Besatzungsbehörde. Sogar die Siedler, die zugegeben haben, daß sie den Schüler und die Schülerin erschossen haben, wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. (...)

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 22/30.5.1980, S. 5-7)

Interview mit George Toubi

Israelis für die Sache der Palästinenser



AIB: Wie steht die Demokratische Front Israels zu den Separatverträgen von Camp David und Washington?

G. TOUBI: Der erste und bemerkenswerteste Punkt an den Übereinkommen von Camp David ist, daß sie den strategischen und Ölinteressen des amerikanischen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten dienen sollen. Es muß beachtet werden, daß nach diesem Separatvertrag die Amerikaner Militärstützpunkte auf ägyptischem und israelischem Territorium haben werden. Sie werden einen Militärflugplatz in der Sinai-Wüste haben und einen Marinestützpunkt für ihre VI. Flotte im Mittelmeer im israelischen Hafen Haifa.

Der Separatvertrag von Camp David ist in Wirklichkeit ein Militärbündnis zwischen den Partnern, das gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der antiimperialistischen Staaten der Region gerichtet ist, gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in den arabischen Ländern, Afrika und am Persischen Golf, gegen die sozialistischen Länder, an erster Stelle und hauptsächlich gegen die Sowjetunion.

AIB: Heißt das, sie erachten die Separatpolitik nicht als einen Schritt hin zum Nahostfrieden?

G. TOUBI: So ist es. Der Vertrag von Camp David (1978) ist zu allererst ein Hindernis für den Frieden, weil es Israel an seinen Ostgrenzen freie Hand läßt. Er beinhaltet in seinem Kern die Gefahr eines neuen Krieges.

Wir haben klare Anzeichen dafür in den gegenwärtigen Ereignissen im Südlibanon, in der praktischen Besetzung des Südlibanon durch Israel. Und das brutale Bombardement von libanesischen Städten, Dörfern und palästinensischen Flüchtlingslagern durch Israel ist nur ein Anzeichen für die

Absichten der an diesem Separatvertrag Beteiligten. Wir sagen, daß uns die Verträge von Camp David nicht den Weg zum Frieden wiesen, denn sie leugnen die Notwendigkeit einer gerechten Lösung des Palästina-Problems vollständig, das der Kern und die Wurzel des israelisch-arabischen Konflikts ist. Das Vertragswerk von Camp David und Washington (März 1979) ist nur ein Deckmantel für die Fortsetzung der israelischen Okkupation palästinensischen Territoriums. Der „Autonomie“-plan, der von Menachim Begin vorgeschlagen wurde und der im Prinzip in den Separatverträgen angenommen wurde, beabsichtigt, das palästinensisch-arabische Volk an der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und der Errichtung seines unabhängigen Staates zu hindern. Das Ziel der israelischen Regierung ist es, mit diesem „Autonomie“-plan die demographische Struktur in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verändern. Aus den genannten Gründen und deshalb, weil die Verträge von Camp David in Wirklichkeit dazu bestimmt sind, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes zu umgehen, wird unserer Meinung nach das Abkommen von Camp David nicht zum Frieden führen. Und wir glauben, daß es keinen Erfolg haben wird. Die Mehrheit der arabischen Länder lehnt diesen Separatvertrag ab, ebenso die PLO. Schließlich möchte ich betonen, daß der Vertrag von Camp David und das Separatbündnis zwischen Israel, Ägypten und den Vereinigten Staaten in Gegensatz zu allen Beschlüssen der Vereinten Nationen zu Palästina steht.

AIB: Sie machen also ein Gleichheitszeichen zwischen „Au-“
(Fortsetzung siehe S. 39)

tonomie''plan und Besatzung?

G. TOUBI: So ist es. Wenn wir über den „Autonomie''plan sprechen, sprechen wir über einen von Menachim Begin vorgeschlagenen Plan. Er ist als vorbereitender Schritt zur Annexion des palästinensischen Territoriums durch Israel angelegt.

Was nun in den besetzten Gebieten passiert, ist in der Tat ein vollständiges und deutliches Beispiel dafür, was dieser „Autonomie''plan bedeutet. Wir sind heute Zeugen einer breiten Kampagne für kolonialistische israelische Siedlungen besonders im Westjordanland. Fast 30% des Landes in Westjordanien wurden bereits konfisziert. Eine Anzahl neuer kolonialistischer Siedlungen wurden im Westjordanland bereits errichtet und im November 1979 hat die israelische Regierung beschlossen, weitere 18 neue Siedlungen in den besetzten Gebieten zu errichten.

AIB: Und dies geschah entgegen einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Israel...

G. TOUBI: Sehen Sie, für uns sind alle diese kolonialistischen Neusiedlungen illegal. Es gibt aber bestimmte kolonialistische Siedlungen, die auch vom Obersten Gerichtshof Israels für illegal erklärt wurden. Z.B. wurde die kolonialistische Neusiedlung Elon Moreh in der Nähe von Nablus als illegal betrachtet und sollte bis zum 26. November 1979 beseitigt werden. Das Ziel dieser kolonialistischen Siedlungspolitik ist, wie ich gesagt habe, die Veränderung der demographischen Struktur in den palästinensischen Territorien. Die Unterdrückungs- und Respressionsmaßnahmen in den okkupierten Territorien verschärfen sich. Bereits mit der Entscheidung vom November 1979, den Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa, auszuweisen (sie mußte wegen der Protestbewegung im Dezember 1979 wieder zurückgenommen werden; d. Red.), wurde eine Verstärkung der Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten eingeleitet.

Es muß zugunsten der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten gesagt werden, daß trotz der Repressionen, trotz Festnahmen und Folterungen der Kampf weitergeht und an Stärke hinzugewinnt. Das palästinensische Volk hat sich niemals mit der Okkupation abgefunden, und wird sich niemals damit abfinden, weil es unter der Besatzung nicht leben kann und weil es, wie jedes andere Volk, seinen unabhängigen Staat haben und sein Recht auf Selbstbestimmung ausüben will.

AIB: Was ist ihre Alternative zu Camp David?

G. TOUBI: Aus unserer eigenen Erfahrung wissen wir sehr genau, daß es ohne Lösung des Palästina-Problems keine Lösung für den israelisch-arabischen Konflikt geben kann. Wir wissen sehr gut aus unserer Erfahrung, daß es ohne Respektierung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung und auf Errichtung ihres eigenen, unabhängigen Staates keinen Frieden geben wird.

„Frieden jetzt!“ – eine Massenbewegung

Wir haben ein 4-Punkte-Programm für einen Nahost-Frieden, das in Übereinstimmung mit allen von den Vereinten Nationen zur Palästina-Frage gefällten Beschlüssen steht. Der erste Punkt beinhaltet, daß Israel alle seine Militärkräfte zurückziehen und die Okkupation der arabisch-palästinensischen Gebiete beenden muß, die es im Juni 1967 besetzt hat. Der zweite Punkt beinhaltet die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Westjordanien, eingeschlossen den arabischen Teil Jerusalems und im Gazastreifen, nicht anstelle Israels, sondern neben Israel.

Drittens wird die Anerkennung der PLO als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes gefordert, und viertens die Respektierung der Souveränität und territoria-

len Integrität aller Staaten des Nahen Ostens, einschließlich Israels des unabhängigen palästinensischen Staates, der errichtet werden sollte und wird.

Dies ist ein umfassendes und klares Programm, das von allen Seiten akzeptiert werden kann, angenommen werden durch die internationale Gemeinschaft in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen. Und es kann unter den im Nahen Osten herrschenden Bedingungen Basis für einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden sein. Um diese Grundlage zu realisieren, ist die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vonnöten, an der die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als Vorsitzende der Genfer Friedenskonferenz (Ende 1973 unter UN-Schirmherrschaft konstituiert; d. Red.) sowie aller beteiligten Seiten, eingeschlossen natürlich die PLO, teilnehmen sollten.

AIB: Offenbar hat die israelische Friedensbewegung 1978/79 einen starken Aufschwung genommen. Kann man sagen, daß dies die Ablehnung der Okkupation bzw. ein allgemeines Umdenken in der Palästina-Frage einschließt?

G. TOUBI: In der Tat gibt es ein wachsendes Bewußtsein in immer breiter werdenden Kreisen der israelischen Öffentlichkeit, die zunehmend klarer die Tatsache erkennen, daß es keinen Frieden geben kann ohne die Palästinenser, ohne die Lösung des Palästina-Problems.

Die Hauptfrage, der unser Volk in Israel heute gegenübersteht, ist: Friede oder territoriale Eroberung? Man kann nicht erwarten, beides zu erreichen. Woran unser Volk in Israel interessiert ist, ist Friede und nicht Land, Friede und nicht kolonialistische Siedlungen. Dies ist die stärker werdende Stimmung in der israelischen Öffentlichkeit. Wir sehen darin eine positive Entwicklung.

Man kann dies sehen, wenn man die Peace-Now-Bewegung betrachtet, die zwar bestimmte Fehler und unklare Positionen in Bezug auf wichtige Fragen des Nahostkonflikts hat. Aber allein die Tatsache, daß eine derartige Massenbewegung in Israel geschaffen werden konnte, ist ein Hinweis auf die Veränderung, die heute in der israelischen Gesellschaft vor sich geht

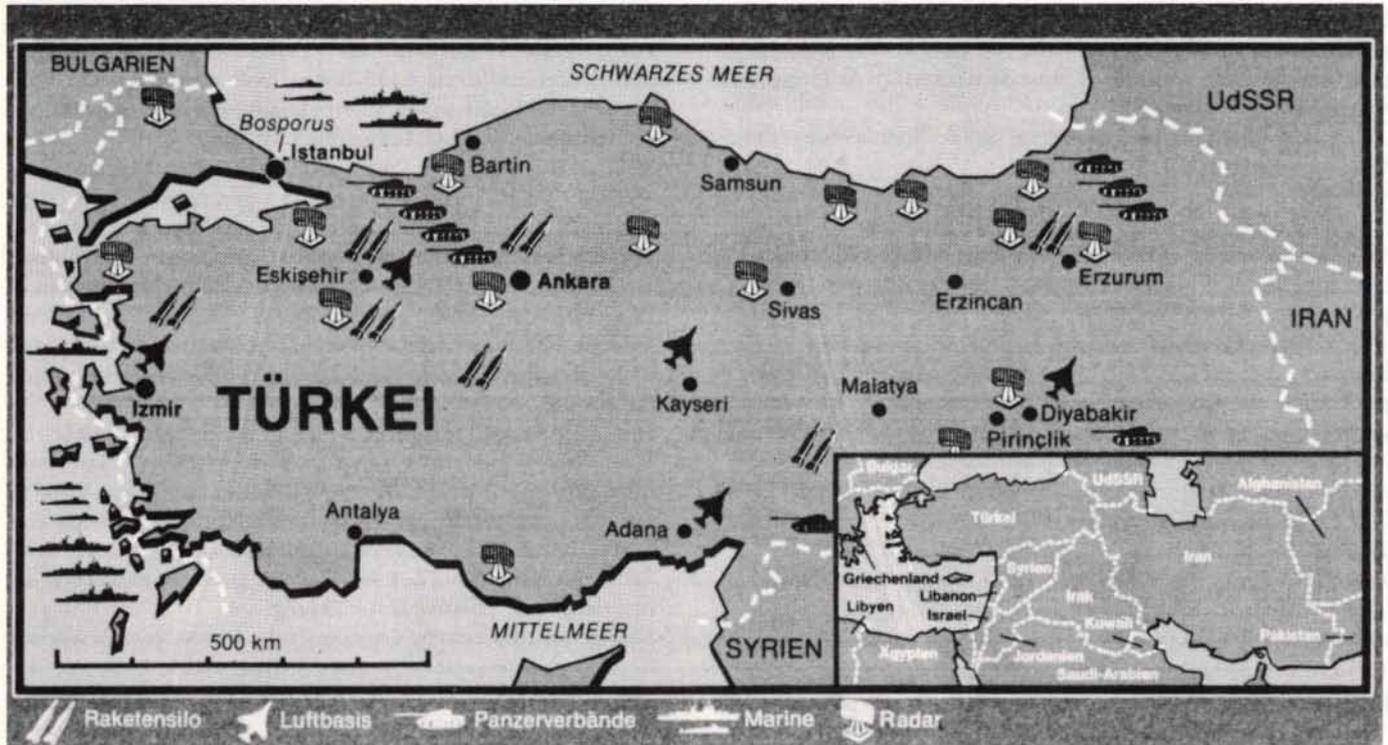
Auf der Demonstration, die im Oktober 1979 von der Bewegung in Tel Aviv organisiert wurde und deren Hauptlosung war „Beendigung der Okkupation!“, „Nieder mit der Okkupation!“, nahmen 100.000 Israelis teil! Dies war in der Tat ein neues Phänomen in der israelischen Politik und Gesellschaft.

Natürlich illustriert dies auch, in welche Richtung die Veränderungen gehen. In Israel wurde eine Meinungsumfrage organisiert, deren Ergebnis besagte, daß 32% der Israelis für einen palästinensischen Staat sind. Es gibt also eine Veränderung in dieser Frage. Diese Veränderung ist nicht von alleine gekommen, sie ist ein Resultat des allgemeinen Kampfes im Nahen Osten, der realistischen Positionen, die innerhalb der PLO entwickelt wurden; sie ist ein Resultat des Kampfes der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit in Israel.

Wenn ich auch diese Entwicklungen betone, so hege ich doch keine Illusionen. Es wird ein bitterer Kampf nötig sein, um grundlegende Veränderungen in der Richtung der Politik der israelischen Regierung zu erzwingen – damit diese ihre Position der Aggression und Expansion in eine Politik für einen gerechten Frieden und die Anerkennung der Rechte der Palästinenser verwandelt. Die Demokratische Front mit allen ihren Teilen unternimmt jede Anstrengung, in der israelischen Gesellschaft eine breitere Einheitsfront aller Friedenskräfte zu schaffen, die ein wirkliches Interesse an Frieden haben und die bereit sind, für ein vereinbartes Programm, das die legitimen Rechte aller im Konflikt beteiligten Seiten in Betracht zieht, zu kämpfen.

Paul Maaskola

Krisenmanagement für den NATO-Vorposten



Die NATO-Wacht Türkei im strategischen Ländereck zwischen den arabischen Ölstaaten und der Sowjetunion ist für die Westmächte seit den Ereignissen im Iran und Afghanistan noch wichtiger geworden. Mitte März 1979 kündigte die iranische Revolutionsregierung ihre Mitarbeit in der Zentralen Vertragsorganisation (CENTO) auf, wodurch sich die verbliebenen regionalen Mitglieder, die Türkei und Pakistan veranlaßt sahen, die CENTO aufzulösen.

Der Zerfall dieses angloamerikanisch dirigierten Militärpaktes, dem Bindeglied zwischen NATO und Fernem Osten, schmerzte die Westmächte um so mehr, da die USA im gleichen Jahr ihre Militärbasen im Iran verlassen mußten und Anfang 1980 die US-Pläne zur Verwandlung Afghanistans in eine Ersatzbasis scheiterten.

Bonn und Washington: Haupthelfer am Bosphorus

Nachdrücklich aufgewertet wurde die Rolle der Türkei als Vorposten der NATO mit der Verkündung der Carter-Doktrin am 23. Januar d.J. Sie deklarierte die mittelöstliche Ölregion zum US-Interessengebiet, das „nötigenfalls verteidigt“ werden muß (siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.). Neben Pakistan soll nun die Türkei, hautnah am Ölkrisengebiet wie an der Sowjetunion, bevorzugt im Rahmen eines westlichen Gesamtprogramms militärisch und wirtschaftlich stabilisiert werden.

Längst vor der Proklamation der Carter-Doktrin war die Türkei – laut International Herald Tribune vom 11.1.1980

– zur „Basis für 30% der elektronisch ausgehörten Nachrichten der USA über die Sowjetunion“ ausgebaut worden. Am 29./30.3.1980 wurden nun die 1,5 Jahre andauernden Verhandlungen zwischen den USA und der Türkei mit einem neuen Militärabkommen abgeschlossen. In diesem Fünf-Jahresvertrag sicherten sich die USA das Recht auf die Nutzung von vier elektronischen Überwachungsanlagen, sieben ergänzenden Kommunikationszentren und einem Militärflyghafen.

Bei der Organisierung der Wirtschaftshilfe wurde hingegen der BRD – dem türkischen Hauptaußenhandelspartner vor Italien und den USA – die Führungsrolle zugestanden. Die 1979 unter dem CDU-Mann Walter Leisler Kiep nur schleppend angelaufene westliche Türkeihilfe wurde Anfang 1980 neu angekurbelt. Als internationaler Chefkoordinator trat Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) in Aktion: „Die Hilfgelder für die Türkei sind auch im Interesse unserer Sicherheit gut angelegt“, versicherte er in einem Stern-Interview vom 6.3.1980. „Eine Garantie kann man natürlich nicht geben. Aber es wäre unsinnig, fast 38 Mrd Mark für die Bundeswehr auszugeben und gleichzeitig zuzusehen, wie ein militärisch wichtiger Bündnispartner durch wirtschaftliche Schwierigkeiten ruiniert wird.“

Die Krisenstimmung um den Iran und Afghanistan nutzte man gebührend aus. In zahlreichen Reisen zwischen den Finanzzentren und Regierungen Europas, des Nahen und Fernen Ostens sowie den USA organisierte H. Matthöfer Hilfezusagen für die Türkei in Höhe von 2 Mrd Dollar für 1980. Davon sollte die Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) 1,16 Mrd (mit ei-

nem Anteil der BRD und USA von je 295 Mio), der Internationale Währungsfond (IWF) 276 Mio Dollar und die Weltbank ca. 500 Mio Dollar tragen. Laut dem türkischen-Minipräsidenten S. Demirel hatte sich darüber hinaus Saudi Arabien am 1. Mai 1980 entschieden, 250 Mio Dollar, 1/4 der von den Saudis zugesagten Kredite, in bar auszuzahlen.¹ Daß die Türkeihilfe „nach rein wirtschaftlichen Kriterien nicht zu bewerten ist“, wie die Süddeutsche Zeitung am 22.2.1980 feststellte, verdeutlichen Stellungnahmen wie die einer Wehrkundetagung in München vom Frühjahr d.J.: „Diese Hilfsmaßnahmen können zum großen Teil nach NATO-Kriterien als Verteidigungsausgaben gerechnet werden.“² Demnach würde sich die Bonner Militärhilfe an die Türkei, 1964-1979 in Teilbeträgen ausgezahlt, auf insgesamt 930 Mio DM belaufen, wobei noch 500 Mio DM an Rüstungsgütern, 380 Mio DM an Warenhilfe aus der „Kieper-Hilfsaktion 1979“, 280 Mio DM (1978) und 130 Mio DM (1979) an projektgebundener Entwicklungshilfe, 12 Mio DM (1979) an Projekten der technischen Hilfe sowie ein 81 Mio Dollar Privatbankkredit hinzuzuzählen sind.³

Türkeihilfe – großteils „als Verteidigungsausgaben“ zu rechnen

In der Pressekampagne, die die Mobilisierung der Türkeihilfe 1980 begleitete, wurde wohlweislich verschwiegen, daß seit über zehn Jahren für Armee und Polizei rund 1/3 des türkischen Staatshaushalt entfällt. Seit 1970 übertrafen die Ausgaben für Armee und Polizei die Summe aller staatlichen und privaten Investitionen in die verarbeitende Industrie. 1976 lag der Anteil der Rüstungsausgaben am Brutto-sozialprodukt der Türkei mit 6,8% weit höher als der NATO-Durchschnitt von 4,4%. Die Finanzhilfe der Westmächte wird diese Entwicklung ebenso verstärken wie die direkte militärische Aufrüstung der Türkei: So wird z.B. nach den am 4.3.1980 aufgenommenen Verhandlungen der Münchner Krauss-Maffei-Konzern die Produktion der 1979 ausgemusterten Panzer des Typs Leopard 1-A-3 wieder aufnehmen und 77 Stück an die Türkei liefern. Da aber die „rentable“ Mindestproduktion bei 150 Panzern liegt, will man den Rest an Portugal und ausgerechnet auch an die neidisch gewordenen Generäle in Griechenland verschachern, die jedoch im Gegensatz zur Türkei das Kriegsgerät selber bezahlen müssen.⁴

Daß die Türkei nach Regierungsprognosen 1980 ihren Handelsbilanzdefizit von 4,3 Mrd Dollar – abgesehen von den zu erwartenden Überweisungen türkischer Arbeiter aus dem Ausland in Höhe von 1,5 Mrd Dollar – allein mit massiver Auslandshilfe ausgleichen kann, ist das Resultat einer jahrelangen Politik im Interesse des türkischen und ausländischen Großkapitals. So hat man u.a. bewußt den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie hintertrieben und dem Land eine „Montageindustrie“ aufgezwungen, die lediglich die letzten Verarbeitungsstufen der jeweiligen Produktionskette umfaßt. Deshalb importiert heute die private Industrie über 60% ihrer Vorprodukte (wertmäßig) von den multinationalen Konzernen. Ebenso müssen 80% der Investitionsgüter importiert werden. Die Folge ist nicht nur, daß der Importbedarf schneller als die Industrieproduktion steigt. Infolge der Abhängigkeit der türkischen Volkswirtschaft vom Auslandskapital und der dadurch bedingten Anfälligkeit gegenüber Preissteigerungen auf internationalen Märkten ist daher die Produktivität der türkischen Industrie drastisch gesunken: Ende 1979 konnte sie nur 30% ihrer Kapazitäten auslasten.⁵

Der finanzielle Bankrott der Türkei setzt indessen die internationalen Finanziere, vornehmlich die USA und die BRD, in die Lage, dem Land eine „Entwicklungspolitik“ in ihrem

Sinne zu diktieren. Geführt werden diese Verhandlungen u.a. über den Internationalen Währungsfond (IMF), der folgende Bedingungen für Kreditzusagen gestellt hat:

1. Drastische Abwertung des türkischen Pfund und Beseitigung jeglicher Kontrollen über das ausländische Kapital;
2. Beschränkung der staatlichen Investitionen, Einfrieren der Pläne zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie;
3. Lohnstopp und Steuererhöhungen;
4. Starke Preiserhöhungen für Güter des Massenbedarfs, für wichtige Grundstoffe der Industrie sowie insbesondere für Waren und Dienstleistungen des Staatssektors;
5. Nichtausdehnung bzw. Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR.⁶

„Stabilisierung“ a la Demirel

Die konservative Regierung unter S. Demirel ist diesen Forderungen mehr als gerecht geworden. Obwohl Ende Januar d.J. eine Abwertung des türkischen Pfund um 33% (am 9.6.1980 wertete man die Währung 1980 zum siebenten Mal ab), Preissteigerungen bis zu 400% verursachte, lockerte man mit einem „Stabilisierungsprogramm“ Ende Februar d.J. die Einschränkungen für das Auslandskapital, hob die Schranken für den Profittransfer auf und verordnete einen faktischen Lohnstopp. Dieser Kurs, der den Ruin vieler mittelständischer Betriebe vorprogrammiert hat, kann bei einer offiziell zugestandenen Arbeitslosenrate von mehr als 20% nur mittels des Polizei- und Militärapparates mit Gewalt gegen die leidtragende Bevölkerung durchgesetzt werden.

Zu Beginn der türkischen Tarifauseinandersetzungen im Frühjahr d.J., die mit zehntausenden Streikteilnehmern die härtesten der letzten Jahre waren, wurde die von der größten Metallgewerkschaft des Landes (Maden-Is) herausgegebene Tageszeitung Politika verboten, der Chefredakteur Aydin Engin zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt. Am 19. April 1980 ließ die Demirel-Regierung sämtliche Mitglieder des Progressiven Jugendverbandes IGD verhaften (siehe AIB, Nr. 6/1980, S. 19). Während die faschistische Nationale Heilspartei (MHP) des alten Nazispions und heutigen Strauß-Freundes A. Türkes weiterhin ungeschoren ihren Terrorpraktiken nachgehen kann, wurde am 8. Mai d.J. die 1975 gegründete linksstehende Arbeiterpartei der Türkei (TEP) verboten, da sie sich in ihrem Programm für das Recht der Kurden in der Türkei auf eine Ausbildung in ihrer Muttersprache einsetzt.

„Während die Bevölkerung in der Türkei mit offener Gewalt zum Schweigen gebracht werden soll und täglich mehr als 10 Menschen dem Terror der von der Regierung tolerierten faschistischen MHP-Kommandos (‘Graue Wölfe’) zum Opfer fallen“, so die Stellungnahme der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) vom 20.4.1980, „unterstützt die Bonner Regierung das Demirel-Regime mit einem Milliarden-Programm. Deutsche und ausländische Kollegen erheben ihre Stimme, um gegen diese sog. ‘Türkei-Hilfe’ zu protestieren. Denn sie dient nur dazu, das Unterdrückungsregime von Demirel mit unseren Steuergeldern zu unterstützen! Sie widerspricht auch den wohlverstandenen langfristigen Interessen der Bundesrepublik. Denn dadurch wird die Gefahr einer militär-faschistischen Diktatur nur noch größer!“

Anmerkungen:

- 1) Financial Times, Frankfurt/London, 2.5.1980
- 2) Frankfurter Rundschau, 13.2.1980
- 3) Ebenda; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, (Hrsg.), Mitteilungen, Nr. BM 17, Köln 1980
- 4) Der Spiegel, 2.6.1980
- 5) Angaben nach: Info Türk Bulletin, Brüssel, Nr. D. 17/März 1980, S. 7; FIDEF (Hrsg.), Türkei Informationen, o.O., o.J. (1980), S. 15 ff.
- 6) Nach: FIDEF, a.a.O., S. 17 und Financial Times, 6.5.1980

Wolfgang Ritter

Der Volksaufstand von Kwangju



Die anhaltende wirtschaftliche und politische Krise in Südkorea erreichte im Mai d.J. einen neuen Höhepunkt. Diese Krise offenbarte sich schon im Herbst 1979, als umfassende Streikaktionen und Demonstrationen das Regime des damaligen Präsidenten Park Chung Hee in Schwierigkeiten brachten und der Ruf Südkoreas, „zu den 20 Ländern (zu gehören), die für Auslandsinvestitionen am vorteilhaftesten sind“,¹ Schaden zu nehmen drohte. Kurz darauf wurde Park erschossen² und sein Amtsnachfolger Choi Kyu Ha stellte einige Reformen, darunter die Wahl eines Staatspräsidenten im Jahre 1981, in Aussicht. Schon damals wies allerdings die südkoreanische Revolutionäre Partei für die Wiedervereinigung darauf hin, daß eine umfassende Demokratisierung von den Herrschenden nicht zu erwarten sei:

„Nun beschleunigen die Vereinigten Staaten ihre Manöver hinter den Kulissen, um eine neue proamerikanisch-diktatorische Regierung aufzustellen, während sie ihre militärischen Kräfte in und um Südkorea konzentrieren, um unserem Volk in seiner demokratischen Bewegung zu drohen und die Situation auf der koreanischen Halbinsel weiterhin gespannt zu halten. Auch Japan unterstützt unzweifelhaft die Aufrechterhaltung des derzeitigen Yusin-Systems³ und setzt seine Einmischung in Südkorea fort, um dessen Situation zu seinen Gunsten zu ändern.

Die bittere Wahrheit zeigt, daß sich praktisch nichts nach dem Tod des Diktators in Südkorea geändert hat. Die Yusin-Verfassung und das Yusin-System existieren uneingeschränkt unter dem Schutz des Kriegsrechts weiter, und die Menschenrechte, Demokratie und zivilen Rechte, die unser Volk so inbrünstig ersehnt, werden noch immer von Bajonetten und Militärstiefeln niedergetrampelt.“⁴

Nach Park: Fraktionskämpfe a la Chikago

Das, was sich hinter den Kulissen tat, wurde von den USA nicht nur überwacht, es geschah auch in einem Stil, der dem der Chikagoer Gangsterbanden zu Beginn der 30er Jahre entsprach. Die einzelnen Fraktionen der herrschenden Militärs – die sich grob nach einer sog. „harten“ und einer eher integrationistischen Linie unterscheiden lassen, trugen ihre Meinungsverschiedenheiten unter Einsatz von Einheiten aus, die z.T. dem 1978 eingerichteten gemeinsamen Militärkommando USA-Südkorea unterstehen.

Zunächst wurde der neue „starke“ Mann des Regimes, General Chung Seung Hwa, ausgeschaltet; er stand in dem Verdacht, das Attentat auf Park begünstigt zu haben. Nach mehreren Schießereien und der Verhaftung von etwa 40 weiteren Offizieren konnte sich schließlich Chon Du Hwan, Generalleutnant und Chef des militärischen Abschirmdienstes, an die Spitze der Armee setzen. Während der offizielle Staatspräsident Choi Kyu Ha als Galeonsfigur ohne wirkliche Kompetenzen beibehalten wurde, sicherte sich Chon

Du Hwan im April d.J. auch noch die Führung des berüchtigten zivilen Geheimdienstes KCIA, womit er die politische und militärische Macht in seinen Händen konzentrierte. Zugleich machte er deutlich, wie er der Krise Herr zu werden gedachte. Ein Arbeitskampf von Bergleuten in der Kohlenstadt Sabuk wurde blutig niedergeschlagen. Anfang Mai d.J. wurden drei Südkoreaner aufgrund eines Verstoßes gegen das sog. Antikommunistengesetz zum Tode verurteilt. Auch das Todesurteil gegen Kim Yae Kiu, den Mörder Parks, der wegen seiner Tat durchaus Sympathien im Volk und in der Armee genoß, wurde bestätigt und später vollstreckt.

Doch selbst mit solchen Mitteln gelang es zunächst nicht, die durch den Tod Parks geweckten Hoffnungen zu zerstören und weitere Aktionen der Arbeiter und Studenten zu verhindern.

Nachdem der größte Sperrholzhersteller Südkoreas, die Tongmyung Timber Co. in der „freien Wirtschaftszone“ von Pusan Bankrott gegangen war, besetzten 3.000 Arbeiter den Betrieb und forderten ihre noch ausstehenden Löhne, wobei es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Am 14. Mai d.J. schlossen sich die unteren Vertreter der staatlichen Gewerkschaft aller 17 Industriebranchen der Besetzung des Staatsgewerkschaftshauses durch Textilarbeiterinnen in Seoul an. Sie forderten den Rücktritt der mit Geheimdienstlern durchsetzten korrupten Gewerkschaftsführung und den Aufbau demokratischer unabhängiger Gewerkschaften.

Auch die Studenten nahmen ihre Massendemonstrationen für demokratische Rechte wieder auf. An den Aktionen in Seoul beteiligten sich zeitweise mehr als 100.000 Menschen. In dieser Situation verhängte die Regierung über das ganze Land das Kriegsrecht. Entsprechend dem Kriegsrecht ist jede politische Betätigung untersagt, politische Versammlungen sind verboten. Die Universitäten wurden geschlossen, die Pressezensur verschärft. Streiks, das Entfernen vom Arbeitsplatz, die „Verbreitung von Gerüchten“ werden mit Strafen bis hin zur Todesstrafe geahndet. Die Nationalversammlung wurde praktisch aufgelöst, in dem Truppen den Zugang zum Parlamentsgebäude abriegelten. Die Büros der offiziell zugelassenen Parteien wurden geschlossen und führende Politiker der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei sowie kirchliche Würdenträger verhaftet oder unter Hausarrest gestellt.

Die Regierung trat zurück und mit Park Chung Hun wurde ein ehemaliger Luftwaffengeneral und Vorsitzender mehrerer Wirtschaftsvereinigungen zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Der Oppositionsführer Kim Young Sam nannte dies eine „gewalttätige Aktion an der Grenze zum Staatsstreich.“⁵

Der Coup der „Falken“ im Militär konnte jedoch die erwünschte Friedhofsruhe nicht herstellen. Im Gegenteil, in der Provinz Cholla nahmen die Proteste regelrecht die Form

eines Volksaufstandes an.

Die Provinz Cholla im Süden des Landes, deren Hauptstadt Kwangju mit 800.000 Einwohnern ist, ist die ärmste Region Südkoreas.⁶ Während der 18 jährigen Herrschaft Parks wurde diese Provinz von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen und systematisch vernachlässigt.

Da sie seit dem legendären Tang Hak-Aufstand, einer sozialrevolutionären Erhebung mit religiösem Hintergrund im Jahre 1894, als ausgesprochen rebellisch galt, war sie auch Schauplatz einer verschärften Repression. Zu den ersten größeren Erhebungen kam es, als bekannt wurde, daß Kim Dae Jung (der aus Cholla stammt, vor einigen Jahren vom KCIA aus Japan entführt worden war und bei Präsidentschaftswahlen als aussichtsreichster Kandidat galt) unter der Anklage verhaftet wurde, Unruhen gegen die Regierung initiiert zu haben. Damit droht ihm die Todesstrafe.

Über die folgenden Vorfälle und wie sie von den direkt Betroffenen erlebt wurden, gibt ein Flugblatt des Komitees für den Kampf um Demokratie der Chosun-Universität Auskunft: „In der Nacht des 17. Mai haben Chon Du Hwan und seine Bande das bestehende Kriegsrecht verschärft und alle Politiker und demokratischen Persönlichkeiten, die mit seinen Absichten nicht übereinstimmten, festgenommen und eingesperrt. Dadurch wurde die kleine Hoffnung auf Demokratie, die von der Bevölkerung dieses Landes genährt wird, vollständig ausgelöscht. Gegen die friedliche Demonstration demokratischer Bürger, die darüber empört waren, hat er über 30.000 Mann Bereitschaftspolizei aufgeboden, die den demonstrierenden Bürgern den Ausweg nach vorne und hinten versperrten, und sie mit Tränengas beschossen. Dann wurde der Ring geschlossen, damit niemand entfliehen konnte, über 3.000 Mann eines eiligst aus Seoul entsandten militärischen Überfallkommandos zogen ihre Bajonette und stachen wie wild gewordene Schlächter auf alles ein, was ihnen in den Weg kam, als wären es Kürbisse. Blut floß in Strömen, die Körper warfen sie auf Armeelastwagen und, als ob dies nicht schon genug war, schlugen sie die Hoftüren der Häuser ein und zogen die Flüchtenden heraus und stachen auf sie mit ihren Bajonetten ein, alles vor den Augen der Bevölkerung.“⁷

Erhebung gegen die Schlächter von Kwangju

Die Bilanz dieses Massakers waren über 200 Tote und mehr als 1.000 Verwundete, von denen viele ihre schweren Verletzungen nicht überleben werden. Die Empörung in der Bevölkerung darüber war so gewachsen, daß kurze Zeit später mindestens 200.000 Demonstranten auf die Straße gingen, Waffenlager und Munitionsdepots stürmten und das Militär schließlich ganz aus der Stadt vertreiben konnten.

Der katholische Erzbischof von Kwangju bezeichnete diesen Vorgang als „echte Volkserhebung“, die nur durch die Brutalität der Truppen provoziert worden sei.⁸ Zahllose Menschen, darunter mit Dynamit bewaffnete Bergleute, strömten auch aus den Nachbarorten nach Kwangju. Sie alle forderten die Freilassung Kim Dae Jungs und der anderen politischen Gefangenen, den Rücktritt der „Marionettenregierung“, die Ablösung und Hinrichtung von Chon Du Hwan sowie Straffreiheit für die Bürger Kwangjus.

Diese spontan gewachsene Form „kommunaler Selbstverwaltung“ konnte sich über eine Woche lang behaupten, dann wurde die Erhebung von den Truppen des Militärregimes niedergeschlagen.

An den Vorgängen in Südkorea direkt beteiligt waren insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl Sprecher des Weißen Hauses scheinheilig immer wieder betonten, daß es unmöglich sei, sich in die internen Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Daß gerade das Gegenteil der Fall ist und die USA zum Einsatz aller Mittel entschlossen sind, um ihre imperialistischen Interessen in dieser Region zu wahren, beweist die fortgesetzte Stationierung von 40.000 US-Soldaten in Südkorea, das 8-Mrd-Dollar-Programm zur Modernisierung der Souleer Armee, die Einrichtung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos als auch die neuerliche Entsendung des Flugzeugträgers Coral Sea und mehrerer Spionageflugzeuge vom Typ AWACS. Um gegenüber der Öffentlichkeit ein Minimum an Glaubwürdigkeit zu bewahren und nicht einen ähnlichen Fehler wie im Fall des Iran zu begehen, stellte Präsident Carter verbal die Forderung nach einer „innenpolitischen Versöhnung“ und einer breit unterstützten Zivilregierung.

J. Carters Verantwortung für das Blutbad

Seine Handlungen aber sahen anders aus. Schließlich war es der US-General Wickham vom gemeinsamen Militärkommando, der seine Zustimmung zum Abzug von Truppen für die Erstürmung von Kwangju gab. Damit zerstörte er jedoch viele Illusionen, die bei Teilen des bürgerlich-liberalen Oppositionslagers hinsichtlich der Haltung der USA bestanden.⁹ Tatsächlich befinden sich die USA in einem Dilemma: Entweder sie stützen ein in der Bevölkerung verhaßtes Militärregime, das sich relativ leicht kontrollieren läßt und seine Funktion als antikommunistischer Vorposten in Ostasien wahrnimmt, oder sie tendieren zu einer begrenzten Demokratisierung, die wiederum das Risiko in sich birgt, bestimmte Bereiche der Politik nicht mehr wie bisher beeinflussen zu können und letztlich zu einer unabhängigeren Haltung Seouls von Washington führen könnte.

Offensichtlich ist man aber zumindest kurzfristig bereit, trotz eventuell vorhandener Meinungsunterschiede in weniger wichtigen Fragen an der Militärdiktatur festzuhalten, um „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“.

Darüber können auch Appelle zur „Mäßigung“ nicht hinwegtäuschen, denn Präsident J. Carter erklärte ganz entschieden, daß die „USA ihre Bündnistreue nicht von anderen Menschenrechtsvorstellungen abhängig machen könnten“.¹⁰

Mit der Bildung eines dreiköpfigen „Ständigen Ausschusses“, dem auch der Leiter der für das Massaker in Kwangju verantwortlichen Killertruppe angehört, und der de facto von Chon Du Hwan geleitet wird, wurde Ende Mai 1980 letztendlich eine Ordnung etabliert, die alle Merkmale eines militär-faschistischen Regimes trägt. Die Stärke der demokratischen Bewegung läßt allerdings schon jetzt den Schluß zu, daß die politische Szene in Südkorea sobald nicht zur Ruhe kommen wird.

Anmerkungen:

- 1) Entnommen aus: Business Environment Risk Index, zit. nach: Vorwärts, Basel, 29.5.1980
- 2) Vgl. AIB, Nr. 1/1980, S. 18-19
- 3) Mit der Yusin-Verfassung von 1972 schuf Park Chung Hee ein politisches System, daß ihm diktatorische Vollmachten einräumte und ihn zum Präsidenten auf Lebenszeit machte. Ergänzt durch Notverordnungen konnte Park so praktisch unter Kriegsrechtsbedingungen regieren
- 4) Informations Bulletin, Wien, Nr. 5/6/1980, S. 26
- 5) Süddeutsche Zeitung (SZ), 24.-26.5.1980
- 6) Siehe Time, New York, 2.6.1980
- 7) SZ, 28.5.1980
- 8) Tageszeitung, 30.5.1980
- 9) So erklärte beispielsweise ein Mitglied des 24köpfigen Bürgerausschusses von Kwangju: „Es wäre gut, wenn wir so schnell wie möglich mit dem amerikanischen Botschafter sprechen und ihm unsere Lage erklären könnten. Einen anderen Ausweg gibt es für uns wohl nicht.“ SZ, 28.5.1980
- 10) Unsere Zeit, 3.6.1980; US News & World Report, Washington, 2.6.1980

Gespräch mit Rogerio Lebato

Der vergessene Völkermord



Seit zur Jahreswende 1975/76 die indonesische Armee das eben erst vom portugiesischen Kolonialjoch befreite Ost-Timor eroberte, drang nur spärlich Information nach außen. Wie das Interview mit Rogerio Lebato, Oberkommandierender der Streitkräfte der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN), verdeutlicht, handelt es sich um eine regelrechte Völkermordpolitik des Suharto-Regimes. Allerdings gelang es den Besatzern bis heute nicht, den Befreiungskampf der FRETILIN und die von ihr geschaffenen befreiten Gebiete zu liquidieren. Unser ergänzender Beitrag liefert hinreichend Fakten, die beweisen, daß dieser „vergessene Völkermord“ mit vielseitiger Unterstützung der USA geschieht.

FRAGE: Wie sieht die gegenwärtige Situation in Ost-Timor aus?

R. LEBATO: Die Invasion vom 7. Dezember 1975 hat 200.000 Opfer gefordert, umgebracht von den Indonesiern. 100.000 Menschen leben unter elenden Bedingungen, hervorgerufen durch den Hunger. 300.000 Einwohner, die in den von den Indonesiern besetzten Gebieten geblieben sind, leben unter ständigem Terror.

Der Rest der Bevölkerung hat sich in den Dschungel geflüchtet. Die Lage ist ungünstig, da unser Widerstand sich auf einer Insel abspielt, die von indonesischen Kriegsschiffen vollständig abgeriegelt ist. Es ist sehr schwierig, unter solchen Bedingungen zu kämpfen.

Trotz alledem haben wir bis zum heutigen Tag ungefähr 30.000 indonesische Soldaten ausgeschaltet, jedoch auch unsere eigenen Verluste sind bedeutend.

Die indonesische Regierung hat außerdem vor, 300.000 Menschen von den Inseln Bali und Java nach Ost-Timor umzusiedeln, um die eingeborene Bevölkerung zu ersetzen, die in den vergangenen 5 Jahren dezimiert wurde. Das Ziel Suhartos ist es, hier eine fremde Bevölkerungsgruppe anzusiedeln, um die FRETILIN von der Bevölkerung abzuschneiden. Dieses Vorhaben beschäftigt uns sehr.

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes ist das Problem des Hungers noch schwerwiegender als in Kambodscha... Bis heute hatte das Rote Kreuz nur Zugang zu den von der FRETILIN kontrollierten Gebieten. In der Vergangenheit ist die humanitäre Hilfe an das indonesische Rote Kreuz geliefert worden, aber das mußte eingestellt werden, da die indonesischen Generäle eine Erpressung organisiert hatten, um die für die Bevölkerung bestimmte Nahrung zu ihren Gunsten weiterzuverkaufen.

Wir erleben auf der Insel einen wahren Holocaust. Die Indonesier haben ganz offensichtlich die Absicht, die gesamte

Bevölkerung auszulöschen. Dazu ein Beispiel: Meine Familie bestand aus 9 Brüdern und 4 Schwestern. Sie wurden alle von den Indonesiern getötet, ich bin der einzige Überlebende. Das Ziel der Indonesier besteht darin, alle Familienangehörigen von Kadern der FRETILIN bis ins dritte Glied zu töten. Wir sind wirklich von einem Völkermord bedroht...

FRAGE: Wie leben die Flüchtlinge in den Gebieten, die sie kontrollieren?

R. LEBATO: Zunächst einmal gibt es Flüchtlinge außerhalb Ost-Timors: 1.500 leben in Portugal, 5.000 in Österreich. Das Volk im Dschungel sieht sich schweren Aufgaben gegenüber, die denen gleichen, welchen die Bevölkerung in den von den Indonesiern kontrollierten Gebieten ausgesetzt ist. Ost-Timor war kein sehr entwickeltes Land, aber es könnte ein reiches Land sein. Die Regenzeit dauert 9 Monate. Das würde uns erlauben, 3 Ernten pro Jahr einzubringen. Wir haben auch sehr viel Baumwolle sowohl wild wachsende als auch kultivierte. Die FRETILIN hat im übrigen Produktionseinheiten geschaffen und, der indonesischen Besatzung zum Trotz, im Jahre 1976 die größte Ernte in der ganzen Inselgeschichte eingebracht. Um dies zu verhindern, setzten die Okkupanten von den USA gelieferte Entlaubungsmittel und Napalm ein, um alles zu verbrennen.

Mitte des Jahres 1978 hatten wir erhebliche Produktionsschwierigkeiten, aber da unsere Leute keinen allzu leeren Bauch haben, sind wir in der Lage, notfalls noch 20 oder 30 Jahre zu kämpfen.

Die Waffen der FRETILIN

FRAGE: Können Sie uns näher erläutern, wie Sie trotz einer solchen Isolierung den bewaffneten Widerstand organisieren?

R. LEBATO: Lange Zeit war man der Überzeugung, daß es unmöglich sei, in der Wüste zu kämpfen; aber schauen Sie sich an, was die Frente POLISARIO macht! Im Falle von Ost-Timor sagte man: „Ihr seid verrückt, eine Militäraktion auf einer Insel führen zu wollen!“ Aber wir hatten keine Wahl! Es gibt keine andere Lösung als die Waffen zu ergreifen und den Indonesiern Widerstand zu leisten.

Ich erinnere Sie daran, daß wir 1975 der portugiesischen Kolonialarmee 15.000 Gewehre abgenommen haben. Ich selbst war Offizier der portugiesischen Armee in Timor. Wir haben 3 Hubschrauber, Flugzeuge, Schiffe und Dutzende Tonnen an Munition und Waffen, Kanonen und Mörsern erbeutet. Wir haben mit diesen Waffen gekämpft, was uns in

Mittäterschaft der USA in Ost-Timor

Ost-Timor war lange Zeit eine Kolonie Portugals. Nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus im April 1974 und einem gescheiterten Staatsstreich der konservativen Demokratischen Union Timors (UDT) übernahm die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN) in einem Gegenschlag die Macht und erklärte schließlich im November 1975 die Unabhängigkeit Ost-Timors. Im Dezember 1975 startete Indonesien eine Invasion gegen Ost-Timor und setzte eine Marionettenregierung ein. Die FRETILIN ging in den Untergrund und führt von dort den Kampf gegen die Invasoren und ihre Statthalter.

Die amerikanische Zeitschrift Counter Spy veröffentlichte in ihrer Frühjahrsausgabe Nr. 2/1980 Informationen über den Hintergrund des Staatsstreichversuches und der indonesischen Invasion.

Am 6.12.1975 befanden sich US-Präsident Gerald Ford und sein Außenminister Henry Kissinger zu einem kurzen Besuch in Indonesien. 12 Stunden nach ihrer Abreise überfielen 10.000 indonesische Soldaten mit Waffen amerikanischer Herkunft Ost-Timor. Natürlich stritten G. Ford und H. Kissinger ab, von Suhartos Plänen gewußt zu haben. Später wurde allerdings berichtet, daß H. Kissinger Suharto mitgeteilt habe, er würde Indonesiens Haltung gegenüber Ost-Timor verstehen.

Im selben Jahr hatte H. Kissinger den US-Kongreß aufgefordert, die Militärhilfe für Indonesien zu verdoppeln. Bei den Gesprächen G. Fords mit Suharto ging es vornehmlich um die Nutzung des einzigen Tiefwasser-Seeweges zwischen dem Pazifischen und dem Indischen Ozean, den die amerikanischen Atom-U-Boote benutzen können, ohne auftauchen zu müssen. Diese Nutzung war in langfristigen Verträgen festgelegt; ein unabhängiges Ost-Timor jedoch könnte diese Nutzung untersagen. Zweifelloso liegt hierin ein Grund für die US-Unterstützung der indonesischen Invasion, wenn nicht ein Grund für die Invasion selber.

Die Situation in Ost-Timor nach dem Sturz des Faschismus in Portugal überraschte sowohl den australischen als auch den amerikanischen Geheimdienst völlig. In dem bis dahin völlig uninteressanten Land gab es plötzlich drei politische Bewegungen, eine deutliche Linkstendenz in portugiesischen Militär und Studenten, die als Marxisten nach Ost-Timor zurückkehrten. Ost-Timor stand sofort im Interessensbereich der USA und Australiens. Bedingt durch die mangelhaften Erfahrungen des CIA in Ost-Timor ergaben sich schnell enge Verbindungen zwischen den Geheimdiensten Australiens und der USA.

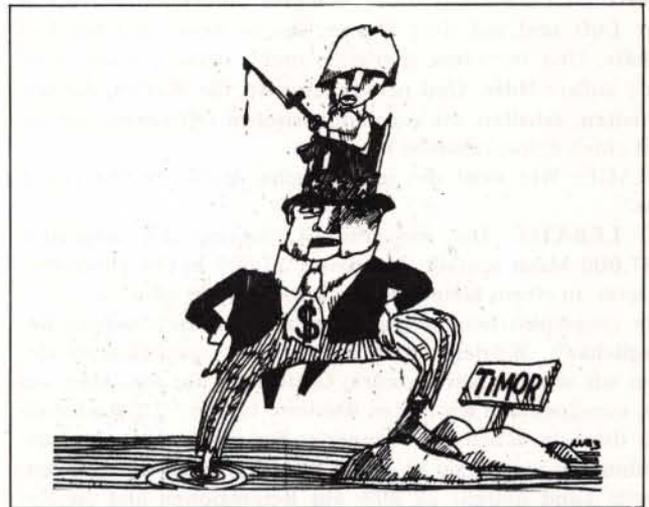
Direkte Verbindungen der USA zu Ost-Timor waren dürftig. Lediglich einige Anthropologen-Gruppen arbeiteten hier (mindestens eine von ihnen wird verdächtigt für den CIA gearbeitet zu haben). Bedeutungsvoll ist allerdings die Arbeit einer amerikanischen Ölfirma, der OEC of Denver. Ihr Verhandlungsführer war J.E. Bakken, ihr Repräsentant in der Hauptstadt Dili, Jaime Santos. J.E. Bakken besuchte Ost-Timor 1975 mehrere Male. Auffallend ist der zeitliche Zusammenhang mit politischen Krisen in Ost-Timor. Eine nachweisbar bedeutende politische Rolle spielte J. Santos. Er war eine führende Figur der UDT und hatte die wichtige Rolle inne, Waffen für den Staatsstreich zu organisieren.

Auf Anraten australischer Geheimdienstler und indonesischer Militärs hatte die UDT eine Koalition mit der FRETILIN gebrochen und suchte nun Unterstützung für den Staatsstreich in Australien und Indonesien.

In der Nacht vom 10. zum 11.8.1975 begann die Aktion der UDT. Jaime Santos war zu dieser Zeit in Dili und spielte eine wichtige militärische Rolle, floh dann vor der Gegenoffensive der FRETILIN nach Australien. Auch J.E. Bakken von der OEC war zu dieser Zeit in Dili. Er war drei Tage vor dem Coup eingetroffen und floh rechtzeitig, bevor die FRETILIN-Kämpfer die Macht übernahmen. J.E. Bakkens OEC mußte bei einem unabhängigen Ost-Timor um den Verlust von Ölschürfrechten fürchten.

Ab September 1975 kontrollierte die FRETILIN das gesamte Territorium. UDT wie Geheimdienste hatten die Unterstützung der Bevölkerung für die FRETILIN völlig unterschätzt. Bei den australischen Geheimdiensten wurden nun neue Strategien entwickelt: entweder eine neokolonialistische Lösung suchen oder einen militärischen Eingriff durchführen. Letzteres wurde von den einflußreicheren Leuten favorisiert. Für sie galt es, Suharto mit allen Mitteln den Rücken frei zu halten.

Nachdem ausländische Journalisten die Fortschritte in Ost-Timor unter der FRETILIN-Regierung bezeugt hatten und am 28.11.1975 die Unabhängigkeit proklamiert worden war, bereitete Indonesien die Invasion vor. Das Rote Kreuz wurde ebenso zum Abzug aufgefordert wie alle australischen Journalisten. Die australische Regierung wußte von der bevorstehenden Aktion und machte sich durch



ihr Schweigen zum Mittäter.

Am 7.12.1975 überfiel Indonesien Ost-Timor. Die FRETILIN nahm dagegen sofort den lange Zeit erfolgreichen Widerstand auf, indonesische Einheiten erlitten schwere Niederlagen. Nach eigenen Schätzungen Indonesiens mußten bis 1979 rund 17.000 Indonesier in Ost-Timor ihr Leben lassen.

Schwere Probleme stellten schließlich 1978 Suhartos Regime fast in Frage, was Washington und andere Regierungen in Alarm versetzte und Hilfe schicken ließ, die es Suharto ermöglichte, im Juli 1978 eine Großoffensive zu starten.

Die USA hatten bis 1976 ein Ende der Hilfe für Indonesien vorgeschlagen, in der Zeit jedoch nachweislich mindestens vier Hilfsangebote gemacht und u.a. vietnamerprobte Bronco-Flugzeuge geschickt, die für eine Verteidigung gegen einen von außen kommenden Feind ohne jeden Wert waren, aber speziell für den Antiguerrilla-Kampf geschaffen worden waren. Diese Militärhilfe wurde von der Carter-Administration bruchlos fortgesetzt.

Daneben wurden seit 1950 indonesische Militärs von US-Beratern trainiert, zwischen 1971 und 1975 allein 1500 Offiziere, was die USA bis Dezember 1976 rund 23 Mio Dollar kostete.

Seit Mitte 1978 hatte FRETILIN-Radio von der Anwesenheit von US-Beratern in Ost-Timor berichtet und Augenzeugen zitiert, die gefallene US-Söldner in der Nähe von Dili gesehen hatten. US-Berater nahmen an den Kämpfen in indonesischen Uniformen und sehr vorsichtig teil.

Seit der Invasion ist die Hauptaufgabe der Geheimdienste die Verdeckung des Völkermordes, den die Suharto-Truppen an der Bevölkerung Ost-Timors begangen haben. In einem Kongreß-Hearing gaben sie die Zahl der Toten mit weit unter 10.000 an. Nach Angaben des indonesischen Außenministers waren es „50.000, vielleicht 80.000“. Der US-Botschafter Masters gab an, er schenke den Berichten über die systematische Aushungerung durch indonesische Truppen als Waffen gegen den Widerstand keinen Glauben. Martens hat Erfahrung in der Verdeckung von Völkermord, war er doch bei Suhartos blutigem Putsch 1965 Geheimdienstmann in Djakarta gewesen.

Der American Catholic Relief Service (CRS), der auf eine lange Geschichte der Kooperation mit dem CIA und dem Militär zurückblicken kann, ist nun in Ost-Timor und soll 240.000 Menschen vor dem Verhungern bewahren, die von den Indonesiern in KZs zusammengepfercht wurden. Selbst die indonesische Katholische Kirche weigert sich, die Arbeit des CRS als kirchliche Arbeit zu bezeichnen. Von CRS-Mitarbeitern wurde im Oktober 1979 ausgesagt, Ost-Timor sei das schlimmste gewesen, was sie je in Asien zu sehen gekriegt hätten, schlimmer wie Biafra und „möglicherweise so ernst wie Kampuchea“. Dies hinderte den Regionaldirektor von CRS jedoch nicht, in einem Kongreß-Hearing einen Monat später anzugeben, eine solche Situation bestünde inzwischen nicht mehr.

In Zusammenarbeit mit den australischen Geheimdiensten war der CIA offensichtlich an allen Phasen des Überfalls auf Ost-Timor beteiligt: an der Planung und Vorbereitung durch den UDT-Staatsstreich, der schließlich den Vorwand bildete für die Invasion, an der Durchführung mit amerikanischen Waffen und am Kampf gegen den FRETILIN-Widerstand ebenso wie an den verschiedenen Versuchen den Völkermord vor den Augen der Welt zu verbergen.

der Folge in die Lage versetzte, uns indonesischer Waffen zu bemächtigen.

Aber es wäre gelogen, würden wir sagen, wir hätten keine Schwierigkeiten. Den bewaffneten Kampf auf einer Inselhälfte zu entwickeln unter völligem Abgeschnittensein in der Luft und auf dem Wasser, das ist kein einfaches Geschäft. Und trotzdem überleben und widerstehen wir ohne jede äußere Hilfe. Und paradoxerweise, die Waffen, die wir erhalten, erhalten wir von indonesischen Offizieren, die damit einen Schwarzhandel betreiben.

FRAGE: Wie sieht die indonesische Armee in Ost-Timor aus?

R. LEBATO: Die indonesische Armee, die insgesamt 247.000 Mann umfaßt, hat davon 55.000 in Ost-Timor eingesetzt, in einem kleinen Dreieck von 19.000 qkm.

Die geographischen Bedingungen zwingen zu äußerster Beweglichkeit. Werden wir in den Bergen angegriffen, so ziehen wir uns zur Küste zurück. Greift man uns vom Meer aus an, verschwinden wir in den Wäldern. In den 5 Jahren haben wir die Schwächen der Indonesier herausgefunden. Im Landesinneren wagen sie es nicht, die FRETILIN anzugreifen. Unser Land besteht zu 80% aus Bergregionen und die Regenzeit dauert neun Monate. Wir haben uns diesen Bedingungen angepaßt, sie nicht.

Zur Zeit führt Indonesien eine große Offensive durch in der Militärregion im Osten von Ost-Timor – mit dem Ziel, unsere Ernte und Nahrungsmittelreserven zu vernichten. Wir haben unsere Unabhängigkeit erklärt und einige Länder haben unseren unabhängigen und souveränen Staat anerkannt. In 5 Jahrhunderten portugiesischer Kolonialherrschaft haben wir nie auch nur den geringsten Aggressionsakt gegen wen auch immer begangen. Wir beschränken uns darauf, uns zu verteidigen, das ist alles!

Es gibt keinen einzigen Grund, warum Indonesien ein freies Ost-Timor als eine Bedrohung zu werten hätte. Welche Bedrohung können die 1 Mio Einwohner schon darstellen, gemessen an den 140 Mio Indonesiern? Aber mit der Invasion haben sie den Krieg ins eigene Land getragen, denn andere nationale Befreiungsbewegungen auf dem Archipel haben sich erhoben und verbündet sich mit uns...

FRAGE: Richtig, was ereignet sich bei den separatistischen Bewegungen der indonesischen Inselgruppe?

R. LEBATO: Sehen Sie, Suharto hatte einen Föderalismus versprochen, ohne ihn jemals voranzutreiben. Suharto hatte schließlich beschlossen, alle Befreiungsbewegungen zu zerstören, auf Sumatra, Borneo, Sulawesi, auf den Molukken und in West-Papua (Irian Jaya).

Feste Strukturen in den befreiten Gebieten

FRAGE: Welchen sozialen Organisationstypus errichtete die FRETILIN in den von ihr besetzten Gebieten?

R. LEBATO: Im Jahr 1967, als die Indonesier in den Krieg eintraten, bekräftigte General Benimurani, der die Invasion in Timor (Operation Quomodo genannt) organisierte gegenüber dem Pentagon, das es schwierig wäre, den Krieg in Ost-Timor zu gewinnen, da die FRETILIN seit langer Zeit ihre eigenen Strukturen in den befreiten Gebieten besitze. Unsere sozialen Strukturen in den befreiten Gebieten haben es selbst in der härtesten Phase des Krieges 1976 erlaubt, 60.000 Kindern und Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen. Wir haben traditionelle medizinische Techniken entwickelt und produzieren in unseren Fabriken unsere eigenen Medikamente, wenn auch auf primitive und traditionelle Weise. Aber zahlreich sind die gelösten Probleme im Gesundheitswesen. Eine Ausnahme bildet die Chirurgie, in der es uns an Anästhesisten fehlt, was uns den Verlust zahlreicher Kämpfer eingetragen hat. Dennoch produzieren wir

Tausende Liter reinen Alkohol zur Sterilisierung (von Instrumenten).

Auf Timor gibt es keinen Geldverkehr. Wir produzieren Baumwolle, Reis und Getreide; die Kaffeeverarbeiter tauschen ihre Produkte mit den Reisproduzenten. Aus der wilden Baumwolle stellen wir unsere Bekleidung her, die in traditionellen Fabriken gefertigt wird. Wir haben uns der von den Japanern errichteten Erdölfelder bemächtigt und können so mit Hilfe von Generatoren unser Kommunikationsnetz sichern. Handwerklich gefertigte Destilliergeräte erlauben es uns, das Öl zu destillieren und zu raffinieren. Öl schlechter Qualität zwar, aber immerhin Öl. Wenn wir indonesische Panzer aufbringen, entnehmen wir die Bewaffnung, den Treibstoff und die Motoren, bevor wir sie in Brand stecken. Mit einem Wort, unser politisches Prinzip ist die Selbständigkeit. Wir lehnen äußere Hilfe nicht ab, aber wir lehren unser Volk, nur auf seine eigene Kraft zu vertrauen.

Ziel der FRETILIN: ein antineokolonialistischer Staat

FRAGE: Fühlen Sie sich nicht isoliert?

R. LEBATO: Wir sind es nicht. Die FRETILIN ist im Begriff, sich international Gehör zu verschaffen. Unsere Zuhörerschaft wird umso größer werden, je mehr sich der bewaffnete Kampf intensiviert. Zur Zeit haben wir diplomatische Beziehungen mit allen ehemaligen portugiesischen Kolonien und mit mehreren afrikanischen Staaten, dem Kongo, Sambia, Äthiopien, Tansania sowie dem Südjemen, Albanien, Kuba, Guyana und Jamaika. Die politische und moralische Unterstützung des gesamten sozialistischen Lagers ist uns zugesichert.

FRAGE: Einschließlich seitens der VR China?

R. LEBATO: Das ist eine sehr komplexe Situation. China beabsichtigt, sich mit der ASEAN (Verband Südostasiatischer Staaten, 1967 gegründet von Indonesien, den Philippinen, Thailand, Singapur, Malaysia; d. Red.) zu verbünden, die die FRETILIN bekämpft. Gleichzeitig entzieht sie der FRETILIN ihre Unterstützung. Ein Punkt erlaubt, die chinesische Politik näher zu bestimmen: China unterstützt die Präsenz der VII. US-Flotte im Pazifik, was eine direkte Bedrohung Ost-Timors darstellt, aber auch eine Bedrohung für alle anderen Befreiungsbewegungen der Region, z.B. die der Philippinen.

Die Bewegungen haben sich übrigens mit uns in Verbindung gesetzt und sind derzeit dabei, ihre politischen Beziehungen mit der VR China zu modifizieren.

FRAGE: Würden Sie sich heute als eine sozialistische Bewegung definieren?

R. LEBATO: Wir sind eine nationale Befreiungsfront. Wir haben bis auf den heutigen Tag nicht erklärt, daß wir eine kommunistische Partei seien.

Dieses letzte Ziel wird nur in der fernen Zukunft erreicht werden können. Jeder kann unsere fortschrittlichen Positionen zur Kenntnis nehmen. Wir sind Anhänger einer Position der Nichtpaktgebundenheit für Timor, der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, und wir wollen einen antiimperialistischen, antineokolonialistischen Staat erkämpfen, eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gebannt ist.

Dieses braucht Zeit. Wir stoßen auf manche Schwierigkeiten, aber unser Kampf wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir sind auf dem Wege ein Modell für Südostasien zu werden und für die demokratischen Bewegungen im Süd-Pazifik.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 211/14.4.1980, S. 48-50)

Le Duc Tho über Henry Kissinger Ein Bündel von Fabeln

Die Memoiren des Henry Kissinger, die im Jahr 1979 im Spiegel als Serie und mittlerweile als Taschenbuch erschienen sind, haben angesichts der Carter'schen „Überwindung des Vietnam-Syndroms“ (Rückgriff auf militärischen Gewalteininsatz mit der Carter-Doktrin) wieder brennende Aktualität erlangt. Immerhin war H. Kissinger der Mann, der unter den US-Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford als Sicherheitsberater bzw. Außenminister die Verhandlungen während und nach dem US-Aggressionskrieg in Indochina führte. Aktualität kommt H. Kissingers Offenbarungen schließlich unter dem Gesichtspunkt zu, daß er im Falle eines Sieges des Republikaners Ronald Reagan bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen das Amt des US-Außenministers zurückerlangen könnte.

Le Duc Tho, der 1972/73 für die Demokratische Republik Vietnam die Verhandlungen über ein Ende des amerikanischen Vernichtungskrieges führte, hat nun Stellung zu H. Kissingers Umgang mit der Wahrheit bezogen. Nicht von ungefähr hatte es Le Duc Tho damals abgelehnt, den an ihn und H. Kissinger gleichzeitig verliehenen Friedensnobelpreis anzunehmen...

FRAGE: ... Hat Herr Kissinger bei der Beschreibung der Verhandlungen (zwischen Vietnam und den USA in Paris 1968-73) irgendetwas vergessen oder verfälscht, was Sie berichtigen möchten?

LE DUC THO: Die Zeitschrift New Statesman nannte die Memoiren von H. Kissinger ein „Bündel von Fabeleien“. Das ist – meiner Meinung nach – eine treffende Beurteilung.

Denn bekanntlich hätten sich die USA bereits 1969 aus Vietnam zurückziehen können. Dennoch setzte die Nixon/Kissinger-Administration auf die illusionäre „Vietnamisierung“ des Krieges und auf die chinesische Karte.

US-Meineid über den Bombenkrieg 1972/73

Nixon und Kissinger wollten zwar eines Tages militärisch aus Südvietnam abziehen aber zugleich dort die politische Präsenz durch das Saigoner Marionettenregime und damit auch die Spaltung Vietnams weiter beibehalten. Aber der erzwungene Abzug der USA führte zum Zusammenbruch des Thieu-Regimes, und Südvietnam wurde endgültig und vollständig befreit (am 30. April 1975; d. Red.). Das war die schwerste Niederlage der USA, worüber Kissinger die Wahrheit nicht zu sagen wagte. Statt dessen „korrigierte“ Herr Kissinger die Geschichte, indem er seine gescheiterte Politik in einen großen eigenen Erfolg umschrieb und dabei zusätzliche Verbrechen der Nixon-Kissinger-Administration an den indochinesischen Völkern rechtfertigte... Das ist eine glatte Geschichtsfälschung, die die Kapitel seines Buches über den Krieg in Vietnam und in Indochina beinhaltet.

Er schrieb in seinem Buch z.B., die USA hätten Ende 1972 die Bomber B-52 eingesetzt, weil die vietnamesische Seite die Verhandlungen auf die lange Bank schob und das von



Unterhändler Le Duc Tho und H. Kissinger (Mitte) 1973 in Paris

beiden Seiten bereits im Oktober 1972 akzeptierte Abkommen nicht unterzeichnen wollte. Die Tatsache aber war, daß die USA einen Meineid begangen haben.

Nach Vereinbarungen zwischen den beiden Seiten hätte Kissinger am 23.10.1972 nach Hanoi zur Paraphierung des Abkommens kommen sollen. Dieses Abkommen hätte dann am 31.10.1972 offiziell unterzeichnet werden sollen. Am 21.10.1972 telegraphierte Kissinger an Ministerpräsident Pham van Dong, daß das Abkommen nun „als vollkommen betrachtet werden“ könne. Aber am nächsten Tag, dem 22.10.1972, verlangte Kissinger noch eine Sitzung und behauptete, das Abkommen könne nicht mehr am 31.10.1972 unterzeichnet werden! Wegen der Haltung der USA wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und von den USA in die Länge gezogen.

Das Ziel des von der US-Administration aufgenommenen Terrorbombardements gegen Vietnam (Dezember 1972) bestand darin, das Kampfpotential der Demokratischen Republik Vietnam zu schwächen und dadurch die vietnamesische Seite zu weiteren Konzessionen zu zwingen. Die Nixon/Kissinger-Administration verlor dabei aber 32 Bomber vom Typ B-52 und eine beachtliche Anzahl von Piloten. Die Öffentlichkeit in der Welt sowie in den USA selbst verurteilte mit aller Schärfe diese Terrorbombardierungen. Das war ein „Dien Bien Phu in der Luft“ für das vietnamesische Volk. Gerade dieser Sieg zwang die USA zur Unterzeichnung des Abkommens (vom 27.1.1973 in Paris; d. Red.), dessen Inhalt im Grunde dem Entwurf vom Oktober 1972 entspricht. In seinem Buch wagte Kissinger sogar die Unterstellung, ich hätte ihm „heimlich“ offenbart, daß die historische Mission des vietnamesischen Volkes nicht nur in der Eroberung Südvietnams, sondern auch in der Errichtung der vietnamesischen Herrschaft über ganz Indochina bestünde. Das ist

wirklich eine sehr zynische aber auch seltsame Erfindung! Tatsache aber ist, daß ich all seine Vorschläge zur „Neutralisierung“ Kampuchreas ablehnte. Dabei sagte ich ihm ganz offen, daß er und ich nur das Recht hätten, über das Vietnam-Problem zu verhandeln. Kissinger erlaubte sich diese erfundenen Geheimgeschichten, weil sein Buch offensichtlich dazu dienen soll, ihm wieder an die Macht zu helfen. Gerade deswegen beteiligt sich Kissinger z.Z. an einer neuen Anti-Vietnam-Kampagne, deren Hauptinitiatoren Washington und Peking sind. Er schrieb sogar, ich hätte ihm die Ratschläge zur Beseitigung Nguyen Van Thieus gegeben. Welch eine Lüge!

Wir kämpfen nie gegen eine Person, sondern gegen das gesamte reaktionäre Regime. Die Beseitigung der anführenden Personen ist aber die gewöhnliche Praxis der amerikanischen Politik. Die USA selbst haben Ngo Dinh Diem beseitigt. Nicht zuletzt wollte Kissinger selbst Thieu durch Big-Minh (unmittelbar vor dem 30.4.1975 eingesetzter Ersatzpräsident für Thieu; d. Red.) ersetzen! Schon einmal sagte ich Kissinger ins Gesicht: „Sie sind ein Lügner Herr Kissinger!“ Auch sein enger Mitarbeiter, Helmut Sonnenfeldt, gab zu, daß Lügen zum Wesen Kissingers gehöre.

FRAGE: ... Wir schätzen Sie die wirkliche Rolle Kissingers bei der Ausarbeitung der Amerikanischen Außenpolitik ein...?

LE DUC THO: Beim Erfolg wollte Kissinger alles als sein Verdienst hinstellen. Bei Niederlagen schob er aber die Schuld auf Nixon. Dennoch muß man sehen, daß sich Nixon und Kissinger gegenseitig so ergänzten, daß die Öffentlichkeit von einer „Nixon-Kissinger-Equipe“ sprach. Die beiden haben die Verantwortung für amerikanische Außenpolitik in den Jahren 1968-74 gemeinsam zu tragen.

Kissinger war ein markanter Vertreter jener amerikanischen Außenpolitik, die seit dem 2. Weltkrieg von Kriegslüsternheit und Arroganz gekennzeichnet ist. Obwohl Verhandlungen und Kompromisse ab und zu in dieser Politik hervorgehoben wurden, bestanden ihre Grundsätze aber vor allem in dem Einsatz militärischer Gewalt. Drohungen, Perfidität und Irreführung waren ihr ständiges Warenangebot! Er lebt aber doch im 20. Jahrhundert, da sich das Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Kräfte des Sozialismus, nationaler Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie verändert. Er träumt immer noch davon, die Methoden von Metternich aus dem 19. Jahrhundert wiederholen zu können. Kissinger ging sogar soweit zu behaupten, daß er der Vater „der realistischen Außenpolitik“ sei. In Wirklichkeit waren Nixon und er ganz illusionär. Indem die amerikanische Bevölkerung energisch gegen den Vietnamkrieg protestierte, war sie viel realistischer. Die Bemühungen Kissingers zur Rechtferti-

gung seiner Politik in der Vergangenheit können ihn nur erneut zum Scheitern bringen. Dies gilt ebenfalls für die chinesische Führung, die bei der Unterstützung für die Pol-Pot-Clique im Aggressionskrieg gegen Vietnam (1977/78, siehe AIB, Nr. 4/1978, S. 13-20 und Nr. 11-12/1978, S. 39 ff.; d. Red.) das völlige Fiasko erlebte.

FRAGE: ... Kissinger beschrieb das Pariser Vietnam-Abkommen als den vollständigen Erfolg der Außenpolitik von Nixon und von ihm selbst. Er interpretierte das Abkommen so, als ob dies den USA erlaubt hätte, das Thieu-Regime uneingeschränkt mit Kriegsmaterialien zu versorgen, und als ob dieses Abkommen die Erneuerung der nordvietnamesischen Streitkräfte südlich der alten Entmilitarisierungslinie verböte und das Saigoner Regime aufrechterhalte. Er warf Nixon einmal vor, nicht alle notwendigen Mittel eingesetzt zu haben, um den Frieden zu erzwingen.

Das Pariser Abkommen 1973 – kein Sieg Kissingers!

Der amerikanische freie Journalist Anthony Lewis schilderte, daß das Weihnachtsbombardement (1972) gegen Vietnam das Maß der Gewaltanwendung festlege, das die USA zur Sicherung des Friedens bereit seien zu wiederholen (New York Time, 27.12.1979).

Wie ist Ihre Meinung? ...

LE DUC THO: Die Politik der Nixon/Kissinger-Administration beim Abschluß des Pariser Vietnamabkommens zielte darauf, den amerikanischen Abzug aus Vietnam bei der Beibehaltung des Marionettenregimes zur Fortsetzung des Neokolonialismus in Südvietnam zu erreichen.

In der Tat mußten die USA aber akzeptieren:

- die Anerkennung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes, die gleich im I. Kapitel und in der 1. Bestimmung des Abkommens zum Ausdruck kommen;
- die weitere Präsenz der vietnamesischen Volksarmee in Südvietnam auch nach dem vollständigen amerikanischen Abzug, und
- die Existenz der zwei Kontrollzonen, zwei Administrationen, zwei Armeen und drei politischen Gruppierungen in Südvietnam.

Die erwähnten Bestimmungen schafften äußerst günstige Voraussetzungen – sowohl militärische als auch politische – für die allgemeine Offensive im Frühling 1975 zur vollständigen Befreiung Südvietnams und nicht zuletzt für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes...

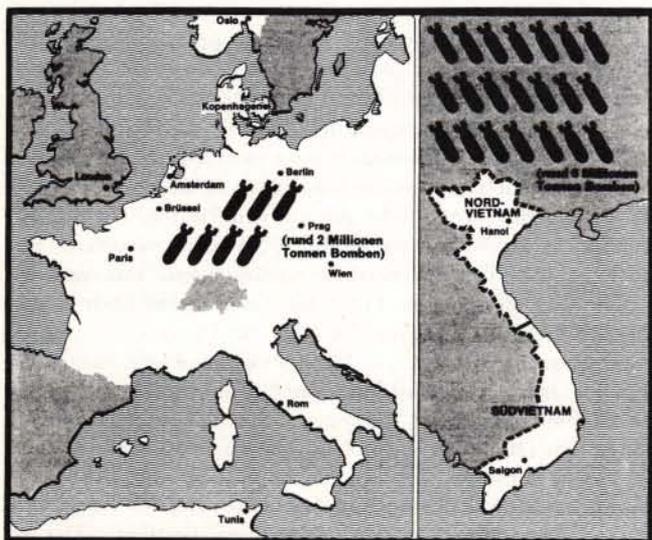
FRAGE: ... Das vietnamesische Weißbuch beschuldigte die US-Regierung und die Pekinger Führung des üblen politischen Handelns, wobei die Spaltung Vietnams samt der weiteren Aufrechterhaltung des Thieu-Regimes gegen die amerikanische Anerkennung des souveränen Rechts Chinas auf Taiwan eingetauscht wurden. Dazu gehört noch die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

In der Tat stellte Kissinger selbst in seinem Buch fest, daß im Shanghai Komunique (von 1972, abgeschlossen während des damaligen Nixon-Besuches in China; d. Red.) Taiwan und Vietnam in einem „gewissen Zusammenhang“ zueinander stünden (Seite 1077) ...

Was ist also der Inhalt der generellen Verständigung zwischen China und den USA im Jahre 1972?

LE DUC THO: Die chinesisch-amerikanische Verständigung 1972 bahnte den Weg für die öffentliche und vielseitige Kollaboration zwischen dem Imperialismus und der Pekinger Führung. Dies bedeutete zunächst, die USA wurden von der Pekinger Führung dabei unterstützt, zu einer für die USA vorteilhaften Lösung des Vietnam-Problems zu gelangen... Die USA nutzten dann China als einen Trumpf gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Weltbewegung.

Die chinesische Führung wollte die USA – vor allem deren



Die genetisch-ökologische Zeitbombe des US-Vietnamkrieges

Beim Vietnamkrieg der USA (1964-73) wurden nicht nur mehr Bomben als im 2. Weltkrieg zusammengekommen abgeworfen, sondern auch eine genetische und ökologische „Zeitbombe“ hinterlassen.

Aus einer Untersuchung des vietnamesischen Wissenschaftlers Prof. Ton That Tung, die die Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam kürzlich veröffentlichte, geht hervor, daß die von den USA über Südvietnam versprühten „Entlaubungsmittel“ Erbschäden hervorrufen. Von den untersuchten 836 Kindern, deren Eltern von den US-Entlaubungsaktionen betroffen waren, wiesen 43 Mißbildungen auf, davon 15 Herzfehler, neun unheilbare Schäden an Gehirn, Rückenmark und Nerven, Fälle von Gehirnlosigkeit, Minderwuchs, Gesichtsspalten, fehlenden Augen oder Ohren. Hinzu kommen bei Erwachsenen krebsartige Erkrankungen der Leber, Gebärmutter, von Nieren, Herz, Haut, Gehirn und Rückenmark. Zum anderen hat der Giftkrieg des US-Imperialismus 44% des vietnamesischen Waldbestandes vernichtet, damit das ökologische Gleichgewicht des Landes schwer erschüttert.

Bei den verwandten US-Giften handelt es sich um angereicherte Herbizide: Dem Herbizid „Agent orange“ wurde als „Verunreinigung“ das Gift TCDD (ein Dioxin) beigemischt, was das bislang stärkste bekannte Giftgemisch vom Kaliber des in Oberitalien ausgeströmten Seveso-Giftes ergab. Das von den USA über Vietnam versprühte Gift aber machte mengenmäßig das 250 fache der Seveso-Giftmenge aus.

Die Untersuchung dieser Kriegsverbrechen der USA ist in einem Sonderdruck der Freundschaftsgesellschaft zusammengefaßt: Vietnam-Kurier Extra, Giftkrieg in Vietnam verursacht Erbschäden, Düsseldorf 1980, Umfang 12 Seiten. Anschrift: Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, Duisburger Str. 46, 4000 Düsseldorf.



antisowjetische und antirevolutionäre Politik sowie ihr Bestreben, das Vietnam-Problem für die USA vorteilhaft zu lösen – dazu ausnutzen, China zu einer der drei Supermächte mit Einflußnahme auf internationale, vor allem auf asiatische Probleme, zu machen. Nicht zuletzt verfolgte China dabei das Ziel, das Taiwan-Problem zu seinen Gunsten zu lösen.

Vietnam verhandelte nie für Kampuchea

FRAGE: ... Übt die USA Druck auf Vietnam aus mit dem Ziel, zur Feuereinstellung in Kampuchea zu gelangen, als seitens der USA neue Forderungen bzw. Veränderungen zum Entwurf des Abkommens gestellt wurden? Zudem behaupteten einige Kampucheaner, das Weihnachtsbombardement 1972 sei ein Bestandteil des Bemühens um eine Lösung für das Kampuchea-Problem gewesen; Kissinger hätte Hanoi so gedroht, weil er fürchtete, daß Phnom Penh in die Hände der Roten Khmer fallen könnte. Ist das wahr?

LE DUC THO: Wir bestanden immer darauf, daß Vietnam nicht stellvertretend für Kampuchea verhandelt. Ja oder Nein zur Feuereinstellung in Kampuchea, das hing einzig und allein von den Kampucheanern ab. Vietnam achtete und achtet die Unabhängigkeit und Souveränität Kampuchas und unterstützte es, unabhängig davon, ob es zu Verhandlungen kommen würde oder ob es gezwungen war, weiter zu kämpfen.

Das Weihnachtsbombardement 1972 durch die B-52-Bomber zielte nicht auf die Erzeugung von Druck für eine Lösung des Kampuchea-Problems, sondern es diente den bereits dargestellten Absichten. Hinsichtlich der Eventualität, daß Phnom Penh in die Hände Pol Pots und Ieng Sarys fiel, drohte Kissinger Vietnam nicht. Vietnam selbst hat dem kampucheanischen Volk bei der Befreiung der Hauptstadt Phnom Penh geholfen.

FRAGE: ... Es wurde behauptet – und ich persönlich halte

es für logisch –, daß das äußerst grausame Bombardement gegen Kampuchea von Januar bis August 1973 ... dazu beigetragen habe, psychologische und soziale Bedingungen für die Geburt der wahnsinnigen Maßnahmen des Pol-Pot-Regimes zu schaffen. Hätte Pol Pot die Feuereinstellung akzeptiert, wäre es zu keiner Bombardierung gekommen und die revolutionären Kräfte hätten bessere Bedingungen für ihren politischen Kampf als in Südvietnam gehabt.

Warum also akzeptierte Pol Pot die Feuereinstellung 1973 nicht? ...

LE DUC THO: Die Intensität der Bombardierung in Kampuchea in der Zeit von Januar bis August 1973 war nicht größer als die in der Zeit vorher. Die amerikanischen Statistiken besagen, daß die Bombardierungen in Laos und in Nordvietnam zu dieser Zeit doch gewaltig größer waren als die in Kampuchea.

Die Genozid-Politik der Clique Pol Pot/Ieng Sary ist im Grunde genommen jene maoistische Politik, die noch maoistischer ist als der Maoismus selbst. Die Pekinger Führung hat diese Politik angestachelt und unterstützt. Diese Politik hat mit der amerikanischen Bombardierung nichts zu tun.

Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique war der Meinung, eine Feuereinstellung könnte sie benachteiligen. Sie sah auch, daß mit dem Pariser Vietnam-Abkommen die amerikanische Niederlage ganz eindeutig festzustellen war. Dieses Abkommen schaffte günstige militärische und politische Voraussetzungen für den Sieg der kampucheanischen Revolution. Deshalb wollten die Kampucheaner bis zum Schluß kämpfen, um die ganze Macht in Kampuchea zu erobern. Das war ihnen lieber als eine politische Lösung.

FRAGE: Angesichts der Wichtigkeit dieser Probleme haben Sie also den Kampucheanern irgendwie Ihre Ansichten oder Ihre Politik erläutert? ...

LE DUC THO: Unser Standpunkt war immer der, daß die Kampucheaner ihre eigenen Angelegenheiten selbst bestimmen sollen.

(Quelle: Nhan Dan, Hanoi, 1.4.1980)

Jutta Weber

Trotz A. Robelo – die Revolution konsolidiert sich

Am 19. Juli 1980 jährt sich zum ersten Mal der Tag, an dem die Sandinistische Front für die Nationale Befreiung (FSLN) den historischen Sieg über die Nationalgarde des Diktators A. Somoza errang. Unter dem Jubel der Massen zogen die FSLN-Soldaten gemeinsam mit der kurz zuvor gebildeten Provisorischen Regierungsjunta in Managua ein. Kommandant Humberto Ortega bezeichnete den Sieg über 45 Jahre Somoza-Herrschaft damals als Sieg über 150 Jahre ausländische Domination, über viele Jahrhunderte der Eroberung und Ausbeutung. Der heldenhafte Kampf des nikaraguanischen Volkes gegen den Diktator hat, wie die jüngsten Ereignisse in El Salvador zeigen, auch die Auseinandersetzungen in den übrigen zentralamerikanischen Diktaturen beflügelt. Umso mehr versuchen imperialistische Kreise gemeinsam mit der inländischen Reaktion dem nikaraguanischen Volk seinen selbstgewählten Entwicklungsweg streitig zu machen. Auf welchen Grundlagen der revolutionäre Prozeß Nikaraguas und die intensivierten Destabilisierungsversuche erfolgen, sollen der Schlußteil des Interviews mit FSLN-Kommandant H. Ortega bzw. unsere aktuelle Einschätzung deutlich machen.

Als im April d.J. innerhalb von 72 Stunden die beiden bürgerlichen Junta-Mitglieder V. Chamorro und A. Robelo von ihren Ämtern zurückgetreten waren, löste dies in der bürgerlichen Presse Hetzkampagnen über eine angebliche Entwicklung Nikaraguas zu einer „sozialistischen Volksrepublik unter sowjetischer Vorherrschaft“¹ aus. Daß Frau Chamorro ihren Rücktritt einzig aus Gesundheitsgründen eingereicht hatte, wurde dabei ebenso bereitwillig ignoriert wie die Erklärung der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung (FSLN), sie wollten auch weiterhin mit den patriotischen und progressiven Teilen der nationalen Bourgeoisie zusammenarbeiten. Denn, so die Sandinistas weiter, der Wiederaufbau könne „nur mit einer Regierung der revolutionären nationalen Einheit, mit politischem Pluralismus, Freiheit und Demokratie für das Volk“² geleistet werden.

Der Rücktritt des Unternehmers und Millionärs A. Robelo reiht sich nach Einschätzung der FSLN allerdings tatsächlich in eine Kette von Ereignissen ein, die als Versuche zur Destabilisierung der Revolution (siehe CIA-Destabilisierungsplan in: AIB, Nr. 4/1980, S. 15) gewertet werden müssen. Hierzu zählen von der in- und ausländischen Konterrevolution provozierte Streiks und Sabotageakte, an denen sich auch die inzwischen verbotene sog. Kommunistische Partei beteiligt hatte. Dieser ultralinken Gruppierung, die sich 1972 von der eigentlichen KP, der Sozialistischen Partei Nikaraguas (PSN) abgespalten hatte, wurde die Zusammenarbeit mit dem CIA und den Somoza-Söldnern, die sich in Honduras, El Salvador und Kostarika sammeln, nachgewiesen.

Ende Mai d.J. konnte nach der Zerschlagung der ultrarechten bewaffneten Demokratischen Streitkräfte aufgedeckt werden, daß die Somozisten ein Kopfgeld von 2.500 Dollar für die Ermordung von Mitgliedern der Nationalen Leitung der FSLN und der Regierung für den Nationalen Wiederauf-

bau ausgesetzt hatten.³

A. Robelo selbst hatte schon häufig im In- und Ausland heftige Kritik am Wiederaufbau der Regierung geübt, vor kubanischem Einfluß gewarnt, sich zum Fürsprecher der Forderung nach sofortigen Wahlen gemacht und die Alphabetisierungskampagne, die hierfür eine wichtige Voraussetzung schafft, als Propagandakampagne verleumdet.⁴ Mit diesem Verhalten stellte er sich objektiv in den Dienst jener Somoza-Söldner und der reaktionären Kreise in den USA, die auf militärische Interventionen in Zentralamerika drängen. Denn es ist ihnen ein Dorn im Auge, zu sehen, wie die soziale Befreiung Nikaraguas nach einem Jahr auch auf die anderen Diktaturstaaten der Region ausstrahlt.

Begründet hatte A. Robelo seinen Rücktritt mit der Zusammensetzung des am 4. Mai d.J. in Managua konstituierten Staatsrats. Der Staatsrat ist das höchste Beratungsgremium der Junta und hat mit ihr gemeinsam legislative Befugnisse, wobei die Vorschläge des einen Organs die Zustimmung des jeweils anderen finden müssen. Zu seinen Hauptaufgaben gehören außerdem die Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs und einer Vorlage zur Kommunalreform. Die Gründung des Staatsrats geht auf eine im Juni 1979 von den antisomozistischen Kräften in Puntarena (Kostarika) getroffene Vereinbarung zurück, nach der in ihm alle wesentlichen am Sturz der Diktatur beteiligten Kräfte repräsentiert sein sollten.⁵

Um auch den inzwischen entstandenen Massenorganisationen die ihnen gebührende Partizipation am politischen Entscheidungsprozeß einzuräumen, hatte die Junta am 16. April d.J. beschlossen, den Staatsrat von ursprünglich geplanten 33 auf 47 Sitze zu erweitern. Weil somit die Sandinistas mit 24 Sitzen über eine knappe Mehrheit verfügen, rief A. Robelo alle Bürgerlichen zum Boykott des Staatsrats, die Mitglieder seiner Partei, der Demokratischen Bewegung Nikaraguas (MDN), gar zur Niederlegung aller Staatsämter



Regierungsjunta bei der Amtsübernahme im Juli 1979. Juntamitglied Robelo 2. v. r.

auf. Das beide Appelle weitgehend unbefolgt blieben, zeigt, wie isoliert A. Robelo mit seiner Position ist.

Lediglich zwei der 29 Organisationen, die im Staatsrat vertreten sein sollten, blieben der konstituierenden Sitzung am 4. Mai 1980, begangen als Feiertag der Nationalen Würde, fern: A. Robelos MDN und die Konservative Demokratische Partei (PCD). Neben den sandinistischen Massenorganisationen, der FSLN, den Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), der Sandinistischen Arbeiterzentrale (CST), dem Landarbeiterverband (ATC), dem Nikaraguanischen Frauenverband und der Sandinistischen Jugend 19. Juli gehören dem Staatsrat die bürgerlichen Parteien, die Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), Gewerkschafts- und Berufsverbände sowie weitere gesellschaftliche Organisationen und Institutionen, darunter die Streitkräfte, der Nationale Klerikale Verband und die privaten Unternehmervereinigungen des Landes an.⁶

Der zum Präsidenten des wöchentlich zusammentretenden Staatsrats gewählte FSLN-Kommandant B. Acre unterstrich die Bedeutung dieses Organs als demokratisches Mitbestimmungsinstrument für alle Schichten des Volkes und würdigte seine Tätigkeit als einen „bedeutsamen Beitrag zur Stärkung der nationalen Einheit und zum gemeinsamen Wiederaufbau des Landes“.⁷

Ernsthafte FSLN-Kooperation mit der Bourgeoisie

Wie sehr ihnen an der Aufrechterhaltung dieses breiten Bündnisses unter Einschluß der nationalen Bourgeoisie gelegen ist, haben die Sandinistas nicht nur durch Lippenbekenntnisse deutlich gemacht. So wurde Anfang Mai d.J. der wenige Tage zuvor aus wirtschaftlichen Gründen verlängerte Ausnahmezustand auf Drängen des Bürgertums wieder aufgehoben.

Ein neues Gesetz zum Schutz des Privateigentums räumt Unternehmern die Möglichkeit ein, gerichtlich gegen angekündigte Beschlagnahmen vorzugehen, und die bürgerliche Tageszeitung La Prensa kann seit dem 26. Mai d.J. wieder regelmäßig erscheinen.⁸ Zudem wurde angekündigt, daß noch vor dem 1. Jahrestag des Sieges über die Nationalgarde Somozas am 19. Juli d.J. Wahltermine bekanntgegeben werden, wobei 1981 zunächst mit der Durchführung von Kommunal- und Bezirkswahlen begonnen werden soll.⁹

Auch daß die beiden vakanten Junta-Posten nach Absprache mit den Massenorganisationen am 18. Mai d.J. wieder mit Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Spektrum, dem Präsidenten der Zentralbank A. Cruz und dem Mitglied des Obersten Gerichtshofs R. Cordova besetzt werden konnten, zeigt, daß es bisher nicht gelungen ist, Keile in das demokratische Bündnis zu treiben und den eingeschlagenen Entwicklungsprozeß umzukehren. A. Cruz hatte als Mitarbeiter der Interamerikanischen Entwicklungsbank zu den bekannten Persönlichkeiten der Gruppe der 12 gehört, die 1977 in ihrem Manifest zum Sturz der Diktatur und zur Unterstützung der FSLN aufgerufen hatten. R. Cordova hatte nach der Ermordung des Verlegers und Journalisten P.J. Chamorro durch die Somozisten im Januar 1978 die Leitung des damals breitesten antidiktatorischen Bündnisses, der Demokratischen Union der Befreiung (UDEL), übernommen. Insofern muß vom Scheitern der antirevolutionären Provokations- und Spaltungsversuche gesprochen werden, was nicht zuletzt Folge einer konsequenten Massenmobilisierungs- und breiten Bündnispolitik der Sandinistas ist. Auch das Mißlingen der von den USA inszenierten Karibikkrise vom April/Mai d.J. (siehe AIB, Nr. 6/1980, S. 28-29) scheint in Washington die Einsicht vorangetrieben zu haben, daß allein mit einer abenteuerlichen Politik der Stärke auch in Zentralamerika und der Karibik langfristig keine Erfolge

zu erzielen sind. Prompt am Tag nach der Wiederauffüllung der Junta billigte der US-Senat mit 44 gegen 35 Stimmen die bisher zurückgehaltene 75-Mio-Dollar-Kredithilfe, die freilich der Unterstützung der nikaraguanischen privaten Unternehmer und der Zurückdrängung kubanischen Einflusses dienen soll.¹⁰

Nach dem Sturz Somozas hatte die Junta überall um dringend benötigte Hilfsmittel gebeten und diese dankbar angenommen, sofern sie nicht an politische Bedingungen geknüpft wurden. Die bisher umfangreichsten Zusagen hat Nicaragua von Mexiko, Panama und Venezuela erhalten. Kuba stellte Personal für das Gesundheitswesen und die Alphabetisierung zur Verfügung. Die sozialistischen Staaten Osteuropas haben nach dem Ausbleiben des US-Kredits wirtschaftliche Kooperations- und Hilfsprogramme zugesagt. Die BRD stellte für 1980 34 Mio DM bereit.

Nur den USA war die Entwicklung in ihrem zentralamerikanischen Hinterhof bislang zu radikal gewesen. Wenn sie jetzt auf interne Destabilisierungsfaktoren setzen sollten, wird das den Fortgang des revolutionären Prozesses kaum aufhalten können, weil sich das nikaraguanische Volk ihres bisherigen Verhaltens noch allzu gut erinnert.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation (siehe AIB, Nr. 2/1980, S. 23 und Nr. 4/1980, S. 14-15) und der immer noch ungenügenden Hilfe kann die nikaraguanische Revolution nach einem Jahr auf eine recht positive Bilanz zurückblicken. Durch Preiskontrollen bei Grundnahrungsmitteln konnte die Ernährungslage der unteren Bevölkerungsschichten erheblich aufge bessert werden. Hygienische Verbesserungen und landesweite Impfaktionen haben Infektionskrankheiten zurückgedrängt.

Neben dem wirtschaftlichen Wiederaufbau kommt auch dem Integrationsprozeß der verschiedenen Gewerkschaftsverbände, der im Februar d.J. durch die Errichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines gemeinsamen Grundlagenprogramms eingeleitet wurde, eine wichtige Rolle zu.

Trotz großer Probleme im Versorgungsbereich konnte Ende März d.J. die Alphabetisierungskampagne, in deren Verlauf fast 1 Mio Nikaraguaner (bei einer Gesamtbevölkerung von 2,3 Mio sind dies über 50% der Erwachsenen) Lese- und Schreibfähigkeit erlernen sollen, planmäßig begonnen werden. Die Durchführung dieser Kampagne, an der sich mehr als 100.000 Alphabetisatoren beteiligen, die analog dem Befreiungskampf in verschiedenen Fronten von den Randgebieten auf Managua vorrücken, ist die wichtigste Aufgabe der nikaraguanischen Revolution in diesem Jahr. In ihrem Umfang und ihrer Qualität ist sie bisher einzigartig in der Dritten Welt.

F. Cardenal, oberster Koordinator des Alphabetisierungsfeldzugs, erklärte: „Der Zweck dieser Kampagne besteht darin, all jene, die im März 1980 noch Analphabeten sind, lesen und schreiben zu lehren und ihnen zu helfen, ihr politisches Bewußtsein zu entwickeln. Wir bestehen auf diesem grundlegenden Aspekt möglichst weitgehender Bewußtseinsbildung, damit unser Volk, das immer von der Teilnahme an der Gestaltung des Geschickes unseres Vaterlandes ausgeschlossen war, sich voll daran beteiligen kann.“¹¹

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1980
- 2) Erklärung der FSLN zum Rücktritt A. Robelos, zit. nach: Granma Weekly Review, Havanna, 4.5.1980
- 3) Vgl. Tageszeitung, 29.5.1980
- 4) Vgl. Infopress Centroamericana, Guatemala, 20.3.1980
- 5) Zur ursprünglich geplanten Besetzung des Staatsrats vgl. auch: Programm der neuen Regierung, in: AIB, Nr. 9/1979, S. 6
- 6) Vgl. Granma Weekly Review, 18.5.1980
- 7) Zit. nach: Neues Deutschland, Berlin, 7.5.1980
- 8) Vgl. Le Monde, Paris, 28.5.1980
- 9) Vgl. Nicaragua Nachrichten Nr. 5/1980
- 10) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.5.1980
- 11) Zit. nach: Entwicklungspolitische Nachrichten, Wien, Nr. 9/13.5.1980, S. 7

Interview mit Humberto Ortega

Die Strategie des Sieges (3. Teil)



FRAGE: Jetzt verstehe ich. Es (der indianische Aufstand von Monimbo im Februar 1978; d. Red.) war also kein Aufstand, den Sie geplant hatten. Hätten Sie ihn denn gestoppt, wenn Sie in der Lage gewesen wären, dies zu tun?

H. ORTEGA: Es wäre sehr schwer gewesen, dies zu tun, denn der Aufstand entsprach der objektiven Entwicklung in der Gemeinde. Natürlich, im Zusammenhang mit unseren Plänen hätten wir ihn vielleicht zurückgestellt oder ihn anders geplant. Vielleicht hätten wir keinen bewaffneten Aufstand organisiert, sondern eher eine andere Art von Massenaktivität, aber die Dinge haben sich nun einmal anders entwickelt.

Der von Indianern bewohnte Teil (der Stadt Monimbo; d. Red.) hat nun mal auf diese Art unmittelbar auf den Anstoß reagiert, der durch die Einnahme der Städte durch die FSLN einige Tage zuvor gegeben worden war.

Ende Februar (1978; d. Red.) war die Organisation der Vorhut immer noch begrenzt und wir verfügten nicht über die Kader, um die Entschlossenheit und den Kampfeswillen, die unter den Massen existierten, richtig zu lenken.

Lehren des Aufstandes von Monimbo

FRAGE: Ein isolierter Aufstand wie dieser bedeutete, daß der Feind seine ganzen Kräfte gegen ihn konzentrieren konnte.

H. ORTEGA: Genau, und dies ist etwas, was wir durch Erfahrung gelernt haben.

FRAGE: Dann ist es wichtig, andere historische Erfahrungen zu kennen, um Fehler zu vermeiden.

H. ORTEGA: Natürlich. Wir, die Vorhut, kannten diese historischen Erfahrungen, aber die Massen nicht.

FRAGE: Es war also in Wirklichkeit eine Lehre für das Volk.

H. ORTEGA: Ja. Wir, die Vorhut, kannten sie aus den Klassikern. Das Prinzip der Konzentration der Kräfte ist seit der Antike eines der Grundprinzipien der Kriegsführung gewesen.

Was wichtig ist, ist, daß in unserem Fall wir diese Erfahrung trotz der Vorhut machten. Die Vorhut war sicher, daß der Aufstand ein Rückschlag sein würde, allerdings nur ein vorübergehender, denn die Entscheidung von Monimbo trug dazu bei, daß der Kampfgeist der übrigen Bevölkerung stieg, die sich dem Aufstand anschloß.

Bis zu welchem Grad kann die Aktion als ein geschichtlicher Fehler angesehen werden? Bis zu welchem Grad war die Aktion ein Irrtum seitens des Volkes, oder war es einfach die einzige Wahl, die ihm damals übrig blieb? Die Tatsache bleibt bestehen, daß das Beispiel sowohl national als auch international zu der Entwicklung und dem schließlichen Erfolg des Aufstandes beitrug. Vielleicht wäre es ohne diesen schmerzhaften Schritt, der große Opfer nach sich zog, schwieriger gewesen, jene moralische Autorität zu erlangen,

jene Erhebung unter den Massen des Landes, jenen Geist der gegenseitigen Unterstützung, der daraus entstand, daß man Zeuge dessen war, wie sie sich selbst geopfert hatten, und gleichzeitig die Unterstützung der ganzen Welt für ein Volk zu gewinnen, das den Kampf ganz auf sich allein gestützt führte. Vielleicht wäre es ohne dieses Beispiel schwieriger gewesen, die Bedingungen für den Aufstand beschleunigt herbeizuführen. (...)

Die Vorhut übernahm die Entscheidung der Massen

FRAGE: Glaubten Sie zu der Zeit, als Sie den Aufruf zum Aufstand erließen, daran, daß er Erfolg haben werde?

H. ORTEGA: Wir erließen einen Aufruf zum Aufstand. Ganz plötzlich tauchte eine Reihe von Ereignissen, von objektiven Bedingungen auf, die uns an einer besseren Vorbereitung hinderten. Wir konnten die Erhebung nicht aufhalten. Die Massenbewegung ging über die Fähigkeit der Vorhut, die Führung zu übernehmen, hinaus. Sicher ist, daß wir uns dieser Massenbewegung nicht widersetzen, diese Lawine nicht bremsen konnten. Im Gegenteil: Um sie anzuführen und bis zu einem gewissen Grad zu kanalisieren, mußten wir uns in die vorderste Linie stellen.

In diesem Sinn beschloß die Vorhut im Bewußtsein ihrer begrenzten Möglichkeiten, die allgemeine Entscheidung, die die Massen getroffen hatten, zu übernehmen; eine allgemeine Entscheidung, die auf dem Beispiel der Indianer von Monimbo beruhte, das seinerseits wieder durch das Beispiel der Vorhut angeregt worden war. (...)

Wir waren von Siegesstimmung beseelt, aber wir waren uns unserer Grenzen bewußt. Wir wußten, daß es schwer sein würde zu siegen, aber wir mußten den Kampf mit jener Stimmung führen, denn allein in dieser Stimmung sind die Menschen bereit, ihr Blut zu vergießen.

Zudem: Wenn wir diese Massenbewegung nicht organisiert hätten, wäre sie in allgemeine Anarchie verfallen. Mit anderen Worten: Der Entschluß der Vorhut, im September (1978; d. Red.) zum Aufstand aufzurufen, ermöglichte es, die Lawine zu lenken, die Erhebung auf den Sieg hin zu organisieren, der ihr folgen sollte.

FRAGE: Welche Bedingungen waren für den Aufstand herangereift?

H. ORTEGA: Die objektiven Bedingungen von sozialer und wirtschaftlicher Krise waren da. Aber die Voraussetzungen der Vorhut auf der organisatorischen Ebene, um die Massen zu führen und besonders in punkto Waffen, waren nicht vorhanden.

Wir hatten nicht die notwendigen Waffen, aber sonst war alles herangereift.

FRAGE: Es herrschte eine ganz erhebliche Wirtschaftskrise, aber Somoza verfügte immer noch über viele Machtelemente, hauptsächlich die Armee. ...

H. ORTEGA: Stimmt genau, die Armee. Und uns fehlten

die Erfahrung der Teilnahme an einem nationalen Aufstand, das Training, das eine solche Erfahrung den Massen vermittelt, und das Wissen über den Feind, der alle seine Schwächen offenlegte. Wohl hatten wir nicht genügend Waffen, doch wir wußten, daß, selbst wenn der Aufstand nicht siegreich verlief, er einen Schlag darstellen würde, von dem sich das Regime nie erholen würde. Dessen waren wir uns absolut sicher, und so groß war unsere Überzeugung, daß wir einen Monat später wieder zum Aufstand aufrufen.

Es gab auf der Linken einige Genossen, die die Ansicht vertraten, daß der September (1977; d. Red.) praktisch jede Möglichkeit eines kurzfristigen Sieges zunichte gemacht habe, daß die Operationen ein strategischer Fehler, eine Niederlage gewesen seien und so den Tag des Sieges verzögert hätten. Sie irrten sich, weil der September zwar kein Sieg, aber strategisch gesehen auch keine Niederlage war. Es war eine historische Leistung mit sowohl positiven als auch negativen Aspekten.

FRAGE: Wie sieht also das endgültige Urteil aus?

H. ORTEGA: Daß er eine hervorragende Leistung ist, weil wir als Vorhut gewachsen sind. 150 Männer beteiligten sich an diesem Aufstand und unsere Kräfte wurden mehrmals vervielfacht: drei- oder vierfach zuzüglich des Potentials zur Rekrutierung tausender Weiterer. Wir nahmen an Größe und Feuerkraft zu, weil wir dem Feind Waffen abnahmen. Die Vorhut erlitt sehr wenig Verluste. Es wurden Leute im Ergebnis von Somozas Völkermord getötet, aber nur wenige Kader kamen im Kampf um. Mit anderen Worten: Es gelang uns, unsere Stärke zu bewahren.

FRAGE: Zu welchem Urteil kommen Sie vom militärischen Standpunkt aus?

H. ORTEGA: Wir bewahrten unsere Kräfte, erwarben uns militärische Erfahrung, erbeuteten Waffen, lernten den Feind kennen und zerstörten einige der Mobilisierungsmittel des Feindes einschließlich Panzerfahrzeugen. Der Feind erlitt höhere Verluste als wir; die Menschen waren daran beteiligt sowie auch unsere eigene Feuerkraft, und – das war eine große Lehre – es gelang uns, uns erfolgreich zurückzuziehen. Zum erstenmal waren wir in der Lage, uns auf militärische Manöver einzulassen, indem wir uns an andere Orte in Stadt und Land zurückzogen, um Kräfte zu sammeln für die neuen aufständischen Kämpfe mit offensivem Charakter, die bald Gestalt annahmen. (...)

Nach den Entwicklungen vom September gewann die Bewe-



gung im Mai (1979; d. Red.) an militärischer und politischer Stärke, die Aktivität der Massen erlangte größere Reichweite, Barrikaden wurden errichtet, der tägliche Kampf in den Wohngebieten ging weiter. Nichts von alledem wäre möglich gewesen, wenn es eine strategische Niederlage gegeben hätte. (...) Zu diesem Zeitpunkt waren die Leute schon im Kampf erfahren, und ihr Siegesverlangen war so stark, daß die Septemberverbrechen ihren Kampfgeist sogar eher noch stärkten, als daß sie ihn dämpften. Jedem war ein Verwandter oder Freund im Kampf getötet worden, und es herrschte ein starkes Rachebedürfnis. Die Menschen wollten Vergeltung, und wir hatten nicht vor, uns ihren Wünschen zu widersetzen.

Der erfolgreiche Rückzug der FSLN-Guerilleros

Die endgültige Offensive begann im März 1979 mit der Einnahme von El Jicaro. Die verschiedenen Tendenzen (der Sandinistas, vgl. dazu: AIB, Nr. 7-8/1979; d. Red.) begannen sich von da an zu vereinen. Jedermann war dafür, eine Offensive im Norden zu beginnen, und es herrschte allgemeine Übereinstimmung, was den Aufstand betraf. Der Einnahme von El Jicaro folgte die von Esteli (im April 1979 durch eine Guerillakolonnie; d. Red.). Nach Esteli kam Nueva Guinea, ein militärischer Rückschlag für uns; aber er diente dazu, den Feind ins Stocken zu bringen, ihn zu zermürben. Er kostete uns 128 Mann... Der Plan war richtig, aber unseren Genossen gelang es nicht, mit einer Anzahl von taktischen Problemen fertigzuwerden, und der Feind traf sie schwer. (...)

FRAGE: Mit anderen Worten: Von da an hatte sich der Mittelpunkt des Kampfgeschehens auf die Guerilla-Einheiten verlagert.

H. ORTEGA: Die Massenbewegung gestattete es dem Feind nicht, seine ganze militärische Kraft gegen die Kolonnen zu konzentrieren, und gleichzeitig zwangen die Operationen der Kolonnen den Feind, sich auf der Suche nach ihnen hinauszubegeben. Dies wiederum machte den Massenkampf in den Städten ein wenig leichter.

Der Feind sah sich in einer Sackgasse. Wenn er die Städte verließ, würde die Massenbewegung die Oberhand gewinnen, und wenn er blieb, würde dies die Operationen der Guerillakolonnen fördern. (...)

FRAGE: Was veranlaßte Sie, den Aufruf zur Erhebung im Mai (1979; d. Red.) zu erlassen?

H. ORTEGA: Weil inzwischen eine ganze Reihe objektiver Bedingungen eine Zuspitzung erfuhren: die Wirtschaftskrise, die Abwertung des Cordoba, die politische Krise. Und auch weil wir nach dem September einsahen, daß eine strategische Verbindung – räumlich wie zeitlich – notwendig war, nämlich des landesweiten Massenaufstandes, der Offensive durch die Streitkräfte der Front und des nationalen Streiks, in den die Unternehmer gleichfalls einbezogen waren oder dem sie zustimmten. (...)

Diese drei Faktoren wurden im September (1978; d. Red.) bis zu einem gewissen Grad miteinander verbunden, aber nicht vollständig, weil sich der Prozeß immer noch nicht gänzlich unter unserer Führung befand. Nach dem September stellten wir in einem internen Rundschreiben klar, daß es keinen Sieg geben werde, wenn diese drei Faktoren nicht miteinander verbunden würden. (...)

Ohne die monolithische Einheit der Sandinistas, ohne eine von den Massen unterstützte Aufstandsstrategie, ohne die notwendige Koordination zwischen den Guerillafronten und den militärischen Fronten in den Städten, ohne wirksame Funkverbindung zur Koordination aller Fronten, ohne ein Rundfunksystem zur Lenkung der Massenbewegung, ohne schlagkräftige technische und militärische Mittel, ohne eine

solide Nachhut zur Einbringung dieser Mittel und zur Vorbereitung und Ausbildung der Männer, ohne vorheriges Training, ohne frühere Siege und Rückschläge, wie sie sich in Nicaragua seit Oktober 1977 ereigneten, als die Massen der brutalsten Unterdrückung ausgesetzt waren, die aber gleichzeitig eine große Quelle des Lernens war, ohne eine flexible, intelligente und reife Bündnispolitik sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene hätte es keinen revolutionären Sieg gegeben. (...)

FRAGE: Können Sie uns sagen, welche Wirkung das internationale Kräfteverhältnis auf Ihren Sieg hatte?

H. ORTEGA: (...) Es wäre für uns sehr schwer gewesen, zu siegen, wären wir allein auf die innere Entwicklung angewiesen gewesen. Wir erkannten, daß die Gewinne im Inneren durch die im Ausland existierenden Kräfte verstärkt werden mußten. Und die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, war, eine reife, flexible Politik zu praktizieren, indem wir unser revolutionäres, demokratisches und patriotisches Programm zum nationalen Wiederaufbau offen darlegten. Das eben machte es möglich, auf die Unterstützung aller reifen Kräfte auf der ganzen Welt zählen zu können, revolutionären Kräfte, der fortschrittlichen Kräfte. (...)

Daß sie diese Unterstützung erhielten, brachten die Sandinistas zustande. Wir wollten im Ausland so viel Unterstützung wie möglich erlangen, um jeglichen ausländischen Interventionsplan zu vereiteln. In diesem Bestreben gewannen wir sogar die Unterstützung bestimmter Sektoren in den USA selbst.

Schlüsselrolle der Einheit in der Revolution...

FRAGE: Was die sandinistische Bewegung betrifft, welchen Einfluß hatte die Existenz der drei Tendenzen und ihre spätere Wiedervereinigung auf den Prozeß?

H. ORTEGA: Wie ich schon sagte, war die Einheit der Sandinisten ein entscheidender Faktor beim Sieg. Um jedoch den Reintegrationsprozeß zu verstehen, müssen wir ein bißchen in die Geschichte zurückgehen.

Was in Nicaragua passierte, war keine tiefgehende Teilung innerhalb der FSLN, sondern vielmehr eine Art Aufspaltung der Vorhut in drei Teile als Ergebnis der uns damals fehlenden Reife...

FRAGE: Wann geschah das?

H. ORTEGA: Es fing zwischen 1976 und 1977 an.

FRAGE: Und was war der Grund dafür?

H. ORTEGA: Darauf wollte ich gerade kommen. Mehr als eine Frage der Ideologie, des Programms, war es eine Frage, wie die Führer sich darüber Gedanken machten, wie eine Lösung der Probleme der revolutionären Bewegung zu finden sei und die revolutionären Aktivitäten in diese Richtung geleitet werden könnten.

FRAGE: Ich verstehe nicht ganz was Sie meinen...

H. ORTEGA: Also, die Art wie die Führung die Probleme anging, war anfängerhaft. In der eigentlichen Praxis gab es im Grunde keine koordinierte Führung. Infolge der Unterdrückung und aufgrund der Tatsache, daß wir über lange Zeiträume hin keinen Kontakt miteinander hatten, plus dem Fehlen einer gemeinsamen Linie, einer schriftlich fixierten verbindlichen Politik, arbeitete jeder nach Gutdünken. Und dies führte zu Zusammenstößen.

Die Spaltung wurde nicht durch tiefgehende ideologische und politische Differenzen verursacht, obwohl diese Art von Problem durchaus existierte. Wenn wir besser organisiert gewesen wären, hätten wir die Widersprüche – wie sie in den Anfangsstadien jeder Bewegung stets vorhanden sind – vielleicht auf positive Weise lösen können, indem wir zur Kritik ermuntert und dabei die Einheit bewahrt hätten. Zusammen mit unserer Unreife als Einzelpersonen, als Revolutionäre führte das Fehlen dieses notwendigen Diskussionsrahmens in

Verbindung mit der Atmosphäre der Unterdrückung zu unserer allmählichen Aufspaltung, dem Auseinanderbrechen in die drei allgemein bekannten Tendenzen. (...)

FRAGE: Wie würden Sie die implizite Arbeitsteilung zwischen den drei Tendenzen erklären, kraft derer die proletarische Tendenz hauptsächlich mit den städtischen Massen arbeitete und die Tendenzen des verlängerten Volkskriegs mit den Guerilleros in den Bergen?

H. ORTEGA: Ich möchte erklären, daß die Arbeitsteilung, von der Sie sprechen, nicht das Ergebnis der Teilung in Tendenzen war; sie war schon vor der Teilung der Front da.

Lassen Sie mich erklären... Die Führer der drei Tendenzen machten sich Gedanken über die allgemeinen Probleme der Revolution. Was ich sagen will, ist dies: Als zur Zeit der Spaltung die Genossen, die an den verschiedenen ihnen von der FSLN zugewiesenen Aufgaben arbeiteten, erkannten, daß sie nicht in der Lage waren, Lösungen für die Probleme mit denen sie sich konfrontiert sahen, aufzuzeigen – wegen der Nachteile und Schwächen, die ich schon erwähnte –, fingen sie an, sich und die Arbeit, die sie bewältigt hatten, auf der Stelle zu organisieren und Lösungen für die Probleme, denen sie sich gegenüber sahen, gemäß den innerhalb ihrer Reichweite gegebenen Strukturen zu suchen. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir inmitten einer brutalen Repression arbeiteten; es war unmöglich, im nationalen Maßstab zu arbeiten, jeder arbeitete so wie es die Situation diktierte. Die Genossen, die in den Bergen arbeiteten, taten das weiterhin im Einklang mit der vorherrschenden Lage; wer enger mit Sektoren im Produktionsbereich arbeitete, mit Studenten und bei der Verbreitung der wissenschaftlichen revolutionären Theorie, machte damit weiter; und jene, die eine hauptsächlich auf den Aufstand gerichtete militärische Arbeit geleistet hatten, verfolgten diese Linie weiter.

In Wirklichkeit förderten die von den drei getrennten Strukturen unternommenen Anstrengungen einen einzigen Kampf, gaben einer einzigen Politik Auftrieb und entwickelten eine einzige Strategie für den Sieg. Das erklärt, weshalb keine der Tendenzen an die Aufstellung einer neuen FSLN dachte. (...)

FRAGE: Diese Art der Arbeitsteilung existierte also schon vor der Aufspaltung...

H. ORTEGA: Ja, die verschiedenen Arbeitsbereiche waren von der Bewegung beschlossen worden. Die Tatsache, daß wir alle aus einer gemeinsamen Wurzel kamen, war sehr hilfreich. Sie führte dazu, daß wir die Arbeit der anderen Tendenzen achteten. (...) Die Anstrengungen wurden koordiniert und sie ergänzten einander.

FRAGE: Außerdem, keine einzige der drei hätte ohne die Hilfe der anderen triumphieren können.

H. ORTEGA: Das stimmt. Das Problem war, daß jede den Prozeß anführen wollte, diejenige sein wollte, die am weitesten im Vordergrund stand. Das wurde aber im Verlauf des Kampfes selbst überwunden und jedem wurde klar, wie wichtig die Arbeit von allen anderen war. So kamen wir zu den Einheitsvereinbarungen, an denen wir Ende 1978 zu arbeiten begannen und die im März 1979 abgeschlossen wurden (Kommunique zur FSLN-Vereinigung in: AIB, Nr. 7-8/1979, S. 6; d. Red.). (...)

Die drei Tendenzen hatten alle den großen Wunsch, erneut eine einzige FSLN zu werden, wie die Begeisterung, die Liebe und der Eifer, mit denen die Einheit jetzt bewahrt wird, zeigen. Und wir sind sicher, daß sie unumkehrbar ist. Gerade so wie die sandinistische Einheit lebenswichtig für den Sieg war, ist die Einheit der gesamten Linken um den Sandinismus und der gesamten Bevölkerung um die Linke und den Sandinismus lebenswichtig, um den Prozeß zu festigen und um unsere Ziele zu erreichen. (...)

Schluß

(Quelle: Granma Weekly Review, Havanna, 27.1.1980)

„Wir stehen in einem schleichenden Bürgerkrieg“, charakterisierte Marinella Garcia Villas als Vertreterin der salvadorianischen Menschenrechtskommission die gegenwärtige Lage in El Salvador. Von Anfang 1980 bis Ende Mai d.J. kamen 1541 Bürger ums Leben. Eine besondere Verschärfung hat die Situation seit Anfang Mai d.J. erfahren, als der im Oktober 1979 entmachtete Diktator Humberto Romero einen Putschversuch unternahm. Laut seinem Plan sollten zusätzlich zur Erhebung von drei Garnisonen mit 3000 Mann 15.000 Söldner von Guatemala und Honduras aus in El Salvador einmarschieren und eine offen terroristische Diktatur einsetzen. Zwar ist der Putsch fehlgeschlagen, doch haben die Drahtzieher es vermocht, das Pendel innerhalb des Militärs weiter nach rechts zu drücken.

Nach dem Scheitern des Putsches war der verantwortliche Major D'Aubisson vorläufig festgenommen worden, doch schon acht Tage später befand er sich auf Druck der Ultrarechten wieder auf freiem Fuß. Der für die Verhaftung verantwortliche Oberst Adolfo Arnoldo Mejano, seines Zeichens Juntamitglied, wurde als Oberkommandierender der Armee durch das andere militärische Juntamitglied Oberst Abdul Gutierrez abgelöst.

Unterdessen ergreifen die Aktionen der Guerilleros immer breitere Gebiete El Salvadors. So besetzten Guerilleros Anfang Juni d.J. die Ortschaft Jucuapa im Osten des Landes. So berichtet das Führungsmitglied der Volksligen 28. Februar (LP-28), Rafael Velasquez, davon, daß täglich Schulen, Fabriken oder ganze Dörfer besetzt würden, um die Bevölkerung im Umgang mit Waffen zu schulen. Nach seinen Aussagen wird damit gegenwärtig die Schlußoffensive noch für dieses Jahr vorbereitet. Am 4. Juni d.J. besetzten Mitglieder der LP-28 sechs Radiostationen in San Salvador um einen Aufruf zum Generalstreik abzugeben. Schon seit mehreren Wochen sind in El Salvador Teilstreiks der Bevölkerung zu verzeichnen. So beschloß die Ärztevereinigung aus Protest gegen die Ermordung von Kollegen nur noch Notfälle zu behandeln. Lehrer- und Studentenverbände traten ebenfalls in den Ausstand, nachdem drei Lehrer und sieben Studenten ermordet worden waren. Insgesamt befinden sich gegenwärtig (Stand Anfang Juni d.J.) 60.000 Menschen im Streik.

Diese Kampfaktionen sind Ausdruck dessen, daß es der Junta nicht gelungen ist, ihr Hauptziel der Aufsplitterung oder Isolierung der Linkskräfte durchzusetzen. Im Gegenteil, der Anfang Januar d.J. mit der Gründung der Revolutionären Koordination (der mittlerweile auch das Revolutionäre Volksheer - ERP angehört) hergestellten Linkseinheit folgte im April d.J. mit der Konstituierung der Demokratisch-Revolutionären Front die Schaffung einer breiten Einheitsfront aller revolutionären und demokratischen Kräfte. Die Plattform der neuen Front stellt das nachfolgende Dokument der Revolutionären Koordination der Massen vor.

Seither haben die Auseinandersetzungen an Härte zugenommen. Der Norden des Landes, in dem Guerillaeinheiten Anfang April d.J. ein befreites Gebiet ausriefen, ist zu einem Schlachtfeld unter Einsatz von Panzern und Flugzeugen geworden. Bei der sog. „Operation Eiserne Zange“ werden die Gebiete nahe der Grenze zu Honduras von Süden her aufgerollt. Daß Honduras eine Teilmobilisierung für die Armee angeordnet und Truppen an der Grenze postiert hat, wo sie die flüchtende Landbevölkerung in die Arme der salvadorianischen Armee zurücktreiben, kommt einer Intervention gleich. Dies ist der direkte Ausfluß von Geheimbesprechungen zwischen hohen Militärs aus Guatemala, Honduras und El Salvador Anfang Mai d.J. bei denen gemeinsame militärische Aktionen gegen die revolutionären Bewegungen beraten wurden.

Aufruf der Revolutionären Koordination der Massen Es lebe die Demokratisch- Revolutionäre Front!

LP-28

BPR

UDN

FAPU



U.D.N.



**Coordinadora Revolucionaria
de Masas
C.R.M**

Die Revolutionäre Koordination der Massen (CRM), gebildet aus den Volksligen 28. Februar (LP-28), dem Revolutionären Volksblock (BPR), der Partei der Nationaldemokratischen Union (UDN) und der Front der Einheitlichen Volksaktion (FAPU), begrüßt mit großer revolutionärer Begeisterung die Gründung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR).

Die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) setzt sich aus den revolutionären, demokratischen und fortschrittlichen Kräften des Landes zusammen, die zu dem Schluß gelangt sind, daß die einzige Möglichkeit, unser Volk auf dem Weg des sozialen Fortschritts, der Demokratie und der Gerechtigkeit voranzubringen, die Errichtung einer demokratisch-revolutionären Regierung ist, einer zuverlässigen Vertretung des salvadorianischen Volkes, einer Regierung, an der notwendigerweise die Sektoren der kleinen und mittleren Unternehmen beteiligt sein müssen, die Intellektuellen und

fortschrittlichen Berufstätigen, Studentenorganisationen, Gewerkschaftsverbände, Berufsverbände, universitären Einrichtungen, politischen Parteien und Volksorganisationen. Die Bildung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) stellt einen bedeutenden Schritt im Einigungsprozeß der demokratischen, antioligarchischen und antiimperialistischen Kräfte dar, die gemeinsam mit dem salvadorianischen Volk die Politik der „Reformen mit Repression“ ablehnen und verurteilen, welche der Imperialismus über die christdemokratische Führung und die faschistischen Soldaten des Heeres betreibt.

Die Revolutionäre Koordination der Massen (CRM) ruft das salvadorianische Volk und alle übrigen demokratischen Organisationen und Körperschaften sowie alle ehrbaren zivilen und militärischen Personen auf, die Demokratisch-Revolutionäre Front zu stärken und dafür zu kämpfen, das Programm der Demokratisch-Revolutionären Regierung zu realisieren, das von der Revolutionären Koordination der Massen vorgeschlagen wurde.

Unser Aufruf richtet sich an alle Regierungen und Völker der Welt, damit sie sich mit der Demokratisch-Revolutionären Front und ihrem politischen Plan für die Zukunft des Landes solidarisieren und sie unterstützen.

Der Demokratisch-Revolutionären Front gehören folgende Organisationen an: Revolutionäre Koordination der Massen (CRM), Allgemeine Vereinigung der Salvadorianischen Studenten (AGEUS), Vereinigung Salvadorianischer Busunter-

nehmer (AEAS), Nationale Gewerkschaftsföderation Salvadorianischer Arbeiter (FENASTRAS), Gewerkschaftsföderation der Industriearbeiter der Zweige Nahrungsmittel, Bekleidung, Textilien und ähnliches und Elektrizität (FESTIAVTSCES), Revolutionäre Gewerkschaftsföderation (FSR), Verband der Kleinunternehmen (FENAPES), Gewerkschaftlicher Einheitsverband El Salvadors (FUSS), Unabhängige Bewegung Berufstätiger und fortschrittlicher Techniker El Salvadors (MIPTES), Bewegung der Volksbefreiung (MLP), National-Revolutionäre Bewegung (MNR), Sozial-Christliche Bewegung (MSC), Gewerkschaft der Arbeiter der Salvadorianischen Sozialversicherungsinstitution (STISS), Gewerkschaft der Arbeiter der Vereinten Industrien von Aktiengesellschaften (STIUSA), Mittelamerikanische Universität „Jose Simeon Canas“ (UCA) und Universität El Salvadors (UES).

Es lebe die Demokratisch-Revolutionäre Front!

Für die Erringung der Demokratisch-Revolutionären Regierung!

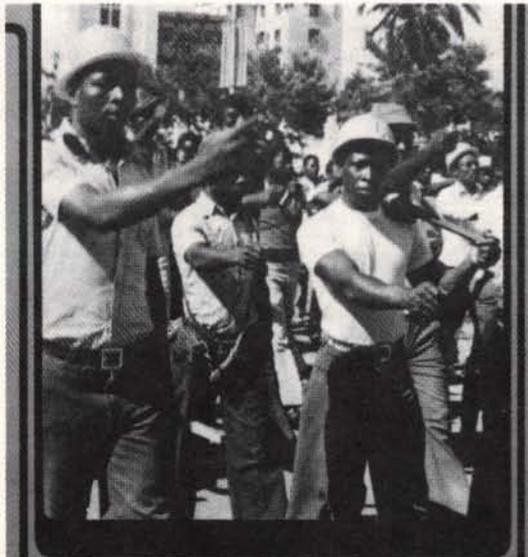
Es lebe die Einheit der demokratischen und revolutionären Kräfte!

San Salvador, 18. April 1980

LP-28, BPR, UDN, FAPU

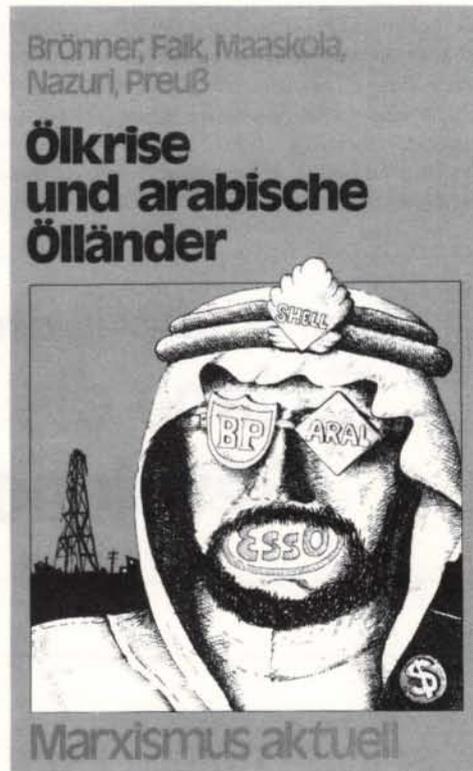
Revolutionäre Koordination der Massen (CRM)

(Quelle: Flugschrift VIVA EL FRENTE DEMOCRATICO REVOLUCIONARIO F.D.R., San Salvador, 18.4.1980)



G.B. Staruschenko **Sozialistische Orientierung in Entwicklungsländern**

G. B. Staruschenko
Die sozialistische Orientierung der Entwicklungsländer
156 Seiten, Broschur, 8,- DM



Wolfram Brönner u. a.
Ölkrise und arabische Ölländer
194 Seiten, Taschenbuch, 11,80 DM

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (06 11) 57 10 51

Verlag Marxistische Blätter

Die Neue
TAGESZEITUNG

Keine Schublade paßt

***Links,
unabhängig,
aber freilich
parteilich**



Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Senden Sie uns einfach folgenden Coupon oder eine Postkarte. Name und Adresse nicht vergessen.

Ich bestelle die NEUE unverbindlich eine Woche zur Probe.

Name Straße

Ort Unterschrift

an: DIE NEUE Abt. W/ 66
Oranienburger Str. 170/172, 1000 Berlin 26

Vor dem Hintergrund des wachsenden Widerstandes gegen das südafrikanische Rassistenregime (vgl. AIB, Nr. 6/1980 sowie AIB-Aktuell in diesem Heft) wandte sich der seit 16 Jahren auf der KZ-Insel Robben Island inhaftierte Nelson Mandela an die Öffentlichkeit. Dieser Brief des Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses, dessen als hektographierte Übersetzung verbreitete Fassung wir in vollem Wortlaut dokumentieren, gelangte kurz vor dem vierten Jahrestag von Soweto aus der Haft nach draußen. Anlässlich des Jahrestages dieses Massakers der südafrikanischen Polizei (16. Juni 1976) fanden in vielen Städten Südafrikas Gedächtniskundgebungen statt; in Kapstadt traten 3/4 der schwarzen und „farbigen“ Arbeiter in einen Solidaritätsstreik. Der Streik der „farbigen“ Schülerinnern und Schüler – unterstützt von ihren Eltern und Lehrer – geht in den dritten Monat. Zwei Wochen lang wurden von den Erwachsenen die Busse wegen einer Anhebung der Preise boykottiert. Die Welle der Streiks in den Betrieben konzentrierte sich ab Mitte Juni 1980 auf den Ort Uitenhage und die dort ansässigen Automobilindustriebetriebe. VW Südafrika schloß nach dem Ausstand seiner 3.500 schwarzen Arbeiter, Ford Cortina folgte kurz darauf, eine Goodyear-Fabrik wurde vom Streik ihrer 1.300 schwarzen Arbeiter lahmgelegt – insgesamt sieben Betriebe. Die Unternehmer, so hieß es z.B. in der Financial Times am 20. Juni d.J., seien der Ansicht, daß es neben den ökonomischen Gründen politische Zusammenhänge mit Streiks anderswo gäbe.

Besorgnis beherrscht die Kommentare des Kapitals und seiner Gazetten – während das Regime und seine Schergen auf die sich um Kapstadt konzentrierenden Demonstrationen vor allem der „Farbigen“, unterstützt von Indern und Afrikanern, mit einem neuen Massaker reagierte. 42 Ermordete und mindestens 200 Verletzte registrierten Journalisten; 260 Schulkinder wurden bei Johannesburg verhaftet; tagelang glichen die Vorortgettos der „Farbigen“ um Kapstadt belagerten Städten. Die Zweifel an der Durchhaltepolitik des Regimes und seiner Eskalation des Terrors nehmen indessen zu. „Diese Schüler argumentieren mit Begriffen des Klassenkampfes, nicht den vagen Gedanken des 'Black Consciousness' ('Schwarzes Selbstbewußtsein')". Das könnte eine bedenkliche Entwicklung anzeigen“, zitiert die Financial Times vom 19. Juni d.J. „einen Geschäftsmann“, um einen Tag später selbst zu kommentieren: „Letztlich jedoch funktioniert Unterdrückung nicht. Vielmehr ist sie vermutlich der sicherste Weg 'Sturm zu ernten'“. Nelson Mandelas Aufruf aus der Haft an die unterdrückten Massen Südafrikas ist in dieser Situation ein Signal, den Kampf zu verstärken.

Brief Nelson Mandelas aus dem Gefängnis

... die sollen auch durch das Gewehr verschwinden



Nelson Mandela 1964 vor Gericht

Das Gewehr hat eine wichtige Rolle in unserer Geschichte gespielt. Der Widerstand des schwarzen Mannes gegen das koloniale Eindringen der Weißen wurde mit dem Gewehr unterdrückt!

Unser Kampf, uns selbst von weißer Herrschaft zu befreien, wird mit Waffengewalt in Schach gehalten. Von der Eroberung an bis heute ist die Geschichte die gleiche geblieben. Ein weißes Regime nach dem anderen hat wiederholt unbewaffnete, wehrlose Schwarze niedergemetzelt. Und wo auch immer und wann auch immer sie ihre Gewehre gezogen haben, probierten sie die Grausamkeit ihrer Feuersalven am afrikanischen Volk aus.

Apartheid ist die Verkörperung des Rassismus, der Unterdrückung und Unmenschlichkeit aller vergangenen weißen Herrschaftsregimes. Um das wirkliche Gesicht der Apartheid zu erkennen, müssen wir unter den Schleier von Verfassungsformeln, trügerischen Phrasen und Wortspielereien sehen.

Das Säbelrasseln und das Geratter von gepanzerten Fahrzeugen haben wieder einmal den Schleier gelüftet.

Überall in unserem Land, in schwarzen Vorstadtgettos haben die rassistische Armee und Polizei einen Kugelhagel losgelassen und Hunderte von schwarzen Männern, Frauen und Kindern getötet und verstümmelt.

Die Zahl der Todesopfer und der Verletzten überschreitet bereits die aller vergangenen Massaker, die von diesem Regime getragen wurden.

Apartheid ist die Herrschaft des Gewehres und des Henkers.

Das gepanzerte Fahrzeug, das FN-Gewehr und der Galgen sind seine wahren Symbole. Sie bleiben der einfachste Ausweg, die stets greifbare Lösung der rasse-tollen Herrscher Südafrikas.

Inmitten der gegenwärtigen Krise, während unsere Leute die Toten und die Krankenschwestern die Verletzten zählen, fragen sie sich selber: Was liegt vor uns? Von unseren Beherrschern können wir nichts erwarten. Sie sind diejenigen, die Befehle an den Soldaten geben, der über seinem Gewehr kaut; es ist ihr Geist, der den Finger am Abdrücker spielen läßt.

Vage Versprechungen, Pfschereien an der Apartheidmaschine, Frisieren an der Verfassung, massive Verhaftungen und Inhaftierungen Seite an Seite mit neu aufgeputzten Ouvertüren, die darauf abzielen, die Einheit von uns Schwarzen zu schwächen und zu vereiteln und die Kräfte für Veränderung zu spalten – das sind die festgefahrenen Pfade, auf denen sie sich bewegen werden.

Denn sie sind weder fähig noch bereit, den Urteilspruch der Masse unseres Volkes zu beachten. Dieser Urteilspruch ist klar und deutlich: Apartheid hat versagt. Unser Volk bleibt eindeutig bei seiner Ablehnung. Die Jungen und die Alten, Eltern und Kind, alle weisen sie zurück.

In der vordersten Front der 1976/77er Unruhwelle waren Studenten und Jugendliche. Sie kamen von den Universitäten, höheren Schulen und sogar Grundschulen. Sie sind eine Generation, deren ganze Erziehung dem teuflischen Plan der Rassisten unterstand, die Köpfe unserer Kinder vergiften und sie durch Gehirnwäsche zu gefügigen Untertanen der Apartheidherrschaft zu machen.

Aber nach mehr als 20 Jahren Bantuerziehung ist der Kreis geschlossen, und nichts zeigt den schieren Bankrott von Apartheid deutlicher als die Revolte unserer Jugend. Die Übel, die Grausamkeit und die Unmenschlichkeit der Apartheid sind von Beginn an da gewesen.

Und alle Schwarzen – Afrikaner, Farbige und Inder – haben auf der ganzen Linie dagegen Widerstand geleistet. Jetzt ist unmißverständlich klar, die gegenwärtige Unruhwelle hat es ganz scharf herausgestrichen: Trotz aller Schaufensterstaffagen und allen sanften Geredes ist die Apartheid untragbar geworden.

Dieses Bewußtsein reicht über die Eigentümlichkeiten unserer Versklavung hinaus und weist weit darüber hinaus. Diese Wahrheit läßt sich nachprüfen an der Erkenntnis unseres Volkes, daß unter Apartheid unser Leben, individuell und kollektiv, nichts zählt. Wir stehen einem Feind gegenüber, der tief verwurzelt ist, einem Feind, der sich verschanzt hat und fest entschlossen ist, nicht nachzugeben. Unser Freiheitsmarsch ist lang und schwierig.

Die Revolte unserer Jugend

Aber innerhalb und außerhalb unserer Grenzen gedeihen leuchtend die Aussichten auf unseren Sieg.

Die erste Bedingung für Sieg ist schwarze Einheit. Jede Bemühung, die Schwarzen zu spalten, zu umwerben und eine Gruppe Schwarzer gegen eine andere auszuspielen, muß nachdrücklich zurückgewiesen werden. Unser Volk – Afrikaner, Inder, Farbige und demokratische Weiße – muß zu einer einzigen massiven und festen Widerstandswand vereint sein, zu vereinter Massenaktion. Unser Kampf wird immer härter.

Es ist jetzt nicht die Zeit für den Luxus von Spaltung und Uneinigkeit. Auf allen Ebenen und bei jedem Schritt in unserem Leben müssen wir die Reihen schließen. Innerhalb der Schichten des Volkes müssen die Unterschiede übertönt werden, um ein einziges Ziel zu erreichen: die vollkommene



Juni 1980: Straßenkämpfe in Kapstadt

Beseitigung von Apartheid und Rassenherrschaft.

Die heftige Reaktion der Welt gegen die Apartheid wächst, und die Front der weißen Vorherrschaft wird kleiner. Mocambique und Angola sind frei, und der Befreiungskampf in Namibia und Zimbabwe gewinnt an Kraft. Die Erde unseres Landes ist vorgesehen als Terrain für den heftigsten Kampf und die härtesten Schlachten, damit unser Kontinent die letzten Fesseln der weißen Minderheitsherrschaft abwerfen wird.

Die Welt ist auf unserer Seite. Die OUA (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.), die Vereinten Nationen und die Anti-Apartheidbewegung machen weiter Druck auf die rassistischen Herrscher unseres Landes.

Jede Bemühung, Südafrika zu isolieren, stärkt unseren Kampf. Auf allen Ebenen unseres Kampfes, innerhalb und außerhalb des Landes, ist viel erreicht worden, und viel bleibt zu tun. Aber der Sieg ist uns sicher!

Wir, die wir in den grauen Gefängniswänden des Pretoria-Regimes eingesperrt sind, wenden uns nach draußen unserem Volk zu. Mit Euch zählen wir diejenigen, die mit Hilfe des Gewehrs und der Henkerschlinge vernichtet wurden.

Wir grüßen Euch alle, die Lebenden, die Verletzten und die Toten, denn Ihr habt es gewagt, Euch gegen die Tyrannemacht zu erheben. Ja selbst, wo wir uns vor ihren Gräbern verbeugen, erinnern wir uns daran: Die Toten leben als Märtyrer in unseren Herzen und Gedanken weiter, als Tadel unserer Uneinigkeit und Geisel von Versäumnissen, die Spaltungen unter den Unterdrückten begleiten, als Sporen für unsere Anstrengungen, unsere Reihen zu schließen und als Mahnung dafür, daß es die Freiheit unseres Volkes noch zu gewinnen gilt.

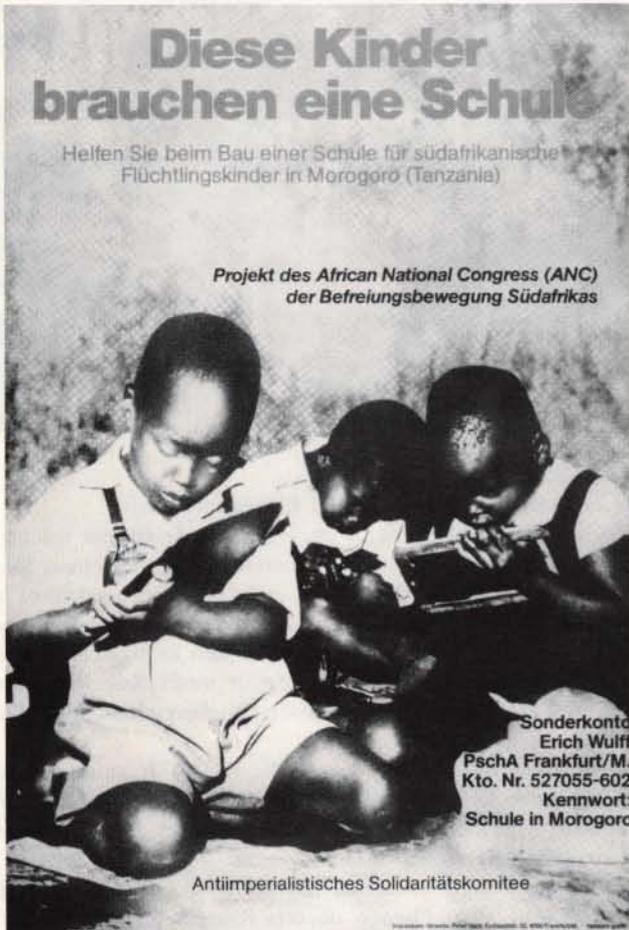
Wir blicken vertrauensvoll in die Zukunft. Denn die Gewehre, die der Apartheid dienen, sind nicht unbesiegbar. Die vom Gewehr leben, sollen durch das Gewehr verschwinden!

VEREINT EUCH! MOBILISIERT! KÄMPFT WEITER!

Zwischen dem Amboß vereinter Massenaktion und dem Hammer des bewaffneten Kampfes werden wir die Apartheid und die weiße rassistische Minderheitsherrschaft zermalmen!

Amandla Ngawethu! Maatla Ke A Rona!
(= Alle Macht dem Volke!)

ANC-Freiheitsschule für Morogoro



Am 7. Mai 1979 begann unter behelfsmäßigen Bedingungen der Unterricht für rund drei Dutzend Kinder und Jugendliche aus Südafrika in der „Solomon-Mahlangu-Freedom-School“ des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) bei Morogoro in Tansania (vgl. AIB, Nr. 9/1979). Materielle Mängel, eine noch unzureichende Zahl von Lehrern, Versorgungsschwierigkeiten konnten jedoch die Initiative, den aus Südafrika geflohenen schwarzen Schulkindern und Heranwachsenden eine Ausbildung zu vermitteln, nicht aufhalten. Zum Teil dank internationaler Hilfe (z.B. der schwedischen Hilfsorganisation SIDA, aber auch des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees – ASK) konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden, allerdings erhöhte sich auch die Zahl der zu betreuenden Schüler.

200 Schülerinnen im Alter von 9 bis 32 Jahren nehmen z.Zt. an den Unterrichtskursen teil; über 300 warten allein in Lesotho und der sambischen Hauptstadt Lusaka auf Unterkunfts- und Unterrichtsplätze. Von inzwischen 12 Lehrern werden sie in Schulfächern wie Englisch, Mathematik, Geschichte, mehreren naturwissenschaftlichen und technischen Fächern sowie der Entwicklung der Gesellschaften unterwiesen. Jeder Lernende erhält zusätzliche Unterrichtung in einem technischen Beruf (z.B. Elektriker) sowie in einer kaufmännischen Sparte. Auf kleinen Par-

zellen betreiben alle Schülerinnen und Schüler den Anbau von Gemüse oder anderen pflanzlichen Grundnahrungsmitteln. Es ist eine Erziehung, welche der Vielseitigkeit allgemein und der Aufhebung einer strikten Trennung von Hand- und Kopfarbeit den Vorzug gibt, eine Erziehung von Teilnehmern am revolutionären Befreiungskampf, dessen Aufschwung in Südafrika täglich mehr Jugendliche ins Ausland zum ANC gelangen läßt.

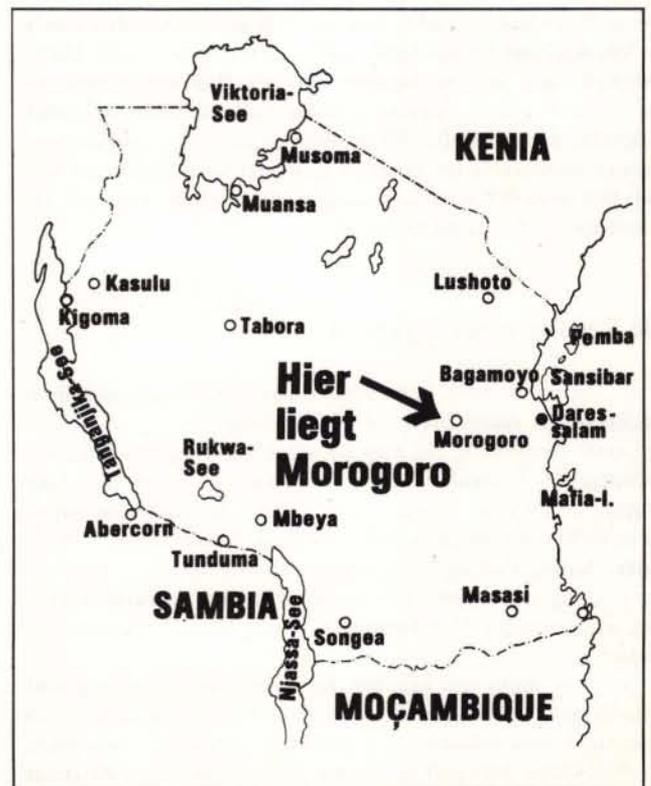
Der weitere Ausbau des Projekts hat nach wie vor mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen; zum Teil blieben zugesagte Gelder aus; auf der anderen Seite fehlt es vor allem an Fachlehrern für handwerkliche Berufe (etwa Schlosser oder Dreher), desgleichen an Unterrichtsmaterialien, Ausrüstungen für die notwendigen Verwaltungsarbeiten usw.

Neben konkreter derartiger Unterstützung bedeutet dies vor allem finanzielle Hilfe für den Ausbau der nach dem vom Rassistenregime ermordeten 21jährigen Befreiungskämpfer Solomon Mahlangu benannten Schule.

Helfen Sie beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder!

Spenden Sie für die Schule des ANC in Morogoro!

**Sonderkonto Prof. Erich Wulff
527055-602 PschA Frankfurt/M.
Kennwort „Schule in Morogoro“**



Ludger Schmitz Zurück zur Zivilherrschaft



1966 gestürzter Präsident Nkrumah

Als die Militärs am 24. September 1979 die politische Macht an eine gewählte Regierung unter der Leitung von Dr. Hilla Limann übergaben, warnte Jerry Rawlings, damaliger Vorsitzender des Revolutionsrates der Streitkräfte (AFRC): „Sollten die Personen an der Macht ihre Ämter zur Verfolgung eigener Interessen benutzen, werden sie auf Widerstand stoßen und des Amtes enthoben werden.“¹ Nach einem 3/4 Jahr ziviler Regierung sind die Kennzeichen vergangener Regimes wieder sichtbar: ökonomischer Niedergang, Druck auf die Arbeiterbewegung, Schmuggel, Schwarzmarktgeschäfte und Korruption. Neu ist lediglich die ständige Bezugnahme der regierenden Nationalen Volkspartei (PNP) auf einen nebulösen „Nkrumahismus“.

Die Referenz gilt Kwame Nkrumah, unter dessen Führung Ghana als erstes schwarzafrikanisches Land am 6.3.1957 die Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus errungen hatte. K. Nkrumahs Politik des aktiven Neutralismus machte Ghana zu einem wesentlichen Rückhalt der Befreiungsbewegungen afrikanischer Länder. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) im Jahre 1963.

Die gesellschaftliche Konzeption K. Nkrumahs zielte darauf, den Einfluß des nationalen und internationalen Kapitals durch Förderung der Kleinbauern, staatliche Steuerung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und Aufbau einer nationalen Industrie zu vermindern. Ankauf und Verkauf von Kakao wurden Staatsmonopol, genossenschaftliche Zusammenschlüsse der Kleinbauern wurden gefördert und erste Staatsfarmen errichtet. Anfang der 60er Jahre wurde der Staatssektor ausgeweitet und führte die Regierung Nkrumah planwirtschaftliche Wirtschaftslenkung, strikte Importkontrollen und verstärkte Investitionen in industrielle Großprojekte ein, ohne allerdings die Besitz- und Produktionsverhältnisse von Grund auf zu ändern. Zum Scheitern K. Nkrumahs trugen neben einer zögernden Haltung gegenüber dem Kapital und der ungenügenden Massenmobilisierung ein Wirtschaftsboykott der Westmächte (USA, Großbritannien, BRD u.a.) sowie ein massiver Widerstand der entprivilegierten Stammesführer und Bourgeoisie bei. Ferner isolierten sich K. Nkrumah und seine Volks-Sammelungs-Partei (CPP) durch autoritäre Regierungsmaßnahmen, Ämterpatronage und Korruption. Als am 24.1.1966, nicht ohne Zutun imperialistischer Mächte, die Armee putschte, stieß sie auf keinen größeren Widerstand.

Reprivatisierungen und Liberalisierung des Außenhandels durch den Nationalen Befreiungsrat (NLC) unter den Militärs Afrifa, Ankrah und Harley wurden prompt durch großzügige wirtschaftliche Unterstützung seitens der USA, Großbritanniens und der BRD honoriert.² Die zudem gestiegenen Kakaopreise gewährten eine stabile ökonomische und soziale Entwicklung, so daß im August 1969 durch die Übergabe der Macht an die strikt prowestliche Fortschrittspartei (PP) unter Kofi Busia wieder formal demokratische Verhältnisse hergestellt wurden. Die Unfähigkeit dieser Regierung, die Verschlechterung der ökonomischen Lage zu verhindern und sich gegen Massenaktionen der Bevölkerung für die Verbesserung der Lebensbedingungen zu halten, führten schon am 13.1.1972 zum Putsch des Nationalen Erlösungsrates (NRC) junger Offiziere unter I. Acheampong.

Trotz einiger populärer Maßnahmen wie der Wiederzulassung der Einheitsgewerkschaft TUC traf das neue Regime sehr bald auf Widerstand der Bevölkerung, deren Existenzgrundlage sich durch das rapide Ansteigen der Nahrungsmittelpreise verschlechterte. Neben ghanesischen und ausländischen Unternehmern prosperierte lediglich die herrschende Militärclique, die es verstand, sich durch Korruption, Schwarzmarkt-Spekulation und Schmuggel von Kakao in die Nachbarländer schnell zu bereichern.

Die wachsende Gegenwehr des Volkes gegen eine verschärfte Repression führte am 5.7.1978 zur Ablösung Acheampongs durch General Fred Akuffo, der Anfang 1979 politische Parteien wieder zuließ und für den folgenden Juni Wahlen ankündigte. Dessen ungeachtet trieb die neue Clique Korruption, Schmuggel und Mißwirtschaft auf die Spitze. Die Inflationsrate stieg auf jährlich über 400%.

Neuerungsansätze unter Jerry Rawlings

Seit Anfang 1979 wuchs gegen die korrupte und unfähige Führung auch innerhalb der Armee der Widerstand mittlerer und unterer Dienstgrade, dessen populärste Persönlichkeit der Leutnant der Luftwaffe Jerry J. Rawlings wurde.

Am 4.6.1979 putschten Teile der Armee, und ein Revolutionsrat der Streitkräfte (AFRC) übernahm die Entscheidungsgewalt.³ Sein Vorsitzender wurde Jerry Rawlings, Sprecher war Hauptmann Boakye Djan, der wichtigste Organisator des Putsches.

Die ersten Maßnahmen des AFRC waren die Freilassung politischer Gefangener, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Vorbereitung von Prozessen (PIT, Pre-Trial Interrogation Team) gegen korrupte Militärs und Zivilisten, die Lancierung einer nationalen Säuberungskampagne, das Ankündigen der Nichtbehinderung der Wahlen und der Übergabe der politischen Macht an eine Zivilregierung innerhalb von 4 Monaten. Acheampong, Akuffo, Afrifa und andere Spitzen vorheriger Militärregierungen wurden festgenommen und nach z.T. öffentlichen Tribunalen wegen Korruption, Schmuggel und Amtsmissbrauch hingerichtet.

Die nationale Säuberungskampagne wurde innerhalb kürzester Zeit ein großer Erfolg und fand gerade wegen der kompromißlosen Vorgehensweise der Militärs breite Unterstützung im Volk.⁴ Innerhalb weniger Wochen wurden einige hundert Mio Cedis nicht bezahlter Steuern eingetrieben, fast

100 höhere Offiziere und Geschäftsleute wurden wegen Korruption, Schwarzmarkthandels und Schmuggels vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Einhaltung der vom AFRC verordneten Preissenkungen für Grundnahrungsmittel wurde effektiv überwacht, Preistreiber wurden festgenommen. Illegale Warenlager der Spekulanten und Schwarzhändler wurden ausgehoben, die Waren requiriert oder vernichtet. Als Akkras „market mammals“ (Marktfrauen) sich weigerten, gehortete Waren zu den festgesetzten Niedrigpreisen zu verkaufen, wurde kurzerhand die Markthalle samt Waren in die Luft gesprengt.⁵

Bei der Untersuchung dieser Preistreiberereien ging man zwar den Hinweisen der Marktfrauen und vorgelagerter Zwischenhändler nach, nicht sie sondern hohe Ankaufs- und Transportkosten würden die hohen Verkaufspreise verursachen, zog daraus aber nicht den Schluß, einschneidende Veränderungen zumindest im Verteilungssektor durchzuführen. So weitgehende politische und ökonomische Maßnahmen wurden zum einen dadurch verhindert, daß Nigeria, Lieferant von 80% des von Ghana importierten Öls, durch die Sperung aller Zufuhren eine Bremsung der nationalen Säuberungskampagne und den Stopp der Verfolgung von Wirtschaftsverbrechen vergangener Jahre erpreßte. Der AFRC glaubte in dieser Situation den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft „unter allen Umständen“ verhindern zu müssen. Die weitere Ursache für die Nichtfestlegung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung Ghanas durch den AFRC lag in der Breite der von seinen Mitgliedern vertretenen politischen und ideologischen Positionen und in der Paralyisierung seiner Arbeit durch Gegensätze zwischen einzelnen Personen und Gruppen. Es existierte keine politische Plattform im Revolutionsrat. Es fanden z.T. heftige Auseinandersetzungen zwischen Boakye Djan und Jerry Rawlings, aber auch unter weiteren Mitgliedern des Rates statt über Kompetenzbereiche, über die Behandlung führender Mitglieder des alten Regimes, die Verfolgung von zivilen Kollaborateuren dieser Regierungen und den Zeitpunkt der Übergabe der Macht an eine Zivilregierung.⁶



Leutnant J. J. Rawlings (l.) und Präsident H. Limann

J. Rawlings lehnte z.B. Boakye Djans Vorschlag ab, die ideologischen Ziele der Revolution in einem Manifest fortschrittlichen Charakters für den AFRC und die zukünftige zivile Verwaltung verbindlich festzulegen. Die Auseinandersetzungen gingen bis zu gegenseitigen Verdächtigungen putschistischer Ambitionen.

Die Korruptierbarkeit einzelner Mitglieder des Revolutionsrats untergrub die Effektivität der Untersuchungen des PIT und ermöglichte es Angeklagten, sich einer Verurteilung zu entziehen. Schließlich wurde das PIT aufgelöst. Eigenmächtige Beschlüsse und Amtsanmaßungen einzelner AFRC-Mitglieder torpedierten die Arbeit des Rates und konnten ihn in Teilen der Öffentlichkeit diskreditieren.

Derart durch interne Querelen geschwächt, konnte sich der Revolutionsrat mit seiner mehrheitlichen Meinung, die Wahlen zwecks Reorganisation der staatlichen Institutionen zu verschieben, nicht gegen die Forderungen der zivilen Politiker nach unverzüglicher Übergabe der Regierungsgewalt durchsetzen.

Parteienvielfalt bei den Wahlen 1979

Sechs Parteien waren zu den Parlamentswahlen vom 18.6.1979 und ihre Spitzenkandidaten zu den gleichzeitig abgehaltenen Präsidentschaftswahlen zugelassen worden:⁷

- Die Nationale Volkspartei (PNP) unter Dr. H. Limann beansprucht für sich das Erbe K. Nkrumahs und seiner CPP. In ihrem Manifest tritt die PNP ein für afrikanische Einheit und nationalen Wiederaufbau, für völlige Gleichberechtigung der Bürger, für das Recht auf Arbeit und gerechte Entlohnung sowie für eine „Agrar-Revolution“. Das Prinzip des positiven Neutralismus und der Nichtpaktgebundenheit solle seinen Niederschlag finden im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Apartheid. Die Wirtschaft solle basieren auf staatlichen, kooperativen, privaten und gemischten Unternehmen bei Nichtantastung ausländischer Interessen. Das Wort Sozialismus wurde noch kurz vor der Wahl aus dem Programm gestrichen.

- Für die Volksfrontpartei (FPF) kandidierte Victor Owusu, der schon unter K. Nkrumah in der Opposition war. Die FPF bezieht sich auf die Fortschrittspartei K. Busias. Sie vertritt in ihrem Programm die Interessen der ausländischen Monopole und der mit ihnen verbundenen einheimischen Unternehmer. Im Wahlkampf propagierte man eine enge Anlehnung an den Westen und die „Freunde Ghanas“ (V. Owusu), den Weltwährungsfonds (IMF), die EG und die Weltbank.

- Die Vereinigte National-Konvention (UNC), geführt von „Paa Willie“ Ofori-Atta, einem ehemaligen Minister des Busia-Regimes, sah ihre Hauptaufgabe in der Verhinderung der Polarisierung und gegenseitigen Paralyisierung zweier Parteien wie in der vergangenen 1. und 2. Republik unter K. Nkrumah und K. Busia.

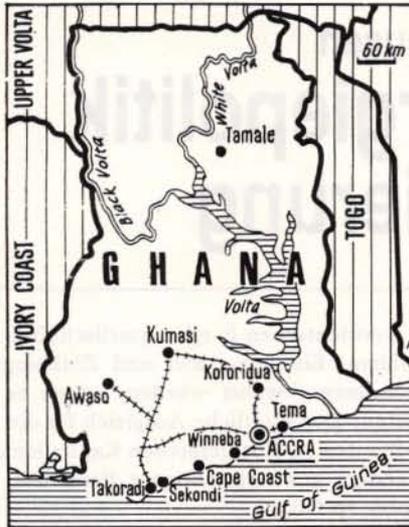
- Leutnant Frank Bernaskos Aktionskongreßpartei (ACP) versuchte sich mit einem Programm, dessen zentrales Anliegen die Säuberung der politischen Führung war, als nationalistische Partei für die ärmsten Volksschichten zu profitieren.

- Die Sozialdemokratische Front (SDF) unter der Führung von Ibrahim Mahama forderte eine „gerechte, radikale und sozialistische Gesellschaft, frei vom Einfluß korrupter alter Politiker“.⁸ Die SDF wurde auf Betreiben von Gewerkschaftsbasis und -führung durch eine Vereinigung der Nationaldemokratischen Front (NDF) unter E.V.C. de Graft Johnson und der Sozialdemokraten (SD) unter A. Abubakar Alhassan gegründet und von ihr unterstützt. Ihre politischen Ziele orientieren sich an einigen sozialistischen Prinzipien K. Nkrumahs: Annahme von ausländischen Investitionen bei sozialistischer Kontrolle der gesamten Wirtschaft, Panafrikanismus, Unterstützung der Befreiungsbewegungen und konsequente positive Nichtpaktgebundenheit.

- Desweiteren kandidierten einige Unabhängige für Parlamentssitze und die Präsidentschaft sowie die unbedeutende Dritte Kraft Partei (TFP) von Dr. John Bilson.

Der Wahlkampf und die Wahlen wurden vom Militär nicht behindert. Dennoch kann das Wahlergebnis kaum als repräsentativ bezeichnet werden: So versprach die PNP in der Region Volta im Osten des Landes 15 Cedis pro Stimme (1 1/2 Tageslöhne), und die Wahlbeteiligung lag nur bei knapp 30%. Die PNP erreichte 71 Parlamentssitze, die FPF 42, die UNC 13 und die ACP 10. 3 Sitze fielen der SDF zu,

Ghana-Daten



Territorium und Bevölkerung: 238.537 qkm (fast gleichgroß wie die Bundesrepublik); etwa 11 Mio Einwohner, wobei Aschanti und Fanti (Akan-Gruppe) im Süden, die Ewe im Südosten, die Gonya in der Zentralregion sowie die Dagomba und Mamprusi (Volta-Familie) in Nord-Ghana die größten Bevölkerungsgruppen darstellen. Über 60% der Ghanesen sind Analphabeten.

Religion: 40% der Bevölkerung sind Christen, 12% Moslems (v.a. im Norden), der Rest Anhänger von Naturreligionen.

Sprachen: Bei über 75 lokalen und Stammessprachen und -dialekten dient Englisch als Amtssprache.

Währung: Cedi; 1 Cedi = 0,7 DM (Stand Ende März 1980)

Wirtschaft: Der britische Kolonialismus hinterließ eine auf Abbau von Gold und Diamanten sowie auf Kakao-Monokultur ausgerichtete Agrarwirtschaft. Kakao ist unverändert Hauptprodukt und mit ca. 60% des Exports größter Devisenbringer. 55% der aktiven Erwerbsbevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, davon produziert die Hälfte ausschließlich oder hauptsächlich für den Eigenbedarf. Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt beträgt 51%, der der Industrie 19%. Große Vorkommen von Manganerzen und Bauxit sind noch weitgehend unerschlossen. Mit billigem Strom des Volta-Dammes produzieren US-Konzerne Aluminium, das 10% des Gesamtexportwertes ausmacht.

Geschichte:

- 1200 - 1600 Im Rahmen einer großen Einwanderungswelle Entstehung des Akan-Staates, Ashanti-Königreiche
- 1482 Errichtung des portugiesischen Forts in Elmina
Handelniederlassungen verschiedener europäischer Mächte
- 1874 Ghana wird von Großbritannien zur Kronkolonie Goldküste erklärt
- 1957 Unabhängigkeit von Großbritannien und Gründung der Republik Ghana
- 1966 Putsch des Militärs unter Afrifa und Ankrah
- 1969 Zivilregierung K. Busias
- 1972 Putsch durch General Acheampong
- 1978 Ablösung Acheampongs durch General Akuffo
- 1979 Putsch des Militärs, Einsetzung eines Revolutionsrates der Streitkräfte unter Vorsitz von Hauptmann Jerry Rawlings
Am 24.9. Übergabe der Macht an eine Zivilregierung unter Präsident H. Limann, seit dem Präsidialdemokratie mit gegenseitigen Vetorechten von Präsident und Parlament

und ein Unabhängiger zog ein.

Die Präsidentschaft wurde erst in einem zweiten Wahlgang von H. Limann gegen V. Owusu gewonnen. Schon am 24.9.1979 übergab J. Rawlings formell die Regierungsgewalt an Präsident H. Limann und seine Regierung, die durch ein Bündnis mit der UNC weitere Unterstützung fand.

An eine zivile Herrschaft gebunden?

Erst Ende November 1979 erschien das Regierungsprogramm.⁹ Laut diesem zielt die Politik zur Überwindung der katastrophalen Wirtschaftslage auf die Erhöhung der landwirtschaftlichen und Industrieproduktion. Durch Steigerung der Exporte und Importrestriktionen sollen die hohen Auslandsschulden abgebaut werden. Unterstützung dieser nationalen Ziele erhofft man sich durch Darlehen von IMF und Weltbank sowie durch die Schaffung günstiger Bedingungen für ausländische Investoren.

Die außenpolitische Programmatik entspricht dem Manifest der PNP (s.w.o.). Gleichzeitig mit der Ankündigung einer Überprüfung der Lohnpolitik wurden die Arbeiter zu Nichtgefährdung des „Arbeitsfriedens“ aufgerufen.

Äußerst zaudernd ging die Regierung an die Umsetzung ihres Programms, im ökonomischen Bereich zeichnet sich ihr Scheitern ab.¹⁰ Die Rohstoffproduktion sank im mineralischen und agrarischen Bereich, so daß wegen geringer Exporte der Devisenmangel hoch wie ehemals ist. Der Kakao-smuggel hat wieder beträchtliche Ausmaße angenommen. Löhne sind trotz einer Inflationsrate von 200% eingefroren. Bezugsscheine für subventionierte Nahrungsmittel und Artikel des täglichen Bedarfs sind ebenso wie Importlizenzen am einfachsten durch Bestechung zu erhalten und zu Gegenständen eines wieder blühenden Schwarzmarktes geworden. Durch die so gekennzeichnete allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen wächst der Unmut der Bevölkerung,

dem die Regierung durch verstärkten Druck zu begegnen versucht. So wurde mit der Einschränkung der Pressefreiheit gedroht. Seit Frühjahr d.J. wurden wiederholt Militärangehörige und Zivilisten wegen angeblicher Verschwörungen verhaftet. Alle wichtigen Mitglieder des AFRC wurden „zur Ausbildung“ in NATO-Staaten abkommandiert. Jerry Rawlings wurde auf Initiative H. Limanns aus der Armee entlassen.

Dennoch wurde gerade er wegen seiner großen Popularität einer der gefürchtetsten Gegner der Regierung. Massenkundgebungen begleiteten seine Auftritte im ganzen Land. Seine Diktion: „Ich bete zu Gott, daß eine Revolution, wenn es sie geben wird, nicht von den Streitkräften kommt. Ich denke die Ghanaer werden keine militärische Herrschaft mehr tolerieren. Ich glaube wir sind an zivile Herrschaft gebunden.“¹¹ Kein Wunder, daß ein großer Teil der Bevölkerung von ihm erwartet, daß er sich nach einem zivilen Aufstand an die Spitze der Regierung stellen möge.

Noch scheint J. Rawlings dafür die Zeit nicht reif zu sein, und er hält sich zurück: „Wenn ich eine politische Partei bilden möchte, könnte ich es; und ich würde wahrscheinlich diese Regierung zum Sturz bringen.“¹² Die Bewegung des 4. Juni ist nur unterbrochen.

Anmerkungen:

- 1) Ghana Bulletin, (hrsg. von Embassy of Ghana), Bonn, Nr. GB/10/79
- 2) Vgl. New African Yearbook 1980, London 1980, S. 146-155
- 3) Vgl. New African, London, März 1980
- 4) Vgl. New African Yearbook 1980, a.a.O.; Afrique Asie, Paris, Nr. 199/29.10.1979
- 5) Frankfurter Rundschau, 20.2.1980
- 6) Vgl. New African, a.a.O.
- 7) Vgl. Africa, London, März und Juni 1979; New African, Juni 1979
- 8) New African, Juni 1979, S. 11
- 9) Ghana Bulletin, o.J.
- 10) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.4.1980
- 11) International Herald Tribune, Zürich, 12./13.4.1980
- 12) Ebenda

Martin Meyer-Renschhausen

Rohstoff- und Energiepolitik der Bundesregierung

Die Bundesrepublik ist in hohem Maße von Rohstoffzufuhren abhängig. Am gravierendsten ist die Importabhängigkeit bei den mineralischen Rohstoffen, vor allem bei den NE-Metallen. Die BRD verbraucht hier rund 10% der Weltproduktion. Dem steht eine Inlandsförderung von lediglich 1% gegenüber (vor allem Eisenerz, Zink und Blei).

Weniger ausgeprägt ist sie auf dem Gebiet der Energierohstoffe (rund 60%). Im Gegensatz zu den mineralischen Rohstoffen ist der hohe Importanteil hier weniger ressourcenbedingt, als vielmehr ökonomisch begründet. Die Nutzung der enormen Steinkohlevorräte, die die BRD bis Mitte der 50er Jahre noch als Energie-Nettoexporteur auftreten ließ, wurde seitdem nahezu kontinuierlich verringert: gegenüber 151 Mio t 1956 betrug die Forderung 1977 nur noch 85 Mio t.

Im Interesse minimaler Energiekosten wurde stattdessen in wachsendem Maße auf importiertes Erdöl zurückgegriffen, das von den multinationalen Mineralölkonzernen aufgrund intensiver Ausbeutung der erdölreichen Entwicklungsländer reichlich und billig zur Verfügung stand (siehe Serie Ölkrise in: AIB, Nr. 3/1980 f.).

Eklatante Import-Abhängigkeit der BRD

Von Einfuhren unabhängig ist die BRD lediglich im Bereich der Steine und Erden (Kies, Tone, Quarz, usw.). Diese Rohstoffe bleiben bei den folgenden Betrachtungen ausgeklammert.¹

Neben die mengenmäßige Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft tritt ihre sog. strukturelle Abhängigkeit, die den geringen Grad an Verfügung über eigene Rohstoffvorkommen beschreibt.² Während die Raffinerie- und Hüttengesellschaften wichtiger Konkurrenzländer (USA, Kanada, Australien, Japan, Großbritannien) über erhebliche eigene Rohstoffvorkommen im In- und Ausland verfügen, trifft dies für die westdeutsche Industrie nicht zu. Die Verarbeitungsindustrien der BRD sind von Lieferungen der internationalen Mineralöl- und Bergbaukonzerne abhängig.

Beide Formen der Abhängigkeit waren so lange verhältnismäßig unproblematisch, wie das Weltmarktangebot an mineralischen Rohstoffen und Erdöl reichlich war. Dies war bis Ende der 60er Jahre der Fall. Der Abschluß von Lieferverträgen sowie die Tätigkeit von Einzelkäufen zu günstigen Konditionen war im wesentlichen problemlos. Eigene Investitionen zur Auffindung und Erschließung von Vorkommen im In- und Ausland erschienen als überflüssig. Die Aufteilung des Investitionsvolumens zwischen den extraktiven (rohstofffördernden) und den verarbeitenden Industrien war disproportional; die strukturelle Abhängigkeit der westdeutschen Industrie wurde auf diese Weise vertieft.

Angesichts der skizzierten Lage auf dem Weltmarkt für Rohstoffe und Energieträger – reichliches Angebot und niedrige Preise – erschien eine staatliche Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung als überflüssig.

Sofern den westdeutschen Bergbaugesellschaften im Bereich des Steinkohlen-, Eisenerz-, Blei und Zinkbergbaus staatliche Subventionen gewährt wurden, waren es sog. Überbrückungshilfen: Der staatliche Ausgleich für die Kapitalvernichtung sollte den in Not geratenen Kapitalien die Abwanderung in andere gewinnträchtigere Bereichen erleichtern (z.B. von Kohle zu Öl).

Auch bei der Förderung der Auslandstätigkeit (Exploration, Erwerb von Lagerstätten) westdeutscher Mineralölunternehmen durch das Rohöl-Basisprogramm des Jahres 1969 waren Gesichtspunkte der Versorgungssicherheit von untergeordneter Bedeutung. Im Vordergrund standen wettbewerbspolitische Gesichtspunkte.

Mit Hilfe des Zugangs zu eigenen Rohölquellen sollte den enormen Konkurrenznachteilen, die die westdeutschen Mineralölunternehmen gegenüber den multinationalen Konzernen besaßen, entgegengewirkt und eine völlige Monopolisierung des westdeutschen Mineralölmarktes durch die angloamerikanischen Konzerne verhindert werden. Der Kern der Wettbewerbsnachteile bestand darin, daß die multinationalen Konzerne hohe Gewinne auf der Förderstufe erzielten und in der Lage waren, Verluste, die aufgrund der Überangebotssituation auf der Vertriebsstufe anfielen, auszugleichen (interne Subventionierung), während dies für die westdeutschen Unternehmen nicht bzw. nur aus anderen Verarbeitungsbereichen (z.B. Chemie) möglich war.

Die Notwendigkeit einer staatlichen Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung stellte sich erst nach 1970, vor allem seit dem Ausbruch der sog. Ölkrise im Jahre 1973.

Zum einen zeichnete sich mit Beginn der 70er Jahre eine Änderung der bisherigen Angebot-Nachfrage-Relation auf dem Weltmarkt für Rohstoffe und Energieträger ab: die Nachfrage überstieg das Angebot. Die Ursachen hierfür waren

- der synchrone Konjunkturaufschwung in nahezu allen kapitalistischen Staaten (Rohstoffboom),

- die unzureichenden Bergbauinvestitionen während der 60er Jahre sowie

- die rasch anwachsenden Ölimporte der USA.

Zum anderen zeigten die Bestrebungen der erdöl- und rohstoffexportierenden Entwicklungsländer, die neokolonialistische Ausbeutung zu durchbrechen und die Nutzung der natürlichen Reichtümer in mengenmäßiger und preislicher Hinsicht in eigene Regie zu nehmen und sie an den nationalen Entwicklungszielen auszurichten, erste Erfolge:

- den OPEC-Staaten gelang es durch koordiniertes Verhalten, die Listenpreise sowie die Steuersätze zu erhöhen;

- sowohl in den OPEC-Staaten als auch in anderen rohstoffexportierenden Ländern wurden Nationalisierungen der Rohstoffvorkommen eingeleitet bzw. angekündigt.

Während auf dem Erdölsektor die Versorgungsrisiken hauptsächlich in der erwiesenen Fähigkeit der OPEC-Staaten gesehen wurde, ihr Verhalten zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Forderungen abzustimmen, war diese Gefahr

im Bereich der mineralischen Rohstoffe relativ gering. Die wesentlichen Gefahren liegen nach Auffassung der Bundesregierung in der Tatsache, daß durch Nationalisierungen und andere Auflagen der Entwicklungsländer die Investitionstätigkeit der Bergbaugesellschaften hinter den Erfordernisse zurückbleibt.

In einer Schrift des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es hierzu: „Produzentenkartelle a la OPEC sind häufiger angestrebt worden. Wegen der großen geographischen Streuung der Lagerstätten bei vielen Mineralien sind sie bisher nur bei wenigen Rohstoffen, wie zum Beispiel Kupfer, Bauxit und Eisen gebildet worden. Derartige Absprachen haben das Ziel, am Weltmarkt – notfalls auch durch künstliche Verknappung des Angebots – höhere Preise zu erlangen. Da aber die meisten dieser Produzentenländer auf die Deviseneinnahmen aus ihren Rohstoffexporten angewiesen sind und darüber hinaus andere Produzentenländer diesen Kartellen nicht beigetreten sind, haben die bestehenden Zusammenschlüsse der Rohstoffexportländer noch keinen durchschlagenden Erfolg gehabt und auch die Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigen können.

Viel gefährlicher für die langfristige Sicherheit unserer Versorgung ist die heute bestehende rechtliche und politische Unsicherheit in einer Reihe von Förderländern der Dritten Welt, die dazu führt, daß die großen Bergbaugesellschaften nicht genügend investieren. Die vorhandenen Mittel werden heute ganz überwiegend in den industrialisierten Bergbauländern wie USA und Kanada eingesetzt. Jede Anstrengung, die heute unterbleibt, kann in 5-10 Jahren zu Engpässen führen. Diese restriktive Haltung der Bergbaugesellschaften hat daher den Charakter einer Zeitbombe, über deren Auswirkung sich niemand eine Illusion machen sollte.

Nicht weniger belastend für unsere Industrie waren in der Vergangenheit unerwartet starke Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten.“³

Vor dem Hintergrund der skizzierten Versorgungsrisiken sowie der wachsenden Kosten war die strukturelle Energie- und Rohstoffabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft neu zu bewerten.

Es war damit zu rechnen, daß die multinationalen Bergbau- und Erdölgesellschaften im Falle von Angebotsverknappungen und Lieferausfällen zunächst die Versorgung ihrer eigenen Hütten, Raffinerien usw. sichern würden. Die westdeutsche Verarbeitungsindustrie wäre hingegen von Lieferausfällen

und Preiserhöhungen vorrangig betroffen.

Die ausgeprägte Importabhängigkeit der westdeutschen Energie- und Rohstoffversorgung erwies sich somit als ein wichtiges Gefahrenmoment für die Kontinuität des Reproduktionsprozesses sowie für die Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Eine staatliche Strategie mit dem Ziel, die skizzierten kurz- und langfristigen Importrisiken zu verringern, begann sich ab 1970 herauszubilden. Aufgrund der überragenden Bedeutung, welche die Energieimporte im Rahmen der westdeutschen Rohstoffversorgung besitzen sowie aufgrund der relativ größeren Wahrscheinlichkeit von Versorgungsengpässen in naher Zukunft, konzentrieren sich die Maßnahmen zunächst vor allem auf den Bereich der Energieversorgung. Gleichwohl hat auch die Politik zur Sicherung der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen in den letzten Jahren deutlichere Konturen gewonnen.

Zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung kommen prinzipiell drei Gruppen von Maßnahmen infrage:⁴

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Lagerhaltung;
2. Maßnahmen zur Sicherung und Verbreitung des Angebotes;
3. Maßnahmen zur Rationalisierung und Ökonomisierung der Rohstoff- und Energieverwendung.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren Maßnahmen aller drei Gruppen ergriffen, wenngleich mit unterschiedlichem Gewicht.

Bonns Reagieren auf die Energiekrise

Zum ersten bildeten unmittelbar nach dem offenen Ausbruch der Energiekrise im Jahre 1973 Maßnahmen zur Verbesserung der Energievorratshaltung (besonders Erdöl) den Schwerpunkt nationaler und internationaler (EG, OECD) Bemühungen. Mit ihrer Hilfe sollten kurzzeitige Versorgungsstörungen überbrückt werden.

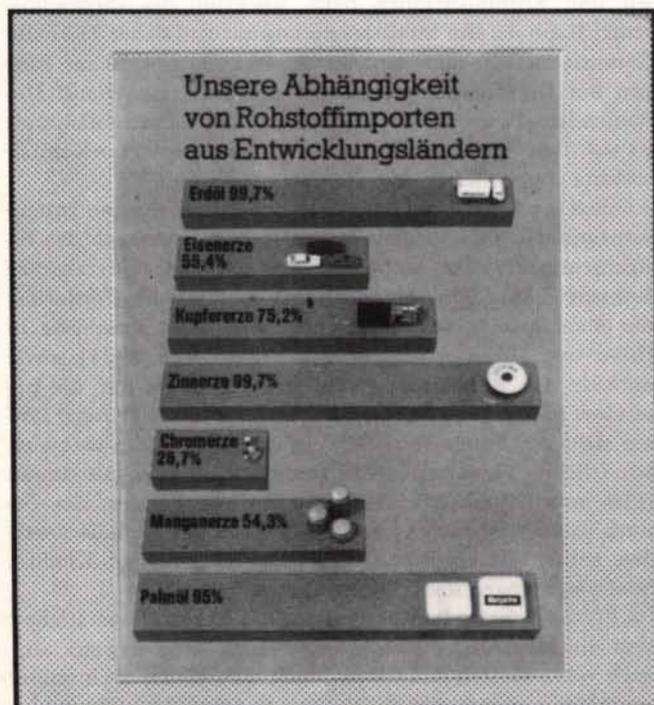
Folgende Maßnahmen wurden von der Bundesregierung ergriffen:

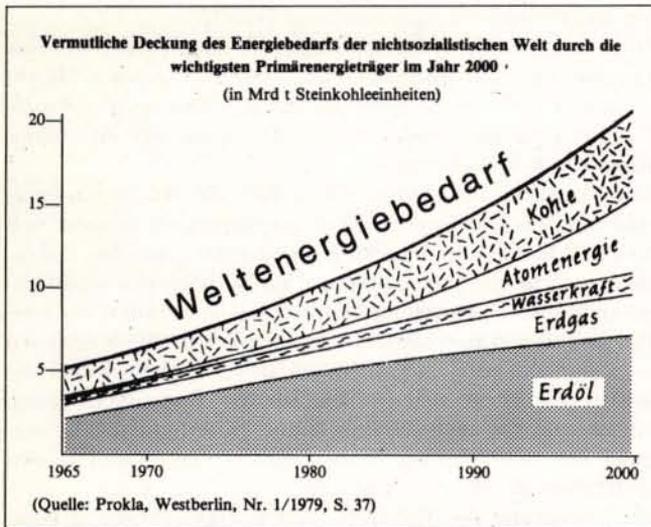
- Erhöhung der gesetzlichen Mineralölbevorratung für Raffinerien von 65 auf 90 und für Importeure von 40 auf 70 Tage; zugleich Einbeziehung der freien Importeure;
- Anlage einer Bundesrohölreserve in Höhe von 8 Mio t;
- Anlage einer Steinkohlenreserve in Höhe von 10 Mio t;
- Beitritt zum Krisenmechanismus der Internationalen Energie-Agentur (der Krisenmechanismus sieht im Falle von Importausfällen bei einzelnen Unterzeichnerstaaten automatische Ausgleichslieferungen der übrigen Unterzeichnerstaaten vor).

Die Erhöhung der gesetzlichen Mineralölbevorratung im Jahre 1975 geschah zunächst zu Lasten der Mineralölindustrie. Aufgrund des massiven Drucks der Raffineriegesellschaften wurde das Mineralölbevorratungsgesetz 1978 erneut geändert. Das einzige Ziel der Novelle war, die Mineralölindustrie von den Bevorratungskosten zu befreien und diese auf die Verbraucher zu überwälzen.

Entsprechende staatliche Maßnahmen zur Aufstockung der Vorräte wurden von der Bundesregierung bis 1978 abgelehnt. Erst 1979 wurde – als Ergänzung der betrieblichen Vorräte – die Anlage volkswirtschaftlicher Vorräte an „besonders gefährdeten“ Rohstoffen (vor allem Stahlveredler aus dem Südlichen Afrika) beschlossen.⁵ Im Gegensatz zu den Finanzierungsmodellen bei Mineralöl und Kohle sollen die Kosten von 30 bis 40 Mio DM pro Jahr durch Wechselkredite der Bundesbank, d.h. durch zusätzliche Geldschöpfung gedeckt werden.⁶

Zum zweiten hat die Bundesregierung seit 1973 neben den genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Lagerhaltung zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die auf die Sicherung und





Verbreiterung des Energie- und Rohstoffangebotes abzielen. In verschiedenen Fällen (z.B. bei Steinkohle und Kernenergie) wurden vorhandene Instrumentarien, die zu früheren Zeitpunkten mit anderen Zielsetzungen ergriffen worden waren, ausgebaut und neu begründet.

Die Maßnahmen zur Verbesserung des Energie- und Rohstoffangebotes sind nach ihrer binnen- oder außenwirtschaftlichen Stoßrichtung zu differenzieren.

An binnenwirtschaftlichen Instrumenten, die auf eine Verbesserung der heimischen Energie- und Rohstoffproduktion abheben, sind zu nennen:

- verschiedene Regelungen zur Stabilisierung der Steinkohleproduktion (Verstromungsgesetz, Kokskohlenbeihilfe u.a.);
- die Entwicklung neuer Energiequellen (besonders Kernspaltungs-, Sonnen- und Kernfusionsenergie);
- das Meeresforschungsprogramm;
- die Förderung der Exploration und Prospektion von mineralischen Rohstoffen durch bedingt rückzahlbare Darlehen (seit 1973);
- die Förderung der heimischen Erdöl- und Erdgasexploration (Tiefbohrprogramm).

Mit Hilfe dieses Maßnahmenbündels zielt die Bundesregierung darauf ab, den bisherigen Trend zu einer ständig wachsenden Importabhängigkeit zumindest teilweise zu korrigieren. Die Sicherheit der verbleibenden Importmengen, die auch künftig weiter anwachsen werden, soll mit Hilfe einer Reihe außenwirtschaftlicher Maßnahmen verbessert werden. Die wesentlichen Unterziele in diesem Kontext sind die Diversifizierung der Bezugsquellen, die Verlagerung der Bezüge auf politisch sicher geltende Staaten sowie die Schaffung einer eigenen Energie- und Rohstoffbasis im Ausland.

Das wesentliche Instrument zur Sicherung der westdeutschen Energieimporte besteht in dem gestrafften und ausgeteilter DEMINEX-Programm.

Die Zielsetzung des DEMINEX-Programmes bestand zunächst darin, die westdeutschen Mineralölunternehmen mittels staatlicher Zuschüsse in die Lage zu versetzen, in Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Mineralölgesellschaften oder mit den nationalen Gesellschaften der jeweiligen Förderländer am Aufschluß ausländischer Vertragsgebiete (zunächst nur außerhalb der EG) partizipieren zu lassen.

Auf diese Weise sollte den westdeutschen Mineralölgesellschaften der Zugang zu der profitablen Förderstufe verschafft und zugleich die Abhängigkeit der westdeutschen Energieversorgung von den multinationalen Mineralölkonzernen gemindert werden. Diese doppelte Zielsetzung wurde nach dem offenen Ausbruch der Energiekrise um eine weitere ergänzt: Die Diversifikation der Öl-Herkunftsquellen

und ihre Verlagerung in politisch sicher eingestufte Regionen. Entsprechend dieser neuen Zielsetzung konzentrieren sich die DEMINEX-Aktivitäten in immer stärkerem Maße auf die Region Nordsee/Nordatlantik. Den Planungen zufolge werden bis 1982 rund 35% der DEMINEX-Mittel auf dieses Gebiet entfallen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet der Nahe und Mittlere Osten (26%). Alle übrigen Regionen werden demgegenüber an Bedeutung verlieren.

Neben dem Engagement im Bereich von Nordsee und Nordatlantik exploriert die DEMINEX in zahlreichen Entwicklungsländern, u.a. im Iran, in Ägypten, Oman, Trinidad und Senegal. Obgleich die DEMINEX in verschiedenen Fällen bereits fündig geworden ist, wurde bislang jedoch in keinem Entwicklungsland die Förderung aufgenommen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Fördergesellschaften und den Entwicklungsländern haben sich seit 1973 erheblich verändert. Die bislang dominierende Vergabe von Konzessionsgebieten, durch die die Rechte über die Vorkommen auf die Mineralölkonzerne übergingen, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend durch Dienstleistungsverträge (service-contracts) ersetzt. Die Mineralölgesellschaften erhalten für die von ihnen geleistete Explorations- und Entwicklungsarbeit das Recht, einen bestimmten Teil der Ölproduktion zu einem Vorzugspreis zu kaufen oder die Option, den Rest der Produktion ganz oder teilweise zum Marktpreis zu erwerben. Daneben erhalten sie den Anspruch auf Erstattung der Explorations- und Entwicklungsaufwendungen innerhalb eines längeren Zeitraums. Die Eigentumsrechte und Kontrolle über Vorkommen und Produktion verbleiben bei den Ölländern.

DEMINEX-Reviere Nordsee und arabischer Raum

Die Bemühungen der westdeutschen Mineralölindustrie um eine eigene Rohölbasis bekommen auf diese Weise eine geänderte Zielrichtung. Orientierten sie in früheren Jahren vor allem auf den Erwerb von Konzessionen in den Entwicklungsländern, so zielen sie seit 1973 vorrangig auf längerfristige Liefervereinbarungen ab.

Mit der Wandlung der Kooperationsformen sehen sich die Mineralölkonzerne mit neuen Problemen konfrontiert. Sie bestehen insbesondere in der Möglichkeit von Lieferausfällen und Komplikationen beim Rückfluß des vorgeschossenen Kapitals. Die Bundesregierung hat von daher 1977 das Garantie-Instrumentarium zur Abdeckung politischer Risiken bei Dienstleistungsverträgen erheblich ausgebaut. Das Auslandsengagement des westdeutschen Mineralölkapitals ist auf diese Weise gegen die Gefahr nennenswerter Kapitalverluste abgesichert.

Ähnlich perfektioniert wie das mineralölpolitische Instrumentarium wurde in den vergangenen Jahren auch das Instrumentarium zur Sicherung der Importe mineralischer Rohstoffe. Den Schwerpunkt bildet auch hier die Förderung der Exploration, vor allem mittels direkter Zuschüsse in Höhe von 50% der anfallenden Kosten (seit 1971) sowie mithilfe der Bundesanstalt für Geowissenschaften, die besonders in den Entwicklungsländern exploriert. Darüber hinaus sieht die Bundesregierung ein umfangreiches außenwirtschaftliches Finanzierungsinstrumentarium vor, mit dessen Hilfe rohstoffpolitisch bedeutsame Investitionen, der Erwerb von Beteiligungen bzw. eigene Projekte, stimuliert werden sollen. Es sind hier vor allem zinsgünstige Kredite, Stuervergütungen und Bürgschaften zu nennen.

Im Ergebnis dieser Politik wuchsen die Explorationstätigkeit und die Investitionen im ausländischen Bergbau stark an,⁷ auch wenn sie sich im internationalen Vergleich noch immer bescheiden ausnehmen.⁸ Die vorhandenen Investitionsrisi-

ken, die vor allem die relativ finanzschwachen westdeutschen Hüttengesellschaften zu Zugeständnissen zwingen, führen in jüngster Zeit verstärkt zur Gründung gemeinsamer Unternehmen (joint ventures) mit den rohstoffreichen Ländern. Darüber hinaus sehen rohstoffpolitische Überlegungen vor, die Entwicklungsländer verstärkt an der Wiederaufarbeitung von Rohstoffen zu beteiligen, um auf diese Weise – ähnlich den down-stream-Beteiligungen im Mineralölsektor – eine Stabilisierung der Rohstoffausfuhren zu gewährleisten.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Rohstoff- und Energieimporte liegt in der grundlegenden Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den Entwicklungsländern. Entsprechenden Forderungen der Entwicklungsländer, wie sie in dem Postulat einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zusammengefaßt sind, hat sich die Bundesregierung – trotz gewisser Zugeständnisse bezüglich des Rohstofffonds – bislang jedoch hartnäckig widersetzt.

Zum dritten sieht die Bundesregierung neben den skizzierten Instrumentarien zur Verbesserung der Lagerhaltung sowie zur Sicherung des Energie- und Rohstoffangebots, neuerdings auch verstärkt Maßnahmen zur Ökonomisierung und Rationalisierung der Energie- und Rohstoffverwendung vor. Den Schwerpunkt derartiger Maßnahmen bildet der Energiebereich. Die Notwendigkeit zur Förderung der Energieeinsparung – besonders der Öleinsparung – stellte sich vor allem seit 1977. Zu diesem Zeitpunkt war es offensichtlich, daß die zur Zeit der Ölkrise 1973/74 artikulierte OECD-Strategie, die Öl-Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten binnen weniger Jahre durch den massiven Ausbau der heimischen Energiebasis zu vermindern, sowohl OECD-weit als auch national (verzögerter Kernenergieausbau) gescheitert war.⁹

Zur Förderung der Energieeinsparung werden vor allem Steuererleichterungen und Investitionszuschüsse gewährt (7,5 bzw. 25%). Darüber hinaus sind bei Neubauten verschärfte Normen im Hinblick auf Isolationen und heizungstechnische Anlagen vorgesehen. Durch gesetzliche Regelungen wird schließlich der Heizölverbrauch in den Kraftwerken deutlich begrenzt.

Während die staatliche Förderung der Energieeinsparung eine nennenswerte Abschwächung der jährlichen Energieverbrauchssteigerungen erwarten läßt, trifft dies für den übrigen Rohstoffbereich nicht zu. Die Rückführung von Rohstoffen hängt nach wie vor ausschließlich von der Preisrelation Primär-/Sekundärrohstoffe ab.¹¹ Staatliche Maßnahmen sind auch hier beschränkt auf den Bereich der Forschungspolitik (z.B. Korrosionsschutz).

Zusammenfassend kann man feststellen: Die Entwicklung der heimischen Energie- und Rohstoffproduktion wurde bedingt durch das industrielle Interesse an minimalen Energie- und Rohstoffkosten stark vernachlässigt. Dies gilt insbesondere für den Steinkohlenbergbau, aber auch für den Erzbergbau und die Erdöl- und Erdgasförderung. Zugleich wurde angesichts der niedrigen Weltmarktpreise auch auf eine Beteiligung an der Erkundung und Erschließung von Vorkommen im Ausland verzichtet. In einer DFG-Denkschrift heißt es hierzu: „Die Bundesrepublik Deutschland läuft zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber Gefahr, in manchen Bereichen der Lagerstättenforschung kaum noch Anziehungskraft ausüben zu können....“¹¹

Anstelle eigener Aktivitäten wurden die multinationalen Mineralöl- und Bergbaukonzerne als Garanten für die Sicherheit der westdeutschen Energie- und Rohstoffversorgung betrachtet.

Die Bestrebungen der Entwicklungsländer nach Beseitigung neokolonialistischer Ausbeutungsverhältnisse, die die Position der internationalen Konzerne erheblich erschütterten,

stellten dieses Kalkül jedoch grundlegend in Frage. Die Realisierung einer staatlichen Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung erwies sich als unabdingbar. Neben einer verstärkten Lagerhaltung wurden vor allem Maßnahmen ergriffen, die auf eine Verbesserung des Investitionsklimas im In- und Ausland abzielten. Ein partieller Übergang von der rein angebotsorientierten zu einer verstärkt nachfrage- bzw. verwendungsorientierten Konzeption deutet sich 1977 – bedingt durch die Verzögerungen beim Kernenergieausbau – auf dem Gebiet der Energiepolitik an.

Anmerkungen:

- 1) Die Probleme liegen hier vor allem in der Abstimmung der bergbaulichen Nutzung der Landschaft mit anderen Nutzungsmöglichkeiten (Naherholung, Naturschutz usw.)
- 2) Vgl. dazu W. Sames: Aktuelle Probleme der Rohstoffversorgung der Bundesrepublik Deutschland. In: Glückauf, Jg. 1976, S. 407 ff.
- 3) BMWI: Mineralische Rohstoffe, Bonn 1979, S. 22, Vgl. dazu auch W. Sames, a.a.O.
- 4) Vgl. dazu W. Michalski: Erfordernisse einer langfristig orientierten Rohstoffpolitik. In: Wirtschaftsdienst. 1976, H. 4, S. 202 ff.
- 5) Zu der Gruppe der „besonders gefährdeten“ Rohstoffe gehören Chrom, Mangan, Asbest, Wolfram, Kobalt; Platin, Autimon, Zinn und Naturkautschuk. Als „sensibel“ gelten ferner Niob, Tantal, Vanadium, Molybdän und Titan
- 6) Vgl. dazu Handelsblatt, 7.5.1979
- 7) Vgl. dazu Autorenkollektiv: Energie- und Rohstoffprobleme im heutigen Kapitalismus. IPW-Forschungsheft, Berlin, Nr. 2/1978, S. 133
- 8) Vgl. dazu: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, H. 4/1979, S. 26 ff.
- 9) Zur neuen Strategie der 7 OECD-Großen in Reaktion auf die zweite Ölkrise 1979 siehe: AIB, Nr. 5/1980, S. 32-34
- 10) Vgl. dazu BMFT: Rahmenprogramm Forschung und Entwicklung zur Sicherung der Rohstoffversorgung 1976-1979, Bonn 1976
- 11) DFG: Denkschrift Lagerstättenforschung, Teil II, Bonn 1976, S. 13



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

Unser Beitrag zur Kampagne „Stoppt Strauß!“

Hauptbeiträge:

Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
 ● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU
 ● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik
 ● José Soto, CDU/CSU – Stütze der chilenischen Militärdiktatur
 ● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte“
 ● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

Dokumentarisches: Strauß über Weltpolitik, Pinochet, Anti-Apartheid-Jahr, die „Freunde in Togo“, Hua Guo-feng; Todenhöfer über US-Eingreiftruppe und Ölkrieg; Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,-DM. Bestellen Sie, bevor die Startauflage vergriffen ist! Benutzen Sie die Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes!

60 Jahre Thesen zur nationalen und kolonialen Frage

Ho Chi Minh (1890-1969), einer der größten Revolutionäre unserer Zeit und Vater des vietnamesischen Sieges über die US-Aggressoren, gehörte im Jahre 1920 zu jenen Vertretern der kolonial unterdrückten Völker, die sich beim Studium der von Wladimir Iljitsch Lenin entworfenen Thesen zur nationalen und kolonialen Frage verwundert die Augen rieben. Kein Wunder, denn noch klangen ihnen die Worte rechtssozialdemokratischer Führer im Ohr, welche sich in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andernorts die Kolonial- und Kriegsziele „ihrer“ Regierungen zu eigen gemacht, welche das Internationalismus-Bekenntnis der II. Internationale (1889-1914) über Bord geworfen hatten. Die III. Internationale, die im März 1919 in Moskau konstituierte Kommunistische Internationale (Komintern), hatte andere Zeichen gesetzt.

Die auf ihrem 2. Kongreß im Juli/August 1920 verabschiedeten Lenin'schen Thesen waren so anders, daß sie Ho Chi Minh bei der Lektüre Tränen in die Augen trieben. In seinem Zimmer im Pariser Exil rief der vietnamesische Revolutionär aus – und ihm war, als ob er vor einer riesigen Menschenmenge stünde: „Märtyrer, Genossen! Das ist es, was wir brauchen, das ist der Weg zu unserer Befreiung! Von nun an hatte ich unbedingtes Vertrauen zu Lenin, in die Dritte Internationale.“ Das resümierte Ho Chi Minh im Jahre 1960.

Der historische Stellenwert der Komintern-Thesen ergab sich einmal aus der einschneidenden Veränderung, die der Sieg der russischen Oktoberrevolution 1917 zeitigte. Mit dem Zusammenbruch des zaristischen Reiches und der Befreiung der von Rußland kolonial unterdrückten Völker der asiatischen Randgebiete weitete sich der weltrevolutionäre Prozeß auch auf das von den kapitalistischen Hauptländern errichtete Kolonialsystem aus. Vom „Erwachen“ der unterdrückten afroasiatischen Völker kündete 1919 die März-Revolution in Ägypten, die antikolonialen Unabhängigkeitskriege Afghanistans, der Türkei oder der Mongolei. Die Sowjetmacht leistete ihnen in ihrem Kampf um die staatliche Selbständigkeit internationalistische Hilfe – auch das ein historisches Novum.

Die Komintern hatte diesen neuen Kampfbedingungen bereits auf ihrem 1. Kongreß 1919 Rechnung getragen, als sie den noch von Karl Marx/Friedrich Engels geprägten Grundsatz „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ in die antiimperialistische Losung umänderte: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker der Welt vereinigt Euch!“. Damit machte sie das Erfordernis deutlich, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern mit dem der kolonial bzw. halbkolonial unterdrückten, abhängig gehaltenen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verknüpfen, die proletarische Solidarität auch auf die sich herausbildende nationale Befreiungsbewegung auszudehnen.

Waren die I. und II. Internationale in ihrer Tätigkeit weitestgehend

auf Europa und Nordamerika beschränkt geblieben, so agierte die Komintern von Anbeginn als eine weltweite revolutionäre Organisation. In ihrem Exekutivkomitee (EKKI) waren zahlreiche Repräsentanten aus Asien, Afrika und Lateinamerika vertreten, darunter D.I. Jones (Südafrika), Wang Ming (China), Pak Chin-sun (Korea), L. Recabarren (Chile) und Blas Roca (Kuba). Eingang der 20er Jahre formierten sich in den Ländern der heute sog. Dritten Welt die ersten Kommunistischen Parteien, so neben den genannten in der Türkei, dem Iran, Indonesien, Argentinien und Brasilien. Auch Ho Chi Minh, der im Dezember 1920 zu den Gründern der Kommunistischen Partei Frankreichs gehörte, nahm seit 1923 an der Arbeit der Komintern regen Anteil. 1924 zählte er zu den Teilnehmern des 5. Komintern-Kongresses, wurde er zum Verantwortlichen der Südsektion der Komintern-Ostabteilung ernannt. Der Auftrag Ho Chi Minhs bestand darin eine revolutionäre und kommunistische Bewegung in dieser Region aufzubauen. 1925 gründete er die Liga der unterdrückten Völker Ostasiens, 1930 die Kommunistische Partei Indochinas. 1941 formierte sich auf seine Initiative hin die legendäre Demokratische Kampffront für die Unabhängigkeit Vietnams (Viet-Minh), die im August 1945 – also nach der Selbstauflösung der Komintern vom Mai 1943 – die Unabhängigkeit Vietnams proklamierte. Der Präsident der Demokratischen Republik hieß Ho Chi Minh.

Das Erfolgsgeheimnis Ho Chi Minhs und der vietnamesischen Kommunisten basierte auf den Lenin'schen Thesen des Jahres 1920.

In den Thesen wurde aufbauend auf dem mit der Oktoberrevolution erwachsenen Hauptwiderspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus, erstmals die Notwendigkeit begründet, ein enges Kampfbündnis zwischen der siegreichen Macht des Sozialismus, der revolutionären Bewegung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten und der nationalen Befreiungsbewegung herzustellen. Und die Solidarität zwischen den drei Weltrevolutionären Strömen wurden vom 2. Komintern-Kongreß präzisiert als Pflicht aller „Kommunistischen Parteien, die revolutionären Bewegungen in den abhängigen oder nicht gleichberechtigten Nationen (z.B. in Irland, unter den Negern Amerikas usw.) und in den Kolonien direkt (zu) unterstützen.“

Dieses Votum kam auch in den neuformulierten Prinzipien des proletarischen Internationalismus (These 10) zum Ausdruck, die noch heute Aktualität besitzen:

„Das Bekenntnis zum Internationalismus in Worten und seine Ersetzung in der Tat, in der gesamten Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit, durch spießbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine ganz gewöhnliche Erscheinung nicht nur in den Parteien der II. Internationale, sondern auch in solchen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind, ja mitunter sogar in solchen, die sich jetzt als kommunistisch bezeichnen... Der kleinbürgerliche Nationalismus behauptet, die alleinige Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen sei bereits Internationalismus, und läßt (ganz abgesehen davon, daß eine solche Anerkennung nur ein Lippenbekenntnis ist) den nationalen Egoismus unangetastet, während der proletarische Internationalismus verlangt: erstens, daß die Interessen des proletarischen Kampfes in jedem einzelnen Lande den Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstab untergeordnet werden; zweitens, daß die Nation, die den Sieg über die Bourgeoisie erringt, fähig und bereit ist, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitals zu bringen.“

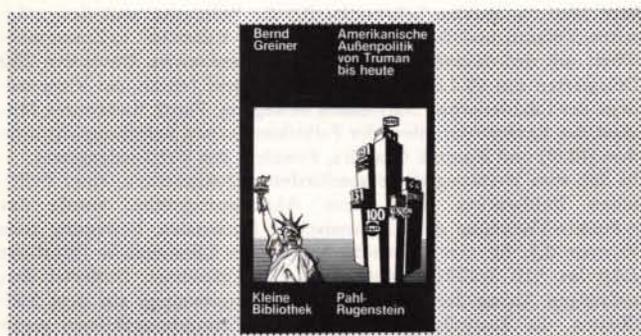
Somit ist in den bereits vollauf kapitalistischen Staaten, in denen Arbeiterparteien bestehen, die tatsächlich die Avantgarde des Proletariats darstellen, der Kampf gegen die opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Entstellungen des Begriffs und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.“

Einschränkend ließ W.I. Lenin nicht nur die Differenzierung gelten, daß der Nationalismus eines kolonial oder national unterdrückten Volkes im antiimperialistischen Befreiungskampf eine positive Rolle zu spielen vermag. Nur dürfe dies nicht dazu führen, daß man „den bürgerlich-demokratischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern einen kommunistischen Anstrich“ zu geben versuche. Die Unterstützung dieser Kräfte, so die Thesen weiter, dürfe ferner nicht mißdeutet werden als Verzicht auf die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung und den weitergehenden sozialrevolutionären Kampf der werktätigen Massen „für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie“ – eine Orientierung, der durch die zahlreichen Befreiungsrevolutionen der vergangenen 60 Jahre – von der Mongolei bis zu Nicaragua – Recht gegeben worden ist.

W. Brönnner



Traditionslinien der US-Außenpolitik



Das Scheitern der Politik des Kalten Krieges brachte in den 60er Jahren namentlich in den USA eine Anzahl politikwissenschaftlicher Publikationen hervor, die sich mit der US-Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg kritisch beschäftigten. Insbesondere die Auseinandersetzungen um die US-Aggression gegen Indochina verstärkten diese Tendenz und führten zugleich dazu, daß viele dieser Publikationen auch in der Bundesrepublik veröffentlicht wurden.

Im wesentlichen handelte es sich dabei um die Arbeiten einer unter dem Namen „Revisionisten“ zusammengefaßten Gruppe von Autoren, deren Spektrum von liberal über linksliberal bis zu marxistischen Positionen reichte, wobei letztere eine verschwindende Minderheit blieben. Veröffentlichungen wie W.A. Williams, *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie* (1959; deutsch 1973), G. Kolko, *Hintergründe der US-Außenpolitik* (1971), D. Horowitz, *Kalter Krieg* (1969) oder H. Magdoff, *Das Zeitalter des Imperialismus* (1969) zählen in diese Kategorie. Zu erwähnen wären noch Nachdrucke wie der des Marxisten V. Perlo, *Amerikanischer Imperialismus*, aus dem Jahre 1952, die, wenngleich wesentlich konsequenter, die Geschichte der US-Außenpolitik nach 1945 in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung des US-Imperialismus seit dem 19. Jahrhundert stellten. Originelle deutschsprachige Arbeiten gab es faktisch nicht, sieht man von U. Küntzels Schriften über den US-Imperialismus von 1968 und 1974 sowie der Arbeit des konservativen Politologen W. Besson, *Von Roosevelt bis Kennedy* (1964) ab. (E. Krippendorffs Titel „Die amerikanische Strategie“ von 1970 bezieht sich zu sehr auf Entscheidungsmechanismen der US-Außenpolitik.)

Mit der Arbeit von

Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, 235 S., 14,80 DM

liegt nun die in deutscher Sprache den größten Zeitraum abdeckende und zudem höchst aktuelle (marxistische) Studie über die US-Außenpolitik der letzten Jahrzehnte vor.

Am 2. Juni 1980 meldete die Frankfurter Allgemeine den mit 4,8% seit 1948 größten Konjunkturrückgang in den USA. Ökonomische Krise, politische Debakel, tiefe Risse in der „Atlantischen Allianz“, der Zerfall der US-Positionen einerseits, Aggressivität, Rüstungswahn, Erpressungspolitik gegenüber den eigenen Verbündeten (und dies nicht zuletzt in der Boykottfrage auf ökonomischem Gebiet) und die abenteuerliche Ambition, die eindeutig dominierende Weltmacht zu sein andererseits – diese und andere Phänomene prägen in ihrer Widersprüchlichkeit die internationale Situation der USA. Die Ursachen und Entwicklungen dieses „Ziel-Mittel-Konflikts“ zwischen der Ambition der USA, die Welt zu beherrschen, und ihren schwindenden Möglichkeiten (sowohl aufgrund der „eigenen“ Entwicklung als auch vor allem aufgrund veränderter Kräfteverhältnisse und Bedingungen) stellt B. Greiner detailliert und plausibel dar. Er bietet damit einen Schlüssel zur Analyse der gegenwärtigen US-Politik.

Unter besonderer Akzentuierung der letzten Etappen US-amerikanischer Außenpolitik seit Ende der 60er Jahre konstatiert B. Greiner folgende Einschnitte: die unmittelbare Nachkriegsdiskussion unter dem Eindruck der Gründung der Volksdemokratien Osteuropas und des Sieges der chinesischen Revolution, sodann ihr Ausdruck in der Politik des „Roll Back“ (Zurückrollen) und „Containment“ (Eindämmung); die Durchsetzung flexiblerer Methoden angesichts des Scheiterns der Roll Back- und Containment-Strategie Ende der 50er Jahre; der Übergang von offenem Interventionismus und nuklearer Drohpolitik zu einer Ära des Eingehens auf Entspannungspolitik seit Ende der 60er Jahre unter Nixons Devise „Kooperation und Konfrontation“; schließlich der erneute Übergang zur „stets präse(n)t(n)

Option einer konfrontativen Wende auch im Rahmen der politischen Entspannung“ (S.8) im Zuge der kapitalistischen Krise 1974/76.

Im Rahmen der Darstellung dieser historischen Abläufe konzentriert sich die Arbeit auf die anhand umfangreichen Materials vorgenommene Nachzeichnung der Debatten um den Kurs der USA unter den jeweils neu reflektierten Bedingungen. Sie weist dabei nach, daß zu keiner Zeit Grundprämissen wie die nach der globalen Vorherrschaft der USA – was implizit die Prämisse nach Vernichtung des Sozialismus mitträgt – aufgegeben worden waren. Soweit es sich um (teilweise durchaus erbittert geführte) Auseinandersetzungen – etwa der im Pressejargon beliebten „Tauben“ und „Falken“ – handelte, betrafen diese dennoch nie den Grundkonsens über die anzustrebenden Ziele der strategisch-konzeptionellen Orientierung der USA. Die Darstellung B. Greiners ordnet in diese Konzeption zugleich ein den Stellenwert der US-amerikanischen historiographischen Konzeptionen (einschließlich der erwähnten „revisionistischen“ Schule), die Entwicklung von Ideologemen wie von innenpolitischen Repressionsphasen, den Wandel der Militärdoktrinen wie die Entwicklung außenpolitischer Instrumentarien (etwa der „Allianz für den Fortschritt“ unter J.F. Kennedy) usw.; die Fülle der (selbst kursorisch noch präzise und zutreffend behandelten) Phänomene der US-Außenpolitik und ihrer Hintergründe läßt sich nur andeuten.

Das Hauptgewicht des Textes liegt auf den Jahren ab Ende der 60er, jener Zeit also, in der H. Kissinger mit dem Satz: „Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr dazu in der Lage, Programme auf weltweiter Ebene selbst zu verfolgen“ (S. 81), die Orientierung prägte auf eine stärkere Einbeziehung der US-Alliierten in die „Verantwortlichkeit“ für das, was als „Verteidigung der Interessen des freien Westens“ unverändert ideologisch-propagandistische Stereotype ist.

In diese Ära fällt zum einen die von den USA (mit den 1969 begonnenen SALT-Verhandlungen) endlich vollzogene Annahme der Angebote, mit dem sozialistischen Lager zu einer Politik der Kooperation und des Ausgleichs zu gelangen, zum anderen aber auch der Beginn jener Politik, die heute unter dem Schlagwort „chinesische Karte“ den internationalen Auseinandersetzungen eine fatale Note gibt. Erstmals wurden auch die Länder Asiens und Afrikas offen in die konzeptionellen Überlegungen einbezogen – eine Entwicklung, die sich Mitte der 70er Jahre durch eine Reihe wichtiger Ereignisse (sog. Ölkrise, Revolutionssiege in Angola, Äthiopien, Vietnam und in anderen Ländern) verstärken sollte.

Die zunehmende Einsicht in den Dominanzverlust der USA auf ökonomischem wie politischem Gebiet ließ zugleich in verschärfter Form die Debatte zwischen den Fraktionen aufbrechen, die jeweils auf ihre Weise das strategische Langziel zu realisieren hofften. Ihr zeitweilig unentschiedener und verwirrender Verlauf spiegelte sich in jüngerer Zeit auch in den Turbulenzen der US-Politik unter Präsident Carter wider, die jedoch inzwischen unter der Ägide des seit langem in den Strategiediskussionen führend mitbeteiligten Zbigniew Brzezinski (Sicherheitsberater J. Carters) eine bestimmte „Konsistenz“ angenommen haben. Gerade hier weist B. Greiner mit Recht darauf hin, „daß – entgegen allen üblichen Pressespekulationen – die Carter'sche 'Kurskorrektur' in der Entspannungspolitik weder auf Unerfahrenheit noch auf politischen Dilettantismus zurückzuführen ist, sondern einem vorab festgelegten Konzept entspricht“ (S. 186). Folgerichtig gibt der Autor in einem Ausblick der Vermutung Ausdruck, „daß die Entwicklung seit 1974 zu einer Verfestigung der entspannungskritischen bzw. -feindlichen Positionen und zu deren Aufwertung gegenüber kompromißbereiteren Linien (...) geführt hat“ (S. 210/211). Umso notwendiger der Hinweis, daß „der Kampf für (politische und militärische Entspannung) weiterhin und auf absehbare Zeit ohne Abstriche geführt werden muß – national wie international“ (S. 212).

Man mag kritisch anmerken, daß im vorliegenden Buch – das freilich den Untertitel trägt: „Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen“ – der Kontext dieser Debatten und „Kursänderungen“ mit ökonomischen Ursachen mitunter ein wenig zu kurz kommt, sowie, daß die Erörterung des Einflusses der revolutionären Entwicklungen in Afrika, Asien und auch Lateinamerika ebenfalls Wünsche offenläßt. Jedoch ist dies aufgrund der vom Autor ausdrücklich formulierten Aufgabenstellung begründbar und wiegt in keiner Weise die Tatsache auf, daß mit diesem Titel eine Abhandlung der US-Außenpolitik vorliegt, die unerläßlich ist zum Verständnis derselben und der angesichts der den Weltfrieden gefährdenden US-Politik weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

J. Ostrowsky

Uganda

Am 13. Mai 1980 wurde der seit dem 21.6.1979 amtierende ugandische Präsident Godfrey Binaisa durch die Militärkommission der Nationalen Befreiungsfront von Uganda (UNLF) abgesetzt. Eine Dreierkommission aus Zivilisten übernahm die Funktion des Präsidenten; der Vorsitzende der Militärkommission Paulo Muwanga wurde Ministerpräsident.

Anlaß für den Umsturz war die Absetzung von Brigadegeneral David Ojok, Stabschef der Armee und Mitglied der Militärkommission, durch Binaisa. D. Ojok hatte sich widersetzt, und mit ihm die Mehrheit der Militärkommission, darunter der Oberkommandierende der Armee Tito Okello. Hintergrund dieser Ereignisse sind die zunehmenden politisch-ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der heterogenen UNLF. Gegründet am 22.3.1979 stürzte sie mit Unterstützung tansanischer Truppen, von denen heute noch immer 10.000 in Uganda stehen, das Regime Idi Amins (siehe AIB, Nr. 5/1979, S. 27-29). Der von der UNLF nominierte Präsident Yusufu Lule, der von der CDU finanzierten Demokratischen Partei angehört, wurde bereits nach 68 Tagen abgesetzt. Er hatte versucht, linke Minister aus der Regierung auszuschließen und das Land auf einen proimperialistischen Kurs zu bringen.

Der Kompromißkandidat G. Binaisa entpuppte sich bald auch als Anhänger der Rechten. Um einen möglichen Wahlsieg des Ugandischen Volkskongresses (UPC) von Milton Obote zu verhindern, ließ er alle Parteien außer der UNLF verbieten und versuchte, den Einfluß linker Mitglieder der Regierung und der Armee zurückzudrängen. Dies war der Hauptgrund für die Reaktion der 6köpfigen Militärkommission.

Die Mehrheit ihrer Mitglieder sind Anhänger des Ex-Präsidenten M. Obote, der 1971 von Idi Amin gestürzt wurde. Er kehrte am 27.5.1980 aus dem tansanischen Exil nach Uganda zurück, wo ihm Hunderttausende seiner Anhänger einen begeisterten Empfang bereiteten. Er hatte während seiner Amtszeit eine antiimperialistische Politik verfolgt die sich in der „Charta des einfachen Mannes“ ausdrückte. Nicht zuletzt seine Nationalisierungsmaßnahmen führten damals zu dem von Großbritannien unterstützten Putsch Idi Amins.

Die dritte wichtige Partei, die an den Wahlen Ende d.J. teilnehmen wird, ist der Arbeiterkongreß, der aus der 1973 gegründeten Front für die Nationale Rettung (FRONSA) hervorgegangen ist.

Indien

Bei Nachwahlen in 9 Bundesstaaten konnte die Kongreßpartei Indira Gandhis im Mai d.J. ihre Erfolge seit Erringung der 2/3-Mehrheit bei den Unterhauswahlen vom Januar d.J. (vgl. AIB, Nr. 3/1980) weiter fortsetzen. Mit 2/3- und sogar 3/4-Mehrheiten gewann sie die Bundesstaaten Gujarat, Maharashtra, Orissa, Madhya Pradesh, Uttar Pradesh, Rajasthan Bihar und Punjab. Lediglich in Tamil Nadu mußte sie sich geschlagen geben. Beachtenswert ist auch das Abschneiden der Kommunistischen Partei Indiens (KPI) und der KP(M), die in allen neugewählten Parlamenten vertreten sind. In Tamil Nadu erhielt die KPI 10 Sitze, d.h. 5 Sitze mehr als 1977. In Punjab stieg die Zahl der Mandate von 7 auf 9.

Einen Schatten auf das Wahlergebnis der Kongreßpartei werfen jedoch zum einen eine Dürreperiode in den genannten Staaten. Nach Schätzungen der Zentralregierung hat der Ackerbau auf 38 Mio ha Schaden genommen. Zur Sicherung der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung hatte das Kabinett bereits im April ein 12-Punkte-Programm verabschiedet.

Zum anderen sieht sich die Zentralregierung mit bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Assam konfrontiert. Seit 8 Monaten sind alle Schulen und Universitäten sowie die gesamte Industrie durch Streiks gelähmt, darunter auch die lokale Ölproduktion, auf die 1/3 der nationalen Gesamtförderung entfällt. Die Proteste richten sich gegen die seit 1971, dem Jahr der Gründung Bangla Deshs, im Land befindliche Bevölkerungsminderheit der bengalischen Moslems, deren Rückführung gefordert wird. Bei Gegendemonstrationen der Bengalen kam es zu erbitterten Straßenschlachten, bei denen 20 Menschen den Tod fanden. Über 14 Städte wurde der Ausnahmezustand verhängt.

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

Libanon

Vom 16.-18. Juni 1980 tagte in Paris der Weltkongreß für die Solidarität mit dem libanesischen Volk. Veranstaltet wurde das Treffen vom „Internationalen Sekretariat für die Solidarität mit den arabischen Völkern und ihrer zentralen Frage – Palästina“ in Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften Frankreichs. Unter den 250 Delegierten aus 60 Ländern fanden sich Farid Jebran, der Vizepräsident der Libanesischen Nationalen Bewegung, Faruk Kaddoumi, Mitglied des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates.

In den vom Weltkongreß verabschiedeten Dokumenten, einer Politischen Deklaration und einem Aktionsprogramm, wurde der 8-Punkte-Vorschlag der Libanesischen Nationalen Bewegung vom Februar d.J. für eine politische Lösung der Libanonkrise (Wortlaut folgt im AIB 9/1980) gutgeheißen. Die Teilnehmer forderten den sofortigen Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Südlibanon, die Einstellung des israelischen Zermüßungskrieges gegen den Libanon, die Einsetzung des Nahost-Separatpolitik der USA und Israels/ (Camp-David-Vereinbarungen) und die offene israelische Interventionspolitik im Verein mit den libanesischen Faschisten, die auf die Teilung des Libanon abziele. Dagegen hielt der Pariser Kongreß die Forderung nach der Wiederherstellung eines geeinten, arabischen und demokratischen Libanon sowie nach Unterstützung des Widerstandskampfes der Libanesischen Nationalen Bewegung und der PLO.

Westsahara

„POLISARIO kontrolliert den Süden Marokkos“ – diese Schlagzeile aus der Neuen vom 5. Mai d.H. mag übertrieben erscheinen. Tatsache ist jedoch, daß die Befreiungsfront der Westsahara den Krieg gegen den Okkupanten Marokko seit langem auf dessen Gebiet getragen hat und dort mit wachsendem Erfolg Garnisonen einnimmt, den marokkanischen Streitkräften schwere Verluste zufügt. Im Mai versuchte ein Aufgebot von 10.000 Mann im Gebiet von Djebel Quarkzis, wo die Garnison Zak von der POLISARIO und ihrer Volksbefreiungsarmee ALPS seit längerem eingekesselt war, diese zu entsetzen. Kurze Zeit darauf vermochte die POLISARIO eine größere Gruppe von Journalisten ungehindert über 600 km durch dieses Gebiet zu geleiten und zu demonstrieren, daß sie es nach wie vor unter Kontrolle hält.

Vor dem Hintergrund solcher militärischer Erfolge und wachsender internationaler Anerkennung beging die POLISARIO im Februar 1980 den 4. Jahrestag der Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), an dessen Feierlichkeiten Mitglieder von über 100 Delegationen teilnahmen. Sie konnten sich von den Aufbauleistungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen ebenso überzeugen wie von dem hohen Stand der Verwaltungsausübung in den befreiten Gebieten. Für Marokko wird die Westsahara sein Vietnam werden – und zumindest indirekt erneut für seine Alliierten USA und Frankreich.

Hinweis: Gründungsauftrag einer Freundschaftsgesellschaft mit dem sahrauischen Volk. Kontaktadresse: Prof. Dr. Manfred O. Hinz, c/o Universität Bremen, FB 5, 2800 Bremen 55

OPEC

„Politisch gesehen war die OPEC-Konferenz in Algier für die Interessen des Westens... ein Erfolg. Denn die OPEC-Länder sind sich nicht einig geworden“ kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 12.6.1980 die Ergebnisse der 57. Konferenz der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) vom 9.-11.6.1980.

Im Gegensatz zu diesem Wunschbild herrschte unter den 13 Mitgliedsländern in Algier Einigkeit über die Verabschiedung eines OPEC-Langzeitprogramms und die Eröffnung einer eigenen Nachrichtenagentur bis zum 20. Jahrestag der Organisation im November d.J. Die Hauptdifferenz bestand allerdings darin, wie der seit Februar 1979 „gespaltene“ Ölpreis (siehe Ölkrisenserie, 2. Teil, in: AIB, Nr. 4/1980) zu vereinheitlichen, d.h. auf welche Höhe der Ölexportpreis festzulegen sei. Während Libyen, Algerien, der Iran und Nigeria sowie die erdölexportierenden Nichtmitglieder der OPEC Großbritannien und Norwegen ihr Öl zwischen 33 und 38 Dollar je Barrel (159 Liter) verkaufen, gelang es Saudi Arabien, eine Anhebung des offiziellen OPEC-Preises auf dieses Niveau zu verhindern.

Schließlich beschloß die Konferenz eine Obergrenze von 32 Dollar, bei zulässigen Abweichungen je nach Qualität und Transportweg von bis zu 5 Dollar (OPEC Press Release, Wien, 11.6.1980).

Guatemala

Nach Angaben des Gewerkschaftsführers M. Albizures hat der Vorschlag, eine Revolutionäre Patriotische Front (FPR) zu gründen, bei den Massenorganisationen und politischen Gruppen, die sich im Kampf gegen das unmenschliche Lucas-Regime befinden, Zustimmung gefunden. Albizures erklärte, daß die Grundlagen für die Bildung der FPR geschaffen seien und diese von der Gewerkschafts- und Bauernbewegung vorangetrieben wird (Bohemia, Havanna, Nr. 21/23.5.1980, S. 74): dies geschieht vor allem seitens des Nationalen Komitees für Gewerkschaftseinheit (CNUS), auf dessen beide Vorsitzende jüngst Mordanschläge verübt und 300 Mitglieder verhaftet wurden und seitens des Komitees für die Einheit der Bauern (CUC). Auch die im März 1979 gegründete Demokratische Front gegen die Unterdrückung (Plattform siehe AIB, Nr. 11-12/1979, S. 28-29), unterstützt diesen Einigungsprozeß. Zu den Zielen der Patriotischen Front gehört die Erarbeitung eines revolutionären, demokratischen Regierungsprogrammes, um die schwerwiegenden Probleme des guatemaltekischen Volkes zu lösen. Außerdem verurteilt sie die imperialistische Einmischung und die Absicht Washingtons, die Christdemokraten auf einen gemäßigten Kurs zu bringen und damit den Sieg der Volkskräfte zu verhindern. Besondere Beachtung schenkt die FPR auch dem Einigungsbestreben der Guerillaorganisationen ORPA, EGP und FAR, die in den letzten Wochen vermehrt in Aktion traten.

Peru

Nach 17 Jahren fanden in Peru am 18. Mai d.J. erstmals wieder Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Als Sieger ging mit 43,6% der 1968 von linksgerichteten Militärs gestürzte Kandidat der zentristischen Volksaktion (AP), F. Belaunde, hervor. Er wird am 28. Juli d.J. nach 12jähriger Militärrherrschaft als ziviler Präsident die Staatsgeschäfte übernehmen. Es folgten mit 26,3% die rechtssozialdemokratische Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA) und die Christliche Partei (PPC) mit 11,2%.

Die gesamte Linke, die bei der Verfassungsgebenden Versammlung 1978 1/3 der Stimmen erhielt, konnte nur insgesamt 17% auf sich vereinen. Spaltungen im Vorfeld der Wahlen hatten sie geschwächt. Doch dürfte die Einheitsfront der Linken (UDI), der u.a. die Kommunistische Partei (PCP) und die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR) angehören, im Parlament vertreten sein. Bezeichnend ist auch die große Anzahl von Stimmenthaltungen (ca. 30%). In einer ersten Stellungnahme erklärte F. Belaunde, sich dem nationalen Wiederaufbau widmen, Arbeitsplätze schaffen und den Lebensstandard des peruanischen Volkes heben zu wollen. Weiterhin zeigte er sich an einer Festigung der Handelsbeziehungen mit den USA sowie an vermehrten ausländischen Kapitalinvestitionen, besonders im Bergbau und in der Petroindustrie interessiert.

Argentinien-BRD

Anfang Juni d.J. stattete Martinez de Hoz, der Wirtschaftsminister der argentinischen Diktatur auf Einladung von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorf der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab. Er traf sich in Stuttgart mit Ministerpräsident Späth und in München mit F.J. Strauß. Ferner wohnte er einem Seminar unter dem Motto „Investieren in Argentinien“ in Stuttgart bei, das von der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar veranstaltet wurde.

Wichtigster Gegenstand der Gespräche mit der Bundesregierung war die Lieferung eines Natururanreaktors im Werte von 2,6 Mrd DM, der in Verbindung mit der schon bestehenden Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe Argentinien die Herstellung der Atombombe ermöglichen würde; Argentinien hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet. Die Bundesrepublik steht als Investor in Argentinien nach den USA und Holland an dritter Stelle. Seit dem Militärputsch sind die ausländischen Investitionen um 100% angestiegen, kein Wunder, hat sich doch durch die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Verfolgung politisch Andersdenkender das Investitions„klima“ für die multinationalen Konzerne grundlegend gebessert.

Eine vorläufige Bilanz der Herrschaftssicherung im Namen der argentinischen Oligarchie und der multinationalen Konzerne ergibt ca. 10.000 politische Gefangene, 15.000 - 20.000 Verschwundene und Ermordete und über 1/2 Mio aus politischen Gründen Geflüchtete. Noch heute werden Kinder und schwangere Frauen in Argentinien entführt und gefoltert. Das ergaben die – übrigens von der Militärjunta stark behinderten – Untersuchungen der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Jamaika

Nach Aussagen des früheren UN-Botschafters der USA A. Young und des Kongreßabgeordneten J. Dixon plant der Nationale Sicherheitsrat der USA, die progressive Regierung M. Manleys und der Nationalen Volkspartei (PNP) in Kingston zu stürzen. Die Regierung, die im März d.J. die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) abbrach, weil dessen Kreditaufgaben die totale Zurücknahme der seit 1972 eingeleiteten Reformen bedeutet hätten, hat für Herbst d.J. vorzeitige Wahlen angekündigt, um sich ihren Kurs bestätigen zu lassen.

Ziel der US-Destabilisierung ist die Verschärfung der durch die erhöhten Ölpreise entstandenen Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden sozialen und politischen Spannungen. Zu diesem Zweck werden Industrie- und Finanzkreise mit Druck davon abgehalten, auf Jamaika zu investieren bzw. Kredite zu gewähren. US-Geschäftsleute auf Jamaika werden gezwungen, den Wahlkampf des erzkonservativen Führers der oppositionellen Jamaikanischen Arbeiterpartei (JLP), E. Seaga, zu unterstützen, dem Verbindungen zur CIA nachgesagt werden. E. Seaga will das Land zu einer Spielwiese des Auslandskapitals machen und hat für den Fall seines Wahlsieges die Annahme der IMF-Konditionen angekündigt. Im Dienst der Reaktion stehen auch die von faschistischen Banden verübten Terrorakte in den Armenvierteln, die – wie künstlich erzeugte Nahrungsmittelknappheiten – die Unruhe unter den traditionellen Anhängern der PNP schüren. In diesem Zusammenhang ist auch der Brandanschlag auf ein Armenhaus in Kingston zu sehen, der am 20. Mai d.J. über 150 Todesopfer forderte.

Guyana



Am 13.6.1980 wurde Prof. Dr. Walter Rodney in Georgetown/ Guyana das Opfer eines politischen Attentats. Es war der fünfte politische Mord unter dem Regime des Nationalen Volkskongresses von Premierminister Burnham. W. Rodney, einer der Gründer und führenden Vertreter der oppositionellen linken Allianz des Arbeitenden Volkes (WPTA), wurde im karibischen Raum von vielen Beobachtern als möglicher zukünftiger Premierminister Guyanas unter der Voraussetzung freier Wahlen angesehen.

Während es der derzeitigen Regierung Burnham bisher gelungen war, sich gewaltsam an der Macht zu halten, hat sich der Druck der oppositionellen Kräfte in der letzten Zeit so verstärkt, daß die Regierung es nicht wagte, die schon 1978 fälligen Wahlen durchzuführen (vgl. AIB, Nr. 7-8/1978; 4/1979).

Die Ermordung Rodneys erfolgte vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Konflikte und einer rapiden Verschärfung der politischen Unterdrückung, die bereits im Juli des vergangenen Jahres zu seiner vorübergehenden Inhaftierung geführt hatte. Mit ihm verliert die Dritte Welt nicht nur einen ihrer konsequentesten Sprecher, sondern zugleich einen weltweit bekannten Wissenschaftler, der an Universitäten in Tansania, Jamaika, den USA und der Bundesrepublik lehrte. Durch sein Werk „Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung“ Westberlin 1975, wurde er auch bei uns einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Und Olympia lebt doch!

Es war kaum anders zu erwarten: Ein großer Teil jenes erlesenen Gremiums, das über die Olympiateilnahme der bundesrepublikanischen Sportler zu entscheiden hatte – überwiegend durch nichts als Geldbeutel für den Funktionärsaufstieg qualifizierte Herrschaften – stimmte so, wie es seiner politischen Statur als CDU/CSU-Sympathisanten entsprach – für den Boykott; ein anderer Teil, durch den es zur Mehrheit langte, wich extremen Pressionen bzw. ließ sich durch Märchen in den internationalen Medien irritieren. Eines dieser Märchen entstammte dem Munde des ehrenwerten Carter-Beraters Cutler (11. März 1980), man habe die Hälfte aller Länder der Welt auf seine Seite gebracht.

Von der konservativen Presse, von CDU/CSU sowie Bundesregierung begrüßt als wahrlich nationale Tat, erwies sich jedoch die Boykott-Entscheidung rasch als Fiasko. So hatte man sich von der BRD-Entscheidung eine „Signalwirkung“ auf die anderen EG-Länder und deren Olympische Komitees erhofft. Das „Signal“ erwies sich als Sumpfbilse. Keine der großen europäischen Sportnationen schloß sich der Entscheidung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der BRD an. Entsprechend groß war die Wut über derlei Unbotmäßigkeit gegenüber dem Statthalter der USA in Westeuropa. Die Frankfurter Allgemeine (FAZ) erteilte Zensuren: „Andere Nachbar-Regierungen versagten jämmerlich bei der Aufgabe, ihre Sportler und ihr Publikum davon zu überzeugen, warum dies eine besonders schlechte Zeit für Festspiele mit und für 'gute Beziehungen' zu den Vorgesetzten der Roten Armee in Afghanistan sei.“ Eine Provokation der gastgebenden Sowjetunion, ein Schlag für die internationalen Sportbeziehungen, Isoliertheit des BRD-Sports international – so lautet das vorläufige Fazit der Entscheidung, die Funktionäre und Manager, Politiker und Honoratioren trafen. Denn der Wille der Sportler war nicht gefragt. Ihnen, die als Mitglieder der zahlreichen olympischen Fachverbände nach Millionen zählen, fiel auf dem NOK-Treffen die Rolle einer „kleinen radikalen Minderheit“ zu, deren Stimmanteil von vornherein nicht ins Gewicht fiel. „Unsere Vertreter, die von uns eingesetzten Spitzenfunktionäre, haben nicht als Repräsentanten des Sports gehandelt, sondern als Politiker. Sie haben uns Athleten betrogen“, erzählte der Spitzenläufer Harald Schmid dem Sportmagazin Kicker. Zu diesen Funktionären zählen z.B. Repräsentanten des edlen sportlichen Wettstreits wie der leibhaftige CDU-Graf Landsberg-Vehlen, Präsident der Reiter und nebenbei Vorsitzender des Malteser-Hilfsdienstes – dessen Verband z.B. 1973 nichts dabei fand, eine Equipe zu Schauturnieren ins international geächtete und aus dem Internationalen Olympischen Komitee ausgeschlossene Südafrika zu entsenden. Ähnliches haben etwa der Großindustrie-Manager Eberhard von Brauchitsch oder der Großbourgeois Josef Neckermann, Herrenreiter aus Passion, und Führungsmitglied der Deutschen Sporthilfe zu bieten. Athleten wie Harald Schmid ließen an ihnen kein gutes Wort.

„Wackere Dritte Welt“?

Doch selbst so manchen Verbandsfunktionär überkam bereits der Katzenjammer. Judo-Präsident Schulze, der für den Boykott gestimmt hatte: „Wenn heute die Abstimmung über einen Olympiastart wäre, würde ich persönlich für eine Teilnahme plädieren. Offensichtlich waren wir falsch informiert.“ Solche Selbstkritik ist vermutlich verspätet.

Worin sich nunmehr Teile der Medien auslassen, sind akribische Berechnungen darüber, wie wichtig das Fehlen bestimmter Nationen wie USA, Japan, Kanada und BRD für den sportlichen Wert der Moskauer Olympiade sei. Abgesehen von der Ignoranz gegenüber diesem völkerverbindenden, friedensfördernden Sportereignis,



brach die Illusion vom kompletten westlichen Boykott mit der Teilnahme von Ländern wie Italien, Frankreich und der anderen bedeutenden Sportnationen Westeuropas zusammen.

Da mußte auf einmal ausgerechnet die „wackere dritte Welt“ herhalten (FAZ, 3.6.1980), aus der „große Teile Schwarz-Afrikas und Latein-Amerikas“ fernblieben, darunter der Iran. Beachtlich: Normalerweise figuriert der Iran für die FAZ politisch unter der Rubrik „Abschaum“.

Ebenso eindrucksvoll die Behandlung derjenigen afrikanischen Regierungen, die fernbleiben wollen: Als z.T. dieselben Länder 1976 Montreal wegen der Teilnahme Neuseelands boykottierten, das mit Südafrika Sportbeziehungen unterhielt, galten sie als üble Erpresser und Fanatiker, die Politik und Sport nicht zu trennen beabsichtigten. Zudem vermag die FAZ nicht zu zählen: Nach dem Stand vom 5. Juni 1980 werden 23 afrikanische Länder teilnehmen, weitere (wie z.B. Mocambique) können noch hinzukommen; in Montreal waren insgesamt (!) 30 afrikanische und (!) arabische Nationen abgereist; in Moskau nehmen aus der arabischen Gruppe außerhalb Afrikas zusätzlich Irak, Jordanien, Kuwait und Syrien teil.

Unter den bis zum Stichdatum gemeldeten 85 Staaten befinden sich eine Reihe neuer Delegationen wie die Zimbabwes; selbst die US-Halbkolonie Puerto Rico nimmt teil, weitere Länder können noch folgen. Vor der damit auf jeden Fall gegebenen Teilnehmerzahl verblassen die Denunziationen. Was indes in den Vordergrund rückt, ist die maßlose Arroganz jener Kreise, die eine Olympiade – auf einmal „ganz ausschließlich sportlich“ – nur dann als „wahre“ anzuerkennen bereit sind, wenn auf ihr möglichst häufig das Sternenbanner zuoberst flattert. Ohnedies hatten so manche „Sportbeobachter“ bereits seit langem einen schalen Geschmack über „das Spektakel“ Olympia, seit Athleten und Athletinnen aus sozialistischen Ländern wie der UdSSR, DDR oder Kuba mehr und mehr Siege verbuchten. Das New Yorker Magazin Time machte entgegen den Rechenspielen dieser Kreise diese nüchterne Gegenbilanz. Diejenigen Länder, die Moskau nicht boykottieren, errangen in Montreal 72% aller Goldmedaillen und 70% aller Medaillen überhaupt. Darunter sind nicht zuletzt jene Länder aus der Dritten Welt anzusiedeln, die sich in einer Reihe von Disziplinen in die Weltspitze gekämpft haben. Die Überheblichkeit, ihre überwiegende Teilnahme in Moskau als Staffage für eine „Spartakiade“ abzutun, spricht Bände. Das Gegenteil ist der Fall: Ihre Teilnahme zeigt, daß sie berufenere Vertreter des olympischen Gedankens sind als Washington, Bonn oder Tokio, unter deren Politik allein die Sportler und Sportinteressierten vieler Länder zu leiden haben.